

LUTZ BRANGSCH, JUDITH DELLHEIM,
JOACHIM H. SPANGENBERG,
FRIEDER OTTO WOLF (HRSG.)

DEN KRISEN ENTKOMMEN

Sozialökologische Transformation

99

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Manuskripte 99

Unserem Freund, Mitstreiter, Ratgeber, Kollegen und Genossen
Dieter Klein

Rosa-Luxemburg-Stiftung

LUTZ BRANGSCH, JUDITH DELLHEIM,
JOACHIM H. SPANGENBERG, FRIEDER OTTO WOLF

Den Krisen entkommen

Sozialökologische Transformation

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 99

ISBN 978-3-320-02287-7

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2012

Satz: Elke Jakubowski

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort: Sozialökologischer Umbau – nichts ist heute dringlicher	7
1. An den Folgen und den Ursachen der Krisen angreifen	19
1.1. Problemaufriss: Die verdrängte Komplexkrise	19
1.1.1. Krisenverdrängung: Die Unfähigkeit, neu zu denken	19
1.1.2. Ursachen und Wirkungen: Vergangene Krisen, Krisendiskurse und keine Lösungen	21
1.1.3. Zukünftige Krisen: Die Zeitfenster werden eng	32
1.1.4. Viele Krisen, wenige Ursachen	44
1.1.5. Handlungsmöglichkeiten: schrittweise Reformen mit Weitsicht	50
1.1.6. Anmerkung zur Frage der Perspektiven	64
1.2. Hintergründe der Komplexkrise	67
1.2.1. Kapitaloligarchien – ihr Werden und ihre Veränderung	69
1.2.2. Finanzialisierung, Deregulierung, Technologie- und Strukturentwicklung	73
1.2.3. Anmerkung zu Widersprüchen und Entwicklung	82
2. Sozialökologischer Umbau als radikale Umwälzung der Produktions- und Lebensweisen	85
2.1. Komplexität von Problemen – Labyrinth oder Chance?	86
2.2. Sechs zerstörerische Komponenten, ein zerstörerisches Quartett	105
2.2.1. Kapitaloligarchien im gesellschaftlichen Alltag – Problemillustration	126
3. Sozialökologischer Umbau als Suchprozess	133
3.1. Zu Subsistenzwirtschaft und Ökosozialismus	133
3.2. Zu echten und falschen Nachhaltigkeitsstrategien	138
3.2.1. Ökologische Modernisierung	144
3.2.2. Green New Deal Projekte	154
3.3. Kurzes Zwischenfazit	158

4.	Ein Diskussionsangebot	159
4.1.	Zum »Ausbrechen« aus vorherrschender Entwicklung	173
4.1.1.	»Standardsetting« im Interessenkampf	177
4.1.2.	Öffentliche Finanzen – Demokratisierung der (Finanz)Politik	186
4.1.3.	Alternative Lokal- und Regionalentwicklung	199
4.2.	Kurzes Resümee	229
	Nachwort: Sozialökologischer Umbau/Sozialökologische Transformation – ein (europäisches) Paradigma	231
	Über die Autoren	255

Vorwort:

Sozialökologischer Umbau – nichts ist heute dringlicher

... weil es anders keine nachhaltige Entwicklung und damit keine für alle nachhaltige Entwicklung und das heißt: keine lebenswerte Zukunft geben kann und weil erst mit einem sozialökologischem Umbau erste Schritte gegangen werden können, die es (wieder) ermöglichen, die Lebensbedingungen und Lebenschancen zerstörende kapitalistische Produktionsweise zu überwinden.

Diese These deutet bereits das vorrangige Anliegen unseres Buches an: einen Beitrag zur Nachhaltigkeitsdebatte »von unten« zu leisten und diesen zugleich sozialistisch zu akzentuieren.

Für diese Überzeugung gibt es Gründe: menschliches Leiden; Erfahrungen und Interessen; Einsichten; für viele auch Werte und Ideale – und zumindest einen offiziell organisierten Anlass: Die UN-Konferenz über *sustainability*, Nachhaltigkeit, im Frühjahr 2012.

Seitdem der tschechoslowakische Philosoph Radovan Richta 1966 sein Buch »Zivilisation am Scheideweg« (Richta 1966) veröffentlichte und der Club of Rome 1972 (Club of Rome 1972) seinen ersten Bericht, haben sich die menschheitlichen Existenzfragen dramatisch zugespitzt. Die Folgen treffen zuerst und am brutalsten die global Ärmsten und die sozial Schwächsten in den Industrieländern.

Das wollten viele Millionen Menschen in sehr verschiedenen sozialen Situationen und gesellschaftspolitischen Positionen verhindern. Sie wollten bzw. wollen globale und lokale Entwicklung so beeinflussen und gestalten, dass die sozialen, ökologischen und globalen Probleme demokratisch und gerecht gelöst werden. Sie woll(t)en die Interessen der Schwächsten zur Geltung bringen, ihr Gewicht in den Gesellschaften und global stärken, so dass das Zusammenleben solidarischer wird, weil die Menschen die sozialen Spaltungen und Unterschiede untereinander abbauen und die natürlichen Lebensbedingungen erhalten.

Mit dem sogenannten »Brundtland-Bericht« der 1983 von den Vereinten Nationen gegründeten und durch Gro Harlem Brundtland geleiteten unabhängigen »Weltkommission für Umwelt und Entwicklung« reagierte ein Teil der Eliten auf derartige Hoffnungen, soziale Bestrebungen, zielgerichtete politische Auseinandersetzungen und Kämpfe: Entwicklung sollte »zukunftsfähig« gemacht werden, was hieß: Die gegenwärtige Generation soll ihre Bedürfnisse befriedigen können, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse ebenfalls befriedigen zu können (Brundtland 1987: 24).

Allein schon die globale Betrachtungsweise zwingt dazu, Hunger und Unterentwicklung in den armen Ländern, Umweltzerstörung, Unterdrückung von Frauen,

Ressourcenmangel und Hochrüstung zu eigenen Problemen zu machen, sie sich anzueignen. Also müsse eigenes Verhalten verändert werden. »Eine zukunftsfähige Entwicklung ist ein Prozess der Veränderung, in dem die Nutzung der Ressourcen, die Struktur der Investitionen, die Orientierung des technischen Fortschrittes und die institutionellen Strukturen konsistent gemacht werden mit den zukünftigen und den gegenwärtigen Bedürfnissen« (Brundtland 1987: 25). Es gehe um das Ausbalancieren von gegensätzlichen Interessen, von Sozialem, Ökologischem und Ökonomischem. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Akteure sollten die globalen Probleme erkennen, ihnen Rechnung tragen lernen und sie schließlich lösen – die Reproduktion der Weltgesellschaft denken und entsprechend handeln, so die Hoffnung.

Damit waren und sind die Linken herausgefordert, sich aktiv in den Nachhaltigkeitsdiskurs einzubringen – sowohl was das Engagement für gerechte, d. h. unter minimalen Maßstäben akzeptable, Problemlösungen anbelangt als auch was die offensive Auseinandersetzung mit Grenzen, Widersprüchen und Ambivalenzen angeht.

Wenn die Linken darum ringen, dass sich die Weltgesellschaft so reproduziert, dass die Ärmsten vor Katastrophen bewahrt statt weiter brutal hineingetrieben werden, kann ihre Politik emanzipatorisch und befreiend sein bzw. werden (Lipietz 2000: 125-126).

Der Brundtland-Bericht wurde von Vielen hoffnungsfroh gefeiert. Allerdings vermochten es seine Anhänger/innen und linken Kritiker/innen nicht, andere politische Akteure so zu aktivieren, dass er zum Maßstab für die Politik der global Mächtigsten geworden wäre, in verbindliche internationale Verträge und Konventionen gemündet hätte und für reale gesellschaftliche Prozesse bestimmend geworden wäre. Die Politik der in der »ersten« Welt (Industrielländer mit kapitalistischer Produktionsweise) Herrschenden und auch die der in der »zweiten Welt« (sogenannte »sozialistische« Länder) Regierenden führte weiterhin zu gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, »sicherheits«- und militärpolitischen Entwicklungen, die eine Zunahme der sozialen und ökologischen Zerstörung bedeutete.

Das Ende der Konkurrenz zwischen der »ersten« und »zweiten Welt« ließ zunächst erneut Millionen Menschen hoffen, dass die »Weichen für eine weltweite nachhaltige Entwicklung« gestellt würden. Dabei sollte »insbesondere die Abhängigkeit des Menschen von seiner Umwelt und die Rückkopplung weltweiter Umweltveränderungen auf sein Verhalten bzw. seine Handlungsmöglichkeiten« berücksichtigt und gestaltet werden.¹

Das Ende des »Realsozialismus« wurde aber von den führenden Kapitalfraktionen, ihren Eliten und dem Mainstream als Bestätigung dafür angesehen, dass ein »behutsam regulierter Markt« am besten »allgemeine« wirtschaftliche Interessen realisieren könne. Allerdings wurde auch gesehen, dass ihr System nur stabil

1 http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/weltgipfel_rio_de_janeiro_1992_539.htm.

funktionieren könne, wenn Wege gefunden und gegangen werden, die den sozialen und natürlichen Grenzen für vorherrschende Wirtschafts- und Lebensweisen Rechnung tragen. In der Rio-Deklaration vom Juni 1992, die 27 Grundsätze nachhaltiger Entwicklung enthält, führte dies zu Ambivalenzen, da keine Unterordnung wirtschaftlicher Belange und Interessen unter sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung akzeptiert wurde. Dies wurde insbesondere im zwölften Rio-Grundsatz deutlich: Im dort festgeschriebenen »offenen Weltwirtschaftssystem« dominieren bei vorherrschender kapitalistischer Produktionsweise die Interessen der wirtschaftlich Stärksten. Ihr Wirtschaftswachstum ist sozial und ökologisch zerstörerische Kapitalakkumulation.

Die Rio-Grundsätze (Auswahl)

»**Grundsatz 1:** Die Menschen stehen im Mittelpunkt der Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung. Sie haben das Recht auf ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur ...

Grundsatz 5: Alle Staaten und alle Menschen müssen bei der grundlegenden Aufgabe, als unverzichtbare Voraussetzung für die nachhaltige Entwicklung die Armut zu beseitigen, zusammenarbeiten, um Ungleichheiten im Lebensstandard zu verringern ...

Grundsatz 8: Um nachhaltige Entwicklung und eine höhere Lebensqualität für alle Menschen herbeizuführen, sollten die Staaten nicht nachhaltige Produktionsweisen und Konsumgewohnheiten abbauen und beseitigen...

Grundsatz 12: Die Staaten sollten gemeinsam daran arbeiten, ein stützendes und offenes Weltwirtschaftssystem zu fördern, das in allen Ländern zu Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung führt ...

Grundsatz 25: Frieden, Entwicklung und Umweltschutz bedingen einander und sind unteilbar. ...«

(http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/rio_deklaration_950.htm)

Auch die Rio-Deklaration, die Klima- und Artenschutz-Konventionen, die insgesamt fünf richtungweisenden Dokumente, vom Frühjahr 1992 haben keinen realen Kurswechsel in der Weltpolitik auf den Weg gebracht, um tatsächlich soziale, ökologische und globale Probleme zu mildern und sozial gerecht zu lösen.

Die 2007 offen ausgebrochene globale Finanzkrise, die schnell in eine Weltwirtschaftskrise hinüber wuchs, zeigt erneut unzweifelhaft: Selbst nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im einfachsten und oberflächlichsten Sinne ist schlicht nicht möglich.

Mittlerweile hat die UN-Generalversammlung beschlossen, im Jahre 2012 die Staats- und Regierungschefs erneut in Rio de Janeiro zu versammeln. Sie sollen

zum einen bilanzieren, inwieweit die Agenda 21 in den vergangenen zwanzig Jahren in die Praxis umgesetzt und was damit erreicht wurde. Zum anderen sollen sie sich mit drei Themen befassen: mit der Entwicklung einer »grüneren« Wirtschaft, mit dem Kampf gegen Armut sowie mit dem institutionellen Rahmen für nachhaltige Entwicklung (und so mit der Einbindung dieses Leitbilds in die politischen Systeme der UN-Mitgliedsstaaten und ihre Beziehungen untereinander). Die Ergebnisse sollen in ein »gebündeltes Politikpapier« münden.²

So wurde die internationale Zukunftsdebatte, die seit 2009 insbesondere von den Klima-Verhandlungen geprägt ist, neu belebt. Davon zeugen auch Dokumente der offiziellen Politik: Das UN-Gutachten 2011 zur weltwirtschaftlichen und sozialen Lage (United Nations 2011), das am 5. Juli vorgestellt wurde, die Mitteilung der Europäischen Kommission vom 20. Juni 2011 (KOM(2011) 363) und das Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung für globale Umweltfragen (WBGU 2011a). Aber sie fokussieren letztlich auf Regierungshandeln und technisch-technologische Lösungen. Deshalb sollten linke Bewegungen, Organisationen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in der Europäischen Union sich an der »Rio+20«-Debatte beteiligen und um Gehör, Austausch, Kooperation und so um politischen Einfluss auf öffentliches Denken und Handeln ringen.

*

Die Autoren dieser Broschüre wissen um die enorme Bedeutung von Regierungshandeln, von offiziellen internationalen Organisationen und Verträgen, aber auch um deren Grenzen. Deshalb adressieren auch wir gemeinsam mit vielen anderen Forderungen und Vorschläge an Regierende und internationale Institutionen. Ohne Druck von unten werden sie ihre Handlungsmöglichkeiten aber nicht nutzen, um gegen Armut und Naturzerstörung, für nachhaltige friedliche Entwicklung zu wirken. Allerdings wissen wir auch, dass dies keineswegs ausreichend ist, um zugleich in unseren Gesellschaften und global soziale und ökologische Zerstörung zu stoppen, strukturell zurückzudrängen und letztlich zu überwinden. Das verlangt weitaus mehr als ein »Ausbalancieren« von gegensätzlichen Interessen bzw. neue Kräftegewichte von Sozialem, Ökologischem und Ökonomischem. Es geht um Wandel der handelnden Akteure selber, der Beziehungen und Machtverhältnisse zwischen ihnen – in den Gesellschaften und in deren Bereichen, insbesondere in der Wirtschaftssphäre.

Wir setzen daher auf die Mobilisierung jener, die selbstbestimmt, solidarisch und ökologisch verantwortungsvoll handeln wollen – die individuell, kollektiv und organisiert gegen gesellschaftliche Verhältnisse opponieren, die Selbstbestimmung, Solidarität und ökologische Vernunft behindern, bekämpfen, verhindern.

2 http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/weltgipfel_rio_20_rio_de_janeiro_2012_1419.htm.

Wie viele Andere schlagen wir vor, die erforderliche Radikalität immer wieder aus zwei Quellen abzuleiten: aus der Idee von der Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte und von der Vision einer Gesellschaft der individuell Freien und sozial Gleichen, die solidarisch miteinander in intakter Natur leben. Beide Quellen zusammen definieren unser Verständnis von Fortschritt als nachhaltige und gerechte Lösung sozialer, ökologischer und globaler Probleme. Derartige Lösungen können nur auf einer breiten demokratischen und solidarischen Basis gefunden und durchgesetzt werden.

Mit »nachhaltiger und gerechter Problemlösung« meinen wir solche Wandlungen im Leben und Zusammenleben der Menschen – als Frauen, Männer, Mädchen und Jungen –, die immer zuerst die Lebensbedingungen der sozial und global Schwächsten verbessern, ihre Position in den Gesellschaften stärkt und zugleich die Grenzen für die Selbstbestimmung der Einzelnen und die Reproduktion der Gesellschaft/der Menschheit zurückdrängen. Dies erfordert eine neue Vergesellschaftungsweise, in der die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Menschen als Multiplikation von Wechselverhältnissen zwischen ihnen als fortwährende Qualifikation solidarischer Kooperation stattfindet. Sie ist als bewusste dynamische gesellschaftliche Arbeitsteilung konzipiert – bei Befreiung bzw. Bewahrung der/des Einzelnen vor Zurichtung auf eine Detailfunktion im »großen ganzen Mechanismus«, vor Bildung von Zwangskollektiven, vor Eroberungskampf in Bezug auf Territorien und Ressourcen und vor Raubbau an der Natur. Die neue gesellschaftliche Arbeitsteilung, die neue Vergesellschaftungsweise bedingen, also grundsätzlich umgestaltete bzw. neue Produktions- und damit auch Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln und Reproduktionsbedingungen wie auch bewusstes auf dieses Ziel gerichtetes gemeinsames Handeln. Der Weg zu dieser neuen Vergesellschaftungsweise beginnt mit einem sozialökologischem Umbau als Einstieg in die sozialökologische Transformation. Dieser Weg soll eine derartige Einbettung der Menschheit in ihrer Ganzheit in die Biosphäre bewirken, dass zunehmend jede und jeder individuell frei, und die sich befreienden bzw. die befreiten Individuen einander sozial gleich und miteinander solidarisch werden. Sozialökologischer Umbau bzw. sozialökologische Transformation zielen auf die strukturelle Überwindung einer Vergesellschaftungsweise, die mit insbesondere technisch-technologisch bedingter Mehrung von herrschaftlich bzw. hierarchisch-autoritären Wechselbeziehungen zwischen den Menschen einhergeht, d. h. mit Fremdbestimmung, Ausbeutung, Gewalt der einen gegen die anderen, gesellschaftlichen Hierarchien, sozialen Ungleichheiten und Spaltungen sowie der Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen. – »Das Zusammenfallen des Ändern[s] der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefasst und rationell verstanden werden.« (Marx 1978: 6)

Angesichts der massenhaften globalen Armut, der drastischen Verschmutzung der Luft, des Wassers und der Böden, der mit rasantem Tempo schwindenden biologischen Vielfalt und der zunehmenden Verknappung von Naturressourcen, an-

gesichts der erlebbaren und drohenden Gewalt gegen Menschen mutet auch nur ein Einstieg in einen derartigen sozialökologischen Umbau utopisch und »realitätsfremd« an. Alternative Praxen scheinen oft nur in Nischen der Gesellschaft möglich. Hinzu kommt die anhaltende gesellschaftspolitische Defensive der Linken, insbesondere der sozialistischen Kräfte. Daher beschäftigt uns immer wieder auch die Frage, wie Menschen in gesellschaftspolitischer Minderheitsposition dennoch Entwicklungen einleiten und Initiativen ergreifen können, die den Einstieg in einen sozialökologischen Umbau ermöglichen. Deshalb haben wir – wohl wissend, dass die Suche nach historischen Beispielen immer wieder Fragen und Zweifel an der Übertragbarkeit geschichtlicher Erfahrungen aufwirft – den Blick in die jüngere Geschichte gerichtet. Dafür war wichtig, dass sich mit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise in der öffentlichen Diskussion Bezüge auf die Weltwirtschaftskrise 1929/32 mehrten. Unser besonderes Interesse erlangten Beiträge, die erklären wollen, warum damals in Deutschland und Europa Möglichkeiten, soziale Spaltungen zu mildern, ungenutzt bleiben und zerstört werden konnten und wie dadurch Faschisten erstarkten. Zugleich interessierte uns, wie sich trotz des faschistischen Terrors jene Kräfte formieren konnten, die seine »Krisenlösung« verhindert haben, indem sie seine politische, ideologische und militärische Maschine zerschlugen. Sie haben durchsetzen können, dass die Große Krise der 1930er Jahre nicht in einen weltweit gesteigerten Kulturzerstörungsprozess unter faschistischen Vorzeichen geführt hat. Im Vorfeld des 65. Jahrestages der militärischen Zerschlagung des Hitlerfaschismus häuften sich Äußerungen und Beiträge, die die Bedrohungen und die Bekämpfung des Klimawandels mit diesem Kampf der Siegermächte im Zweiten Weltkrieg vergleichen.

Umbrüche und die jüngere Geschichte

»Viele in den Umweltbewegungen beziehen sich auf den Zweiten Weltkrieg ... Sie beziehen sich auf die Tatsache, dass in den frühen Jahren des Krieges, die Verteidigungsausgaben 33 Prozent der Gesamtausgaben des Staates betragen und auf 70 Prozent im Jahre 1942 angewachsen waren.«

(Nils von Kalm, World War 2 and climate change; <http://soulthoughts.com/?p=1161>)

»In seiner Oxforder Rede auf dem Weltforum zu Unternehmen und Natur ... sagte Mr. Gore: »Winston Churchill bewegte diese Nation zu heroischer Gestalt, um im zweiten Weltkrieg die Zivilisation zu retten. Wir haben alles, was wir brauchen, (um heute die Zivilisation zu retten, Vf.) ausgenommen den politischen Willen, und der politische Wille ist eine erneuerbare Ressource.« Al Gore wollte das Auditorium davon überzeugen, »dass die Bedrohung durch den Klimawandel so dringlich ist wie die es durch Hitler war.«

(Bingham 2009)

»65 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kommt es darauf an, das Tempo für Veränderung auf ›Kriegszeit-Geschwindigkeit‹ zu beschleunigen, um die EU robuster dafür zu machen, den globalen Herausforderungen zu entsprechen: Klimawandel, Biodiversität, die Knappheit an natürlichen Ressourcen, Energie und Finanzen, die EU prosperierender für alle machen«. Die Akteure der Zivilgesellschaft würden insbesondere gebraucht, um in Europa die Spaltung zwischen Ost und West zu überwinden. Nötig sei eine Allianz ähnlich der Anti-Hitler-Koalition, um »den ›Widerstand‹ unserer politischen, sozialen und ökologischen Systeme zu erhöhen und sie fähig zu machen, die globale Krise und ihren Einfluss auf die Union zu bewältigen.

Die Transformation unserer Volkswirtschaften zu einer nachhaltigen kohlenstoffarmen und global konkurrenzfähigen Wirtschaft und zu einer Wohlstandsgesellschaft für alle ist technisch und finanziell machbar, aber erfordert einen neuen ›Gesellschaftsvertrag‹ und eine ›gemeinsame Multi-Stakeholder Aktionsagenda‹.«

(EPE 2009: 2)

Der Zweite Weltkrieg, in den die Große Krise der 1930er Jahre eingemündet war, gilt vielen zu Recht als der Anfang eines besonderen historischen Abschnitts, als ein Ereignis, das die Welt gravierend verändert hat. Nicolas Stern nannte den Kopenhagener Klimagipfel in seinem Vorfeld »die wichtigste Konferenz seit dem Zweiten Weltkrieg« (Hanley 2009). Der Gipfel fand während der »schwersten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg« statt (European Commission 2009: 11).

Unsere Sicht auf Erfahrungen aus Zeiten vor und während des Zweiten Weltkriegs beginnt mit dem größtem Respekt vor jenen Frauen und Männern und sogar Kindern, die sich mutig den grausamen – vor allem deutschen – Faschisten und Aggressoren, widersetzen; die unter Lebensgefahr den am meisten Verfolgten und Gequälten Solidarität erwiesen und die Herrschafts- und Zerstörungsmaschinerien angegriffen. Unser Blick richtet sich auf die Kämpfe der »gewöhnlichen Menschen«, auf ihre immer wieder in Gang gebrachte Zusammenarbeit mit lernbereiten Eliten und schließlich auf die Lernfähigkeit und die Kooperation der Siegermächte mit ihren widersprüchlichen Interessen.

Uns interessiert, wie Menschen sich und andere ermutigen, motivieren und befähigen konnten bzw. können, gegen die Regeln eines Alltags zu leben, dessen Komplexität auf brutalen gesellschaftlichen Hierarchien, auf der Vernichtung/Zerstörung der Lebensbedingungen Schwächerer beruht und daher jede gesellschaftliche Solidarität mit den »Anderen«/den Schwächeren systematisch überwacht und bekämpft.

Vernichtungspolitiken

»Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik hat eine Variante des Tötens aus dem Kolonialkrieg wieder aufgenommen, die als überflüssig oder schädlich definierte Personen nicht einfach beseitigte, sondern der Vernichtungsgewalt noch ein Maximum an Nutzen abgewann: ›Vernichtung durch Arbeit.«

(Welzer 2010: 37)

»Das 21. Jahrhundert ist in Ermangelung zukunftsfähiger Gesellschaftsmodelle utopiefiern und ressourcennah – es wird getötet, weil die Täter jene Ressourcen beanspruchen, die die Opfer haben oder auch nur haben möchten. ...

Mit der Verbreitung und Spürbarkeit der Klimafolgen, mit dem Wachsen von Not, Migration und Gewalt, wird sich der Problemlösungsdruck verschärfen und der mentale Raum einengen. Die Wahrscheinlichkeit irrationaler und kontraproduktiver Lösungsstrategien erhöht sich. Das gilt insbesondere für die Gewaltproblematik, die durch den Klimawandel verschärft wird. Es besteht aller historischen Erfahrung nach eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass Menschen, die den Status von Überflüssigen bekommen und die Wohlstands- und Sicherheitsbedürfnisse von Etablierten zu bedrohen scheinen, in großer Zahl zu Tode kommen werden; sei es durch fehlendes Wasser und mangelnde Ernährung, sei es durch Kriege an der Grenze, sei es durch Bürgerkriege und zwischenstaatliche Konflikte infolge veränderter Umweltbedingungen. Das ist keine normative Aussage; sie entspricht lediglich dem, was man aus Lösungen gefühlter Probleme im zwanzigstem Jahrhundert gelernt haben kann.«

(Welzer 2010: 276)

Wir haben uns bei unserer Suche nach wirksamen Handlungsmöglichkeiten aus der gesellschaftspolitischen Defensive heraus bewusst auch von Moral und ethischen Werten leiten lassen, von der Weigerung, sich-gegen-Andere/Schwächere-zu-lassen, vom Willen, solidarisch zu sein ... Wir sehen in Menschen, die sich bereits mit den Herrschenden aktiv auseinandersetzen, mit Missständen, zerstörerischen Projekten und Bedrohungen; die sich zusammentun, um demokratisch und solidarisch konkrete Problemlösungen zu organisieren oder aber zunächst »nur« sagen bzw. fragen, »was man tun müsste«, Kräfte, die zu Alternativen führen (können). Wir wollen von ihnen und gemeinsam mit ihnen lernen und diskutieren, wie objektive Widersprüche ausgenutzt werden können, um in gesellschaftlicher Minderheitenposition doch sozialökologischen Umbau bzw. sozialökologische Transformation befördern zu können. Immer wieder haben sich zwei Widersprüche als zentral herausgestellt, die wir ausnutzen helfen wollen: Auch die kapitalistische Produktionsweise bzw. die alte Vergesellschaftungsweise erfordert die Kooperation von Menschen. Die Kooperierenden können sich gegen

die Zwänge, Detailarbeiter/in (und auch Hochqualifizierte sind das), sozial und ökologisch zerstörerisch zu sein, wehren. Menschen in sehr unterschiedlicher sozialer Situation sind an ihrer – und zumindest an ihrer Kinder – Gesundheit, Bildung, an Selbstbestimmung und daher an vernünftiger Arbeit und gesichertem Einkommen, an intakter Natur, an einem friedlich funktionierenden Alltag interessiert. Sie sehen sich durchaus durch Konkurrenz, Naturzerstörung, soziale und globale Spaltungen, durch politische und religiöse Fundamentalismen, Überwachung und Militarisierung bedroht. Sie können sich auch weigern, die Erklärungen und politischen Antworten der Herrschenden zu akzeptieren. Auch all jene, die in unterschiedlicher Art und Weise an der Verwaltung der Gesellschaft partizipieren, wirken meist auf eine gewisse Interessenübereinstimmung sozial und politisch sehr heterogener Kräfte hin: Unter den Bedingungen der herrschenden Vergesellschaftungsweise und insbesondere der globalen Konkurrenz sind die »Qualität des Humankapitals« und Standorte mit »relativ vernünftigen« Luft-, Wasser- und Bodenwerten unverzichtbare Erfolgsbedingungen. Und außerdem »gibt es ja nur diese eine Welt«. So kommt es zu Interessenkämpfen unter den Kapitalfraktionen. Es kommt die entscheidende Frage auf, ob und wie »gewisse Interessenübereinstimmungen« genutzt werden können, um erfolgreich wider soziale und ökologische Zerstörung zu handeln und um gerechte nachhaltige Problemlösungen einzuleiten.

Dies ist das von uns angestrebte Entwicklungsszenario – eins von vier möglichen Szenarien, die wir analytisch ausgemacht haben (siehe S. 50).

Unsere Suche nach politischen Handlungsspielräumen knüpft an die jüngere Geschichte internationaler politischer Deliberation an, in der alle Fragen gestellt und offen diskutiert werden dürfen, allerdings ausgehend von humanistischen Werten, dem Prinzip wissenschaftlicher Aufklärung und der klaren Zielstellung eines grundlegenden Gesellschaftswandels. Sie beginnt mit einer spezifischen »Probleminventur«. Bewusst ausgehend vom Nachhaltigkeitsverständnis des Brundtland-Berichtes wird von uns erneut und spezifisch der Nachweis erbracht, dass mit den gegenwärtigen bzw. anhaltenden Krisen die Bedingungen für nachhaltige Entwicklungen strukturell weiter verschlechtert wurden: Die ohnehin stark beeinträchtigten natürlichen Lebensgrundlagen können ohne gravierende Richtungsänderung gesellschaftlicher Entwicklung nicht erhalten werden. In den globalen Industrieländern finden fortwährend Überakkumulation von Kapital und Finanz- bzw. »Spekulationsblasen«-Produktion statt, obwohl es selbst innerhalb dieser Makroregionen, vor allem aber, weltweit dramatisch an Lebensnotwendigem mangelt. Es wird nicht getan, was das seit Langem offensichtlich Vernünftige wäre – und das hat dann brutale Auswirkungen für die sozial und global Schwächsten.

Wenn also »Staat« und »Politik« nicht tun, was zu tun wäre, muss gefragt werden, welche Akteure mit welchen Interessen dies warum nicht tun wollen oder können. In dieser Analyse zeigt sich, dass die in den untereinander verwickelten

Bereichen Energiewirtschaft, Transportwirtschaft, Militärisch-Industrieller Komplex und Landwirtschaft/Agrobusiness führenden Kräfte und Akteure wesentlich dafür Verantwortung tragen, dass die natürlichen Lebensbedingungen der Menschen so dramatisch zerstört wurden und dennoch weiter zerstört werden. Diese Bereiche sind die Schlüsselbereiche, wenn es um die Lösung der Nachhaltigkeitproblematik geht. Sie verschmutzen Luft, Wasser, Böden und Ökosysteme, verknappen lebens- und überlebenswichtige Naturressourcen und monopolisieren sie. Ihr Um- und Abbau ist die Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Dass die Bereiche so verfasst sind wie sie verfasst sind und so wirken wie sie wirken, geht wesentlich auf die Produktion und den Einsatz konkreter Technologien zurück. Die eingesetzten Technologien wie auch die Art, wie sie eingesetzt werden, haben wiederum mit Interessen, Wirtschaftsstrukturen und Verteilungsverhältnissen – mit Investitionen und Subventionen, mit öffentlichen Haushalten, Finanzflüssen, Finanzmärkten und Finanzmarktakteuren zu tun. Die Finanzströme werden letztlich von den global führenden Akteuren in den genannten sechs Bereichen bestimmt. Aber auch Bevölkerungsmehrheiten in Deutschland, in der Europäischen Union und in den Industrieländern insgesamt partizipieren an ihnen. Die Akteure des Staates (Institutionen der Europäischen Union eingeschlossen) handeln – in vielfältigen Verhältnissen unter und zwischen den Bestimmenden, Beteiligten und Betroffenen – widersprüchlich regulierend bzw. ausgleichend.

In diesen komplizierten Macht- und Interessengeflechten wirken (hier zustande gekommene) Netzwerke von Eliten führender Kapitalfraktionen, bilden sich um und neu. Wir nennen sie »Kapitaloligarchien«³. Sie sind die bzw. gehören zu den Herrschenden: zu den Regierenden in den globalen Industrieregionen und den hinter ihnen stehenden Parteien, zu den Konzernspitzen in »der Wirtschaft« und in den »wirtschaftlich« betriebenen Gesellschaftsbereichen (Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Wasser- und Abwasserversorgung, ÖPNV usw.), zu den »Bildungs- und Meinungsmachern«, den »Vordenkern und Strategen der Ordnung« und damit des »Sicherheitsbereiches«, zu den an Geld und Wohlstand Reich(st)en.

Bürgerinnen und Bürger – darunter wir AutorInnen –, die selbstbestimmt, solidarisch und daher auch ökologisch vernünftig leben wollen, müssen sich letztlich mit ihnen auseinandersetzen.

Unsere Broschüre ist der Versuch von Menschen mit recht unterschiedlichen Biographien, wissenschaftlichen Spezialgebieten, Stärken, Denk-, Sicht- und Arbeitsweisen anstelle eines üblichen – derartigen Verschiedenheiten Rechnung tragenden – Sammelbandes verschiedener Beiträge einen gemeinsamen Text zu verfassen. Dabei haben wir in unserer Zusammenarbeit miteinander streitend ge-

3 Mit diesem Begriff beziehen wir uns auf konkrete empirische Erscheinungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Kapitalherrschaft, durch die keineswegs die Logik und Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise aufgehoben oder relativiert werden, wie dies in den »Stadientheorien« des Kapitalismus immer wieder unterstellt worden ist.

lernt, gemeinsame Einsichten gemehrt, aber auch Unterschiede besser verstanden. Das erklärt die Spezifik des umfangreichen »Problemaufrisses« (1.1.), der – weil dem Herangehen im Brundtland-Bericht entsprechend – Gesellschaft und gesellschaftliche Entwicklung tendenziell als institutionelle Dimension bzw. als Veränderung von Institutionen erklärt. Die an den »Problemaufriss« anschließenden Ausführungen folgen mehr jener geistigen Strömung, die sich insbesondere das Marxsche Theorieerbe kritisch aneignet und es gebraucht. Davon ausgehend werden dann gesellschaftliche Wandlungen, Übergänge zu einer anderen Vergesellschaftungsweise diskutiert. Wir nehmen daher gewisse »Brüche« bewusst hin, aber machen sie sichtbar bzw. erklären sie, begründen mit ihnen Kooperationsmöglichkeiten und werben dafür, diese zu nutzen.

Die gemeinsame Publikation wurde möglich, weil alle AutorInnen dem Ziel einer von der – die Menschen befreienden – solidarischen Einbettung in die Biosphäre anhängen; weil wir uns um konsequent linkes politisches Engagement bemühen, um Verstehen und wissenschaftliche Erkenntnisse, um neue politische Bündnisse und gerechte demokratische Problemlösungen – weil wir um erfolgreiche linke Politik ringend mit einem sozialistischen Beitrag zur Nachhaltigkeitsdebatte insbesondere die Kommunikation und Kooperation sowohl mit linken Nachhaltigkeitsforscher/innen als auch mit linken Kritiker/innen des Nachhaltigkeitsdiskurses suchen. So haben wir emanzipative Positionen aus links-feministischen Susistenzwirtschafts- und Ökosozialismus-Konzeptionen in unsere Überlegungen zur neuen Vergesellschaftungsweise aufgenommen, in Green-New-Deal-Konzepten und linker Auseinandersetzung mit ökologischer Modernisierung nach Ansätzen für sozialökologischen Umbau bzw. sozialökologische Transformation gesucht.

Unser »Leitfaden für die Inventur« der Green-New-Deal-Projekte bzw. die Kritik an ökologischer Modernisierung ist der dortige Umgang mit den Interessen einerseits der sozial und global Schwächsten und andererseits der Herrschenden, mit den Ursachen und Verursachern sozialer und ökologischer Zerstörung und so mit Kapitaloligarchien, mit den führenden Akteuren des »zerstörerischen Quartetts« – Energiewirtschaft, Transportwirtschaft, Landwirtschaft/Agrobusiness, Sicherheitsbereich/Militärisch-Industrieller Komplex – in ihren Zusammenhängen mit der Finanzsphäre und dem High-Tech-Bereich.

Im Kontext mit unserer Problemanalyse und unserem Studium von Vorschlägen, um »den Krisen zu entkommen« ist ein Diskussionsangebot entstanden. Es geht zum einen von der Einschätzung aus, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in der Europäischen Union mehrheitlich selbstbestimmt in Würde, in solidarischem Miteinander und intakter Natur leben wollen und sich wünschen, dass das weltweit jede und jeder können. Sie sind u. E. zu großen Teilen bereit, sich politisch zu engagieren, wenn sie die Chance sehen, dadurch der Erfüllung ihres Wunsches näher zu kommen. Unser Diskussionsangebot geht des weiteren

(a) von unserer These aus, dass der Alltag der Bürgerinnen und Bürger vielfältige Ansatzpunkte für die Auseinandersetzung mit den Herrschenden im Allgemeinen und den Führenden des »zerstörerischen Quartetts«, der Finanzsphäre und des High-Tech-Bereiches bietet;

(b) von unserem Anliegen, immer zuerst und zugleich den sozial und global Schwächsten Solidarität zu erweisen;

(c) von der Einsicht, dass es sinnvoller ist, auf gemeinsame Suchprozesse statt auf die Präsentation fertiger bzw. geschlossener Konzeptionen zu fokussieren – derartige Suchprozesse schließen die solidarische Begleitung von konkreten Projekten ein, die darauf zielen, im individuellen und kollektiven Alltag konkrete Probleme zu mildern bzw. lösen;

(d) von dem Bedürfnis und Interesse, linke europäische Politik zu stärken und zu qualifizieren – aus historischer Erfahrung, Beschäftigung mit Zusammenhängen, aus Verantwortung für globale Entwicklungen;

(e) von unserem Gesellschaftsideal und unseren Leitbildern, die u. E. weitgehend mit den Wünschen der meisten Bürgerinnen und Bürger zusammengehen.

So haben wir analysierend und diskutierend insbesondere drei miteinander verbundene bzw. verbindbare politische Handlungsfelder ausgemacht: Das Ringen um demokratische, soziale – insbesondere armutsfeste soziale Mindestsicherungen – und ökologische Standards, um Demokratisierung des Öffentlichen, vor allem der öffentlichen Finanzen und um aktive Lokal- und Regionalentwicklung. Hier sehen wir praktizierte und potenzielle Möglichkeiten, dass Menschen sich Wissen und Fähigkeiten solidarischer Kooperation aneignen, sich aktiv mit den Ursachen und Verursachern sozialer und ökologischer Probleme auseinandersetzen, dabei tragfähige politische Bündnisse schaffen und eigenes, kollektives und gesellschaftliches Leben nachhaltig positiv verändern – lokal und regional handelnd, überregional, europäisch und global solidarisch vernetzt. Dabei kommt u. E. sowohl heute als auch künftig den konkreten direkten bzw. vermittelten Kämpfen mit den führenden Akteuren in der Energiewirtschaft, in der Transportwirtschaft, in der Landwirtschaft, in der Finanzsphäre, im High-Tech-Bereich und im MIK ein zentraler Stellenwert zu.

Da die Dimension der insbesondere durch diese Bereiche verursachten sozialen und ökologischen Zerstörung und deren Tempo so ungeheuerlich sind, sehen wir die gegenwärtig größte Herausforderung darin, gemeinsam mit möglichst Vielen zunächst ein »Atem holen« zu erwirken – ein Innehalten in der Rüstung und beim Ausbau militärischer Angriffsfähigkeit; bei der Deregulierung der Märkte, der Spekulation mit Lebensmitteln, Rohstoffen, biologischem Material, mit Flächen und Währungen, bei der Privatisierung öffentlicher Güter und Leistungen, beim Abbau sozialer und demokratischer Rechte; bei der Überwachung und Verschärfung von Repressionen, insbesondere gegenüber sozial Schwachen und Angehörigen ethnischer Minderheiten in Deutschland und den anderen EU-Mitgliedsländern, gegenüber sich illegal in der EU Aufhaltenden bzw. »hinein

kommen Könnenden«; beim Beginn neuer klima- und ökologiefreundlicher Großprojekte.

Dieses »Atem holen« kann nur in einer punktuellen Kooperation mit bürgerlichen Kultur- und Geistes-schaffenden, mit wirtschaftlichen und etablierten Eliten erzwungen werden. Es kann z. B. oder u. a. die Form von Moratorien annehmen. Damit es die Chance eröffnet, sozialökologischen Umbau bzw. sozialökologische Transformation zu beginnen, müssen jene, die dieser Idee anhängen, engagiert darum kämpfen, dass sie zunehmend Akzeptanz, Verbreitung und vor allem im individuellen und gesellschaftlichen Alltag erlebbare Aneignung erfährt.

Mit unserer Broschüre wollen wir dafür interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunden, Genossinnen und Genossen eine Orientierungshilfe geben. Dabei erheben wir keineswegs den Anspruch, Krisen umfassend zu erklären, Diskussionen in ihrer Vielfalt zu reflektieren oder ein detailliertes Konzept des sozialökologischen Umbaus bzw. der sozialökologischen Transformation vorzulegen. Wir stellen lediglich eine Sichtweise und ein Herangehen an Probleme, Zusammenhänge, Debatten und die Arbeit an Wegen, um den Krisen zu entkommen, vor.

1. An den Folgen und Ursachen der Krisen angreifen

Es geht darum, die Krisenprozesse in ihrer Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen und zum Gegenstand wirksamen politischen Handelns zu machen. Dazu wird zunächst ein adäquater Begriff der »verdrängten Komplexkrise« benötigt.

1.1. Problemaufriss: Die verdrängte Komplexkrise⁴

Bevor es heute gelingen kann, die Wirklichkeit der Krisenprozesse in ihrer Komplexität zu erfassen und damit politisch thematisierbar zu machen, ist auf die dagegen gerichteten Verdrängungsprozesse einzugehen.

1.1.1. Krisenverdrängung: die Unfähigkeit, neu zu denken

Unter den offiziellen politischen, ökonomischen und publizistischen Eliten herrscht die Hoffnung auf einen *status quo ante*, auf eine Rückkehr zu dem Zustand vor dem offenen Ausbruch der Finanzmarktkrise 2007. Diese Hoffnung beruht auf einer vierfachen Verdrängung: einer medialen, einer perspektivischen, einer kognitiven und einer politischen.

4 Wie im Vorwort ausgeführt, wird im Abschnitt 1.1. vorrangig der im Brundtland-Bericht entwickelten Grundideen und Denkweise gefolgt: Gesellschaftliche Verhältnisse werden als institutionelle Dimension des Nachhaltigkeitsproblems gesehen, gesellschaftliche Veränderung als Veränderung von Institutionen. »Institution« steht für Normen und Regeln, deren Umsetzung in der Praxis menschliches Verhalten prägt.

Mediale Verdrängung: In der gegenwärtigen Diskussion dominiert der Optimismus, »die Krise« überwinden zu können. Allerdings werden weiterhin die Folgen der Finanzmarktkrise beklagt, die stattgefundenen Krise in der »Realwirtschaft«⁵ mit ihren Konkursen, Rettungspaketen und zunächst und weltweit dramatisch gestiegener Arbeitslosigkeit. Eine umfassende Analyse der Verwerfungen, die zu dieser Krise geführt haben und ihr vorausgegangen sind, findet nicht statt. Stattdessen herrscht unter den offiziellen politischen, ökonomischen und publizistischen Eliten die Hoffnung auf einen *status quo ante*.

Perspektivische Verdrängung: Die Auswirkungen des massiven Aufwands an finanziellen und z. T. physischen Ressourcen, mit Ausnahme der Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit des Staates bzw. der EU-Institutionen⁶, und deren Folgen in den absehbar kommenden Krisen sind kein Thema. Stattdessen sonnen sich Entscheidungsträger im trügerischen Gefühl wiedergewonnener Handlungsfähigkeit. Dass gegenwärtige Aufwendungen künftige Handlungsmöglichkeiten beschränken und damit absehbare Handlungsnotwendigkeiten unterminieren können, interessiert kaum. »Haushaltskonsolidierung« und »Wachstumsbeschleunigung« werden (trotz ihrer Widersprüchlichkeit) beide großgeschrieben, Krisenvorsorge und nachhaltige Krisenbekämpfung dagegen immer kleiner.

Kognitive Verdrängung: Die Krise wird als ein »außergewöhnlicher« Betriebsunfall verstanden, der am besten rasch wieder vergessen wird. Der Analyserahmen wird ganz eng gezogen, Systemfehler spielen keine Rolle – in der Analyse der Situation ebenso wenig wie in der Entwicklung von Gegenmaßnahmen. Jenseits des Krisenmanagements, das auch »außergewöhnliche Maßnahmen« wie den Rückgriff auf Versatzstücke der Keynes'schen Konzepte rechtfertigt, sind lediglich Modifikationen, administrative Verbesserungen geplant, um eine Wiederholung des »Betriebsunfalls« im an sich nicht in Frage gestellten neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell zu vermeiden. »Versatzstücke Keynes'scher Konzepte« meint, dass zwar Kriseninterventionen des Staates begrüßt, aber die Anhebung von Lohneinkommen in Krisenzeiten zur Stärkung der Kaufkraft und damit der Binnennachfrage – ganz neoklassisch – ein Tabu bleibt. Systemversagen wie eigenes Versagen in der Vergangenheit sollen nicht diskutiert werden. Als Krisenlösungsexperten dienen ihre Verursacher. Die Deutsche Bank verdient wieder Milliarden mit Spekulationsgeschäften – die Krise scheint also im Prinzip überwunden.

5 Der Begriff »Realwirtschaft« meint die stofflichen Strukturen und Prozesse, im Unterschied zur Bewegung von fikтивem Kapital, das stofflich existierendes lose repräsentiert. Die Anführungszeichen werden gebraucht, weil erstens allein schon wegen der Geldfunktion »Zahlungsmittel« nicht alle wirtschaftlichen Transaktionen stofflich sind, zweitens zur realen Wirtschaft die Bewegung von fikтивem Kapital gehört.

6 Ein zentrales Problem im Ringen, den Krisen zu entkommen, besteht darin, dass soziale Bewegungen und politische institutionelle Formen bisher im Wesentlichen nur auf der Ebene eines Staates entwickelt sind. Die Entwicklung transnationaler Bewegungen auf der globalen, europäischen und EU-Ebene steht ungeachtet aller Fortschritte seit den 1980er Jahren (Santos 2007) noch immer in den Anfängen. Die institutionellen Formen der globalen und europäischen Politik sind sogar gezielt von Basisbewegungen und demokratischen Kontrollinstanzen abgekoppelt worden (siehe Gowan 2005).

Politische Verdrängung: Die Regierungen sehen ihre Hauptaufgabe weiterhin darin, die internationale »Wettbewerbsfähigkeit« ihrer Volkswirtschaft (oder sogar einzelner »systemrelevanter« Firmen – der Staat als Nothelfer, der in der Standortkonkurrenz sogar den Wettbewerb zeitweise aushebelt) bzw. auch (soweit sie sich als »Mitgliedstaaten« begreifen) »der EU« zu sichern. Als Hüter und Förderer des »Wettbewerbsstaates« (Joachim Hirsch) folgen sie einer nicht weiter hinterfragten neoliberalen »Wettbewerbsideologie«: die politischen Institutionen sind auf Förderung, nicht auf Begrenzung des »Wettbewerbs« hin ausgerichtet – national wie international (z. B. OECD, WTO oder EU). Ohne institutionelle Reformen macht sie das unfähig, die Kernprobleme der Krisenkonstellation (siehe Diagnose) als solche anzugehen. Dies führt dann – trotz aller gelegentlichen Aufgeregtheiten – zur (teils politisch gezielt vorgenommenen, teils als psychischer Entlastungsautomatismus auftretenden) Verdrängung individuellen wie institutionellen Versagens.

1.1.2. Ursachen und Wirkungen: vergangene Krisen, Krisendiskurse und keine Lösungen

Um Lösungen zu entwickeln, ist es als erstes notwendig, ein umfassendes Verständnis der komplexen »Multi-Krise« zu entwickeln, eine realitätsnahe Krisendeutung zu haben, zu propagieren und hegemonial zu machen: erst dann wird es möglich sein, in der politischen Debatte von Maßnahmen der bloßen Symptombekämpfung und von den ständig wiederholten Erfolgsmeldungen, dass wieder ein Problem gelöst sei (während die Lösung gerade das nächste Problem gebiert), zu wirklich problemlösenden weil strukturverändernden Strategien fortzuschreiten und sie auch mehrheitsfähig zu machen. Die Notwendigkeit der Kommunikation von Komplexität bildet dabei eine schwer zu nehmende Hürde. Ihre Bewältigung wird jedoch dadurch erleichtert, dass sich die öffentlich propagierten allzu einfachen Erklärungen und Konzepte, wo immer sie in der Praxis versuchsweise umgesetzt wurden, als Sackgassen erwiesen haben und dies weiter tun werden. Die Bewältigung dieser Hürde wird auch durch die Tatsache erleichtert, dass alle hier zu nennenden Krisen soziale und ökologische Folgen haben, die die Menschen direkt zu spüren bekommen und für die sie eine befriedigende und Handlungsperspektiven eröffnende Deutung suchen.

Finanzmärkte und globales Kasino

Schon vor der gegenwärtigen Wirtschaftskrise war klar, dass die internationalen Finanzmärkte nicht nachhaltig funktionieren. Aufeinanderfolgende spekulative Finanzblasen (es gab im letzten Vierteljahrhundert kaum ein Jahr ohne Blase irgendwo in der Welt, einschließlich der Finanzkrisen Südostasiens, Russlands, Argentiniens und Mexikos, der dot.com, der Rohstoff- und der Immobilienkreditblase). Diese lange Kette von Blasen (einschließlich der jeweils damit verbundenen massiven »Geldvernichtung«) ist Ausdruck einer Ökonomie, deren Wachstum

mehr auf erwartbare virtuelle Werte setzt als auf wirkliche Wertschöpfung⁷, und diese Erwartungen dann wiederum zum Gegenstand der Spekulation macht: Wall Street hat zu Beginn der Krise rund 40 Prozent der Gewinne der gesamten US-Wirtschaft erzielt. In der Konsequenz wurde dabei die unvermeidliche Abfolge von Boom und Einbruch als Regulationsmodus legitimiert. Nach einem Einbruch Ende 2008 macht sich dieselbe »Zockermentalität« wieder breit – der US Aktienmarkt ist schon wieder »überhitzt« und neue – diesmal »ganz sichere« Derivate werden angepriesen (dabei zumeist »toxische Papiere« neu verpackt). Während die Preise der Immobilien in den USA auch im Sommer 2011 immer noch sinken, treten die Preise von Rohstoffen und Nahrungsmitteln, auch spekulationsgetrieben, neue Höhenflüge an: die Vorboten einer neuen Krise werden erkennbar.

Dieses Finanzsystem ruhte auf drei Säulen: dem schuldenfinanzierten Konsum der US-Haushalte (Kreditkartennutzung, Aufnahme von Konsumkrediten und Hypotheken: zum Ausgleich sinkender Reallöhne sank die Sparquote auf null, Reserven wurden liquidiert), dem Missverhältnis von großen Mengen anlagesuchenden Kapitals und begrenzter Nachfrage nach Investitionskapital sowie der Staatsverschuldung. Hinzu kommt Wucher als Geschäftsprinzip: wie anders soll man Renditeerwartungen von 30 Prozent und mehr pro Jahr sonst bezeichnen? Werden die nach Ausbruch der Krise getroffenen und angekündigten staatlichen Maßnahmen analysiert, zeigt sich, dass dieses Missverhältnis und die Staatsverschuldung – zwei der drei Säulen – sowie das Geschäftsprinzip Wucher bestehen bleiben.

Untere Einkommen zahlen die Rechnung

Diese Blasen entstehen nicht ohne Grund: eine wichtige (und im politischen Diskurs nicht thematisierte, sondern eher tabuisierte) Ursache der Finanzkrise ist die zunehmende Polarisierung der Einkommen in allen Industrieländern.

Übersicht zur Vermögensentwicklung in Deutschland

	1998	2007	Veränderung
Nettovermögen der privaten Haushalte	5 874 Mrd. €	7 594 Mrd. €*	+ 29 %
Anteil der obersten 10 %	44 %	58 %	+ 32 %
Anteil der unteren 50 %	4,1 %	0,9 %	- 78 %

* Quelle: DGB (2010)

7 Gemeint ist in diesen Diskursen die Lösung von der unmittelbaren Produktion von Waren (gegenständlichen wie Dienstleistungen) durch die »Realwirtschaft«.

So sind in Deutschland die Reallöhne der Beschäftigten von 2003 bis 2008, also in der wirtschaftlichen Wachstumsphase, um 4 Prozent gesunken – einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik (+ 3 Prozent für Beschäftigte mit Tarifvertrag, - 8 Prozent ohne). Die Tabelle zeigt eine massive Umverteilung von unten nach oben seit 1998, d. h. unter den rot-grünen und schwarz-roten Regierungen. Die im Dezember 2010 beschlossenen Steuergeschenke – weit überwiegend für »die Wirtschaft« – verschärfen diesen Trend weiter, während die Bürger/innen per Gesundheitsreform, Rentensenkungen (verkauft als »Rente mit 67«) etc. »die Zeche« zahlen.

Da die Gewinne im selben Zeitraum um 33 Prozent stiegen (ver.di 2009) kam der »Aufschwung« bei den 20 Prozent wohlhabendsten Bürger/innen an, zu denen selbstverständlich auch die (die neoliberale Politik fordernden, legitimierenden und exekutierenden) Funktionseliten der Republik gehören. Diese kritisierten »in Politik und Medien« dass »Gejammere« mitten im Aufschwung – ignorierend, dass unten Armut, Prekarisierung und mit den sozialen Härten auch Diskriminierungen und Konflikte wachsen. Kampagnen gegen angeblich schmarotzende Sozialhilfe- bzw. Hartz-IV-Bezieher/innen schüren nicht nur eine »Neidmentalität« und unterminieren solidarisches Engagement. Sie lenken vor allem von den wirklichen Gewinnern ab: 1987 betrug das Verhältnis zwischen den durchschnittlichen Einkommen eines Vorstandsmitglieds im Unternehmen und eines Mitarbeiters 14:1, 2006 betrug es 44:1, und im Bankensektor über 300:1 (DGB 2010).

Die Krise verschärft die (durch die Agenda 2010 verursachten bzw. gemehrten) Probleme der unteren Schichten der Bevölkerung: Pflegekrise, Familien- und Kinderarmut, Altersarmut bei Rentenbezug (die Ende der 1980er Jahre schon mal überwunden galt), Zunahme der Leih- und Zeitarbeit; sie wird zudem vermutlich einen weiteren Schub im Niedriglohnsektor auslösen (Heimann 2009). Gleichzeitig hat sich durch die Finanzkrise der Eindruck persönlicher Bedrohung auch und gerade bei den Besserverdienenden noch verschärft. Das führt in den Oberschichten zu Entsolidarisierung, Abwertung sozial schwacher Gruppen und zu Besitzstandwahrung um (fast) jeden Preis. »Zivilisierte, tolerante, differenzierte Einstellungen in höheren Einkommensgruppen scheinen sich in unzivilisierte, intolerante – verrohte – Einstellungen zu wandeln.« (Heitmeyer 2010: 17).

Die Börse funktioniert nicht mehr

Als Folge dieser Polarisierung war einerseits die Konsumnachfrage in allen Industrienationen schwach (Unterkonsumtion in der »Realwirtschaft«), insbesondere in der Bundesrepublik, mit der Folge einer weiteren Zuspitzung der Arbeitslosigkeit (die Zeit seit den 1980er Jahren ist die längste Periode von Massenarbeitslosigkeit seit Einführung der amtlichen Arbeitslosenstatistik Ende des 19. Jahrhunderts). Andererseits fand eine Überakkumulation von Geldkapital statt. Mit anderen Worten: nicht das Kapital war knapp, sondern rentable Anlagemöglichkeiten in der »Realwirtschaft« (verschärft durch die von der Finanzwirtschaft

hochgetriebenen Erwartungen an erzielbare Profitmargen). So wurden schon in den 1990er Jahren rund die Hälfte der in Deutschland erwirtschafteten Gewinne nicht hier reinvestiert, sondern ins Ausland verbracht, überwiegend an die amerikanischen Börsen. Die dort (zwischen dem Platzen von dot.com und Immobilienblase) erzielbaren Profitraten ließen sogar die Mittel für »Realkapital«investitionen knapp werden, was untypisch für Überakkumulationskrisen ist. Inzwischen (2005) ist in Deutschland die Investitionsquote im Vergleich zu 1970 von 28 Prozent auf 18 Prozent gefallen, während die Chinas von 30 Prozent auf 40 Prozent angewachsen ist (für die USA und Großbritannien, wo der Finanzsektor die Wirtschaft dominiert, schwankt sie um die 20 Prozent). Dieses Investitionsverhalten schafft eher neue wirtschaftliche Probleme und hat erst recht nichts mit Investitionen zu tun, die soziale, ökologische und globale Probleme lösen helfen.

So sind die Finanzmittel, die von Unternehmen an der Börse als Unternehmenskapital aufgenommen werden, inzwischen geringer als das Geldvolumen, das an die Aktionäre zurückfließt (Lordon 2010). Das klingt zunächst verwirrend, weil ja die an den Börsen angelegten Finanzvolumina ständig wachsen. Lordon klärt den scheinbaren Widerspruch auf: »Das massenhaft nach Platzierung suchende Geldvolumen beflügelt mangels neuer Aktienemissionen, die es absorbieren könnten, die Spekulation an den sogenannten »Sekundärmärkten«, auf denen schon existierende Aktien weiterverkauft werden. Dieser ständige Zufluss trägt also nicht zur Finanzierung von industriellen Innovationen bei, sondern heizt nur die Inflation der bereits im Kreislauf befindlichen Finanzwerte an. Die Kurse steigen, die Börse lacht, aber die Versorgung der sogenannten Realwirtschaft mit den Mitteln, die sie für ihre Projekte braucht, wird tendenziell zur Nebensache. Denn der Anleger macht sein Glück innerhalb der selbstbezüglichen Sphäre der Spekulation.« (Lordon 2010: 14) Damit hat die Börse ihre Rolle als Geldvermehrungsmaschine für Anleger, zu Lasten »der Realwirtschaft« und auf Kosten der »Allgemeinheit«, erfolgreich fortgesetzt.

Krisendiskurse und -interpretationen

In den Diskursen der US-Gesellschaft wird dies nicht als Problem empfunden: Jede/r ist seines/ihrer Glückes Schmied, der Konkurrenzkapitalismus prägt Lebensstil und Erwartungshaltungen. Die Freiheit der Märkte gilt vielen als Vorbedingung politischer Freiheit (Rice 2010). Wer an der Börse Gewinne macht, war clever und hat das verdient. Wer von der Blase erwischt wird und seine Ersparnisse verliert, war entweder unvorsichtig oder hatte einfach Pech. Selbstregulation (und dafür eine vorhergehende Deregulierung) ist die bevorzugte Form der Steuerung; der Markt ist nicht Instrument, sondern zielsetzende Instanz. Sanktionen werden nur bei Missbrauch ausgesprochen (Buchfälschungen wie bei Enron oder Banker-Boni). Gewinne, die nach öffentlicher Wahrnehmung unverdient gemacht werden, bleiben meist nur in Worten kritisiert. Der »amerikanische Traum« von unbegrenzten Karrieremöglichkeiten verhindert das. Wer (faktenwidrig) an eine

hohe soziale Mobilität glaubt, will sich dieser imaginären Chance nicht berauben, auch wenn das bedeutet, dass soziale Krisen in individuelles Versagen umgedeutet werden. Dieser Traum ist dann auch die Legitimation, um andere Nationen – ob sie wollen oder nicht – mit dem selben Modell zu »beglücken«, seien es die »Transitionsländer Ostmitteleuropas«, der Irak und über eine dominante Rolle in den internationalen Institutionen auch noch der »Rest der Welt« (Hobsbawm 2008). Unter der Bush-Administration wurde – im Anschluss an Leo Strauss⁸ – zudem eine Politik praktiziert, die die gesellschaftlichen Hierarchien stärken, die Eliten privilegieren und die Massen nicht durch soziale Leistungen, sondern durch die Mobilisierung von Ängsten vor »äußeren Feinden« loyal halten soll. Regelmäßige unspezifische Warnungen vor terroristischen Anschlägen sind – auch in Deutschland – Bestandteil dieser Strategie. Dazu gehört auch eine Politik der Steuersenkungen, wie sie erstmals unter Reagan, abgeschwächt unter Clinton und radikalisiert unter Bush junior praktiziert wurde. Nach Irving Kristol (einem der Vordenker der Bush Administration im American Enterprise Institute) dienen Steuersenkungen für die Reichen dazu, die gesellschaftlichen Hierarchien zu stützen, den Reichtum der Eliten zu schützen, die (nach Strauss naturgegebene) Ungleichheit zu steigern und langfristig – via Budgetdefizit – Druck aufzubauen, Sozialausgaben und Ausgaben für öffentliche Erziehung abzubauen (Kapeller, Ötsch 2009).

Auf der makroökonomischen Ebene gelten – keineswegs unbegründet – Blasen in den USA als Teil des normalen Wirtschaftsgeschehens, ihr Platzen als eine regelmäßig notwendige Korrektur von Fehlallokationen. So entgegneten die Vertreter der US-Notenbank europäischen und japanischen Zentralbankern, die darauf drängten, die künftige Geldpolitik solle (nach der Krise!) solchen Blasen entgegenwirken, dies sei besser zu unterlassen, da Blasen zum einen schwer frühzeitig festzustellen seien und es zum anderen billiger käme, nach dem Platzen der Blase durch Senken der Zinssätze »reinen Tisch zu machen«, als vorher zu intervenieren (The Economist 2009c).

Europa denkt (noch) anders ... – aber handelt nicht viel anders

Dass sich in Kontinentaleuropa die konkreten Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit anders als in den USA entwickelt haben, erklärt Unterschiede in den Diskursen. Während in Kontinentaleuropa – bei aller Unterschiedlichkeit der Sozialmodelle und -systeme – insgesamt die kollektive Garantie sozialer Sicherheit nach wie vor einen hohen Stellenwert unter der Bevölkerung aufweist und Freiheit als auf sozialer Sicherheit basierend wahrgenommen wird (die Privatisierung der Lebensrisiken wird von der Mehrheit der Bevölkerung in Kontinental-Westeuropa abgelehnt), hat »die Politik« jedoch andere Vorstellungen umgesetzt.

8 Leo Strauss (1899–1973), aus Nazi-Deutschland emigrierter neokonservativer Vordenker, der mit seiner Kritik des klassischen US-Liberalismus den gesamten US-amerikanischen Diskurs beeinflusst hat.

In fast allen Staaten erfolgte ein Umbau der Sozialsysteme nach neoliberalen Muster; das Umlagesystem bei den Renten bietet nur noch eine Grundversorgung, eine Aufstockung durch Eigenvorsorge ist notwendig. Das daraus resultierende Zwangssparen bedeutet vermehrte Anlage der Ersparnisse bei Geldinstituten (Banken, Versicherungen, Fonds) und verstärkt wiederum die Überakkumulation im Finanzsektor (der diese Entwicklung zur Ausweitung seiner Anlagemöglichkeiten mit vorangetrieben hat). Zudem ändert die Umstellung den Zielkatalog »der Politik«: In beiden Systemen werden die Renten aus dem Wirtschaftsergebnis des Auszahlungsjahres finanziert, aber mit unterschiedlichen Mechanismen. Im Umlagesystem ist die Finanzquelle der Finanzierungsbeitrag von Beschäftigten und Arbeitgebern; sichere und ausreichende Renten erfordern armutsfeste und vernünftige Löhne und hohe Beschäftigung. Rentenfonds dagegen erbringen dann hohe Ausschüttungen, wenn die Gewinne steigen, wozu – siehe das Verhalten der Kapitalfonds – oft Arbeitsplätze gestrichen und Löhne gesenkt werden. Alterssicherung erfordert also je nach System eine andere Zielsetzung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Beim Arbeitslosengeld wurden in Westeuropa (und in Mittel- und Osteuropa, das nach dem Zusammenbruch des »Staatssozialismus« eine zuvor nicht benötigte Arbeitslosenversicherung überwiegend nach westeuropäischem Muster einführt) die Lohnersatzraten und Dauer des Anspruchszeitraums gekürzt. So dient das Arbeitslosengeld – bei direkt anschließender Überleitung in die beitragszahlungsunabhängige Hartz-IV-Abhängigkeit – nicht mehr der Statussicherung, sondern ist eher die Gewährung einer Grundsicherung auf Befristung (ein Jahr), bevor die weitere »Stützung« von vorherigem Verzehr aller Ersparnisse abhängig gemacht (außer der o. g. privaten Altersvorsorge) und damit die Wiederherstellung eines früheren Sozialstatus unmöglich gemacht wird. Dies alles geschah im Gegensatz zu einer allgemein verbreiteten Position, nach der gleiche Bildungschancen und soziale Mindestsicherung befürwortet werden. Lediglich die Liberalen machen sich wichtige Teile der explizit antifreiheitlichen Politik von Kristol zu eigen (eine Kombination aus marktradikaler Angebotspolitik und elitär-antidemokratischer Gesellschaftspolitik). Damit übernehmen sie ebenfalls die Zielsetzung der Reichtumsmehrung führender Eliten und akzeptieren das dadurch geschaffene Budgetdefizit (heute verstärkt durch die Rettung der Finanzinstitutionen), was dann den »erzwungenen« Abbau von Sozialleistungen begründen und legitimieren soll. Motivation und Legitimation fanden und finden die Befürworter/innen und Praktiker/innen des Sozialabbaus in den Gleichgewichtsmodellen der neoklassischen Ökonomie: danach seien zu hohe Löhne an der Arbeitslosigkeit schuld. Auch seien die unflexiblen Arbeitsmärkte (d. h. solche in denen Arbeits- und Kündigungsschutz besteht und Löhne nicht beliebig gesenkt werden können), das Haupthindernis für mehr Wirtschaftswachstum. Deregulierung sei demnach weiterhin notwendig, auch und gerade in und nach der Wirtschaftskrise: die Krise wird zur Radikalisierung in der Umsetzung neoliberaler Politik genutzt,

auch und gerade gegen linkere Regierungen wie in Griechenland, Spanien und Portugal (konservative Großschuldner wie Großbritannien und Italien wurden zunächst von den Spekulanten relativ bzw. scheinbar verschont). Diese Radikalisierung erklärt auch die Hartnäckigkeit der EU-Kommission. Deren Fortschreibung der Lissabon-Strategie⁹ folgte diesem Paradigma noch unverhohlener als die Strategie selbst. Nur durch eine massive Intervention der Zivilgesellschaft und den Einfluss pragmatischer Regierungen konnte sie entschärft, aber nicht umorientiert werden. Dieselbe Strategie, die Finanzkrise des Staates als lang ersehnte Gelegenheit zum weiteren Abbau sozialer Standards zu nutzen, erklärt auch die rechtspopulistischen Ausfälle des deutschen Vizekanzlers gegen die Anhebung der Hartz-IV-Mindestsätze.

Die Realisierung der neoliberalen Rezepte zum marktradikalen Abbau des keynesianischen Wohlfahrtsstaates hat in der EU als »Globalisierungsverstärker« in den Mitgliedstaaten unterschiedliche Formen angenommen. Privatisierung, Deregulierung und eine radikale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums – Senkung der Lohnquote am Volkseinkommen, Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen und Einkommenspolarisierung – schritten aber in der gesamten EU voran. Anders als in den USA wird dabei nicht das Erbe der keynesianischen Klassenkompromisse vollständig abgeräumt – insbesondere in den skandinavischen Ländern hält sich eine immer noch stärkere wohlfahrtsstaatliche Sonderentwicklung, während in Südeuropa z. T. mafiöse Strukturen einen gewissen »korrupten Etatismus« am Leben erhalten.

Staatliche Rahmensetzung und Planung sind in Europa dort suspekt, wo sie mit den Erfahrungen des Sowjetsystems assoziiert werden, ansonsten aber sind sie selbstverständlicher Bestandteil der Palette politischer Instrumente. Zudem gelten in weiten Teilen der Bevölkerung die Gewinne wie die Gehälter im Börsenkassino als anrühlich. Sie werden daher eher verschwiegen denn laut verkündet (weniger in der unter dem Einfluss neoliberaler Hegemonie aufgewachsenen jüngeren Generation und kaum unter den dem angelsächsischen neoliberalen Vorbild folgenden Machteliten, insbesondere unter den Aufsteigern). Das »Eigenlob der Sieger« ist regelmäßig ein PR-Desaster, wie die Deutsche Bank und ihr Vorstandsvorsitzender mehrfach erfahren mussten. Trotzdem haben auch deutsche Banken und Konzerne beim Börsenroulette mitgespielt und amerikanische Junk-Papiere gekauft (nicht zuletzt die von ihren öffentlichen Anteilseignern unter massiven Renditedruck gesetzten und von der Deutschen Bank beratenen öffentlichen Institute). Das geschah nicht zuletzt, weil sie nicht wussten, wo sie sonst ihr Geld anlegen sollten (The Economist 2009a). Auch in Europa gilt: »der Kern der Eigentumsverhältnisse hat sich zu den Geldmacheliten verschoben« (Klein 2008).

9 durch die die Europäische Union nach dem Willen Europäischen Rates bis 2010 zum »wettbewerbsfähigsten Raum der Welt« werden sollte.

Diese feiern unter sich, haben aber in Europa weit weniger Rückhalt in der Bevölkerung als in den USA (zumindest bis dort die Boni-Skandale bekannt wurden).

Güter- und Arbeitsmärkte

Die ökonomische Situation wurde verschärft durch die nicht nachhaltige Struktur der Handelsbeziehungen in der »Realwirtschaft«: Während die USA, aber auch Bevölkerungsgruppen und private Unternehmen in neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU ihre Konsum- bzw. Investitionsbedürfnisse mit einer massiven Verschuldung von Staat, Firmen und privaten Haushalten bezahlten (und dabei auf ausländische Geldmittelzufuhr angewiesen waren), haben Deutschland, China und Japan jahrelang Rekordüberschüsse im Export erzielt: die einen sahen sich genötigt oder stimuliert zu importieren; die anderen exportierten lukrative Waren bei vergleichsweise niedrigen Lohnkosten, weil ihre Arbeitnehmer nicht wirksam dagegen opponierten. So wuchsen zum einen die Ungleichgewichte in den Handels- und Leistungsbilanzen, zum anderen in den Exportländern die Polarisierung in der Einkommensverteilung, was dort insgesamt die Binnennachfrage drückte. So wurden langjährige Warnhinweise ignoriert und die Bevölkerung in den USA erst mit der Mär von einer »New Economy« beruhigt, in der die alten Spielregeln nicht mehr gelten würden. Zugleich wurde »Stärke an anderen Fronten« demonstriert – in Afghanistan und im Irak. In den neuen EU-Mitgliedsländern verschuldete sich die Mittelklasse in Euro, im Glauben auf eine baldige Angleichung der Lebens- und Konsumbedingungen in der Gemeinschaft. In der Bundesrepublik¹⁰ ist der Diskurs ein anderer: Auch wenn das »Stabilitäts- und Wachstumsgesetz« von vor 40 Jahren noch eine ausgeglichene Außenhandelsbilanz verlangt, sind doch seit 30 Jahren alle Regierungen »eifrig bemüht«, dieses Gesetz zu brechen und Außenhandelsüberschüsse zu fördern. »Exportweltmeister« zu sein, ist der Stolz auch der abhängig Beschäftigten. Es werden Gewinne eingefahren und Arbeitsplätze im Inland geschaffen. Doch der Preis dafür ist hoch: stagnierende Löhne und Gehälter schwächen – wie erwähnt – dauerhaft die Binnennachfrage. In der Bilanz gehen viele der zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze vor Ort durch Export von Betrieben wieder verloren. Die Umverteilung von unten nach oben ist Teil jener Strategie, die auf Gewinne durch Exporte auf den EU-Binnenmarkt setzt. Andere EU-Mitglieder haben dank dieses Binnenmarktes und der gemeinsamen Währung kaum reale Alternativen. Statistisch im Durchschnitt sinkende Reallöhne in Deutschland und daraus entstehende Handelsbilanzüberschüsse haben zur Verschuldung Griechenlands und Irlands beigetragen (die wiederum zu erheblichen Teilen durch deutsche Banken finanziert wurde – ein Grund warum die deutsche Regierung einen Zahlungsausfall nicht riskieren konnte, war die angesichts der besonders fragilen Eigenkapitalbasis deutscher Banken zu befürchtende Bankenkrise im Inland). Die deutsche

¹⁰ Ohne diese weist die EU einen Importüberschuss auf.

Politik von Lohndämpfung und Exportüberschüssen destabilisiert den Euro weiterhin. Sie ist mitschuldig an den Schuldenkrisen in anderen Euro-Ländern. Diese Schattenseiten des Exportmodells werden in den Medien allenfalls in Ansätzen thematisiert, insbesondere nicht der Zusammenhang zwischen sinkenden Reallöhnen und europäischer Finanzkrise; Wachstum durch Export (statt der Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur) bleibt der Konsens von Herrschenden und Beherrschten. Deutschland will zurück zum *status quo ante*, doch das ist nicht realisierbar.

They never come back (sie kommen nicht zurück)

Die Konsumtionsquote von rund 70 Prozent des BIP wird sich in den USA voraussichtlich nicht wieder auf gleichem Niveau einstellen (wegen Schuldentilgung und Ansparen nach dem Teilverlust der in Fonds angelegten Pensionen: die US-Haushalte erlitten in der Krise einen Verlust von rund 13 Billionen US-Dollar. Das sind ca. 40 000 US-Dollar pro Kopf, verschärft durch den Wegfall günstiger Kreditfinanzierungen (als »credit crunch« [Kreditklemme] bezeichnet). Die Kreditverknappung hat auch in den neuen EU-Mitgliedsstaaten die Importfähigkeit rapide reduziert [The Economist 2009b]). Da ebenfalls China und das deflationsgeplagte Japan (im Gegensatz zur Bundesrepublik) eine Stärkung ihrer Binnenwirtschaften anstreben, werden sich diese destabilisierenden Ungleichgewichte der »Realwirtschaft« nicht auflösen lassen. Insofern könnte sich manche »Brücke«, die die Bundesregierung baut, als »Brücke ins Nichts« herausstellen. Die deutsche Abhängigkeit von Exportüberschüssen hat dazu geführt, dass die Bundesrepublik zunächst von allen großen Industriestaaten am härtesten von der Krise getroffen war, obwohl die Verwerfungen auf den inländischen Märkten relativ begrenzt waren. Der anschließende »Aufschwung XL« (Brüderle) geht weniger auf die überwundene Krise und nicht auf die Selbstheilung des Marktes zurück, sondern ist im Wesentlichen den staatlichen Investitionsprogrammen in anderen Ländern zu verdanken. Diese haben die Nachfrage nach deutschen Produkten angekurbelt – wesentlich stärker als die mageren deutschen Konjunkturprogramme. Selbst aus Gründen rein wirtschaftlicher Nachhaltigkeit sollte es kein Politikziel sein, diese instabile Situation fortzuschreiben. Da der verstärkte private Konsum 2011 nicht nur auf den Anstieg der Tariflöhne zurückgeht, sondern zu erheblichen Teilen ein Nachholbedürfnis aus 2008 bis 2010 darstellen dürfte (verschobene Anschaffungen) wird er wirtschaftliche Nachhaltigkeit kaum stärken und insbesondere keine nachhaltige Entwicklung im Sinne des Brundtland-Berichtes unterstützen. Diese ist kein reales Ziel herrschender Wirtschaftspolitik.

Welthunger und Armut bekämpfen: Öffentliche Güter ohne öffentliche Förderung

Die anhaltende Ernährungskrise, die meist nur in Zeiten dramatischer Zuspitzung ein größeres Thema in den Krisen-Diskursen des Mainstreams ist, ist das Ergebnis sehr unterschiedlicher Prozesse und Probleme: Da sind die Folgen von Kolonial-

politik und des unterentwickelt-gehalten-worden-Seins, rückständiger Sozialstrukturen, von Armut und Krankheiten, niedriger Produktivität und sogar von Produktionsrückgängen, von Umweltkrisen, internationalen Freihandelsabkommen, des *land grabbing* (Landraubs), der Politik Transnationaler Konzerne (TNC), an Exporten – insbesondere von Bioenergie, Fleisch, Fisch, Futtermitteln und Holz – orientierter Agrarpolitik, des wachsenden Gewichts relativ verselbständigter Finanzmärkte in der Agrarwirtschaft und insbesondere im Handel mit landwirtschaftlichen Produkten und damit zugleich der Spekulation mit Währungen, Rohstoffen und Lebensmitteln auf den globalisierten Märkten ... (siehe dazu die Abschnitte 1.2.2 und 2.2.1) .

Durch das Zusammenwirken dieser Faktoren mit dem Weltbevölkerungswachstum, gewandelten Ernährungsgewohnheiten und Fehlernährung wurden hunderte Millionen Menschen bereits erreichter Entwicklungsfortschritte beraubt. Entgegen der gängigen Annahmen vieler Ökonomen hat die massive Preissteigerung aber nicht dazu geführt, dass die Produktion in den armen Ländern des Südens gestiegen wäre. Im Gegenteil: ein Anstieg der Agrarproduktion fand in den USA und in Europa statt, mit erheblichen Auswirkungen auf die natürliche Umwelt, insbesondere auf die biologische Vielfalt. Auch die krisenverschärfenden Subventionsprogramme zur Umwandlung von Pflanzen (z. T. von Nahrungsmitteln) in Bioalkohol bzw. Biodiesel als Kraftstoffzusatz sind nicht eingestellt worden, trotz ihrer mangelnden Klimawirksamkeit und der mit ihnen verbundenen massiven sozialen Probleme (Vertreibungen, Arbeitsplatzabbau, Hunger, Verlust von Ökosystemen, Rohstoffen, Energieträgern etc., vgl. Spangenberg, Settele 2009). Nicht allein, aber insbesondere auch deshalb haben die Nahrungsmittelpreise auf den Weltmärkten 2011 sogar das Niveau des Krisenjahres 2008 überschritten. Das ist ein von Vielen übersehener Faktor für die Volksaufstände in der arabischen Welt.

Das Ende der Verschwendungsgesellschaft

Peak Oil, Peak Gas, Peak Everything (Fördermaxima von Öl, Gas, jeglichen Naturressourcen)

Schließlich hat der Verfall der Ressourcenpreise in der Krise dazu geführt, dass die öffentlichen Diskussionen um Peak Oil, Peak Gas und Peak Everything, die noch 2008 sehr lebhaft waren, faktisch eingestellt wurden. Auch wurden keine Maßnahmen getroffen, um kurzfristige Knappheiten zu vermeiden. Dabei liegen die Rohstoffpreise vielfach schon wieder höher als vor Beginn der »Preiskrise« 2008 – der gravierenden Preissprünge bei Rohstoffen, wobei sich Lebensmittelpreise innerhalb nur weniger Tage verdoppelten – und steigen teilweise weiter. Dennoch sind die Investitionen in die Exploration (Ausbeutung) konventioneller und den Ausbau erneuerbarer Energien zurückgefahren und die öffentliche Förderung für die Entwicklung erneuerbarer Energien gekürzt worden. Insbesondere wurden die geplanten Investitionen zur Entschärfung des im Raffineriesektor beste-

henden Engpasses »auf Eis gelegt«. Mittel- und langfristige Vorsorge fehlt erst recht, obwohl das Ende der Versorgung mit billigem Öl absehbar ist. Entsprechende Strategien gibt es weder bei Regierungen noch bei den großen Energiekonzernen (oder sie werden, »um eine Beunruhigung der Öffentlichkeit zu vermeiden«, nicht bekannt gemacht). Sichtbare Vorsorgemaßnahmen sind bisher nur im Bereich des Militärs wahrnehmbar: Die US Navy stellt ihre Flugzeuge auf Treibstoff aus erneuerbaren Quellen um, um auch in Krisenzeiten die Einsatzfähigkeit zu garantieren. Das britische Militär sorgt sich um die Beschränkung seiner bisher globalen Einsatzreichweite. Die Bundeswehr analysiert (weitgehend zutreffend) aufkommende Spannungen und Krisen und das zukünftige Versagen der Rohstoffmärkte, sowie einen (wirtschaftswissenschaftlich fragwürdig begründeten) kommenden Kollaps der westlichen Gesellschaften (Zentrum für Transformation der Bundeswehr 2010). Seit dem 15.7.2011 fliegen bereits einige Lufthansa-Flugzeuge mit Biokraftstoffen.

Umsteuern ist heute geboten, weil selbst für führende Machteliten nicht die maximale Reichweite von Waffen das entscheidende Problem ist, sondern der wesentlich näher liegende Zeitpunkt des Fördermaximums und die absehbar das Angebot übersteigende Nachfrage nach Energieträgern und Rohstoffen mit massiven Preisauswirkungen, mit sektoralen und temporären Mangelwirkungen (siehe Kasten und Schindler/Zittel 2006). Die Umstellung auf eine nicht von fossilen Energien abhängige Wirtschaft braucht jedoch Zeit – rund zwei Jahrzehnte nach Schätzungen der für das US-Energieministerium eingesetzten Hirsch-Kommission (Hirsch 2005).

Energie wird eines der dieses Jahrhundert bestimmenden Themen sein

Die »harten« Fragen des Chevron-Vorsitzenden

»Eines ist klar: die Zeit leicht verfügbaren Öls ist vorbei. [...] Die Nachfrage steigt wie nie zuvor [...]. Gleichzeitig erreichen viele Öl- und Gasfelder ihr Fördermaximum. Und neue Reserven werden überwiegend an Orten gefunden, wo sie schwer förderbar sind, technisch, wirtschaftlich oder sogar politisch. Wenn aber steigende Nachfrage auf ein knapper werdendes Angebot trifft, ist das Ergebnis mehr Wettbewerb um dieselben Ressourcen.

Wir können warten, bis eine Krise uns zwingt zu handeln. Oder wir können [...] anfangen, die harten Fragen zu stellen: Wie decken wir den Energiebedarf der Entwicklungs- und Industrieländer? Welche Rolle werden alternative und erneuerbare Energien spielen? Wie schützen wir unsere Umwelt am besten? Wie beschleunigen wir unsere Naturschutzbemühungen? Was auch immer wir jetzt tun, wir dürfen nicht nur auf das nächste Jahr schauen, sondern auf die nächsten 50 Jahre.«

(O'Reilly, 2008; David J. O'Reilly ist Vorstandsvorsitzender der Chevron Corporation)

Probleme des Ressourcenmangels (nicht nur der relativen Knappheit) wird es auch danach geben (gegen Ende des Jahrhunderts werden »wir« Kohlenwasserstoffe, aus Kohlendioxid und Wasser synthetisch herstellen müssen, aber mit welcher Energie? Auch Mineralien und Metalle könnten dann Mangelware werden [Valero 2009]). Das macht einen kontinuierlichen, langfristigen und sozial wie ökologisch gestalteten Umbau des gesamten Wirtschaftssystems auf Basis dauerhaft verfügbarer, d. h. überwiegend erneuerbarer Ressourcen notwendig.

Gleichzeitig geriet in Vergessenheit, dass in der jüngeren Vergangenheit – wie in allen Imperien – d. h. in Bereichen bzw. Territorien, in denen ausgeprägte (aggressive) Herrschaftsstrukturen wirken – spätestens seit dem Beginn der Neuzeit (siehe Bunker/Ciccantel 1998, Spangenberg 2010a) die Ressourcensicherung ein wesentlicher Kriegsgrund war. So war es auch im Falle des Irak. Es war in der breiten Öffentlichkeit ganz in Vergessenheit geraten, dass die NATO und ebenso die Bundeswehr die Ressourcenversorgung als Bestandteil ihrer Sicherheit und Bedrohung als legitimen Grund für militärische Interventionen definieren (siehe dazu SIPRI 2011b: 4 ff.). Naturressourcen sind ein Objekt der Begierde der Mächtigen (bzw. aller derer, die mächtig sein oder mächtig werden wollen), die Grund bzw. Anlass auch für eine Vielzahl innerstaatlicher Konflikte und Bürgerkriege sind.

Mit anderen Worten: »wir«¹¹ haben aus den vergangenen Krisen nichts gelernt, fokussieren die »politischen« Antworten auf Symptome, nicht auf die Ursachen der Krisen und sind so auf ihre Wiederkehr nicht vorbereitet.

1.1.3. Zukünftige Krisen: die Zeitfenster werden eng

Zukünftige Krisen, die heute absehbar sind, resultieren aus dem Weiterwirken derselben Ursachen, die schon in der Vergangenheit Krisen hervorgebracht haben. Da die erforderlichen politischen Reaktionen entweder völlig ausgeblieben sind oder aber sich auf bloße Symptombekämpfung konzentriert haben, ist mit hoher Wahrscheinlichkeit ein erneutes Aufflammen dieser Krisen zu erwarten. Sie alle haben gemeinsam, dass sie wichtige öffentliche Güter, den »sozialen Zusammenhalt« und die ökologische Stabilität bedrohen und mit dem erneuten Auftreten von spekulativen Blasen verbunden sind: krisenhafte Entwicklungen und kollabierende Blasen sind ein Wesensmerkmal der globalen, finanzmarktgesteuerten kapitalistischen Produktionsweise. Sie sind fester Bestandteil ihrer Wirtschaftsordnung und Teil ihrer Regulationsweise.

11 NATO, EU und Bundesregierung stimmen in der strategischen Fehlorientierung überein, »Ressourcensicherheit« letztlich durch militärische Gewalt sicherstellen zu wollen.

Krise 1: Peak Oil

Geht man immer noch optimistisch davon aus, dass die gegenwärtige Wirtschaftskrise ihren ersten Höhepunkt in 2009/10 erreicht hat und gegen 2011 allmählich ausläuft, dann ist damit zu rechnen, dass uns die nächste Ölpreiskrise schon wenig später trifft. Der Grund ist einfach: erreicht die durch die Krise gesunkene Nachfrage der Industriestaaten wieder das Niveau von 2008, dann trifft sie auf eine gestiegene Nachfrage der Schwellenländer (die bereits im Sommer 2009 für eine Verdoppelung der Preise gegenüber dem Tiefpunkt im Frühjahr 2009 verantwortlich war), während die Kapazitäten kaum ausgebaut wurden (The Economist 2008a). Da keine wirksamen Maßnahmen gegen die Spekulation ergriffen wurden, wird diese erneut die Preiskrise verschärfen. Die Internationale Energie-Agentur IEA hält dann Preise von über 200 US-Dollar/Fass Öl für möglich, also ein Viertel höher als in der Krise 2008. Für Vorsorgemaßnahmen bleibt nur noch wenig Zeit.

Das Ende (des fossilen Zeitalters) ist nah!

Dabei ist die kurzfristig zu erwartende Knappheitskrise die erste, nicht die letzte, die von den schwindenden Ölreserven verursacht wird. Falls die gegenwärtigen Engpässe in der Prozesskette überwunden sind, bleibt die Knappheit des Rohöls. Seit über 40 Jahren wird weltweit mehr Öl verbraucht als im selben Jahr neu entdeckt wird: alle Neufunde, die in »den Medien« gefeiert werden, sind Tropfen auf den heißen Stein. Die konventionellen fossilen Ressourcen – Öl, Gas und Kohle, ohne Teersände und Methaneis¹² – reichen bei den gegenwärtigen Verbrauchstrends noch bis Ende des Jahrhunderts. Die Kohlevorräte werden in der öffentlichen Debatte meist überschätzt. Auch wird übersehen, dass wenn Kohle als Ölersatz verflüssigt wird, erhebliche Energieverluste entstehen. Auch die Expansion des Fracking (Wasser, Sand und viele krebserregende Chemikalien werden mit höchsten Drücken in Bohrlöcher gepresst, um in Flözen, Schiefer und Gestein eingelagertes Methan frei zu sprengen und abzupumpen) mehrt Gefahren für Menschen, übrige Natur und kann keine nachhaltige Problemlösung befördern.¹³

Die kohlenstoffarme Wirtschaft wird unvermeidlich kommen müssen (ohne die klimaschädliche Kohleverflüssigung, entwickelt in Nazideutschland und heute von den USA und China sowie einigen Chemiekonzernen vorangetrieben, ist 2050–2070 »Schluss mit dem Fossilsystem«). Je früher der Verbrauch eingeschränkt wird, desto länger reichen die begrenzten Reserven und desto sozialer und auch wirtschaftlich weniger problematisch lässt sich der Umstieg gestalten.

12 Methaneis besteht aus Methan, das in erstarrtem Wasser eingelagert ist.

13 Zu den US-amerikanischen Erfahrungen, wo in 34 Bundesländern gefrackt und zehn Prozent der gesamten Erdgasgewinnung »unkonventionell« erbracht werden, gehört Trinkwasserverschmutzung von großem Ausmaß (http://en.wikipedia.org/wiki/Hydraulic_fracturing).

Ein Mangel an bezahlbarem Öl würde die »Realwirtschaft« direkt treffen (nicht indirekt wie die Finanzkrise); und zwar alle Sektoren, da alle Energiepreise mit dem Ölpreis steigen (ggf. außer den Preisen für erneuerbare Energien). Die Folge könnte eine Rezession sein, die deutlich schlimmer wäre als die gegenwärtig weltweit noch anhaltende, zumal die Wirtschaft mit deutlich weniger Reserven in diese Krise gehen würde als in die letzte. Einen besonderen Risikofaktor stellen die deutschen Banken dar: ihr geringer Grundstock an Eigenkapital (2 Prozent Kapital für die »Werte«) könnte schnell wegschmelzen, wenn die wirtschaftliche Erholung nicht längere Zeit anhält (nach dem »Kompensationsjahr« 2010 sehen die Prognostiker für 2011/2012 wieder eher marginale Wachstumsraten).

Die nächste Rezession wird schlimmer?

Hinzu kommen die noch immer in den Kellern der Banken lagernden wertlosen Wertpapiere, die »toxic assets« (»giftige Vermögenswerte«), deren Volumen auf über 100 Milliarden Euro geschätzt wird (The Economist 2009d). Sinkt die Kreditwürdigkeit ihrer Schuldner und werden die Papiere schlechter bewertet, muss die Bank zur Deckung mehr Eigenkapital vorhalten (so die Basel-II-Regeln, verschärft 2010). Das ist bei einer dünnen Kapitaldecke und der noch immer nicht vollständig überwundenen Schwierigkeiten bei neuen Kapitalaufnahmen keine einfache Situation. Kommt es »hart auf hart«, ist auch der Staat als Retter in der Not tendenziell überfordert. Er kann dann nicht mehr wirksam rettend eingreifen, obgleich ein funktionierendes Geldsystem ein hohes öffentliches Gut ist. 2007 entsprach die Bilanzsumme der drei größten Geldinstitute in der Bundesrepublik 124 Prozent des Bruttoinlandsprodukts BIP (Klein 2008).

Ölkrise = Sozialkrise

Wie die jüngste Ölpreiskrise gezeigt hat, leiden unter einer Erhöhung der Energiepreise vor allem die sozial schwachen Teile der Bevölkerung. Betrug die Inflationsrate in Deutschland im Jahre 2008 rund 2,6 Prozent, so lag sie bei den unteren Einkommensgruppen deutlich höher, da diese einen überproportionalen Anteil des Haushaltseinkommens für Strom, Heizung, Kochen und Mobilität ausgeben müssen. Der Anstieg der Energiekosten um rund die Hälfte von Dezember 2007 bis Herbst 2008 erhöhte die Energiekosten in der untersten Einkommensgruppe der Ein- bzw. Zweipersonenhaushalte von 10 Prozent bzw. 13 Prozent auf 15 Prozent bzw. 20 Prozent der Haushaltseinkommen (zum Vergleich die oberste Einkommensgruppe: von 4 Prozent bzw. 5 Prozent auf 6 Prozent bzw. 8 Prozent). Bei einer erneuten Krise und angesichts der unzureichenden Sätze des Arbeitslosengeldes II (»Hartz IV«) würde für viele Haushalte eine Situation eintreten, in der eine warme Wohnung und/oder warmes Essen, ganz zu schweigen von regelmäßigem Baden oder Duschen, unerschwinglich würden. Die sozialen Folgen einer solchen Ölpreiskrise wären drastische Ausweitung und Verschärfung der Massenarmut, wenn Gegenmaßnahmen nicht oder zu spät ergriffen würden. Anstatt dass

aber die vor der Finanz- und nachfolgenden Wirtschaftskrise aktuellen Warnungen vor dauerhaft hohen Ölpreisen als Menetekel begriffen wurden und entsprechende Maßnahmen eingeleitet worden wären, sind einfach nur die Prognosen von Ölpreisen von dauerhaft über 100 US-Dollar je Fass (Beckmann et al. 2008) wieder bzw. zeitweise von der »politischen Tagesordnung« verschwunden. Ölpreissprünge werden mit den unsicheren Förderaussichten in der arabischen Welt begründet und Ressourcenmangel in Deutschland und Europa eher bei Metallen und Mineralien denn bei Öl und Gas verortet (s. u.).

Eine ölpreisbedingte Wirtschaftskrise hätte auch – anders als die Finanzmarktkrise, die die »neuen Industrieländer« des Südens weitgehend verschont hat – massive Auswirkungen auf die Weltwirtschaft insgesamt. Zwar würde in der Rezession erneut die Nachfrage und damit der Preis des Rohöls sinken, aber sowohl die weltwirtschaftlichen wie die geopolitischen Auswirkungen und Zusammenhänge sind nicht zu unterschätzen. So würden die erdöl- und erdgasexportierenden Länder stark profitieren (gerade das heute oft »abgeschriebene« Russland, aber auch der Iran und Venezuela). Konflikte um Ansprüche auf Erdölressourcen könnten sich verschärfen (in Südkurdistan wie in Nigeria), und klimaunverträgliche Projekte wie die Ölgewinnung aus Teersänden und -schiefern würden wieder aufgenommen. Das Fracking, bei dem es bereits zu Grund- und Trinkwasservergiftungen kam, droht, in den nächsten Monaten zum EU-Projekt zu werden.

Gleichzeitig könnte man erwarten, dass sich bei steigenden Transportkosten Tendenzen zur Rückverlagerung von Zulieferbetrieben in die Nähe der Produktionsstätten fortsetzen, was sich bereits 2008 zeigte: das »global sourcing«, die Globalisierung der »Realwirtschaft« wäre dann zumindest teilweise auf einem Rückzug. Da bereits in der Finanzkrise zahlreiche multinationale Konzerne Teile ihrer Auslandsbeteiligungen an lokale/regionale Akteure verkauft haben, um der Mutterfirma Liquidität zu verschaffen, verschieben sich zumindest einige Kräfteverhältnisse in der Weltwirtschaft.

Krise 2: Klimakatastrophe

Die o. g. Grenze der Kohlenwasserstoffvorräte von gut 100 Jahren setzt voraus, dass die vorhandene Kohle und das im Boden eingelagerte Methan weitestgehend genutzt würden, und dass »wir« damit wissentlich und willentlich den »Klimakollaps« in Kauf nehmen. Denn eine derartige Rohstoffnutzung würde eine Erderwärmung von 4 – 7° C und irreversible Folgen für die Biosphäre bewirken: Sie würde in einen neuen, uns noch nicht bekannten Zustand wechseln, der wenig mit dem zu tun hat, in dem die Menschheit entstanden und an den sie angepasst ist. Ein solcher Übergang ist irreversibel (unumkehrbar), und nicht mehr aufzuhalten, sobald die »Kipp-Punkte« (tipping points) überschritten wurden, jenseits derer der Klimawandel zu einem sich selbst beschleunigenden Prozess wird. (Lenton et al. 2008).

Kipp-Punkte, tipping points

Wissenschaftler/innen aus England und Deutschland haben insgesamt neun solcher »Kipp-Punkte« identifiziert: Meereis der Arktis; Grönländisches Eisschild; Borealwälder im Norden der Erde; Regenwald im Amazonas; Wüste Sahara; Trockene Sahelzone; Klimaphänomen El Niño; Indischer Sommer-Monsun und Wasserkreislauf im Atlantik (Lenton et al. 2008). Schon heute geht die Eisbedeckung des Polarmeeres zurück. Die Folge könnten Konflikte um Ressourcen auf dem Festlandsockel und um die Nutzung der Nordost- wie der Nordwestpassage sein, die durchaus in kriegerische Auseinandersetzungen zu münden drohen (Marx 2010). Der Permafrostboden in der Tundra Kanadas, Alaskas und Russlands beginnt zu tauen, massive Gletscherschmelzen in Grönland, die abnehmende Stabilität des westantarktischen Eisschildes und eventuell der antarktischen Halbinsel erhöhen die Gefahr eines (geologisch gesehen) plötzlichen Anstiegs des Meeresspiegels (er betrüge bei vollständigem Abschmelzen bzw. Abgleiten 7 m, 5 m und nochmals 5 m) und damit der Überflutung nicht »nur« der Küsten, sondern ganzer Länder. Das Abtauen der Gebirgsgletscher in den Anden und in Tibet ist kein Irrtum des IPCC, sondern bittere Realität – es gefährdet die Wasserversorgung zahlreicher Metropolen und ganzer Länder: Die Klimakatastrophe kommt schneller als noch 2007 vom Weltklimarat (IPCC 2007) erwartet.

Die Opfer sind nicht die Täter

Während Europa und die USA zunächst »nur« von Wetterunregelmäßigkeiten betroffen sind, also von Stürmen, Hurrikans, Trockenzeiten und Starkregen mit der Folge von Überflutungen und Dürren (fast alle Länder der EU sind inzwischen von Desertifikation [fortschreitender Wüstenbildung] erfasst), sind die Folgen für die Staaten des Südens rund um den Äquator verheerend. Hier fallen nicht nur die regelmäßigen Niederschläge aus (der Monsun, der drei Milliarden Menschen mit Wasser versorgt, ist unregelmäßiger geworden und könnte kollabieren: ein »tipping point«). Hier sinken auch die zu erwartenden Ernteerträge, besonders in Afrika. Soweit Nahrungsmittel über den Markt gehandelt werden, werden wieder die Ärmsten hungern (die schon von den hohen Ölpreisen und der resultierenden Preisexplosion für landwirtschaftliche Inputs besonders betroffen sind, verschärft durch die Nutzung von Biomasse als Treibstoff, die die Nahrungsmittelpreise noch weiter nach oben treibt). Pandoras Büchse ist geöffnet: Die Energie- und Nahrungsmittelmärkte sind mit und über die Finanzmärkte miteinander verbunden, und es ist zu befürchten, dass die regelmäßigen Preisschwankungen auf den Energiemärkten auch die Nahrungsmittelpreise für Erzeuger/innen wie Verbraucher/innen unkalkulierbar werden lassen und so die Ernährungssicherheit weiter untergraben. Verantwortungsvolles Handeln kann sich nicht darauf verlassen, dass diese Befürchtungen vielleicht auch nicht eintreten.

Von Krisen zu Konflikten

Diese Phänomene, also Wasser- und Nahrungsknappheit, erhöhen zudem das Risiko militärischer Auseinandersetzungen, von Kriegen, Bürgerkriegen und Genoziden (WBGU 2008), und ein Überschreiten der tipping points würde massive Flüchtlingsströme auslösen. Eine weiter zunehmende Militarisierung der Konflikte wäre nicht nur für die direkt betroffene Bevölkerung eine weitere Katastrophe. Sie würde auch dringend benötigte physische, finanzielle und institutionelle Ressourcen binden – Klimaschutz gedeiht nicht in militärischen Konflikten. Zudem stellt sich die Frage nach der Verursacherhaftung: Sind die Industriestaaten bereit und in der Lage, für vier Fünftel der weltweiten Schäden aufzukommen?

»Es eilt die Zeit im Sauseschritt ...«

Nach der (optimistischen) Aussage des IPCC bleiben uns noch ca. sieben Jahre, um die Wende bei den weltweiten Treibhausgasemissionen zu schaffen, d. h. bis die Reduzierungen der Industriestaaten so groß sind, dass sie die eingeräumten Zuwächse der Staaten des Südens überkompensieren. Dazu sind – bei Begrenzung der Emissionszuwächse der Schwellenländer, wie sie China verfolgt (allerdings ohne rechtliche Verpflichtungen eingehen zu wollen) – Reduzierungen von rund 60 Prozent bis 2050 global und in den Industriestaaten von ca. 90 Prozent notwendig. Das klingt ambitioniert, aber anders gefragt: sind rund 50 Jahre mehr »Fossilismus« (energetische Nutzung von Kohle, Erdöl und Erdgas) die oben umrissenen Folgen wert? Soll das Ziel erreicht werden, die durchschnittliche Erderwärmung auf 2° C zu begrenzen, so muss bei gleichem Niveau der Nutzung von Energiedienstleistungen die Energieproduktivität statt wie heute um 1,5 bis 2 Prozent pro Jahr um 3,7 Prozent ansteigen – wenn 2011 das globale Maximum der Treibhausgasemissionen erreicht sein und danach die weltweiten Emissionen sinken sollen. Geschieht dies erst 2015, wären 5,3 Prozent jährliche Effizienzsteigerung notwendig, um die Reduktionsziele für 2050 zu erreichen, und bei einem Maximum im Jahre 2010 sogar 9 Prozent pro Jahr. Gerade vor diesem Hintergrund kann man den »heiter-fröhlichen Optimismus«, mit dem jeder kleine Schritt (zuletzt die Bekräftigung des 2°-Ziels in Cancun) zelebriert und konkrete Verpflichtungen (und damit viele Maßnahmen) auf die Zukunft verschoben werden, durchaus als empörend empfinden. Wird diese Form der Nichtentscheidung fortgesetzt so gibt es nur zwei Alternativen: Entweder eine deutlich höhere Erderwärmung, verbunden mit unendlichem menschlichen Leid insbesondere in den Staaten des Südens, oder die deutliche Reduktion des Verbrauchs an Energiedienstleistungen und damit eine Senkung des Lebensstandards der »globalen Konsumentenklasse«, des wohlhabenden Sechstels der Weltbevölkerung (von dem ein Drittel aus dem globalen Süden kommt).

Krise 3: Wirtschaft und Finanzen

Billionen Euro sind in der Finanzmarktkrise für Rettungs- und Stimulierungsprogramme ausgegeben worden, und weitere Zahlungen werden fällig werden. Dadurch sind die Staatsschulden weltweit in bisher ungekannte Größenordnungen gestiegen, während gleichzeitig die Einnahmen durch skrupellose Klientelpolitik reduziert werden: Um 10 Mrd. Euro durch das »Wachstumsbeschleunigungsgesetz«, weitere Milliarden im Rahmen der »Steuerentlastungspakte«. Das wird Konsequenzen haben: mit steigenden Schulden steigen Zinsen und Tilgungslasten – bis hin zu einer Situation, in der die politische Handlungsfähigkeit »des Staates« eingeengt wird. Als Regel für die Bestimmung der Grenze einer nicht nachhaltigen Verschuldung kann gelten, dass die fälligen Zinsen aus dem Haushalt bezahlt werden können, ohne neue Schulden aufzunehmen – jenseits dieser Grenze wächst der Schuldenberg im Selbstlauf, eine ständige Umverteilung der Gelder von Steuerzahlenden hin zu Banken und anderen Kreditgebern¹⁴.

Krisenkosten und Reichenpflege plündern die öffentlichen Haushalte (H. Heimann)

Um das Kriterium für nachhaltige Verschuldung bei einem gegebenen Kreditvolumen einzuhalten, muss »der Staat« für einen Einnahmeüberschuss in entsprechender Höhe sorgen. Das bedeutet entweder die Senkung der Staatsausgaben (bevorzugt die der Sozialausgaben) oder Erhöhung der Einnahmen. Dazu wurden vorwiegend Erhöhungen der Konsumsteuern propagiert, die unterdurchschnittliche Einkommen überdurchschnittlich treffen – unter der schwarz-gelben Koalition scheinen direkte Steuererhöhungen gänzlich Tabu zu sein. Bevorzugt wurden in der Vergangenheit die Privatisierung öffentlicher Unternehmen (was die politische Handlungsfähigkeit weiter einschränkte) und die Reduzierung der Investitionen (was die Zukunftsfähigkeit des Landes beeinträchtigt, siehe zum Beispiel die Lücken bei der Bildungsfinanzierung von der Krabbelgruppe/Kinderkrippe bis zum Hochschulabschluss, die auch durch die Rhetorik einer »Bildungsrepublik« nicht kleiner werden). Vorrangig war aber der Abbau staatlicher Leistungen: verbrämt als Stärkung der Eigenverantwortung wurden Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter von Situationen, in denen der Sozialstaat Verantwortung trägt, zu persönlichen Problemen umdeklariert, die private Vorsorge erfordern. Die so gesparten Gelder sind dann nicht zum Schuldenabbau, sondern zur Senkung der Unternehmenssteuern verwandt worden, mit dem Ergebnis einer Verstärkung der eingangs geschilderten Einkommenspolarisierung.

Jede der zuvor genannten Umwelt- und Ressourcenkrisen kann um Größenordnungen teurer werden als die Bankenkrise, und die zu ihrer Bekämpfung benötigten Ausgaben sind überlebenswichtig; sie müssen zu einem Großteil – da Ge-

14 Die Einhaltung dieser Grenze wird perspektivisch durch die Maßnahmen zur Abwendung der Eurokrise immer mehr erschwert.

meingüter betreffend – »vom Staat« aufgebracht werden. Dies, und die gegenwärtige Staatsverschuldung lassen die Forderungen nach einer Haushaltssanierung plausibel erscheinen, aber auf wessen Kosten? Die gegenwärtig bei vielen Regierungen noch immer gehegte Hoffnung, hohe Staatsschulden – ähnlich wie nach dem zweiten Weltkrieg – durch einen anhaltenden Wachstumsschub abbauen zu können, sind doppelt unrealistisch. Zum einen wird es ein Zurück zum *status quo ante* einfach nicht geben; die US-Administration strebt ebenfalls zur Sanierung ihrer Finanzen an, die USA wieder zur großen Exportnation zu machen (insofern ist die »ökologische Industriepolitik« der Bundesregierung [BMU, UBA 2009a; Spangenberg 2008a] – so sie denn fortgeführt wird – auch zu kurz gedacht, denn sie baut auf die bisherigen Strukturen der Weltwirtschaft, und sie kommt 30 Jahre zu spät). Zum anderen würden sich durch einen solchen Wachstumsschub die Ressourcen- und die Klimakrisen noch verschärfen.

Notwendig wäre dagegen eine Politik, die dem Imperativ folgt, Vollbeschäftigung bei dauerhaft niedrigem, gar ausbleibendem Wachstum zu sichern (Zinn 2009: 50), bei sozialer Gestaltung (»gute Arbeit«, Gender Mainstreaming) und unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien (Spangenberg 2008b). Stattdessen werden Konzepte der Reagonomics vertreten (durch Senkungen der Steuersätze die Wirtschaft so zu stimulieren, dass die Steuereinnahmen steigen). Das hat unter Reagan und Bush junior zu fiskalischen Katastrophen geführt: Steuersenkungen mit regressiver Wirkung sind von allen ökonomischen Stimuli die unwirksamsten, denn erhöhte Staatsausgaben können bei gleichem Finanzvolumen mehr Arbeitsplätze und Einkommen schaffen und das Steueraufkommen erhöhen (The Economist 2006).

Die völlige Ignoranz aller Erfahrungen zeigt deutlich, dass es hier nicht um Lösungen für Probleme von »Wirtschaft und Gesellschaft« geht, sondern um die ideologisch legitimierte Durchsetzung von Partikularinteressen gegen das Gemeinwohl, wie es unter Kapitalherrschaft unvermeidlich unterschiedlich verstanden wird.

Steuersenkungen, um mehr Steuern einzunehmen ist »Voodoo Economics«.

Die Schuldenkrise wird genutzt, um die altbekannten neoliberalen Konzepte von Entstaatlichung, Privatisierung und Sozialabbau mit neuer Vehemenz vorzutragen: statt einer Rückbesinnung erfolgt eine Radikalisierung neoliberaler Politik im Zeichen des Sachzwangs. Während die neoliberale Weltordnung ins Wanken geraten ist, hat sich der (durchaus noch immer hegemoniale, aber flexibel modifizierte) neoliberale Diskurs verstärkt (Spangenberg 2004). Dahinter steckt die Befürchtung, eine erfolgreiche Politik öffentlichen Handelns könne die ohnehin erschütterte Legitimationsbasis und Glaubwürdigkeit neoliberaler Politik unterminieren. Dann ließe sich die (vergangene und fortzusetzende) Verteilung von unten nach oben, die »Konsolidierung« der Staatsfinanzen, und die Demontage und »Verramschung« öffentlicher Güter wie sozialer Sicherheit oder von ArbeitnehmerInnenrechten nicht mehr als alternativloser Sachzwang der Globalisierung le-

gitimieren, sondern wäre als Durchsetzung von Partikularinteressen entlarvt (noch weit umfangreicher als Steuersenkungen für Großspender à la FDP). Ob diese Radikalisierung ein Zeichen von Rückzugsgefechten ist oder zu einer dauerhaften Verschärfung der neoliberalen Phase des europäischen Kapitalismus führt, wird erst nach den nächsten Krisen zu erkennen sein.

Krise 4: Verlust der biologischen Vielfalt und der Ökosystem-Dienstleistungen

Johan Rockström und seine Mitautor/inn/en (Rockström et al. 2009) haben eine vorläufige Abschätzung vorgelegt, wo die Grenzen der Umweltbelastung liegen könnten, welchen Handlungsspielraum die Menschheit noch hat. Demnach gibt es zehn essenzielle Schwellen, die nicht überschritten werden dürfen, wenn nicht die Umwelt als Ganzes destabilisiert werden soll. Demnach gibt es beim Verlust an biologischer Vielfalt bereits massive Grenzüberschreitungen, starke bei der globalen Stickstoffbelastung und spürbare in Bezug auf die Klimaänderung. Kurz vor der Grenze befinden wir uns bezüglich der Phosphorbelastung und der Versauerung der Ozeane. Ozonabbau, Süßwasserverbrauch und Landnutzung sind noch nicht überkritisch, aber die Trends weisen in Richtung »nicht nachhaltig«. Für die chemische Verschmutzung und die Belastung der Atmosphäre mit Aerosolen konnten die Schwellen noch nicht quantifiziert werden (Rockström et al. 2009).

Die biologische Vielfalt (Gene, Arten, Ökosysteme) ist demnach das am stärksten bedrohte und bereits irreversibel geschädigte Umweltsystem, noch weit vor dem Weltklima. Biodiversität ist die Grundlage einer funktionierenden Ökosphäre und damit Lebens- und Existenzgrundlage der Menschen. Von der Ernährung und dem Erhalt der Bodenfruchtbarkeit über die Grundwasser-Reinigung und -Speicherung, von der Energie- und Rohstoffbereitstellung bis zu ideellen und sozialen Funktionen (Erholungsraum, Forschungsgegenstand, Identitätsobjekt, weltlich wie religiös) ist die Existenz der Menschheit auf die biologische Vielfalt angewiesen. »Ökosystemdienstleistungen« bieten allen Menschen Lebensgrundlagen, insbesondere aber den Ärmsten: Das abschätzbare Bruttosozialprodukt der Armen in Indien besteht zu über die Hälfte aus unentgeltlichen Dienstleistungen der Natur (Sukhdev 2008).

All diese Leistungen der Natur sind heute bedroht, und die Trends weisen auf eine anhaltende Verschlechterung der Situation hin. Die stärkste Bedrohung der biologischen Vielfalt stellt in Deutschland heute die nicht nachhaltige Landnutzung dar, sowohl der »Flächenfraß« für Häuslebauer und Industriegebiete, als auch für die Verkehrsinfrastruktur. Ihm folgt das Einschleppen gebietsfremder, invasiver (in die örtliche Natur eindringende) Arten, die sich ausbreiten und einheimische Bestände destabilisieren oder ganz verdrängen (»biologische Verschmutzung«, einschließlich genmodifizierender Technologien). Erst auf Platz drei folgt die globale Erwärmung des Klimas (Platz vier ist die chemische Verschmutzung), die sich aber bis zur Jahrhundertmitte, falls ungebremst, auf Platz eins vorschieben wird. International sind Tropenwälder und Korallenriffe die Orte höchster

biologischer Vielfalt. Die Zerstörung der Tropenwälder vernichtet bisher unbekannte Schätze und trägt damit wesentlich zu den globalen Treibhausgasemissionen bei.

Irreversible Schäden passieren täglich und akkumulieren sich. Wird nicht binnen zehn Jahren eine Trendwende geschafft, so ist die Stabilität bzw. Resilienz (Widerstands- bzw. Regenerationsfähigkeit) zahlreicher Ökosysteme gefährdet, und damit die von ihnen erbrachten überlebensnotwendigen Ökosystemdienstleistungen.

Zur Bekämpfung der Ressourcen- wie der Klimakrise wird die Biomassenutzung propagiert: Nachwachsende Rohstoffe sollen als Alkohole (Methanol, Ethanol) Benzin und als Pflanzenöle Diesel ersetzen, Rohstoffe (Stärke, Fette, Öle) für die Chemikalienproduktion liefern, sowie Fasern und Baumaterial bereitstellen. Erholungs- und Naturschutzflächen werden ausgewiesen aber der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke steigt. Dabei wird die Begrenztheit der verfügbaren Flächen häufig übersehen: der Preis für 10 Prozent globaler Nutzenergieversorgung, die heute aus Biomasse kommen, und die rund 40 Prozent der weltweiten »natürlichen Biomasseproduktion« (HANPP Human Appropriation of Net Primary Production [menschliche Aneignung von Nettoprimärproduktion], Haberl et al. 2004), die sich die Menschen aneignen, bedeuten einerseits gefährlichen Verlust an biologischer Vielfalt und andererseits die Begrenztheit der Bioenergie. Der HANPP ist der vielleicht bisher beste Indikator für den Verlust an biologischer Vielfalt. Biomasse ist also als Substitut (Ersatz) für konventionelle Energieträger unzureichend und die Intensivierung ihrer Nutzung gefährdet die Ökosystemdienstleistungen und damit die Existenzgrundlage der Menschheit. Auch die Bioraffinerien der sogenannten »zweiten Generation« werden dieses Problem nicht lösen können (Spangenberg, Settele 2009).

Krise 5: Bevölkerungswachstum, Ernährungskrise und Wassermangel

Die Klimakatastrophe macht die Wasserversorgung zum Vabanquespiel, der Verlust an biologischer Vielfalt und die fortschreitende Wüstenbildung verringern fruchtbare Flächen und zusammen mit dem Klimawandel die Ernteerträge. Die Flächenkonkurrenz durch Industrie- und Energiepflanzenanbau entzieht der Nahrungsmittelproduktion »nicht nur« fruchtbare Flächen. Sie okkupiert auch knappe Wasserressourcen: ein Kilogramm Holz (trocken) braucht in seinem Wachstumsprozess 150 bis 500l Wasser, ein erhebliches Problem in ariden (heißen) oder semiariden (von Trockenzeiten betroffenen) Gebieten.

Gleichzeitig wird es auf der Welt bis 2050 ca. 20 Prozent mehr Menschen geben. Der Nahrungsmittelbedarf, benötigt um den Hunger zu beenden, übersteigt beim stattfindenden Bevölkerungszuwachs und zunehmenden pro-Kopf-Verbrauch die aktuelle Produktion. Hinzu kommt, dass mit zunehmendem Wohlstand die Menschen weltweit ihre Ernährung von einer mehr oder minder rein pflanzlichen auf eine fleischhaltige Diät umstellen. Um ein Kilogramm Fleisch zu erzeugen

gen, werden i. d. R. fünf bis zehn Kilogramm pflanzliche Biomasse verbraucht (am ungünstigsten sind Rinder, die zudem erhebliche Mengen an Treibhausgasen ausstoßen). Wird diese Entwicklung nicht umgekehrt, und soll der Welthunger überwunden werden, so benötigen »wir« bis zur Jahrhundertmitte eine drastische Steigerung der Weltagrarproduktion (bei sinkender Flächenverfügbarkeit, trotz Klimaschäden und – in deren Folge – Problemen bei der Anlage bzw. Aufrechterhaltung von Bewässerungskulturen).

Da eine solche Steigerung der Agrarproduktion unwahrscheinlich ist, und da die Bevölkerungsentwicklung binnen einer Generation nur geringfügig beeinflussbar ist, muss – wenn das normative Ziel der Überwindung des Welthungers nicht aufgegeben werden soll –, der Fehl- und Überkonsum der »Konsumgesellschaft« (2/3 davon in den Industriestaaten) überwunden werden. Dazu bleibt uns eine Generation, rund 30 Jahre Zeit – und das bedeutet, dass »wir« *jetzt* beginnen müssen.

Krise 6: Peak Everything

Nicht nur die Energieträger, auch die mineralischen Rohstoffe werden knapp und teuer. Ihre Verfügbarkeit ist schwerer zu berechnen als die der fossilen Energieträger, da bei ihnen die Konzentration der Lagerstätten eine entscheidende Rolle spielt. Dennoch gibt es überzeugende Abschätzungen, die geowissenschaftliche Daten, Konzentrationen und Abbauraten einbeziehen, und sie bieten keinen Grund zur Beruhigung. Die meisten Mineralien und Metalle werden zwischen 2070 und 2100 zur Neige gehen, und wenn man – bei weiter wachsendem Verbrauch – eine Verdoppelung der Reserven durch Neufunde annimmt (z. B. durch ozeanische Förderung), dann verlängert sich die Verfügbarkeit auf 2080 bis 2130 (Valero 2009).

Das mag weit weg erscheinen, aber das Fördermaximum tritt – wie bei Öl und Gas – weitaus früher als die endgültige Erschöpfung der Reserven ein. Es dürfte zum Teil bis Mitte des Jahrhunderts erreicht werden. Auch hier treffen steigende Nachfrage und sinkendes Angebot aufeinander, mit der Folge von ökonomischen Verteilungskonflikten (explodierenden Preisen) und möglicherweise von militärischen Auseinandersetzungen um den Ressourcenzugang. Das gehört, wie erwähnt, bereits jetzt zum NATO-Mandat. Der Fokus der deutschen wie der EU-Ressourceninitiative auf geradezu neokolonial geprägte Vertragsstrukturen zur Sicherung des Ressourcenzugangs sind Teil dieser Logik. Die vorgeschlagenen Krisenstrategien reproduzieren »Irrtümer« bzw. Tragödien der letzten Jahrhunderte (imperiale Strategien, Zugriff durch erzwungene Marktöffnung und Freihandel, Glaube an die Heilkräfte des technischen Fortschritts) statt auf die einzig nachhaltige Option zu setzen, die Nachfrage dem Angebot sozial gerecht anzupassen (Spangenberg 2010). Gerade das Beispiel neuer Umwelt- und Effizienztechnologien zeigt das deutlich: sie sind überwiegend auf die Verfügbarkeit knapper »strategischer Metalle« angewiesen. So richtig die von der Ressourcenstrategie auf beiden Ebenen, sowie von der EU Ressourceneffizienz-Roadmap vorgegebene

nen Schwerpunkte Recycling und Ressourceneffizienz auch sind: ohne eine Umorientierung der Forschungs- und Technologiepolitik (und der Haltungen von Ingenieuren und Managern) werden sie lediglich zu einer Verlagerung der Ressourcenmangelprobleme auf andere Substanzen, aber nicht zur Problemlösung führen.

Damit wäre eine Sequenz von Ressourcenkrisen in Abständen von 10 bis 20 Jahren programmiert: Öl, Gas, bestimmte Metalle, seltene Mineralien. In der Zwischenzeit würden die Umweltschäden durch Ressourcenausbeutung weiter akkumulieren.

Der zu erwartende Rückgang der Verfügbarkeit mineralischer Rohstoffe beginnt in dem Zeitraum, in dem die fossilen Ressourcen zu Ende gehen und der Umbau von »Wirtschaft und Gesellschaft« auf einer kohlenstofffreien Grundlage das erfordern wird, was jeder Umbau erfordert: Ressourcen, stoffliche, finanzielle und menschliche. Die Gesellschaft des nächsten Jahrhunderts wird also nicht nur ohne Kohlenwasserstoffe auskommen müssen, sondern auch ohne viele der heute genutzten Metalle und Mineralien – und damit ohne viele der Umwelt- und Effizienztechnologien, so wie sie heute entwickelt werden.

Krise 7: Krise »der Politik«

Schon in den 1970er Jahren wurden »globale Probleme« identifiziert, die sich der Regelungskompetenzen der noch immer primär nationalstaatlich verfassten Politik entziehen. Die gegenwärtige UNO mit ihrem von den alten Großmächten beherrschten Sicherheitsrat und die »westlich« dominierten Koordinationsinstanzen (wie die OECD und die WTO) bzw. die supranationalen Bretton-Woods-Institutionen der Weltbank und des IWF sind seit ihren Anfängen nicht dazu bereit, Probleme zu lösen. Seit damals wird darüber diskutiert, dass Strukturen einer global governance (einer globalen Politikkoordination unter den führenden Akteuren) bzw. eine entsprechende Weiterentwicklung der europäischen Integration) aufzubauen wären, um auf globaler Ebene Lösungsansätze entwickeln und Lösungen durchsetzen zu können. Mit der neoliberalen Wende sind hier beträchtliche »Fortschritte« erreicht worden – allerdings in der perversen Form, dass in diesen Institutionen als Lösungen für alle Probleme immer nur marktradikale Ansätze – Deregulierung, Privatisierung und »Kommodifizierung« – in Betracht gezogen und eingeleitet bzw. fortgesetzt werden.

In dem Maße, wie immer deutlicher wird – spätestens seit dem offenen Ausbruch der großen Finanzkrise 2007 –, dass nationalstaatliche Politik allein (seit langem) nicht mehr ausreicht, um an die dringlichen Probleme überhaupt »heranzukommen«, wurde auch deutlich, dass die marktradikalen Strategien bestenfalls die Problemlösungen in die Zukunft verschieben und zugleich die Krisentendenzen weiter verschärfen. Das gilt sowohl für die globale als auch für die EU-Ebene: Globale Probleme wie die ökonomischen Ungleichgewichte der Weltwirtschaft, die sich insbesondere in der seit Jahrzehnten wachsenden Verschuldung der

führenden westlichen Länder niedergeschlagen hat, oder auch die Explosion der Finanzwirtschaft gegenüber den »realwirtschaftlichen« Operationen werden durch diese marktradikalen Strategien nicht in Angriff genommen – auch nicht auf der EU-Ebene. Die Ungleichgewichte wachsen weiter – auch und insbesondere jene, die mit dem Übergewicht der deutschen Exportwirtschaft verknüpft sind. Ein deutliches Indiz für die sich aus dieser Konstellation ergebenden Krise »der Politik« ist die wachsende politische Apathie – der auch den in einigen Ländern zu beobachtenden Aufstieg einer populistischen radikalen Rechten begünstigt hat. Die Diagnose der Postdemokratie (Colin Crouch) beschreibt so eine Situation, in der strategische Entscheidungen nicht (mehr) durch demokratische Wahlen entschieden werden, sondern tendenziell zwischen Lobbyorganisation, Großunternehmen und Bürokratien hinter verschlossenen Türen »geklärt« werden. Die Organisationen der gesellschaftspolitischen Linken sind von dieser Krise auch erfasst worden. Gewerkschaften und linke Parteien sind zumeist durch Entwicklungen wie »NGOisierung« sozialer Bewegungen, Transformation von Arbeitnehmerinteressenorganisation in Dienstleistungsorganisationen für Mitglieder ebenfalls geschwächt worden, so dass gesellschaftspolitische Alternativen noch sehr viel schwieriger durchsetzbar geworden sind. Die Zunahme von internationalen Ad-hoc-Aktionen (etwa die G20-Verabredungen auf der globalen, der »Euro-Rettungs«-Schirm auf der EU-Ebene), die es angesichts jeder Zuspitzung einzelner Krisenprozesse immer wieder gegeben hat, erschweren es den Linken weiter, gesellschaftspolitische Alternativen zu entwickeln und durchzusetzen. Wenngleich die Gegenwehr gegen die herrschenden »Krisenbekämpfungsmaßnahmen« sprunghaft angestiegen ist, nicht nur in Griechenland, bleiben deren europäische und globale Vernetzung und Solidarisierung »von unten« weit hinter dem zurück, was erforderlich wäre.

1.1.4. Viele Krisen, wenige Ursachen

Die gegenwärtigen und zukünftigen Krisen weisen eine Vielzahl von Erscheinungsformen und auslösenden Momenten auf. Blickt man jedoch näher hin, so kann man eine sehr begrenzte Anzahl von Antriebskräften erkennen, die ihnen zugrunde liegen. Tut man dies nicht, werden sich Problemlösungsstrategien stets an den Erscheinungsformen der jeweiligen Krisen ausrichten. Sie werden – mehr oder weniger erfolgreich – versuchen, die Krisensymptome *ex post* zu lindern (auch das kann wichtig sein). Aber sie werden darin versagen, Krisen *ex ante* zu vermeiden oder zumindest zu mildern. Nachhaltige Lebensweisen erfordern eine Abkehr vom gängigen (und die globalen Erwartungen prägenden) Modell des maximalen Massenkonsums: Hier müssen Erwartungen enttäuscht, Gewohnheiten und Routinen geändert und zum Teil Abstriche am Konsumniveau hingenommen werden. Solche Prozesse können und müssen sozial gerecht gestaltet werden.

Erste Analyse-Ebene: Vergleiche, um Wandlungen zu verdeutlichen

Der Gegensatz zwischen dem gegenwärtigen Modell einer neoliberalen, globalisierten finanzmarktgetriebenen kapitalistischen Produktionsweise und ihrer vorangegangenen Periode lässt sich an wenigen markanten Punkten verdeutlichen:

Die Umwertung aller Werte

Umdefinition der Lebensrisiken, Individualisierung (Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit) werden von sozialen zu individuellen Herausforderungen, eigene Vorsorge ist gefordert.

Umdefinition des Sozialstaats: vom »Schutzstaat« (über den schlanken Wettbewerbsstaat) zum »aktivierenden Staat«, der mit »Fordern und Fördern« zu Arbeitsleistungen nötigt, auch wenn diese unter Qualifikation und unterbezahlt sind.

Umdefinition des Menschenbildes: statt Bürger/in, deren Lebensleistung respektiert wird, zu Kundinnen und Kunden von Arbeitsagentur und Jobcenter, die nehmen müssen, was im Angebot ist: Erworbenen Lebensstandard und Lebensleistung spielen keine Rolle mehr, schon gar nicht nach einem Jahr Arbeitslosigkeit – bei Hartz IV. Es gibt de facto eine Arbeitspflicht, aber nicht die entsprechenden Arbeitsplätze, was soziale Repressionen begründet bzw. erhöht.

Umdefinition von Gerechtigkeit: Chancengerechtigkeit statt Ergebnisgerechtigkeit, Gerechtigkeit als Verfahrensmerkmal (Rawls) statt als Faktum der Lebenswelt (Sen). Die Forderung nach mehr Verteilungsgerechtigkeit wird als Neid erklärt. Soziale Ungleichheit gilt als gerechtfertigt, wenn legal über den Markt zustande gekommen.

Umdefinition von sozialen Sicherheitssystemen: Statt als Befähigung zu einem selbstbestimmten Leben werden sie zur sozialstaatlichen Bevormundung, Unsicherheit wird zur Freiheit.

Umdefinition des Marktes: vom menschengemachten und gestaltbaren Allokationsmechanismus zur Naturkraft und moralischen Instanz, vom Instrument zum Wert an sich. Bildung, Lebensläufe, Wohnsitze und soziale Beziehungen müssen den Gegebenheiten des Marktes (die als naturgegeben gelten und demgemäß vom Menschen nur um den Preis des Wohlfahrtsverlustes manipuliert werden könnten) angepasst werden.

Umdefinition von Egoismus und Konkurrenz: Egoismus wird von einer fragwürdigen individuellen Verhaltensweise zur Grundeigenschaft aller Menschen und ihres Verhaltens, Konkurrenzverhalten statt Solidarität zur Norm sozialer Beziehungen.

Umdefinition der Arbeitszeitverkürzung: Statt zur Verbesserung der Lebensqualität (fünf-Tage- Arbeitswoche) oder zur Sicherung von Beschäftigung (35-Stunden-Woche) zum Wettbewerbshemmnis und damit zum Tabu. Aber geringfügige Beschäftigung wird als Gebot der Wettbewerbsfähigkeit gepriesen und praktiziert.

Umdefinition der Gesellschaft: von einer Solidargemeinschaft zur »Deutschland AG«, in der die größten Shareholder legitimerweise den größten Einfluss haben und die nach wirtschaftlichen Erfolgskriterien gemanagt werden muss, nicht nach Kriterien des Gemeinwohls. Betriebswirtschaftliche Kalküle werden daher auf volkswirtschaftliche Herausforderungen angewandt.

Zweite Analyse-Ebene: Antriebskräfte und Motivationen

Als Kern des Problems erweisen sich die gegenwärtige neoliberal-kapitalistische Wirtschaftsweise und ihr Umgang mit Mensch und Natur. Mit der marktradikalen Umgestaltung von »Wirtschaft und Gesellschaft« hat sich die Kapitalakkumulation in den Händen weniger beschleunigt, während die Einkommen der Bevölkerungsmehrheit stagnierten oder zurückgingen. Das hat zahlungsfähige Nachfrage nach für ein bestimmtes Akkumulationsmodell zentralen Gütern und Dienstleistungen begrenzt bzw. reduziert und die Kapitalakkumulation in den sie produzierenden Bereichen beeinträchtigt, was wiederum negative Auswirkungen auf Akkumulationsprozesse in deren vor- und nachgelagerten Sphären hat. Zugleich ist die Akkumulation von fiktivem Kapital, das von seiner Entwicklung her das »Realkapital« mehr oder weniger lose in Wertpapieren repräsentiert, enorm angewachsen. Dieser stehen zum einen eine konkrete Unterkonsumtion mit ihren Auswirkungen auf besondere Wirtschaftsbereiche gegenüber und zum anderen eine gewisse Überakkumulation in diesen Bereichen und in den mit ihnen verbundenen. Dieses der Kapitalakkumulation erwachsene Missverhältnis steigert den dem Kapital eigenen Drang, die Arbeits- und Arbeitsvergütungsbedingungen zu verschlechtern bzw. nicht verbessern zu wollen.

Der Drang des Kapitals, sich zu verwerten und sein Wachstum zu forcieren, ist prinzipiell unbegrenzt. Wenn die Wachstumsraten der Wirtschaft (z. B. die Steigerung des Bruttoinlandsproduktes) sinken oder stagnieren, versucht es mit besonderer Intensität, (1) die Bedingungen der Kapitalverwertung im bestehenden System zu verbessern, z. B. durch (i) verstärkte Ausbeutung der lebendigen Arbeit und (ii) die immer umfassendere Nutzung natürlicher Ressourcen sowie (2) neue Bereiche der wirtschaftlichen Verwertung zu erschließen. Das befördert (i) neoliberale Globalisierung, (ii) Privatisierung ehemals öffentlicher Leistungen, die so den Bedingungen der Kapitalverwertung unterworfen werden und (iii) »Raubwirtschaft« (Stichwort »Heuschrecken«). Das fiktive Kapital ist mobiler als das »Realkapital« und stört, behindert und verhindert konkrete Kapitalakkumulation – die Entwicklung konkreter Wirtschaftsbereiche. Aber es braucht das »Realkapital« wie dieses das fiktive. Die Konkurrenz zwischen den Kapitalformen und -arten steigert die sozial und ökologisch zerstörerischen Auswirkungen der Kapitalakkumulation. Sie erklärt zugleich Interessenwidersprüche und Interessenkämpfe unter den Kapitaleigentümern, zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen. Diese konkurrieren um gesellschaftlichen Einfluss und müssen einen Konsens finden, was ihnen bis-

her auch immer gelungen ist, insgesamt zu Lasten der Lebensbedingungen der Menschen.

Wie also legitimiert sich ein solches System, in dem Kapitalformen,-arten und Fraktionen untereinander konkurrieren, aber alle an der Kapitalakkumulation insgesamt partizipieren und interessiert sind? Was hilft zugleich, den notwendigen Konsens unter gesellschaftlichen Akteuren mit unterschiedlichen, gegensätzlichen und sogar einander ausschließenden Interessen zu stiften? Sicher zum einen die Partizipation an der Kapitalakkumulation, zum anderen die Gewalt. Für die Hegemonie spielen die genannten Umdefinitionen eine wesentliche Rolle. Vorangetrieben bzw. unterstützt von gesellschaftlichen Macht- und Funktionseleiten in »Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien« (dennoch in der Bevölkerung nicht einfach geteilt) haben die Herrschenden erfolgreich den – auch durch sie zustande gekommenen und nutzbringend getragenen Sozialstaat – diskreditiert und den solidarischen Kampf um Überwindung sozialer Spaltungen als Neid denunziert. Es ist den Kapitaleleiten gelungen, untereinander, in der Kapitalistenklasse und in der Gesellschaft den Konsens zu erhalten, wobei das Parteiensystem und die Zivilgesellschaft halben und verändert wurden, widersprüchlicher geworden sind.

Nach der Analyse von Bieling (2009) bedurfte es, um das nun herrschende Paradigma hegemonial zu machen und durchzusetzen, des Zusammenspiels von drei Ebenen: Auf der ersten Ebene steht ein theoretisch begründeter, logisch erklärbarer Rahmen, der von Intellektuellen oder think tanks von Eliten und für Eliten entworfen wird (Keynesianismus mit Nachfragepolitik; neoklassische Ökonomik mit Angebotspolitik, New Public Management Theorie [Neue Theorie des öffentlichen Managements] etc., der »aktivierende Staat« á la Giddens). Eine theoretische Konzeption für den in der Realität praktizierten Garantie- und Kriseninterventionsstaat fehlt noch, was es Konservativen leicht macht, ihn als zeitweilige, krisenbedingte Abweichung von ihrem Idealbild zu denunzieren.

Unterhalb der Ebene der theoretisch-konzeptionellen Reflexion folgt die der »Gebrauchsideenhändler« (hier verweist Bieling auf Hayek). Diese sorgen dafür, dass die großen Entwürfe der Theoretiker in die öffentliche Debatte eingehen, durch Medien und Bildungssystem verbreitet und in der politischen Praxis operationalisiert (in Zusammenhänge gebracht) werden. Akteure sind dementsprechend Journalistinnen/Journalisten, Lehrer/innen und Parteipolitiker/innen (die Lobbyisten der Wirtschaft bleiben dabei ebenso im Hintergrund wie die Besitzer und Herausgeber »der Medien«, auch wenn sie eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung einer bestimmten Weltansicht spielen). Dabei werden die konzeptionellen Grundlagen (teilweise drastisch) vereinfacht und durch Kompromisse mit bestehenden institutionellen, kulturellen und machtpolitischen Gegebenheiten und Widerständen modifiziert. Das führt zu mehr Kompromissen und weniger Kohärenz als auf der ersten Ebene.

Die Kohärenz ist auf der dritten Ebene, der des Alltagsbewusstseins der Bevölkerung, noch geringer. Obwohl dieses stark von der sozialen Lage beeinflusst ist,

koexistieren in ihm – verstärkt durch die Erosion verbindlicher sozialer Normen und den Einfluss »der Medien« – unverbundene oder gar widersprüchliche Elemente, Geschehnisse und Erfahrungen. Das Alltagsbewusstsein ist tendenziell stark fragmentiert und nicht selten offen für die Übernahme von Bestandteilen unterschiedlicher, einander ausschließender Idealvorstellungen, von widersprüchlichen »Wahrheiten« aus unterschiedlichen Diskursen. Unterschiedliche Diskurse produzieren diskursimmanente »Wahrheiten« (Foucault), die solange parallel existieren können, wie es die Diskurse tun – Widersprüche werden offensichtlich, und »Wahrheiten« ändern sich, wenn unterschiedliche Diskurse aufeinander Bezug nehmen und damit zu einem gemeinsamen Diskurs werden. In einer von weitgehend homogenen Kapital-Eliten – mit ihren selektiv auf bestimmte theoretische Grundlagen fixierten Diskursen – geprägten Öffentlichkeit wird die Bildung von Widerstandspotenzialen durch die mediale Diskursverengung zusätzlich erschwert und die Hegemonie neoliberaler Politik begünstigt.

Je mehr alle drei Ebenen übereinstimmen, desto eher ergibt sich die Chance, dass sich ein bestimmtes Paradigma oder Regulationsschema durchsetzt. Das neoliberale Argumentationsschemata hatte durchaus Resonanz in der Bevölkerung: Freiheit, Selbstverwirklichung, Durchsetzungsfähigkeit, Lohn für Leistung sind positiv besetzte Begriffe, auf die sich die neoliberale Ideologie stützt. Diese mischen sich mit Vorstellungen eines soziale Sicherheit garantierenden Wohlfahrtsstaates, die wiederum eine Unzufriedenheit mit dem status quo der Politik verursachen.

Ein Kernpunkt der Legitimation neoliberaler Politik ist ihre, theoretisch begründete, vorgebliche Alternativlosigkeit, verstärkt durch die Drohung der Globalisierung (im Standortwettbewerb feiert die diesmal ökonomisch definierte Volksgemeinschaft fröhliche Urständ im gemeinsamen Abwehrkampf gegen die feindliche Umwelt: Interessenkonflikte werden nach außen projiziert und Konflikte zwischen Kapital und Arbeit nicht wahrgenommen – was auch die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften massiv beschränkt). Grundlage dieser Legitimation ist die neoklassische Ökonomik, eine Wirtschaftstheorie/-ideologie, die den Markt verabsolutiert, das Wachstum zur säkularen Heilserwartung stilisiert und die physischen Grundlagen des Wirtschaftens vernachlässigt. Sie behandelt die Finanzwirtschaft und – wengleich einseitig unter Vernachlässigung der Rolle der lebendigen Arbeit wie der Nachfrageseite – die »Realwirtschaft«. Die »Realitätswirtschaft« von Energieverbrauch, Stoffströmen und Flächennutzung spielt keine Rolle. Diese Weltsicht hat auch den gesellschaftlichen Umgang mit der Natur beeinflusst: Natur wird als lebensweltliches Schutzgut breit akzeptiert, ihre Rolle in Verwertungsprozessen und Arbeitswelt aber kaum thematisiert.

Das zweite zentrale Element (neben der außenwirtschaftlichen Drohkulisse mangelnder Wettbewerbsfähigkeit des Exportweltmeisters) für die Akzeptanz neoliberaler Strategien ist die Rolle der (ebenfalls neoklassisch legitimierten) Wachstumsideologie. Erst wird Wachstum als notwendige (und oft als hinrei-

chende) Bedingung gesellschaftlicher Problemlösung beschrieben (Arbeit, Finanzierung von sozialer Sicherung und Umweltschutz) und – basierend auf den Erfahrungen vergangener Wachstumsperioden auch geglaubt (dass vom Wohlstandszuwachs des letzten Wachstumszyklus bei ca. 80 Prozent der deutschen Bevölkerung nichts angekommen ist, wird von dieser gespürt, aber von den führenden Eliten negiert oder ignoriert). Dann wird die Ökonomik bemüht, um klar zu stellen, welche Sachzwänge sich aus der Notwendigkeit einer Wachstumspolitik ergeben, und das heißt: Kostensenkungen für die Unternehmen und Abbau sozialstaatlicher Leistungen. Dass so die Verheißungen des Wachstums durch die Wirtschaftspolitik konterkariert werden, bevor sie sich – wenn überhaupt – materialisieren konnten, bleibt unerklärt (vgl. Spangenberg 2007).

Dass es im ökonomischen Diskurs weiterhin die dominierende Tendenz zur Wachstumsfixiertheit gibt, ist in erster Linie Ausdruck des Festhaltens an der Konkurrenz um »Globalisierungsgewinne«, verstanden als Anteile und Positionen auf den Weltmärkten und in der Weltwirtschaft, die (selbstverständlich) von den bestehenden Produktions- und Konsumtions- sowie Machtstrukturen ausgeht. Deren Dominanz ist zugleich Ausdruck dessen, dass es in der Gesellschaft dazu Konsens gibt.

Die Entwicklung der Produktivkräfte und die Reproduktion dieser Strukturen gehen mit regional und global sich dynamisch entwickelnden Verhältnissen zwischen Kapital- bzw. Warenbewegungen in Gestalt von stofflichen Produkten und von Leistungen einher. Z. B. bedingt die expansive Akkumulation von fikktivem Kapital die Entwicklung konkreter Dienstleistungen. Dennoch hat sich global das Verhältnis zwischen der Herstellung von stofflichen Produkten und realen Dienstleistungen nicht wesentlich verschoben¹⁵, wohl aber das Verhältnis zwischen den Territorien, in denen sie produziert werden – in den Zentren und Peripherien der kapitaldominierten Weltwirtschaft.

Die Gegenübersetzung von Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft in der öffentlichen Diskussion ist eine ideologische Interpretation von Veränderungen im globalen Kapitalakkumulationsmodell. Sie soll alte und neue soziale Spaltungen und Hierarchien legitimieren und stützen, soziale und globale Solidarisierung unter den Lohnabhängigen und den Armen behindern und vermeiden helfen. Die dynamische Entwicklung der »Dienstleistungsgesellschaft«¹⁶ in den Industrieländern zeigt sich insbesondere im seit Beginn der 90er Jahre expandierten Kulturgeschäft.

15 Die statistischen »Belege« für den weltweiten Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft beruhen zum einen darauf, dass nicht zwischen »realen« Dienstleistungen und Finanzoperationen unterschieden wird. Sie beruhen zum anderen darauf, dass produktionsnahe Dienstleistungen in der Industrie auf Grund veränderter Unternehmensstrukturen statistisch als Dienstleistung erscheinen.

16 Die offizielle Statistik weist den Umfang der Dienstleistungen insgesamt nur unzulänglich aus.

Auch dort werden vielfältige personenbezogene Dienstleistungen lokal erbracht, unterliegen keiner internationalen Konkurrenz, wohl aber zunehmend der Konkurrenz unter Menschen mit unterschiedlicher ethnischer Herkunft. Diese Dienstleistungen werden im gewissen Sinne »sozial kontrolliert«: Zum einen ist lokal leicht erfahrbar, dass es »gute« und »schlechte« Frisösen und Friseure, Pflegerinnen und Pfleger, Reinigungskräfte, Ärztinnen und Ärzte, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte gibt. Die »Guten« werden schnell vor Ort bekannt. Die ethnische Herkunft spielt bei der Bewertung von »gut« und »schlecht« eine nicht unbedeutende Rolle. Dabei ist das Preis- Leistungsverhältnis keineswegs irrelevant.

»Produktivitätssteigerung« bedeutet in diesen Bereichen konkret: Mehr zu Betreuende je Krankenschwester, mehr Kinder je Erzieher/in, mehr Studierende je Professor/in: und das bedeutet entweder schlechtere Qualität der Dienstleistung oder weniger Verfügbarkeit (Privatschulen, kommerzielle Nachhilfe, etc.).

Wenn für den Alltag der Menschen, insbesondere für die »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« und den Erhalt der »Beschäftigungsfähigkeit« notwendige Leistungen nicht in ausreichendem Maße garantiert werden, müssen Menschen privat nach individuellen Lösungen suchen. Wenn sie z. B. für die Pflege von Familienangehörigen nicht das Geld aufbringen können, das sie für eine vernünftige Bezahlung der Fachkraft brauchen, müssen sie die billigere Lösung finden. Das sind z. B. Migrantinnen und Migranten in außerordentlich schwieriger Lebenslage, vielfach ohne Aufenthaltsgenehmigung, und leicht sozial erpressbar. Wenn dann die Linken völlig richtig und notwendig, die Legalisierung dieser hilfebedürftigen Helfer/innen und (zugleich oder später) Mindestlöhne für ihre Arbeit fordern, sehen sich die privaten Arbeitgeber/innen vielfach bedroht. Sie könnten dann Beruf und Familie nicht vereinbaren, wären vielfach (zusätzlich) von sozialem Abstieg bedroht. Das kann schnell dazu verleiten, gegen die Legalisierung und gegen eine menschenwürdige Bezahlung jener zu entscheiden, die doch den eigenen Alltag managen helfen.

Diese Problemillustration ist nicht ausgedacht, sondern sie benennt einen wesentlichen Grund dafür, dass Italiens Linke parlamentarisch abgewählt wurde. Sie macht erneut deutlich, unter welchen komplizierten Bedingungen Linke nach Alternativen suchen müssen.

1.1.5. Handlungsmöglichkeiten: schrittweise Reformen mit Weitsicht

Grundsätzlich gibt es nur vier Optionen für die zukünftige Politikgestaltung: (1) die Beibehaltung neoliberaler Politik (mit unterschiedlichen Modifikationsmöglichkeiten, s. u.), (2) ihre Verschärfung und Ablösung durch eine autoritär-populistische, wenn nicht national-völkische Politik, (3) zeitweise Kompromisse zwischen ökologischer Modernisierung und mehr sozialen und ökologischen Green-New-Deal-Anhänger/innen, und (4) die Überwindung der gegenwärtigen führenden Eliten und ihrer Politik durch eine linke emanzipative Alternative mit eigenen Trägern.

Während die beiden erstgenannten Optionen lediglich Modifikationen des gegenwärtigen Regulationsmodus (Lipietz) von »Wirtschaft und Gesellschaft« erfordern, kann die dritte nur ein Übergang zu den beiden erstgenannten oder zur vierten sein. Die vierte erfordert (und produziert) einen weitgehend neuen Regulationsmodus, der die im vorigen Teil genannten Krisenursachen überwindet und nur über gesellschaftliche Kämpfe, Auseinandersetzung und Aushandlungsprozesse erreichbar ist.

Marktversagen soll korrigiert werden, Marktsystemversagen wird nicht thematisiert.

Für eine Fortführung der neoliberalen Politik (überdeckt von einer Rhetorik der Besorgnis) stehen Angela Merkel und mit ihr Teile der CDU. Sie fördern eine Neoliberalisierung der Gesellschaft – d. h. Privatisierung, Deregulierung und Kommodifizierung prägen die gesellschaftliche Entwicklung. Fortschreitend werden alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sowie ihr gegenseitiges dynamisches Wechselspiel von diesen Prinzipien und ihren Folgen erfasst. Das geschieht oft unbemerkt von der Öffentlichkeit und wird vielfach über Kontinuität wirksam (»aussitzen« als gesellschaftsverändernde Strategie hat schon Helmut Kohl erfolgreich praktiziert). Dem stehen einerseits die ältere sozialdemokratische Variante einer sozialen Abfederung der neoliberalen Modernisierungspolitik mit dem post-sozialstaatlichen Politikverständnis des »Forderns und Förderns« gegenüber, und andererseits die überwiegend von der FDP vertretene Option einer Radikalisierung der neoliberalen Politik. Alle drei Handlungsalternativen haben Unterstützung in der CDU, und alle drei haben einen gemeinsamen Kern: Den Glauben an die Selbstregulation der Märkte und damit an eine dem unterzuordnende Politik, ein Verständnis von Gerechtigkeit als Chancengleichheit, nicht als Ergebnisgerechtigkeit, und das Vertrauen in die Fähigkeit des Marktes, technische Lösungen für die anstehenden Probleme hervorzurufen. Durch marktgetriebene Innovationen soll die Effizienz der Produktion gesteigert werden (auch die Ressourceneffizienz) und zugleich durch Substitution das Risiko der Ressourcenverknappung gebannt werden – ein nahezu unbegrenztes (und von vielen Ingenieurinnen und Ingenieuren und Techniker/innen nicht geteiltes) Vertrauen in die Möglichkeit, sozioökonomische Probleme technisch zu lösen (zu den Risiken der Innovations- und Substitutionsillusion unter unveränderten Rahmenbedingungen siehe z. B. Spangenberg 2007). Dazu dienen Exzellenzinitiativen und die Auslieferung der öffentlichen Forschung an private Verwerter durch Forschungsfinanzierung, Kooperationen etc. Diesen Politiken geht es im Kern um eine Revitalisierung von Märkten, die durch falsche Rahmensetzung (und in der Folge Marktversagen) die ihnen sonst innewohnende Fähigkeit verloren hätten, im Sinne der Wohlfahrtsökonomik optimale Ergebnisse hervorzubringen. Einen Schritt weiter in der Revitalisierung der Märkte und der Korrektur von Marktversagen gehen die Grünen mit ihrer Forderung nach Internalisierung der externen Umweltkosten (nicht der

sozialen Kosten). Das Ziel ist dabei die Stärkung des Marktes als Problemlösungsinstanz. Erfolgreich im Sinne einer sozialen wie umweltgerechten Politik könnten solche Strategien allerdings nur sein, wenn das erstrebte Marktgleichgewicht gleichzeitig ein soziales wie ökologisches Optimum darstellen würde – und an diese Möglichkeit glauben nicht einmal die meisten Wirtschaftswissenschaftler/innen.

»Es sind Rückzugsgefechte der Neoliberalen, die noch nicht begriffen haben, dass die Geschichte über sie hinweggeht. Aber ihr letztlich vergeblicher Kampf um die Fortführung ihrer Hegemonie wird noch viele (unnötige) Opfer verlangen.« (Zinn 2009: 50)

Diese These Zinns gilt umso mehr für eine Politik des verschärften Markt radikalismus, wie sie die FDP und Teile von CDU, SPD und Grünen vertreten. Das Ziel ist hier eine Ausweitung der Wachstumsgrenzen bestehender Märkte durch (i) weitergehende Privatisierung bisher öffentlicher Güter, öffentlichen Eigentums und öffentlicher Daseinsvorsorge (Kommodifizierung, Ökonomie der Enteignung [Klein 2007; 2008]); (ii) Globalisierung, Freihandel, Deregulierung zur Erschließung neuer Märkte und neuer Ressourcen (mit der Folge einer Globalisierung auch der Nicht-Nachhaltigkeit bis zur globalen Krise); (iii) neo-imperiale Strategien – der weltweite Einsatz zur Sicherung der Ressourcenversorgung ist NATO-Auftrag und Bundeswehrziel und wird z. B. mit dem Marineeinsatz am Horn von Afrika auch praktiziert (vgl. Spangenberg 2010).

Während die Radikalisierungsstrategie zumindest noch auf ein reales Problem des gegenwärtigen Kapitalismus eine in ihrer eigenen Logik konsequente (und daher falsche) Antwort gibt, beschäftigen sich die anderen Optionen fast ausschließlich mit den Symptomen, nicht aber mit den Ursachen der gegenwärtigen und künftigen Krisen. Ihre Konzepte können daher kurzfristig attraktiv (weil problem-lindernd) sein. Sie sind aber nicht zielführend im Sinne der Vermeidung bzw. Entschärfung künftiger Krisen.

Notwendig ist deshalb – statt immer neuer Reparaturen am bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell – ein perspektivischer Modellwechsel und mit ihm verbunden ein Wechsel des Menschenbildes: Nicht der asoziale homo oeconomicus ist Adressat und Träger von »Politik und Gesellschaft«, sondern der Mensch als in soziale und solidarische Prozesse eingebundenes Individuum, als Wesen mit sowohl individuellen wie sozialen Bedürfnissen. Warum sollten die Menschen sich nicht von dieser »Zwickmühle« befreien wollen, ihre Bedürfnisse nach Selbstbestimmung, solidarischem Miteinander und Vernunft im Umgang mit der Natur zunehmend und nachhaltig geltend machen? Ein solcher Modellwechsel ist dann (und erst dann) möglich, wenn es gelingt, die Mehrheit der Bürger/innen sowohl von seiner Machbarkeit wie von seiner Sinnhaftigkeit zu überzeugen, Routine, Gewohnheit und Trägheit zu überwinden und einen Richtungswechsel zum mobilisierungsfähigen Thema öffentlicher Diskurse zu erheben. Es geht also um einen neuen Regulationsmodus von Wirtschaft und Gesellschaft (siehe S. 54-55)

der Interessen tangiert und nicht ohne soziale Konflikte durchgesetzt werden kann. Da kann es durchaus zu zeitweiligen Bündnissen von lernfähigen ökologischen Modernisierern und jenen kommen, die über eine sozialökologische Transformation, die mit einem sozialökologischen Umbau beginnt, eine andere Gesellschaft mit »Postwachstumsökonomie« bzw. solidarischem Wirtschaften realisieren wollen.

Weltweit zeigt das Verhalten der Regierungen in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, dass alle Behauptungen, Umweltschutz und sozialer Ausgleich seien nicht finanzierbar, vorgeschoben waren: Sobald konkrete wirtschaftliche und politische Akteure – insbesondere der Herrschenden selber – mit einem deutlichem Interesse an Stabilisierung bzw. mit relevantem disponiblen Sanktionspotenzial ihre Interessen artikulierten, waren der politische Wille und das Vermögen da, notwendige Finanzressourcen bereit zu stellen. Es handelte sich also nicht einfach um eine Frage der realen Machbarkeit bzw. Finanzierbarkeit, sondern der Interessenkonstellationen. Schließlich hat Verzögerung ihren Preis, und dieser wird Tag für Tag höher. Wären bei der Bekämpfung der weit bedrohlicheren Umwelt- und Sozialkrisen die Interessenkonstellationen ähnlich wie in der Bankenkrise, würde engagiert gehandelt und viele Probleme wären zumindest wesentlich gemildert.

Die wichtigste Ressource »der Politik« ist der öffentliche Wille zur Veränderung, und der ist in Krisenzeiten trotz aller Verdammnis der vergangenen Politiken nur gering ausgeprägt. Deshalb wird, wer heute radikale Änderungen fordert, oft diejenigen überfordern, die diese Änderungen mittragen müssen und deshalb radikal aus ihren Wunschträumen aufgeschreckt werden. Radikal, d. h. auf die Wurzeln des Übels bezogen muss die Analyse sein (d. h. auch fragen, welche Planungen und Projekte ohne Berücksichtigung der zukünftigen Krisen erstellt wurden, z. B. welche Fabriken, Straßen, Brücken, Tiefgaragen, Kraftwerke oder Häuser denn in Zukunft noch gebraucht werden). Maßnahmen aber müssen bei Menschen im Hier und Jetzt Zustimmung finden; sie sollten gleichzeitig so angelegt sein, dass sie für die Zukunft weitere Handlungschancen eröffnen. Es geht also um kleine Schritte mit großer Perspektive – das hilft auch, Kooperationspartner/innen finden oder ermöglicht es zumindest, als treibende Kraft die Aktionen anderer zu beflügeln. In diesem Sinne kann auch ein »Green New Deal« als Einstieg in einen umfassenderen Umbau sinnvoll sein – zeigt er politische Machbarkeit und Veränderbarkeit im Interesse der »kleinen Leute«, so kann er »Lust auf mehr« und Engagement auslösen.

»Naiv wäre es allerdings, anzunehmen, dass die herrschenden Funktionselitens aus Einsicht und weiser Besinnung die geschichtlich gebotenen Veränderungen herbeiführen. Denn es sind noch die gleichen Machthaber wie in den vergangenen Jahrzehnten, und sie haben sowohl das Ausmaß der Krise als auch das Versäumnis zu verantworten, nicht rechtzeitig eine Alternative zur anachronistischen Wachstumsordnung gewählt zu haben« (Zinn 2009: 55).

Ein neuer Regulationsmodus?

In diesem Abschnitt wird eine Arbeitsthese entwickelt, die Wünschenswertes katalogisiert. In den folgenden Kapiteln unserer Broschüre werden dann zum einen aufgeworfene Probleme sozialer und ökologischer Zerstörung näher erklärt. Zum anderen werden die Konstellationen von Kräften bzw. Akteuren mit Interessen untersucht, die das Wünschenswerte in der Auseinandersetzung mit dem Zerstörerischen modifizieren. Anschließend wird das Wünschenswerte neu formuliert und Ansätze seiner Realisierung entwickelt.

Ein Regulationsmodus ist eine spezifische Form gesellschaftlicher Arrangements, die Prozesse der Entscheidungsfindung zu bestimmen. Jedes Arrangement stellt einen zeitlich begrenzten Kompromiss auf Basis der zum Ausgangszeitpunkt vorherrschenden Kräfteverhältnisse dar, mit dem Ziel, soziale Konflikte temporär zu überbrücken. Werden solche breit getragenen Kompromisse und Institutionen freiwillig akzeptiert und damit zu Normen, die ohne weitere Begründung gültig sind, dann entfalten sie eine sich selbst reproduzierende Stabilität, werden zu einem Regulationsmodus (Alain Lipietz) oder einem Habitus (Pierre Bourdieu). Der Staat tritt häufig als Garant solcher Regulationsmodi und damit als friedenssichernde Instanz nach Kompromissfindung durch die beteiligten Akteure auf – spielt er jedoch diese Rolle nicht (z. B. weil er für andere gesellschaftspolitische Interessen steht), so wird er zum Risikofaktor für alle Beteiligten.

Deren Angelegenheit ist es, bei veränderten Verhältnissen neue Aushandlungsprozesse zu beginnen (die Unsicherheit der Ergebnisse sowie die hohen Transaktionskosten solcher Verhandlungen und ihrer Umsetzung führen dazu, dass von allen Seiten ein Kompromiss zwischen Aktualität und Verlässlichkeit angestrebt wird). Bestehende Arrangements werden – je nach Situation – formell oder informell gekündigt, und in einem konfliktreichen, un stetigen und ergebnisoffenen Transitionsprozess wird ein neues Arrangement entwickelt (Whiteside 1996: 31-56).

Historische Kompromisse versus K.O.-Modell

Dieser Mechanismus der iterativen (immer wieder neu reflektieren, Lösungswege zu gehen versuchen und sich so der Lösung nähern) Aushandlung bleibt in Kraft, solange alle Seiten ein Arrangement wollen – wobei das Streben nach Arrangements, die breit getragen werden können, eine historisch spezifische Kulturleistung ist. Dem steht heute international das neoliberale Siegermodell des »the winner takes it all« (der Gewinner nimmt alles) gegenüber, das die strategische Zuspitzung des neoliberalen Globalisierungsdiskurses darstellt. Es sucht keine freiwillig akzeptierten Arrangements, sondern Sieg oder Niederlage – Unterlegene müssen sich in das vom Sieger bestimmte Arrangement fügen, bekommen Aufgaben und Restkompetenzen zugeteilt. Dies ist kein selbststabilisierender Regulationsmodus, sondern mangels Konsensfindung eine instabile

Situation, die zu häufigen Umbrüchen neigt. In der gegenwärtigen Situation überlagern sich in der Bundesrepublik beide Konflikte, der um den Modus der Auseinandersetzung und der um die Lösung von politischen Streitfragen gemäß dem einen oder anderen Modus.

Ein Beispiel für die Neudefinition der Rollen der sozialen Akteure unter dem »Siegerparadigma« sind die Vorstellungen auf Arbeitgeberseite über die zukünftige Funktion der Gewerkschaften. Danach sollten diese als Juniorpartner des Mainstream eine Rolle als Regulationsinstanz zur Sicherung des sozialen Friedens erhalten und so die Akzeptanz der neoliberalen Politik sichern (die Erinnerung an die Rolle der Gewerkschaften als »Transmissionsriemen der Partei« im »Staatssozialismus« liegt nahe). In dieser Funktion wären sie auch weiterhin in die politischen Prozesse eingebunden, aber unter der Voraussetzung des Verzichts auf einen eigenständigen politischen Gestaltungsanspruch (im Sinne einer Anwaltschaft für Arme, Arbeitslose etc.).

Diese Wunschvorstellung der Kapitaleseite wird durch »die Medien« transportiert, teils als Sollwert, teils aber auch als akute Funktionsbeschreibung – was wiederum die öffentliche Unterstützung der als Klientelorganisation ohne weiterreichende Ansprüche und Legitimation dargestellten Gewerkschaften weiter schwächt.

Bei der Kündigung alter Kompromisse und Arrangements geht es immer auch um Ideologiekritik, um die Entlarvung der neoliberalen Weltanschauung als Herrschaftsideologie und um die Dingfestmachung der Prinzipien und Instrumente neoliberaler Politik als eine Ursache der Krise(n). Es geht um gesellschaftliche Stoffwechselprozesse mit der Natur unter dem Paradigma der Profitdominanz und ihrer Überwindung als notwendige Bedingung für nachhaltige Problemlösungen. Und das nicht nur in politischen Zirkeln, sondern als öffentlicher Diskurs, als Herausforderung an das hegemoniale Paradigma (das schon allein dadurch, dass es bestritten wird, Teile seiner Hegemonie verliert, plötzlich wieder begründungspflichtig und damit weitergehend kritisierbar wird) mit dem Anspruch auf eigene Hegemoniefähigkeit (Überlegenheit und damit gesellschaftliche Orientierungsfähigkeit). Eine solche Debatte führen heißt auch, Teile des Öffentlichen in der Gesellschaft und für die Gesellschaft (zurück)erobern können und müssen. So ist zwar heute der Glaube an die Allwissenheit der Märkte und die Heilsamkeit von Politiken, die alle Entscheidungen an Märkte delegieren, teilweise erschüttert (vgl. S. 58). Aber weder sind die handelbaren CO₂-Zertifikate, noch die Studiengebühren und der Leistungswettbewerb der Hochschulen aus der Welt, weder die Privatisierung von öffentlichem Eigentum noch das Zwangssparen für eine eigenfinanzierte Alterssicherung und Eigenbeiträge zur Gesundheitsfürsorge. Hier ist es nicht nur wichtig, das gemeinsame Versagen aufzuzeigen, die gemeinsamen Strukturen und Hintergründe der Multikrisen, um für die Zukunft auszuschließen,

dass aus Gründen blinder Marktideologie gesellschaftlich sinnvollere Lösungen unbeachtet bleiben. Auch konkrete Korrekturen wären vorzuschlagen. Dort wo »die Politik« der Vergangenheit ein reales Problem erkannt hat, müssen die Lösungen überprüft und wo immer notwendig, durch bessere zu ersetzt werden. Es geht auch darum, dass da, wo Probleme nur aus neoliberal-ideologischer Sicht bestanden, offenzulegen, warum keine Maßnahmen erforderlich sind bzw. warum getroffene Maßnahmen gezielt rückgängig zu machen sind.

Es muss insgesamt deutlich werden, dass es sich beim Versagen des sozioökonomischen Systems angesichts der Krisen um ein systemisches Problem handelt, weder um eine naturgegebene Katastrophe, die Menschen nicht verhindern konnten, noch um eine kleinere Störung, verursacht durch individuelles Fehlverhalten im Rahmen eines ansonsten gut funktionierenden Systems. Während also die Analyse den Rahmen weit spannen muss, um die Probleme in ihrer Breite zu erfassen, scheinen tagespolitisch eher solche Forderungen zielführend, die konkret aus den Problemen ableitbare Forderungen mit einer längerfristigen Transformationsperspektive verbinden. Notwendig ist, in der Krise und durch die Krise finanzielle, technische und Humanressourcen dauerhaft auf Krisenvorsorge und -management umzulenken. Es wird sich dabei schnell zeigen, dass es unter allen öffentlich diskutierten Maßnahmen gerade diejenigen mit einer gesellschaftlichen Transformationsperspektive sind, die auf den heftigsten Widerstand der Herrschenden, der in »Wirtschaft, Politik, Medien und Wissenschaft« Dominierenden stoßen. Das wiederum lässt deutlich erkennen, dass es ihnen um Machtverteidigung geht, auch und insbesondere, wenn die von ihnen bekämpften Forderungen und Alternativen darauf zielen, jene Ursachen zu bekämpfen, die nachhaltige Entwicklung verhindern und damit die Multikrise hervorgebracht haben.

Finanzmarktpolitik

Taktische Forderungen, die aus der Finanzmarktkrise abgeleitet werden und Teil eines linken »Green New Deal« sein könnten, müssen insbesondere darauf zielen, die Spekulation einzudämmen, indem höhere Eigenkapitalreserven der Banken vorgeschrieben werden, eine Finanztransaktionssteuer eingeführt wird, die Steuerbefreiung für Unternehmensverkäufe rückgängig gemacht und Leerverkäufe¹⁷ europaweit verboten werden. Sicherheiten der Banken dürfen nicht mehr mit den Blasen im Wert wachsen und so prozyklisch neue Kredite ermöglichen – dagegen hilft eine antizyklische Bewertung der Sicherheiten wie in Spanien, das zwar von der Bankenkrise weitgehend verschont blieb, dann aber von einer hausgemachten Immobilienkrise erfasst wurde und unter einer Schuldenkrise leidet. Kredite der Europäischen Zentralbank EZB an die Geschäftsbanken könnten konditioniert und für Realinvestitionen reserviert werden, statt wie im Augenblick als billige

17 Hochspekulative Börsengeschäfte, bei denen Wertpapiere verkauft werden, ohne dass eine Deckung durch Bestand oder Ankauf vorliegt.

Grundlage neuer Spekulationen zu dienen (siehe dazu Deutschen Bank 2010, 2011).

Strategisch käme es darauf an, den »eruptiven Regulationsmodus« (aus den bisherigen Rahmen ausbrechenden Regulationsmodus) des letzten Jahrzehnts, das ständige Wachsen und Platzen von spekulationsverstärkten Blasen durch eine gezielte Politik der Vorsorge und Risikobegrenzung, abzulösen. Dazu gehört, die Finanzindustrie zu schrumpfen, ohne neue soziale Friktionen auszulösen: Der Finanzsektor ist wesentlich größer als es für seine gemeinhin erklärte Aufgabe notwendig wäre, nämlich den Bürger/inne/n Anlagemöglichkeiten zu bieten und »der Wirtschaft« Investitionskapital zu verschaffen. Hier wird ein intellektuelles Potenzial verschwendet, das anderen Bereichen der Volkswirtschaft und Gesellschaft fehlt (auch wenn die Sozialisation der Banker diese für viele andere Aufgaben ungeeignet macht).

Ein Verbot des Verkaufs von Derivaten und anderen Papieren »außerhalb der Bücher« und der Börse (also nicht mehr »over the counter« [außerbörslicher Handel], sondern Börsenpflicht bei gestärkter Börsenaufsicht) würde mehr Transparenz schaffen. Ein zeitverzögertes Stimmrecht nach Übernahme eines Firmenanteils ist kein Problem für langfristig planende Investoren, schreckt aber »Heuschrecken« ab. Eine Börsenumsatzsteuer und/bzw. eine Finanztransaktionssteuer stärken nicht nur die staatlichen Einnahmen, sie reduzieren auch die Spekulationsanreize.

Es ist möglich, »Realinvestitionen« gegenüber Finanzmarktinvestitionen z. B. steuerlich zu privilegieren, und ebenso durch strengere (und notwendige) neue Umwelt- und Sozialgesetzgebung »realwirtschaftliche« Investitionsschübe auszulösen und so erhebliche Geldvolumina aus den Finanzmärkten in die »Realwirtschaft« umzulenken (statt Ausschüttung an die Aktienbesitzer/innen, die nur zu weiteren Finanzmarktspekulationen führen), ohne dafür staatliche Geldmittel einsetzen zu müssen. Die Milliardeninvestitionen im Gefolge der Großfeuerungsanlagenverordnung sind ein Beispiel dafür.

Norbert Röttgens Kritik am Mythos der Selbstregulierung

»Wir müssen erkennen, dass das Eigeninteresse der Finanzinstitute am Schutz des ihnen von ihren eigenen Aktionären und Sparern anvertrauten Kapitals, am Schutz ihrer eigenen Existenz, nicht ausgereicht hat, um einen Systemkollaps und darüber hinausgehende Flurschäden für unsere Wirtschaft in kaum abschätzbarer Höhe zu vermeiden.

Eine Erkenntnis, von der der frühere US-Notenbankchef Alan Greenspan sagt, er habe es über Jahrzehnte nicht für möglich gehalten, dass die Selbstregulierungsmechanismen geradezu [?] vollständig ausfielen und doch müsse er deren Versagen nun eingestehen.

Der aus der Finanzbranche so gern postulierte Anspruch eines generellen Vorrangs der Selbstregulierung war so lange gerechtfertigt, wie Selbstregulierung funktionierte oder, um genauer zu sein, zu funktionieren schien. Dieser Anspruch kann angesichts des Versagens der Selbstregulationsmechanismen und vor allem angesichts der immensen gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Kollateralschäden nicht uneingeschränkt weiter gelten. Deshalb müssen Staaten und Regierungen im öffentlichen Interesse stärker als bisher prüfen, wo es bei der Selbstregulierung der Branche bleiben kann und an welchen Stellen ein staatlicher Regulierungsanspruch durchgesetzt werden muss.

Das gilt für bilanzrechtliche Fragen, insbesondere Bewertungsregelungen, Transparenzregeln und Eigenkapitalvorschriften. Das gilt ebenso für Vergütungssysteme, die ihren Teil zu den jetzt sichtbar gewordenen Verwerfungen beigetragen haben. Auch bankbetriebswirtschaftliche Fragen, angefangen bei der Produktgestaltung, über die Risikoausstattung und Risikotransparenz bis hin zum Vertrieb gehören auf den Prüfstand. Hier hat die Branche bewiesen, dass sie diese Fragen alleine nicht beantworten kann, ohne gesamtgesellschaftliche Interessen zu gefährden.«

(Röttgen 2008; zur Zeit der Verfassung seines Beitrags war Norbert Röttgen Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU Bundestagsfraktion, heute ist er Bundesumweltminister, Vorsitzender der NRW-CDU und stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU)

»Die Ratingagenturen haben zu viel Macht und Einfluss; sie verfügen über exklusive Informationen [...] und steuern das Verhalten von Banken, Pensionsfonds und Versicherungen. Gleichzeitig übernehmen sie keinerlei Verantwortung für ihre Einstufungen.« (The Economist 2008b). Diese – und das Verhalten der Investoren – folgen eher neoliberalen Kurzfristen ohne eine langfristige sozioöko-

nomische Faktenanalyse (auch dies war ein Grund für die Finanzkrisen Griechenlands und Irlands). Eine Alternative, ein Wettbewerber ohne »ideologische Scheuklappen« ist dringend notwendig. Eine öffentliche Ratingagentur, und die Überwachung privater Agenturen durch eine öffentliche Monitoring-Stelle (mit Veröffentlichung der Erfahrungen, die mit den Bonitätsanalysen der einzelnen Agenturen gemacht wurden) würde Transparenz und Wettbewerb um realistische, weniger ideologisch geprägte Einstellungen beflügeln.

Öffentliche Kreditinstitute (oder solche, in denen die öffentliche Hand die Mehrheit hat) könnten grundsätzlich Kredite nach anderen Regeln vergeben als private, z. B. ohne die ideologisch geprägten Vorgaben der Ratingagenturen zum Maßstab zu machen. Aus Angst um ihre Bewertung hat es auch in der Finanzkrise nur ein einziges Land gewagt, die Unternehmenssteuern anzuheben: Litauen, von 15 Prozent auf 20 Prozent (The Economist 2008b). Griechenland wird genötigt, mit Massenentlassungen, Kürzungen bei Löhnen, Sozialleistungen und anderen öffentlichen Ausgaben, mit Kommerzialisierung und Privatisierungen des Öffentlichen auf die Finanzkrise zu reagieren – auch wenn dies nicht die Probleme des Landes löst, sondern sie sogar noch verschärft. Das entspricht den kurzfristig-ideologischen Vorstellungen der Kreditgeber und ihren politischen Interessen. Insgesamt sollten die staatlichen Akteure da, wo »dem Staat« wirtschaftliche Macht zugefallen ist (die zuvor in den Privatisierungswellen der vergangenen Jahre verschleudert wurde) diese sorgsam, aber entschieden nutzen, anstatt sie sobald wie möglich wieder abgeben zu wollen. Das betrifft die Kreditvergabe an Private (mit Beratung über die Nachhaltigkeit der Geldanlage) ebenso wie die Konditionen für Kredite.

Auch die Rolle der Zentralbanken – und hier insbesondere der EZB – muss sich ändern. Dies kann nur durch Intervention von außen, von Seiten »der Politik« geschehen: die Zentralbanker selbst sind ebenso reformunwillig wie -unfähig. Noch im September 2009, bei ihrem jährlichen Treffen in Jackson Hole, Wyoming, bekräftigten sie ihren Konsens, dass Zentralbanken ihre Glaubwürdigkeit gewinnen, indem sie ein einfaches Ziel verfolgen, das die Öffentlichkeit versteht und an dem sie gemessen werden können: niedrige und stabile Inflation. Eine Änderung der Regeln der Geldpolitik im Gefolge der Krise würde die schwer erworbene Glaubwürdigkeit beschädigen (The Economist 2009c). Mit anderen Worten: aus der Krise lernen schadet dem Ruf – schließlich könnte auffallen, dass die eigene Politik der Vergangenheit an der Krise nicht unschuldig war. Es lohnt also nicht, auf bessere Einsicht zu warten: externe Eingriffe sind erforderlich und ein Personalwechsel ist dringend – insofern ist die Neubesetzung des Chefsessels der europäischen Zentralbank mit einem Vertreter derselben Ideologie eine verpasste Chance.

Schließlich und endlich würde es sicherlich auf breite öffentliche Zustimmung stoßen, würden die personelle und technische Ausstattung der Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Wirtschaftsvergehen verbessert, ihre Stellung gegenüber »der

Politik« gestärkt und mehr Steuerfahnder eingesetzt werden, anstatt dass weiterhin Schlupflöcher offen bleiben und darauf gewartet wird, dass Daten aus Drittstaaten angekauft werden können.

Wirtschaftspolitik

Statt auf die Wiedergewinnung von Wachstum und Gewinnmargen zu setzen, käme es darauf an, »die Wirtschaft krisenfest« zu machen, tatsächliche Struktur-reformen (die Europäische Kommission meint mit »Strukturreformen« immer nur, die Märkte in ihrem Funktionieren zu verbessern) anzuschieben, neuen Akteuren eine Chance zu geben. Statt weiterhin Prekarisierung in Kauf zu nehmen (die in der Bundesrepublik einschließlich der subjektiv erfahrenen Prekarisierung immerhin fast ein Drittel der Bevölkerung betrifft) und Marktliberalisierung zu praktizieren, geht es darum, eine nachhaltige Wirtschaftsweise zu fördern. Die Prekarisierung und Diskriminierung großer Bevölkerungsgruppen (Frauen, Migrant/inn/en,...) sind zu beenden, wenn der gegenwärtige (und sich mit den kommenden Krisen verschärfende) Zivilisationsbruch nicht in eine autoritäre und konfliktreiche Richtung gehen soll. Dazu gehört auf der Makroebene »eine Politik«, die nicht länger auf Exportüberschüsse setzt und so Arbeitslosigkeit exportiert. Eine binnenmarktgestützte Konjunkturpolitik, die auf eine ausgeglichene Außenhandelsbilanz zielt und die Wuchergewinne zu Gunsten von Löhnen und (kompensierten) Arbeitszeitverkürzungen reduziert, müsste gewollt sein. Dies sollte bevorzugt über eine Änderung der Primärverteilung (also der Verteilung zwischen Lohn und Profit) erfolgen, kann und muss aber durch progressive Steuern und öffentliche Transferpolitik gestützt werden.

Auf der Mikroebene konkreter Politikvorschläge könnte wieder auf die Erfahrungen aus der Finanzkrise verwiesen werden. Mögliche Forderungen wären die nach einer Berichtspflicht über die sozialen und ökologischen Auswirkungen eines Unternehmens (ebenso ausführlich wie die Wirtschaftsberichte), einschließlich der Arbeitsplatz-, der betrieblichen Gesundheits- und einer Bildungsbilanz. Berichtspflichtig könnten ebenfalls große Anleger, private wie öffentliche, hinsichtlich der Kriterien und Auswirkungen ihrer Geldanlagen sein. Diese Berichte zu prüfen und zu testieren, müsste Pflicht der Wirtschaftsprüfer/innen sein. Deren Prüfung müsste die Einhaltung rechtlich vorgegebener oder freiwillig eingegangener Verpflichtungen beinhalten, um reine PR-Berichte zu identifizieren und Nachbesserung zu fordern. Die heute populären Nachhaltigkeitsberichte und -ratings reichen dazu bei weitem nicht aus: Sie berichten über Nachhaltigkeits- oder CSR (Corporate Social Responsibility) – Strategien, in denen es meist nicht primär um die sozialen und ökologischen Leistungen der Firmen geht, sondern darum, was und wie diese Leistungen zum Unternehmensgewinn beisteuern. Das ist auch bei den »grünen Indizes«, z. B. beim Dow Jones Sustainability Index, der Fall.

Ähnlich problematisch sind die Nachhaltigkeits-Ratings: Oft undurchsichtige Verfahren und eine Vielzahl von Indikatoren, von denen die wenigsten direkt so-

ziale oder ökologische Belastungen erfassen, erschweren die Nachprüfbarkeit und verringern die Aussagekraft. Wem fällt schon auf, dass unter »Umweltkommunikation« nur das »wie«, nicht aber das »was« der Kommunikation bewertet wird? Dasselbe Problem ist typisch für die Rankings von Nachhaltigkeitsberichten: Bewertet wird nur, wie gut (oder schlecht) Unternehmen über ihre Nachhaltigkeitsbemühungen berichten; nicht aber, wie gut oder wie schlecht diese Bemühungen sind (Figge et al. 2010). Effektives Nachhaltigkeitsmonitoring muss demgegenüber klare, vom Geschäftsergebnis unabhängige, soziale wie ökologische Ziele setzen, und über deren Erreichen oder Verfehlen unzweideutig berichten, einschließlich der Präsentation von Korrekturmaßnahmen im Falle der Zielverfehlung.

Sozialstaat

Die sicherste mittelfristige Strategie, um soziale Friktionen als Folge der von Zeit zu Zeit explodierenden Ressourcenpreise zu vermeiden, ist es, den Ressourcenkonsum dauerhaft zu senken, und diesen Prozess sozial zu gestalten. Kurzfristig wäre es in diesem Sinne eine vordringliche Maßnahme, zur Absicherung gegen die Wirkungen einer möglichen Ölpreiskrise unpfändbare unentgeltliche Grundfreibeträge an Heizöl, Strom, Wasser und Gas für jeden Haushalt einzuführen (zusätzlich zu einer allgemeinen finanziellen Grundsicherung und dem verbilligten Zugang zu öffentlichen Transportmitteln). Der dadurch entstehende Verlust der privaten wie öffentlichen Lieferanten könnte durch eine Verpflichtung zur progressiven (und damit zur Nachfragereduzierung und zum Klimaschutz anregenden) Tarifgestaltung kompensiert werden – derartige Tarife sind genehmigungspflichtig. Hier werden sich die privaten Versorger vermutlich sträuben – was sowohl den Wert öffentlicher Unternehmen ebenso verdeutlicht wie die Prioritäten der Energiekonzerne. Hinzu kämen massive Anreize und staatliche Vorschriften (Effizienzstandards, auch für Gebäude) zur Energieeinsparung, um so die Belastungen der Volkswirtschaft durch steigende Öl- und Gaspreise zu minimieren.

Die verbilligte Nutzung der öffentlichen Transportmittel (die z. B. EU-weit durch die Freistellung von der Mehrwertsteuer gefördert werden könnte) ist nicht nur wichtig, um die Mobilität für den Berufs- wie Versorgungsverkehr auch in Zeiten teuren Öls zu sichern, sondern ebenfalls, um auf das Auto fixierte Gewohnheiten und Routinen zu ändern und somit nachhaltig zu wirken. Dafür sind allerdings eine hinreichende Qualität und Zuverlässigkeit sowie der Ausbau der Systeme für den öffentlichen Verkehr Voraussetzungen: eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge, die eben nicht mit dem Gewinnprinzip privatisierter Dienstleister identisch ist.

Die hinter dieser Krise stehende soziale Polarisierung muss ebenfalls thematisiert werden – das ist es, was die Menschen betrifft, und das bedeutet Umverteilung. Diese bezieht sich zunächst auf die Primäreinkommen, erfordert also die Rückkehr zu einer – in der Wirtschaftsgeschichte durchaus nicht unüblichen – Er-

höhung der Löhne im Maße der Produktivitätssteigerung, wobei der aufgelaufene Nachholbedarf zu kompensieren wäre. Eine notwendige Flankierung (neben Grundsicherung und verlängertem Arbeitslosengeld als Anerkennung der Lebensleistung) sind Mindestlöhne deutlich über der Armutsschwelle, die mit dem Phänomen der Working Poor (Menschen die neben einer Vollzeitarbeit noch Sozialtransfers erhalten, weil ihr Lohn die Lebenshaltungskosten nicht deckt) Schluss machen, den »Niedriglohn-Sumpf trocken legen« und so der »Neiddebatte« zwischen Hartz-IV-Empfänger/innen und Bezieher/innen in unteren Lohngruppen den Boden entziehen. Diese »Aufstockung« muss in Geld erfolgen und damit die Kaufkraft der untersten Einkommensgruppen stärken. Ein Abbau der Einkommenspolarisierung sollte aber auch teilweise durch Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich vorgenommen werden, um Erwerbslosigkeit zu bekämpfen.

Klima-, Umwelt- und Naturschutz

Während Technik und besseres Management sicherlich notwendig und begrüßenswert sind, reichen sie bei weitem nicht aus, um den skizzierten Krisen zu begegnen. Technik erhöht zwar die Förderungs- und Nutzungseffizienz in der industriellen Produktion, nutzt aber nur begrenzt zur Steigerung der Qualität personenbezogener Dienstleistungen. Sie erhöht auch nicht notwendig die Ressourcen-Vorräte. Hier – es sei noch einmal betont – greifen die herrschende Diskurse zu kurz: es geht um einen Richtungswechsel, nicht um kleinere Kurskorrekturen oder Zielmodifikationen. Es geht darum, klare soziale und ökologische Ziele zu definieren und zu realisieren, anstatt immer nur über die Mittel zu diskutieren.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise kommt angesichts der in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten eskalierenden ökologischen Krise der Sorge eines Krebskranken über sein Kopfweh gleich (Karl Georg Zinn während eines Vortrages am 5.1.2010)

Dazu gehört auch, »über den Tellerrand zu blicken« und die Folgen eigener Entscheidungen jenseits des hier und jetzt zu antizipieren. Zwei Beispiele: (1) Pack die Rübe in den Tank – Biofuels (Kraftstoff aus Pflanzenbiomasse) wurde als eine zentrale Lösung des Klima- wie des Energieproblems gepriesen, so konnte man Verkehrsvermeidung von der Tagesordnung nehmen. Erst spät reagierte »die Politik« auf Warnungen aus »Wissenschaft und Zivilgesellschaft«, d. h. erst als die Schäden verfestigt waren, wurden die Zielzahlen gesenkt (aber nicht aufgegeben) und Begleitmaßnahmen geplant (Nachhaltigkeitszertifizierungen, die nominell die Probleme lösen, in der Praxis aber absehbar wenig bis nichts bewirken). (2) Elektroautos – nach Wasserstoff-, Brennstoffzellen-, Biokraftstoff- (»mein Auto ist Vegetarier«)-Konzepten sind sie jetzt der nächste Versuch, »das Auto vor sich selbst zu retten« – etwas technisch zu ändern, um nichts strukturell ändern zu müssen. Dass der immense Strombedarf neue konventionelle Kraftwerke und höchst wahrscheinlich den Weiterbetrieb und Neubau von Atomreakto-

ren nach sich ziehen würde, wird verschwiegen. Vertreter/innen des Regierungslagers kritisieren den Atomausstiegskurs der Kanzlerin (rot-grün genießt die Rückkehr zum *status quo ante* der Atompolitik) mit dem Hinweis auf steigende Stromkosten, Standortwettbewerb und die Tatsache, dass andere Nationen (insbesondere Frankreich, England, die USA, Russland, China und Indien) weiterhin auf Atomkraft setzen. Ergänzt man zu dieser Liste Pakistan, Israel und Nordkorea, so wird deutlich dass die Mehrzahl der AKW-Staaten auch Atomwaffenstaaten sind, die Reaktoren brauchen um den Stoff für ihre Atomstreitmacht bereitzustellen – ohne »zivile« Atomkraft wäre eine Nuklearrüstung schlicht nicht finanzierbar. In diesem Kontext spielt es dann keine Rolle mehr, dass auch Uran knapp wird und teuer geworden ist. Dass deshalb eine weltweite Atomkraft-Strategie auf schnelle Brüter angewiesen wäre, mit der nahezu sicheren Folge einer weltweiten Verbreitung von Atomwaffen, wird von den Atommächten (miss-)billigend in Kauf genommen.

Generell wäre es anzustreben, Strukturen zu überwinden, die ein möglichst schnelles Ausbeuten von Ressourcen finanziell attraktiv machen (die Liquidierung der Bestände wird, da gewinnbringend, oft mit erfolgreichem Wirtschaften verwechselt). So werden bisher z. B. Extraktionslizenzen (Genehmigungen zum Aufschluss für Brunnen, Steinbrüche oder Bergwerke) meist für eine bestimmte Fläche über eine festgelegte Laufzeit vergeben. Für den Betreiber ist es dann ökonomisch sinnvoll, in der begrenzten Zeit so viel wie irgend möglich zu fördern und zu vermarkten. Würden aber die Abbaulizenzen mit einer Mengengrenzung gekoppelt, läge es im ökonomischen Interesse des Betreibers, nicht so schnell wie möglich, sondern so ertragreich wie möglich seine Reserven zu verkaufen und auch für die späteren Jahre noch Ressourcen zu belassen.

Der dringend notwendige Schutz der biologischen Vielfalt ist ein zusätzliches Argument für viele der genannten Maßnahmen, insbesondere soweit sie die nicht nachhaltige Landnutzung zurückdrängen und den Klimawandel begrenzen. Darüber hinaus erfordert der Erhalt der Biodiversität Maßnahmen gegen die »biologische Verschmutzung«, also ein Verbot der gezielten Freisetzung genetisch veränderter Organismen sowie eine Einschränkung der Marktfreiheiten, die innerhalb der EU weniger kontrolliert werden als irgendwo sonst in der Welt. Es wären die durch internationalen Handel unkontrolliert eingetragenen invasiven (eingeschleppten) Arten zu bekämpfen. Das erfordert verstärkte (und unter WTO-Regeln zulässige) phyto-sanitäre Kontrollen (auf Pflanzen bezogene Gesundheitskontrollen) an den Außen- und Innengrenzen, aber auch in der EU. Hier wäre das Prinzip des freien Warenaustauschs »in die Schranken« zu weisen, gestützt auf internationale Konventionen (CBD) und wissenschaftliche Erkenntnisse.

Internationale Beziehungen

Erhebliche Einsparmöglichkeiten ergäben sich, wenn Deutschland seine Freiheit nicht mehr am Hindukusch verteidigen würde, sondern die teure Umrüstung der

Bundeswehr zu einer weltweit verfügbaren Eingreiftruppe zu Gunsten der ursprünglichen Aufgabe der Landesverteidigung (gegen wen denn heute?) aufgeben würde. Nukleare Abrüstung (auch Abzug der letzten Atomwaffen von Gebiet der Bundesrepublik), für die Bundeswehr aber speziell konventionelle Abrüstung, Verringerung der Truppenstärke und stattdessen die Bereitstellung von Mitteln für internationale Friedensdienste (Konfliktprävention) und Krisenbewältigung sowie für eine Anpassung an den Klimawandel, die diesen Namen verdient (also nicht top-down [von oben] verordnet wird) wären wichtige internationale Beiträge.

Insgesamt wird eine Politik nachhaltiger Beziehungen zum Ausland eine Revision der Handels- und Außenwirtschafts-, der Außen und Verteidigungs-, der Agrar-, der Entwicklungs- und der Umweltpolitik erfordern. Ein Beispiel: wenn man (wie die Umweltverbände seit 15 Jahren und vor drei Jahren auch die Bundeskanzlerin) ein global gleiches Recht auf Umweltnutzung als eine Art Anrecht auf einen fairen Anteil am gemeinsamen Erbe der Menschheit fordert, dann ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer massiven globalen Umverteilung. So müssten die Europäer/innen beim gegenwärtigen Förderniveau ihren Verbrauch an fossilen und mineralischen Ressourcen je nach Stoff um 75 bis 95 Prozent reduzieren – die Alternative, eine Steigerung der globalen Ressourcennutzung um das Vier- bis Zwanzigfache (dann könnte der Konsum der EU konstant gehalten werden) scheitert sowohl an der mangelnden Verfügbarkeit solcher Mengen als auch an den Umweltfolgen des Versuchs, sie aufzubringen.

Ein radikaler Umbau unserer Produktions- und Konsumformen ist also Bedingung für eine global nachhaltige Entwicklung, und damit auf Dauer auch für Frieden und internationale Zusammenarbeit, genauso wie Frieden eine entscheidende Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung ist. Dabei sollten die Europäer/innen bei allen internationalen Verhandlungen ihrer »Nachhaltigkeitsschulden« eingedenk sein, d. h. ihrer jahrhundertlangen Verstöße gegen ökologische (Ressourcennutzung, Treibhausgase), soziale/humane (Kolonialismus, Sklavenhandel) und institutionelle Nachhaltigkeitskriterien (Untergrabung demokratischer Ansätze, zuletzt im Irak, Unterminierung der wirtschaftlichen Entwicklung, bis heute durch subventionierte Agrarexporte, Gender-Bias [Verzerrung in der Kommunikation, die die Aufmerksamkeit auf nur ein Geschlecht lenkt] in der Entwicklungszusammenarbeit, etc.).

1.1.6. Anmerkung zur Frage der Perspektiven

»In the long run we are all dead« (Keynes). Und bis dahin (Langfristig sind wir alle tot.)

Um eine Transformation hin zu einer sozialökologisch gestalteten Zukunft zu ermöglichen, ist es notwendig, neue Leitbilder zu fördern, aber auch vorzuleben, vom solidarischen Zusammenleben bis zur gesunden Ernährung. Zu diesen Leitbildern gehört auch die Transformation der gesellschaftlichen Stoffwechselprozesse mit der Natur, als Teil der Transformation der Gesellschaft und ihrer Institu-

tionen (Organisationen, Mechanismen und Orientierungen). Dabei geht es weniger darum, das Privateigentum an »was auch immer« als um die Macht über die Form der Nutzung dieses Eigentums tatsächlich zu bestimmen. Es geht also darum, gesellschaftliche Machtverhältnisse zu verändern und Hierarchien zu überwinden. Das betrifft insbesondere die Macht, die Kapitaleigentümer als Rentiers, als Shareholder, über die von ihnen beherrschten Unternehmen ausüben, und die mit keinerlei Verantwortung (außer der für die Maximierung des eigenen Vermögens) verbunden ist.

Neben den Produktions- sind die Distributionsmechanismen und -systeme sowie ihre Kriterien und Leitbilder zu hinterfragen. Welcher Verteilungsmechanismus soll für welche Güter gelten? Was soll nach Kaufkraft verteilt werden (Marktgüter), was als Bestandteil der Rechte aller Einwohner/innen und/oder aller Bürger/innen (öffentliche Güter, Gemeingüter)? Welche Güter sind nach vergangenen Verdiensten um das Gemeinwesen zu verteilen (meritorische [verdienstvoll im Sinne der Anerkennung von Leistungen] Güter)? Nur für Güter, die nach Kaufkraft alloziiert (zugeteilt) werden sollen, ist der Markt das richtige Instrument – welche Güter das sind, muss die Gesellschaft entscheiden, und das Ergebnis wird von Land zu Land unterschiedlich sein (insbesondere die angelsächsische Welt hat hier legitimerweise andere Vorstellungen als die kontinentaleuropäische). Ein neuer Regulationsmodus muss also spezifisch sein (auch wenn er oft denen der kulturell verwandten Nachbarstaaten ähneln wird).

Auch auf die Risiken des Versuchs, einen neuen Regulationsmodus zu etablieren, sei an dieser Stelle hingewiesen. Zum einen sind solche Modi Langzeitprojekte. Sie müssen also auch den Herausforderungen und Krisen der absehbaren Zukunft gerecht werden – ohne dass diese den Akteuren umfassend bekannt oder bewusst sein können. Das behindert sowohl die Planung als auch die Mobilisierung. Zum zweiten bedeutet das Aufkündigen des geltenden Regulationsmodus (so sehr er auch von der Gegenseite ausgehöhlt sein mag) immer auch, eigene Positionen und Errungenschaften zur Disposition zu stellen: die Beständigkeit existierender Regulationsmodi erklärt sich gerade aus dem ungewissen Ausgang einer jeden Neujustierung. Zum dritten ist ein Regulationsmodus immer ein Spiegelbild der Kräfteverhältnisse zum Zeitpunkt seiner Entstehung, die so auf lange Zeit fortgeschrieben werden – ein Risiko für jede/n, die/der auf eine Veränderung der Kräfteverhältnisse drängt.

Die Durchsetzung eines neuen Modus erfordert, wie beschrieben, überzeugende alternative Entwürfe zum herrschenden Politikmodell, aktive Multiplikatoren in Politik, Medien und Bildungssystem und eine aufnahmebereite Öffentlichkeit. Sie kann also nicht ausschließlich durch die Mobilisierung von Akteuren der dritten – Alltagsbewusstsein – und einer Minderheit der zweiten Ebene, der Gebrauchtideenhändler erfolgen, ohne theoretisch-konzeptionelle Reflexion. Es kommt darauf an, sowohl Konzeptionen zu entwickeln und Handlungspotenziale bzw. gesellschaftlichen Einfluss (unter den »Gebrauchtideenhändlern« wie in der

Öffentlichkeit) zu sichern bevor ein neuer *status quo* festgeschrieben wird. Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten kann Teil des Kampfes für einen neuen Regulationsmodus sein – scheitert der erstere, so scheitert auch der letztere, und das Ergebnis ist schlechter als zuvor.

Längerfristig stellt sich die Frage, ob die genannten Ziele im Klima-, Biodiversitäts- und Bodenschutz mit einer permanent wachsenden Ökonomie vereinbar sind – und ob es diese überhaupt geben kann. Zinn (2010) weist auf schon von Keynes vorhergesehene Sättigungseffekte und das Auslaufen des Wachstums (als eine positive Utopie) hin. Für Daly (2001) ist die Reduzierung der Wirtschaft auf eine optimale Größe notwendig, um »unwirtschaftliches Wachstum« zu vermeiden. Für Ayres ist das Wachstumsparadigma aus ökonomischen Gründen ebenso hinfällig wie aus ökologischen. Dennis Meadows betont, dass die Warnungen des Berichts zu den Grenzen des Wachstums ungehört verhallt seien und dass die jetzige Entwicklung weitgehend derjenigen entspräche, vor deren Folgen er und seine Kollegen immer gewarnt haben (Meadows et al. 2004). In Frankreich und Italien ist die Debatte über das Ende des Wachstums als positives Ziel inzwischen Teil des öffentlichen Diskurses (vgl. Flipo, Schneider 2008) – in Deutschland wird sie in vielen Organisationen (Umweltverbände wie DNR, Naturfreunde und BUND, bei attac, in Kirchen- und Gewerkschaftskreisen, und auch in einer Enquetekommission des deutschen Bundestags) geführt, ohne dass bisher ein *gesellschaftlicher Diskurs* zustande gekommen wäre und »neue Wahrheiten« hervorgebracht hätte (vgl. Spangenberg 2011 a; b). Das Ende der Verschwendungswirtschaft, sozial verträgliche Größenkorrektur, Schonung der Ressourcen und Erhalt der Ökosystem-Dienstleistungen: all dies muss Teil eines zukunftsfähigen Regulationsmodus sein.

»Erschwerend« kommt nun noch hinzu, dass die Befreiungshoffnungen des 19. und 20. Jahrhunderts heute keineswegs als erledigt zu den Akten der Geschichte gelegt werden können – und zwar nicht nur, weil dies normativ eine durch nichts zu rechtfertigende Resignation, eine Kapitulation vor der Omnipräsenz von Herrschaft, und einen Verrat an der Tradition der immer wieder erstickten Ansätze der Befreiung von Menschen aus bestehenden Herrschaftsverhältnissen darstellen würde. Sondern durchaus auch, weil ohne eine bewusste und verantwortliche Mitwirkung der gesellschaftlichen Subjekte an den dringlich gewordenen Problemlösungen und ihrer Umsetzung angesichts der Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer Krisenprozesse keine dauerhaft tragfähigen Lösungen vorstellbar sind. Es geht daher hier und heute nicht mehr nur darum, wie im Rahmen der grundsätzlich nicht angetasteten Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise ein neuer Regulationsmodus gefunden und durchgesetzt werden kann. Vielmehr geht es vor allem darum, wie darüber hinaus eine erneuerte Perspektive der sozialistischen Transformation gefunden und demokratisch durchsetzbar gemacht werden kann. Dabei ist gegenwärtig davon auszugehen, dass eine solche sozialistische Perspektive nicht unmittelbar durchgesetzt

werden kann, ohne zunächst ganz erhebliche Veränderungen des Regulationsmodus zu erreichen – auch wenn dafür wichtige Voraussetzungen in der Entwicklung und im Ausbau eines den Marktkräften teilweise entzogenen »Dritten Sektors« erarbeitet werden können.¹⁸

1.2. Hintergründe der Komplexkrise

Der auf linke Nachhaltigkeitsforschung gestützte Problemaufriss erklärt die »Krisen, denen wir entkommen« müssen, insbesondere als Folge dessen, dass der Brundtland-Bericht bzw. die Übereinkunft vom Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992 nicht für das Handeln der Regierungen, insbesondere der Regierenden im globalen Norden, als solche bestimmend geworden sind; dass dies Ausdruck eines immer noch bestehenden gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisses zugunsten der Herrschenden ist; dass deshalb die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Zerstörung der natürlichen Umwelt »immer so weitergingen« und die Lage der Menschen, vor allem der Armen in unseren Gesellschaften und weltweit nur teilweise erleichtert, aber vielfach verschlechtert wurde. Aus dem in Worten allgemein angestrebten Übergang zu nachhaltiger Entwicklung ist eine Komplexkrise geworden: Die drei Dimensionen des globalen Nachhaltigkeitsproblems bzw. globaler Nachhaltigkeit entwickeln sich mit zunehmender Dynamik in der Breite und Tiefe destruktiv. Die zerstörerischen Prozesse bestärken und beschleunigen einander. Einerseits wachsen der Handlungsdruck und – sowohl von der zunehmenden Zahl und den sozialen Gruppen der Bedrohten und Betroffenen als auch von den wissenschaftlichen, technischen und technologischen Fortschritten her – die Möglichkeiten, um die Ursachen und Folgen der Komplexkrise zu bekämpfen. Andererseits schwinden und verschlechtern sich die natürlichen Lebensbedingungen rasant, werden die Ressourcenbasis und die Spielräume für Übergänge zu nachhaltiger Entwicklung in hohem Tempo enger, vermindern sich die realen Handlungsmöglichkeiten dramatisch. Einerseits sehen immer mehr Menschen von zunehmend unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft, kultureller und politischer Verortung, dass in ihrem Interesse und im Interesse »der Menschheit« gemeinsam gehandelt werden müsse. Andererseits besteht auf Grund der Interessenunterschiede die Gefahr, dass gemeinsames Handeln zugleich im individuellen Interesse und im »Interesse der Menschheit« nicht (mehr) möglich wird.

Sollen also Bedrohungen und Betroffenheit von Menschen, ihre Kompetenzen und wissenschaftlich-technischen Errungenschaften, »objektiver« Handlungs-

18 Diese strategische Aufgabenstellung verlangt den bewusst sozialistischen Kräften in zwei Hinsichten eine besondere Aufmerksamkeit und Sorgfalt ab: zum einen in der Auswahl und Prüfung von unmittelbar dringlichen Reformschritten nicht nur im Hinblick auf ihre kurzfristige Wirksamkeit, sondern auch daraufhin, was sie zu einer radikaleren Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse und zur Öffnung gesellschaftspolitischer Transformationsmöglichkeiten beitragen können; zum anderen in Bezug auf die sorgfältige Analyse unterschiedlicher bestehender Herrschaftsverhältnisse, nicht nur im Hinblick auf ihre substanziellen Differenzen zur Kapitalherrschaft, sondern auch im Hinblick auf die Komplizitäten, durch die sie letztlich zu deren Reproduktion beitragen.

druck, die große Zahl und Vielfalt handlungswilliger und für solidarisches Handeln gewinnbarer Menschen in Übergänge zu nachhaltiger Entwicklung, in sozialökologische Transformation münden, müssen die Linken Widersprüche ausnutzend sozialökologischen Umbau ermöglichen und organisieren helfen – gleichzeitig erfolgreich um die Veränderung von gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnissen, von Produktions-, Wirtschafts- und Konsumtionsstrukturen, von Lebens- und Produktionsweisen ringen.

Die Widersprüche sind vor allem Interessenwidersprüche, die wiederum aus den konkreten Funktionen und Stellungen der Menschen in der Gesellschaft und vor allem ihrer Wirtschaftssphäre erwachsen.

Der »Problemaufriss« hat gezeigt, dass »die Wirtschaft« selbst mit den »normalen« zyklischen Krisen, mit Branchenkrisen, mit Ressourcenkrisen, mit dem unzulänglichen bzw. nicht funktionierendem Zusammenspiel ihrer einzelnen Sphären, mit der globalen Expansion und gegenseitigen Potenzierung von Krisen und Funktionsstörungen konfrontiert ist. Er hat ferner gezeigt, dass die Verquickung der jüngsten globalen Finanz- und Wirtschaftskrisen mit den Klima- und Umweltkrisen, mit den Ernährungs- und Energiekrisen insbesondere auf die Finanzwirtschaft, die Energiewirtschaft, die Transportwirtschaft, die Land- und Forstwirtschaft/das Agrobusiness zurückgeht; dass das mit den hier eingesetzten Technologien und den Links mit dem Sicherheitsbereich/Militärisch-Industriellen Komplex zu tun hat; dass die Verfasstheit und das Zusammenspiel dieser Bereiche historisch entstanden und veränderbar sind; dass diese Verfasstheit und dieses Zusammenspiel mit den Wandlungen und dem Agieren der hier, in unseren Gesellschaften und weltweit Herrschenden erklärt werden müssen.

Dazu gehört »der Staat« als Technologieförderer, Gesetzgeber und damit als Verantwortlicher für fortschreitende Finanzialisierung und schließlich als handelnder Repräsentant eines sozial und politisch heterogenen (Zwangs)Kollektives in der internationalen Arena.

Dort agieren insbesondere die USA, die ihre globale Macht nicht »nur« bei internationalen Verhandlungen zur Klima- und globalen Armutproblematik beweisen – z. B. Irak-Krieg und SWIFT-Abkommen¹⁹. Die in den USA Herrschenden wollen nicht, dass ein anderer internationaler Akteur den machtpolitischen Abstand aufholen könne, der sich seit dem Ende der Sowjetunion zwischen den USA und anderen Mächten herausgebildet hat. Sie wollen ein Machtgleichgewicht unter ihrer Führung, und damit »einen ganz bestimmten amerikanischen Internationalismus, der unseren Werten und nationalen Interessen« entspricht²⁰.

19 »Das SWIFT-Abkommen (vollständig: Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und deren Übermittlung für die Zwecke des Programms der USA zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus)[1] ist ein völkerrechtliches Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten, das den Zugriff US-amerikanischer Behörden auf die Daten der SWIFT (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) regelt.« (<http://de.wikipedia.org/wiki/SWIFT-Abkommen>).

20 <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/nsc/nss/2002/>.

Tatsächlich ist mit den anhaltenden und gegenwärtigen Krisen das globale Gewicht US-amerikanischen Finanzkapitals, der US-amerikanischen Kapitaloligarchien weiter gewachsen. Uns interessieren daraus resultierende Interessenwiderprüche und Handlungsbedingungen.

1.2.1. Kapitaloligarchien²¹ – ihr Werden und ihre Veränderung

Für die modernen Kapitaloligarchien ist die zentrale Rolle der US-amerikanischen typisch. Die Geschichte zeigt und erklärt, dass wichtige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entscheidungen und Entwicklungen in der EU und der EU aus wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Verflechtungen mit US-amerikanischen Kapitaloligarchien hervorgehen.

Weltmachtpolitik ohne Sentimentalitäten

»Wir haben mehr als 50 Prozent des Reichtums der Welt, aber nur sechs Prozent ihrer Bevölkerung. Diese Disparität ist vor allem zwischen uns und ... Asien besonders gewaltig ... Unsere Aufgabe in der kommenden Periode besteht darin, eine Struktur von Verhältnissen auszuhecken, die es uns ermöglicht, diese ... Disparität, ohne zunehmende Beeinträchtigung unserer nationalen Sicherheit aufrecht zu halten. Dafür haben wir uns von aller Sentimentalität und allen Tagträumen zu verabschieden und müssen unsere Aufmerksamkeit auf die unmittelbaren nationalen Interessen konzentrieren. Wir brauchen uns nicht selbst einzureden, dass wir uns heute den Luxus von Altruismus und eines Weltwohltäters leisten könnten.«

(Kennan hier zitiert nach Bhagwat 2010: 1).

Diese Worte des damaligen US-Planungsoffiziers (und späteren US-Botschafters in der UdSSR) Georg Kennan stammen aus dem Jahre 1948. Die Bevölkerung seines Staates hat heute einen Anteil von 4,5 Prozent an der Weltbevölkerung, auf die USA entfallen aber ca. 30 Prozent des globalen Rohölverbrauchs. Obwohl das Land der drittgrößte Produzent von Rohöl ist, gehen 60 Prozent seines Verbrauchs auf Importe zurück. »Afrikanisches Öl sollte als Priorität für die nationale Sicherheit der USA nach dem 11.9. behandelt werden«, hieß es auf dem Symposium »Afrikanisches Öl: Eine Priorität für die Nationale Sicherheit der USA und die afrikanische Entwicklung« (Rozoff 2011:1).

Dem Kennan-Zitat war der militärische Sieg der Alliierten über das faschistische Deutschland und seine Verbündeten vorausgegangen. Bedeutsam für diesen

21 Die Ausführungen in den Abschnitten 1.2.1. bis 1.2.3. stützen sich stark auf Chossudovsky 2010, 5-59 u. 153-205.

Sieg war der staatlich koordinierte Aufbau großer Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionskapazitäten für die Kriegsführung. Insbesondere in der Sowjetunion, in den USA und in Großbritannien wurden militärische Forschungsinfrastrukturen geschaffen, Technologieprogramme und politische Lenkungsmechanismen entwickelt. Enorme Finanzmittel und Ressourcen wurden durch den Staat mobilisiert und gezielt eingesetzt, wofür politische Entscheidungen getroffen und Regelungen geschaffen wurden. So erfolgte in den USA eine durch den Krieg forcierte Neugruppierung der Machteliten. Sie erweiterte die bereits Ende des 19. Jahrhunderts einsetzenden Verschmelzungsprozesse von Bank- und Industriekapital, die auch den Staat veränderten.²²

Mit den Wandlungen der Gesellschaft wandelte sich auch – vielfach wechselseitig – die von Hilferding und Lenin beschriebene Finanzoligarchie.

Der mit der US-amerikanischen Kriegswirtschaft der vierziger Jahre einhergehende Machtgewinn eines Netzwerks von Militärs, Akteuren in der Forschung, Entwicklung und Industrie, im Staat und in ihm vorgelagerten politischen Bereichen (Parteien, politischen Organisationen, Parlamenten) hatte dann Anfang der 60er Jahre den US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower vor dem militärisch-industriellen Komplex warnen lassen²³.

Dieses Netzwerk hätte unter normalen Umständen und als *business as usual* nicht entstehen können. Es war das Ergebnis von Kämpfen zwischen den Anhänger/innen von Roosevelts »New Deal« und dessen Gegner/innen bzw. jenen Kapitalrepräsentanten, die ihn im eigenen Interesse umdeuten wollten. Es siegte »die passive Revolution« des Nachkriegs-Fordismus. Einmal durchgesetzt, bewirkte dieses Netzwerk wiederum eine neue politische Normalität, ein neues *business as usual* der Nachkriegszeit und der Epoche des Kalten Krieges, in dessen Machtzentrum Kapitaloligarchien standen. Derartige Netzwerke von Repräsentanten hochkonzentrierten und -zentralisierten Kapitals wirken politisch darauf hin, dass die Bedingungen der eigenen Reproduktion ständig erneuert wurden. Ihre Politik hat insbesondere Technologieentwicklungen zum Zweck von Überwachung, militärischer »Handlungsfähigkeit« und globaler Konkurrenzfähigkeit ausgelöst bzw. begünstigt.

Wir verwenden für derartige Netzwerke den Begriff »Kapitaloligarchien«. Damit wollen wir nicht den historischen Fehler wiederholen, im »antimonopolistischen« Kampf die Kapitalherrschaft im allgemeinen soweit zu de-thematisieren, dass auch neoliberale Polemiken gegen »vermachtete Märkte« als grundsätzlich gleich gerichtete Ansätze wahrgenommen werden können. Zugleich wollen wir nicht in die Illusion verfallen, dass die unterschiedlichen Formen der Kapitalherr-

22 Diese Prozesse wurden Anfang des 20. Jahrhunderts in unterschiedlicher Weise durch Rudolf Hilferding und im kritischen Anschluss daran von W.I. Lenin als Entstehung einer »Finanzoligarchie« beschrieben. Sie betrachteten diese als Verschmelzung von Bank- und Industriekapital mit Teilen des Staatsapparates bei Dominanz der Banken.

23 <http://www.ourdocuments.gov/doc.php?flash=true&doc=90>.

schaft und ihre veränderlichen historischen Konjunkturen innerhalb »eines ewigen Einerleis« der kapitalistischen Produktionsweise nicht voneinander unterschieden werden müssten.

Es handelt sich bei den Kapitaloligarchien auch nicht um eine Gruppe von Verschwörer/innen, die mit dunklen Machenschaften die Weltherrschaft an sich reißen (wollen). »Kapitaloligarchien« erschöpfen sich nicht darin, ein Netzwerk von durch gegenseitige Beteiligungen verbundenen Unternehmer/innen zu beschreiben. Es sind auch nicht einfach die alten, dynastischen Familien der Hochfinanz (oder auch Oligarchen), die diese besondere Oligarchien prägen. Diese Reichen gehören möglicherweise dazu – müssen es aber nicht. Der Begriff der »Kapitaloligarchie« steht nicht für eine Personalisierung, sondern für eine bestimmte Qualität sozialer Beziehungen, die Menschen einschließt, die durch ihre Funktionen als Eigentümer/innen, Finanziers, Manager/innen, Staatsbedienstete, Politiker/innen, Anwältinnen und Anwälte, Berater/innen, Militärs, »Sicherheitspezialisten«, wissenschaftliche Eliten und Think Tanks, Funktionäre internationaler Organisationen usw. über die Möglichkeit verfügen, sich über verschiedene soziale Gruppen hinweg gesellschaftliche Ressourcen anzueignen, also selbst Ressourcen anderer Kapitalgruppen zu usurpieren. Diese Fähigkeit resultiert aus ihrer Stellung in der Gesellschaft. Sie generiert ein gemeinsames Interesse, ein gleichartiges politisches und wirtschaftliches Handeln.

Kapitalgruppen, die als Träger dieser Netzwerke fungieren, streben danach, in allen für sie relevanten Bereichen »der Wirtschaft« und der Gesellschaft die Entwicklung zu bestimmen. Sie betreiben insbesondere Spekulationsgeschäfte – mit Finanzen, Währungen, Energieträgern/Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Boden – und steuern so die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung aus dem *business as usual* heraus.

Kapitaloligarchien sind kein alleiniges US-amerikanisches Phänomen. Sie entwickelten sich dort früher und schneller als in anderen Teilen der Welt. Wegen der Struktur der US-Gesellschaft, wegen der Verquickung unter den Mächtigsten in der Finanzsphäre, im High-Tech-Bereich, in der Energiewirtschaft, in der Transportwirtschaft, in der Landwirtschaft/im Agrobusiness²⁴ und im Sicherheitsbereich/MIK und wegen des globalen strategischen Gewichts der USA prägten die verschiedenen Gruppen der US-amerikanischen Kapitaloligarchie bzw. die Kapitaloligarchien insgesamt globale Entwicklungen enorm und beeinflussen sie weiterhin stark.

In Deutschland und der Europäischen Union entwickeln sie sich anders. Hier sind den Kapitaloligarchien nicht zuletzt durch das parlamentarische System, den traditionellen »Obrigkeitsstaat« und durch den Korporatismus andere Grenzen ge-

24 Der Begriff »Landwirtschaft« schließt die Forst- und Fischwirtschaft ein. »Landwirtschaft/Agrobusiness« soll ausdrücken, dass wir die kleinen und mittleren Farmer im globalen Süden nicht zu den hauptsächlichen sozialen und ökologischen Zerstörern zählen.

setzt. Auch in verschiedenen BRIC-Staaten²⁵ entwickeln sich Kapitaloligarchien (siehe Ebenau, Schmalz 2011).

Kapitaloligarchien realisieren ihre Herrschaft wesentlich über Finanzmärkte, nicht primär über das Eigentum als Unternehmer/in, als Eigentum an einem bestimmten Unternehmen. Ihr Interesse ist damit im weitesten Sinne global. Sie bewegen²⁶ Energieträger, Rohstoffe, Lebensmittel, Boden bzw. (potenzielle) landwirtschaftliche Nutzflächen insbesondere über Finanzmarkttitle. Sie können dies in sehr kurzen Zeitabschnitten und über große Distanzen hinweg dank – der Mikroelektronik und der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien. Primär geschehen diese Ressourcenbewegungen zum einen über den Kauf und Verkauf von Wertpapieren, insbesondere von Aktien, Unternehmensanleihen, Staatsanleihen und Derivaten (fiktives Kapital), zum anderen über Eingriffe in die politischen Entscheidungsprozesse über die Verteilung öffentlicher Finanzen, den Einsatz gesellschaftlicher Ressourcen (Wissen, Bildung, öffentliche Investitionen, Forschungsförderung, ...), sowie auch über Gesetze. Dass Kapitaloligarchien beim Umgang mit den Staatsschulden, Entscheidungen über Megaprojekte, Privatisierungen öffentlicher Güter bzw. sozialer Sicherungssystemen nachhaltig ihre Interessen durchsetzen konnten und können, demonstriert ihre Macht im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess.

Die Mitglieder und Aktivitäten der Kapitaloligarchie kreuzen sich mit denen der »alten« Finanzoligarchien über persönliche Verbindungen, analoge Bildungswege oder Kapitalverflechtungen zwischen den Unternehmen. Das erhöht ihre gesellschaftlichen Einflussbereiche, die sich letztlich immer auf Machtpositionen in der Energie-, Transport-, Landwirtschaft/im Agrobusiness, in der Finanzindustrie und im High-Tech-Bereich, im Sicherheitsbereich stützen.

Die Faust der Sicherheitstechnologien

Mit Blick auf die Verquickung von Finanzinstitutionen der Wall Street mit dem US-Finanzministerium und dem IWF spricht Tadeusz Kowalik von einer »Triadenoligarchie« (Kowalik 2010: 7), die für die Ressourcenallokation in der US- und in der Weltwirtschaft zunehmend wichtig ist. Dahinter steht immer die »heimliche Faust der Sicherheitstechnologien« (Thomas Friedmann) – die US-Armee, die Luftstreitkräfte und die Kriegsmarine.

25 Brasilien, Russland, Indien, China, dazu ist auch Südafrika zu rechnen.

26 Kaufen, verkaufen, verwerten, konzentrieren, zentralisieren, eignen sich an.

1.2.2. Finanzialisierung²⁷, Deregulierung, Technologie- und Strukturentwicklung

Im zweiten Weltkrieg waren die Umstellung der Wirtschaft auf eine Kriegswirtschaft und die Aufstellung der Armee in Großbritannien und vor allem in den USA mit staatlicher Planung, Strukturpolitik und mit Finanzinnovationen verbunden. Sie erfuhren mit dem Sieg der Alliierten über die Militärmaschinerie des deutschen Faschismus keineswegs einen Abschluss, wenngleich wesentliche Veränderungen.

Zum einen erzwangen und erzwingen die Entwicklung und Einführung neuer, konkurrenzfähiger Technologien, von Sicherheits- und militärisch einsetzbarer Technik enorme finanzielle Ressourcen. Hinzu kam und kommt, dass die Innovationszyklen immer kürzer werden. Immer schneller werden neue Produkte in den Markt gebracht, die vielfach Verfahrensinnovationen bewirken.

Vom Geld zum Kredit

»Der Kredit als ... gesellschaftliche Form des Reichtums, verdrängt das Geld und usurpiert seine Stelle. Es ist das Vertrauen in den gesellschaftlichen Charakter der Produktion, welches die Geldform der Produkte als etwas nur Verschwindendes und Ideales, als bloße Vorstellung erscheinen lässt. Aber sobald der Kredit erschüttert wird – und diese Phase tritt immer notwendig ein im Zyklus der modernen Industrie –, soll nun aller reale Reichtum wirklich und plötzlich in Geld verwandelt werden, in Gold und Silber, eine verrückte Forderung, die aber notwendig aus dem System selbst hervorwächst.«

(Marx 1979a: 588-589)

Von der Blase zum Strudel

»SpekulantInnen mögen unschädlich sein als Seifenblasen auf einem steten Strom der Unternehmenslust. Aber die Lage wird ernsthaft, wenn die Unternehmenslust die Seifenblase auf einem Strudel der Spekulation wird. Wenn die Kapitalentwicklung eines Landes das Nebenerzeugnis der Tätigkeiten eines Spielsaales wird, wird die Arbeit voraussichtlich schlecht getan werden. Wall Street, als Einrichtung betrachtet, deren eigentlicher sozialer Zweck die Leitung neuer Investitionen in die einträglichsten Kanäle, in Größen des zukünftigen Ertragnis-

27 Aydin, Ayturk, Kozanoglu, Ozan und Kurtulan verfassten eine Übersicht zu Definitionen, Herangehensweisen, Merkmalen und Folgen von Finanzialisierung (Aydin et al. 2011). Hier wird unter »Finanzialisierung« die Durchdringung wirtschaftlicher Prozesse und Bereiche von Akteuren und Operationen auf den Finanzmärkten verstanden.

ses gemessen, ist, kann nicht Anspruch darauf erheben, dass der von ihr erreichte Erfolgsgrad ein hervorstechender Triumph des *laissez-faire* Kapitalismus ist – was nicht überraschen kann, wenn meine Annahme richtig ist, dass die besten Köpfe von Wall Street in der Tat auf eine andere Aufgabe gerichtet sind.«

(Keynes 2002:134)

Zum anderen interessierten sich in den USA insbesondere Regierungskreise, Energiekonzerne (vor allem Nelson Rockefeller and Brothers), die Luftwaffe, ihre Partner in »Politik, Industrie (insbesondere Ford) und Wissenschaft (so von Beginn an die Ford-Foundation)« für den Um- und Aufbau der US-Landwirtschaft und später der Weltagrarwirtschaft nach gleichem Muster und gleichen Prinzipien wie die Öl- bzw. die Energiewirtschaft (Engdahl 2011).

»Der einzige Weg, um das sogenannte Farm-Problem ein- für allemal zu lösen und umständliche Regierungsprogramme zu vermeiden, ist der Fortschritt von der Agrarwirtschaft zum Agrobusiness« (Davis, zitiert nach Engdahl 2011).

Die »Grüne Revolution« sollte diesen Fortschritt realisieren helfen und damit die Einführung und Verallgemeinerung bestimmter Technologien, nicht zuletzt Gentechnologien, und entsprechender Infrastrukturen. Zugleich sollten die Entwicklungsländer in ein durch Transnationale Konzerne (TNC)²⁸ geprägtes wirtschaftliches und politisches System integriert werden, das ihnen eigenständige Entwicklungen verstellt.

Während der seit 1948 anhaltenden Arbeiten dazu, die wiederum in Arbeiten zur Wirtschaftsstruktur der USA integriert waren, wurden Computersysteme eingeführt.

Die Entwicklung erst der analogen EDV, dann der Mikroelektronik und der digitalen EDV wurde im besonderen Interesse von Regierungskreisen und der führenden Akteure im Technologie- und »Sicherheitsbereich«, in der Finanzsphäre, in der Energie- und Transportwirtschaft gefördert und beschleunigt.

Sie bewirkte Innovationsschübe nicht zuletzt vor und in heißen Kriegen und in den Jahrzehnten des Kalten Krieges.

In den 70er Jahren wurden, wiederum zunächst in den USA, entscheidende politische Deregulierungsschritte eingeleitet: unter dem Motto »ökonomische Effizienz steigern« half der Präsident Jimmy Carter, die Gesetze zum Gesundheits- und Verbraucherschutz einschneidend zu verändern und damit vertikale Integration – die Intervention branchenfremder Unternehmen in die Landwirtschaft – zu ermöglichen. So konnten die vier großen Getreidegesellschaften in andere Warenmärkte der USA und in die internationalen Märkte expandieren, Strukturen und Kräfteverhältnisse an den Märkten nachhaltig zu ihren Gunsten verschieben.

28 Daher kommt der Begriff »Agrobusiness« (Engdahl 2011), was unsere Formulierung »Landwirtschaft/Agrobusiness« näher erklärt.

Die Getreidegesellschaften agier(t)en Hand in Hand mit den – stets mit den modernsten Informations- und Kommunikationstechnologien ausgestatteten – Finanzakteuren an der Wall Street, so mit Goldman Sachs, JP Morgan Chase und der Citigroup. Diese wiederum entwickelten und gebrauchten zunehmend Derivate-Operationen.

Endlich wurde der Handel mit Derivaten für Getreide und Agrarprodukte zwischen den wichtigsten Banken und Finanzmarktakteuren dereguliert. Goldman Sachs konnte nun mit Getreide spekulieren und erhielt noch eine besondere Prämie: Der Goldman Sachs Commodity (Waren) Index GSCI²⁹ gewann gravierend an Bedeutung im Handel mit Futures auf Rohstoffe. »Das Spiel war ein Komplex neuer Arbitrageformen, in dem es nur eine Regel gab: billig kaufen und teuer verkaufen. Die Derivaten-Instrumente und die *laissez-faire*-Regulierungsfahrlässigkeit der US-Regierung erlaubten den Spielern potenzielle Profite vom Spiel ... Aber da war noch ein anderes perverses Dach: Der Goldman Sachs' GSCI.« (Engdahl 2011)

Dann »entdeckte« die Bush-Administration propagandistisch den »Umweltschutz« für sich und redete zunehmend von der Dringlichkeit, die Importabhängigkeit bei Energieträgern zu reduzieren. Der Kongress folgte bzw. ging voran: Er beschloss, die enormen Subventionen für landwirtschaftliche Produktion von der Lebensmittel-Getreideproduktion auf den Anbau von Biomasse für die Biokraftstoffe zu verlagern. 2011 dienen 40 Prozent bzw. 35 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der US-amerikanischen Getreideproduktion der hochsubventionierten Biosprit-Herstellung. Über 50 Cent Subventionen entfallen auf eine Gallon (ca. 3,8 Liter) – bei einem Gesamtpreis von ca. 4,20 USD. Die USA sind nicht zuletzt dank dieser enormen Subventionen der weltgrößte Produzent von Biosprit. Dafür werden Gentechnologien eingesetzt, die transnationale Konzerne in der übrigen Welt verallgemeinern (wollen bzw. sollen) (Engdahl 2011).

Die Aktivitäten der Biokraftstoff-Produzenten bzw. der Biokraftstoff-Strategen und der – teilweise identischen – Finanzmarktakteure bestärken einander. Dafür war das vom US-Kongress 1999 verabschiedete Gesetz zur Modernisierung von Finanzdienstleistungen wichtig. Dieses Gesetz hat weltweit und so auch in der Europäischen Union und Deutschland, eine neue Deregulierungswelle und groß angelegte Freihandelsinitiativen – insbesondere gegenüber Entwicklungsländern – ausgelöst. Dieses Modernisierungsgesetz hat globale Konkurrenzkämpfe for-

29 Privatanleger, die in riskante Wertpapiere (insbesondere auf Rohstoffe) investieren wollten, waren gut beraten, marktweite Indexfonds zu kaufen. Die blieben im Depot. (»Indexing« oder »passive Geldanlage« sind dafür Begriffe.) Zumindest in der Vergangenheit diente vor allem der energielastige Rohstoff-Benchmark Goldman Sachs Commodity Index (GSCI) als ein derartiger Index. Er orientiert sich an der weltweiten Produktion konkreter Rohstoffe. Allerdings verändern sich die Märkte und damit die Renditen auf den Indexfonds im Depot. Der GSCI hat keine kurzfristigen Käufe und Verkäufe der Indexfonds zugelassen, weshalb Finanzmarktakteure wie die Deutsche Bank die Lücke nutzten, um andere Finanzmarktinstrumente für Überbrückungen bzw. kurzfristige Operationen anzubieten und zu verkaufen. (Vgl. Engdahl 2011).

ciert und damit weitere strategische Fusionen von Banken mit Sitz in den USA, in der EU und in Asien befördert. Die Banken veränderten ihre Geschäftsaktivitäten, spekulierten zunehmend und schufen »Schattenbankensysteme«. Zugleich erhöhten sie den Druck auf die EU und deren Mitglieder, Gesetze nach US-amerikanischem Vorbild zu verabschieden und so Kapitaloligarchieinteressen zu entsprechen (vgl. Chossudovsky 2010: 35 ff.). In den USA wirkten noch als zusätzliche Katalysatoren zum einen die »Enron Loophole« (Enron-Ausnahme) von 2008 – ein Gesetz, das elektronisch spekulierende Rohstoff-Händler von staatlicher Regulierung ausnahm – und die 2006 zuerst der Deutschen Bank gegebenen Zusicherung, im Falle der Überschreitung von Obergrenzen für die Rohstoff-Spekulation straffrei zu bleiben.

Der kurze Exkurs illustriert, dass die Bedingungen der Kapitalakkumulation wie auch der Akkumulationsprozess selbst seit dem Zweiten Weltkrieg qualitativ verändert wurden. Weil der klassische Kredit die Finanzierung der neuen Technologien, von erfolgreicher Standortpolitik in der globalen Konkurrenz, von militärischen Großprojekten nicht mehr leisten konnte, wurden neue Finanzierungsformen entwickelt. Um den Bedürfnissen nach Flexibilität bei der Kreditbeschaffung, nach schneller Kapitalverzinsung und sicheren Anlagemöglichkeiten gerecht werden zu können, wurden die jahrzehntlang bedeutungslosen Derivate und andere neue Formen fiktiven Kapitals eingesetzt. So wurde in einem bisher ungekannten Maße gesellschaftlicher Reichtum in Kapitalform mobilisiert. Mit dem Shareholder Value, Hedge Fonds und Private Equity Unternehmen entfalten sich die finanzkapitalistischen Beziehungen in quantitativ neuer Dimension und in qualitativ neuen Formen. Finanzinvestitionen als Transfer von Einlagen statt von Einkommen wurden breit eingesetzte Mittel, um Profite zu steigern. Das Verhältnis von push (anlagesuchendem) und pull (Investitionserfordernissen) gestaltete sich damit tendenziell zu Gunsten von push.

»Der Staat« förderte die Ausweitung der verfügbaren Kapitalmassen auf der einen und des Rentierspektrums auf zahlreiche Anleger außerhalb des eigentlichen Finanzsektors auf der anderen Seite – durch die Schaffung bzw. Zulassung neuer Finanzierungsinstrumente. Die Deregulierung des Finanzmarktes und die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme und öffentlicher Leistungen als Anlagensphären von Kapital waren dabei entscheidende Momente. So entstanden zugleich neue Möglichkeiten, die staatliche Verschuldung zu managen: durch Senkung von Sozialausgaben und Zirkulation von Staatsschuld-Papieren auf den Finanzmärkten.

Über Pensionsfonds, Riesterrenten usw. sind heute breite Kreise der Bevölkerung in eine neue Art von Abhängigkeit von den Finanzmärkten geraten. Finanzmärkte wurden zum integralen Bestandteil gesellschaftlicher »Normalität«. Sie gehören zum individuellen Leben großer Teile der Bevölkerung, nicht allein in den sozialen Oberschichten, sondern auch in verschiedenen darunter liegenden sozialen Schichten.

Toporowski hat die gesellschaftlichen Auswirkungen der Finanzialisierung analysiert und insgesamt sieben soziale Folgen ausgemacht: die Einkommens- und sozialen Unterschiede wachsen; die Menschen verlieren an Freizeit und Interesse für »Anderes«, weil sie sich mit Geldangelegenheiten, Entscheidungen zu Kranken- und Rentenkassen, verschiedenen Kapitaldeckungsmodellen befassen müssen, was für viele Stress bedeutet; talentierte, intelligente und hochqualifizierte – insbesondere junge und jüngere – Menschen suchen Beschäftigung in der Finanzsphäre; in den Unternehmen wächst das Gewicht der am Shareholder value – also nicht am tatsächlichen Kapitalstock – orientierten Manager, es entsteht ein spezifischer Arbeitsmarkt für Manager/innen; die Vereinzelung in der Gesellschaft schreitet fort; insbesondere auf Grund von Finanzmarkturbulenzen verlieren große Teile der Mittelschichten ihr Urteilsvermögen; es wächst der Handlungsdruck, sich mit diesen Entwicklungen auseinanderzusetzen, wenn man den eigenen Alltag erfolgreich gestalten will (Toporowski 2008: 13-16).

VerbraucherInnenberatung für Finanzdienstleistungen

»Mit der ›Initiative Finanzmarktwächter‹ bündeln die Verbraucherzentralen im Jahr 2011 ihre Kräfte, um auf andauernde massive Missstände im Finanzmarkt aufmerksam zu machen. Im Fokus stehen unfaire Vertriebsmethoden, ineffiziente Produkte oder Störungen im Wettbewerb.

Die Initiative soll zeigen, dass eine systematische verbraucherorientierte Marktbeobachtung notwendig ist. Denn die Bedingungen am Finanzmarkt haben sich verschärft: Er ist unübersichtlicher geworden und gehört viel stärker als früher zum Alltag, auch des Ottonormalverbrauchers. Ob Gesundheit, Alter oder berufliche Risiken – überall gilt es, Entscheidungen mit finanzieller Reichweite zu treffen. Häufig sind Verbraucher dabei überfordert. Viele entscheiden sich infolge von Fehlberatungen und unzureichender Informationen für schlechte oder unpassende Produkte, nicht selten mit verlustreichen Folgen.«

(<http://www.vzbv.de/go/dokumente/1008/3/9/index.html>)

Den Kapitaloligarchien ist es gelungen, ihre Interessen in einem gewissen Sinne zu verallgemeinern. Die wenigen auf den Finanzmärkten Herrschenden bestimmen zunehmend über Lebensbedingungen von Akteuren außerhalb des Finanzsektors – z. B. über die Höhe und Stabilität der Altersversorgung. Sie bestimmen zugleich über die Möglichkeiten verschuldeter Staaten, wirtschaftliches und soziales Leben zu regulieren.

In »der Wirtschaft« – insbesondere in und mit der Energie- und Transportwirtschaft, der Landwirtschaft/im Agrobusiness, dem High-Tech- und Sicherheitsbereich, dem MIK – im gesellschaftlichen Leben, in der parlamentarischen Demokratie, in den Verwaltungen und Regierungen, in den internationalen Beziehungen wuchs das Gewicht von Finanzmärkten, Finanzmotiven, Finanzinstituten, von Finanzeliten (Epstein 2002: 3). Kapitalakkumulation mittels Finanzialisierung – die Integration von Finanzmarkttransaktionen in die gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse – bedeutet fortwährende Umverteilung von Werten, Einkommen und Ressourcen zugunsten der mächtigsten Kapitaleigner.

Der Gesellschaftliche Alltag wird – mit fortschreitender Finanzialisierung – zunehmend von Hochtechnologien geprägt. Hochtechnologien und Finanzialisierung sind gegenwärtig symbiotisch miteinander verbunden. Die staatliche Technologie- und Forschungspolitik (siehe Kasten) ist dabei neben der Finanzmarkt(de)regulierung ein wesentliches Moment. Beides bestimmt Inhalt, Richtung und Wege der Bewältigung der Komplexkrise: Es kommt zu einer Monopolisierung der Potenziale für die Gestaltung von nachhaltigem Wirtschaften und nachhaltigem Leben. Dies wiederum schlägt sich darin nieder, dass Hochtechnologien vor allem als Großtechnologien genutzt werden.

Staatliche Technologie- und Forschungspolitik

In den USA zielte bis in die 60er Jahre hinein die staatliche Förderung wissenschaftlicher und technologischer Entwicklung insbesondere auf Großtechnologien und entsprechende Infrastrukturen. Die Nutznießer waren nahezu ausschließlich im staatlichen Bereich, insbesondere im militärischen, zu finden. Die Forschungs- und Entwicklungsförderung war also an kleine Akteursgruppen adressiert und wurde durch staatliche Akteure gesteuert (Gassler, Polt, Rammer 2006: 10-11).

Während in den fünfziger und sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts militärische Produktion weitgehend abgeschottet von der sonstigen Wirtschaft erfolgte, gewinnt in den siebziger Jahren die Diffusion von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen zwischen beiden Bereichen zunehmend an Bedeutung. Seit dem Ende der 60er bis zum Beginn der 90er Jahre richtete sich die staatliche Forschungs- und Technologieförderung vor allem auf thematische Felder, die sowohl für die Entwicklung militärischer Kapazitäten als auch für die Erlangung und Behauptung unternehmerischer Konkurrenzfähigkeit in der Weltwirtschaft hochgradig relevant waren. Diese umfassen: Informations- und Kommunikationstechnologien, Bio-, Umwelt-, Material-, Energie- und Nanotechnologien – also »Schlüssel«, »Querschnitts«- oder »Zukunftstechnologien« – und die Integration traditioneller Forschungsförderung in der Landwirt-

schaft, Geologie, Ozeanologie, Medizin in militärische und wirtschaftliche Strategien.

Insbesondere seit den 90er Jahren wird staatliche Forschungsförderung zunehmend neben klassischen Militärtechnologien auf die Auseinandersetzung mit »Nachhaltigkeits«-Problemen gerichtet, vor allem auf Klimawandel und Energie, Mobilität, Demografie, Gesundheit und nochmals »Sicherheit«.

»Sicherheit« meint letztlich den militärischen Schutz des staatlichen Territoriums und der globalen Einflussbereiche, der sich global bewegenden Staatsbürger/innen, die Kontrolle der Fremden und Oppositionellen in den eigenen Gesellschaften, die Ressourcenversorgung und -flüsse, die technischen und betrieblichen Abläufe, die komplexen Bedingungen von »Wirtschaftlichkeit«, Profitmaximierung und gesellschaftlicher Herrschaft.

In den USA entfallen ca. 60 Prozent der Forschungsausgaben des Bundes – außerhalb der universitären und Hochschulforschung – auf Waffentechnologien (Gassler, Polt, Rammer 2006: 2-24). Sie drängen die NATO-Mitglieder, ihrem Beispiel zu folgen.

»13. Alle Länder sind zunehmend auf unerlässliche Kommunikation, Transport und Transit angewiesen, von denen der internationale Handel, die Energiesicherheit und die Prosperität abhängen. Sie verlangen größere Anstrengungen, um ihre Widerstandskraft gegen Angriffe oder Behinderungen zu sichern ...

14. Eine Anzahl signifikanter technologiebezogener Trends von globaler Auswirkung – einschließlich der Entwicklung von Laserwaffen, elektronische Kriegsführung und Technologien mit Zugang zum Weltraum – tritt in Erscheinung und wird die Militärplanungen sowie die Operationen der NATO erfassen.

15. Entscheidende Natur- und Ressourcenzwänge, einschließlich Gesundheitsrisiken, Klimawandel, Wasserknappheit und wachsende Energiebedürfnisse, werden die zukünftigen Sicherheitsbedingungen in den Interessengebieten der NATO weiter prägen und haben das Potenzial, die NATO-Planung und ihre Operation wesentlich zu beeinflussen.«

(NATO 2010: 4)

In Deutschland stehen die Begriffe »Grundlagenforschung«, »Demonstration des technischen Fortschritts« und »Staatstechnologien« – Technologien, die nur auf der Basis staatlicher Förderung entwickelt werden können, z. B. Atomindustrie und Raumfahrt – für die Forschungs- und Technologiepolitik der 70er Jahre. In den 80er Jahren sind die Stichworte: »anwendungsorientierte Grundlagenforschung«, »Förderung der Wettbewerbsfähigkeit«, »Industrietechnologien«. Seit den 90er Jahren wird Forschungsförderung zunehmend mit »Standortsicherung«, also globaler Konkurrenzfähigkeit motiviert. Das hält staatliche Akteure nicht davon ab, gravierende Fehlentscheidungen zu treffen, wofür Hochgeschwindigkeits-Magnetbahnsysteme bzw. Transrapid Beispiele sind. Diese Projekte haben der Kapitaloligarchie Auf-

träge, Profite und neue Möglichkeiten gebracht, sowohl anderweitig zu investieren als auch aus den Folgen der Staatsverschuldung zu profitieren. Das stärkt die Kapitaloligarchie insgesamt, denn Staatsverschuldung bedeutet, Einkommen aus Zinsen für Finanziere, Druck auf die Staatsausgaben, Positionsgewinn für Forderungen nach Deregulierung und Privatisierung, womit wiederum neue Kapitalanlagemöglichkeiten geschaffen werden. Das trifft die staatliche Forschungsförderung selbst, denn reduzierte Grundfinanzierung für die Forschung verlangt, Drittmittel einzuwerben und dabei wirtschaftliche Effizienzkriterien zu beachten.

Das muss nicht verhindern, dass Forscherinnen und Forscher ihre Arbeit auf Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit richten.

Hinzu kommt, dass seit den 80er Jahren in Deutschland zunehmend für militärische Zwecke geforscht, neue Technik und Technologien für das Militär entwickelt werden, was Studierende, Lehrende und Forschende nicht widerspruchsfrei hinnehmen (Spangenberg 1999: 8-11).

Seit den 70er Jahren stützen sich alle relevante Forschung und Technologieentwicklung, Erprobung und Anwendung auf die Mikroelektronik. Wie die Ablösung der Manufaktur durch Werkzeugmaschine und durch Fabrik den Durchbruch der kapitalistischen Produktionsweise als weltweit herrschendes System bedeutete, so haben die Mikroelektronik und mit ihr neue Werkstoffe die Auflösung des traditionellen Fabriksystems und damit eine neue Ära der kapitalistischen Produktionsweise eingeleitet.

An die Stelle der Fabrik treten Unternehmen mit entgrenzten betrieblichen Reproduktionsprozessen. Der fortschreitende Vergesellschaftungsprozess findet seinen Ausdruck in einer anderen Art von Kooperation, die nicht mehr wie in der Fabrik durch handgreiflich erlebbare Zusammenarbeit, sondern durch physische Entgrenzung erscheint. Diese Entgrenzung geht mit Deregulierung, Liberalisierung und Finanzialisierung einher. »Entgrenzung« meint die Auflösung von zeitlichen wie auch von räumlichen Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen. Sie findet aber real eben keinen zwangsläufigen Niederschlag in einer Diversifizierung von Macht und von gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Erst einmal herrscht die Tendenz zur Monopolisierung vor. Selbst das Internet ist Teil dieser monopolisierten Strukturen.

Diese Tendenz bricht sich aber an den eigenen Bedingungen. Räumliche und zeitliche Entgrenzung im Kontext von Hochtechnologien setzt »gesellschaftlichen Zusammenhalt« voraus. Außerdem nimmt zugleich bzw. erneut die globalisierte Konkurrenz an Schärfe zu, insbesondere die Konkurrenz um knapper werdende natürliche Ressourcen – fossile Energieträger, seltene Erden, biologisches Material, wirtschaftlich nutzbare Bodenflächen. Die Vergesellschaftung im Allgemeinen und die Globalisierung im Besonderen gehen mit expandierenden Transportdistanzen und -umsätzen einher. Sie müssen gesichert werden wie die Territorien und der gesellschaftliche Alltag von Staaten, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Konsumgütern und Dienstleistungen, sich global bewegende

Staatsbürger/innen, vorhandene und angestrebte Einflussgebiete, die Versorgung der Wirtschaft mit Energie und Ressourcen, Unternehmensprozesse. ...

Energie-, Transport- und Landwirtschaft/Agrobusiness, Sicherheitsbereich/ Militärisch-Industrieller Komplex sind vier »Pfeiler« gesellschaftlicher Reproduktion unter den Bedingungen herrschender Kapitaloligarchie(n) und kapitaldominierter Globalisierung. Diese »Pfeiler« stützen sich ihrerseits auf die Mikroelektronik und auf mit ihr verbundene Hochtechnologien, zunehmend auf Gen- bzw. Biotechnologien. Sie sind mit Finanzialisierung und dem Agieren von Kapitaloligarchien verweben.

Spitzentechnologien – zum Beispiel EADS

»Die Welt wird sich in den nächsten Jahrzehnten erheblich verändern. Deshalb werden neue Produkte – basierend auf aufkommenden Technologien und effizienten Prozessen – benötigt. Um die Wettbewerbsfähigkeit und Differenzierung zu verbessern, müssen die Produkte und Prozesse eng miteinander verknüpft werden. Forschung und Technologie (F&T) spielen eine entscheidende Rolle, wenn der EADS-Konzern seine Wettbewerbsfähigkeit dadurch sichern möchte ...

Darüber hinaus fördern der EADS-Konzern und seine Divisionen Spitzentechnologien und wissenschaftliche Schlüsselkompetenzen, um den allgemeinen Fortschritt zu unterstützen und die passenden Antworten auf die gesellschaftlichen Fragen in Bezug auf Umweltschutz, Mobilität, Verteidigung und Sicherheit liefern zu können.

EADS möchte seine Position als global führendes Unternehmen der Luft- und Raumfahrt sowie der Verteidigungsindustrie stärken, seinen Kunden wettbewerbsfähige integrierte Lösungen liefern und dabei Einnahmen sowie Rentabilität steigern. So versucht der Konzern eine Innovationskultur zu festigen, um für alle Beteiligten globaler zu agieren, die kulturelle Vielfalt zu steigern sowie Ethik und Transparenz innerhalb der Organisation zu erhöhen.

(<http://www.eads.com/eads/germany/de/unser-unternehmen/innovation-bei-eads.html>)

1.2.3. Anmerkung zu Widersprüchen und Entwicklung

Die neuen Technologien und die Finanzialisierung eröffnen nun nicht nur neue Felder der Kapitalakkumulation, sondern auch neue Möglichkeiten individueller Unabhängigkeit. Sie produzieren Bedürfnisse nach mehr Wahlmöglichkeiten zur individuellen Lebensgestaltung. Diesen Widerspruch versuchen die Herrschenden und damit die Kapitaloligarchien zu lösen, durch:

(a) ein neues über Medien kommuniziertes gesellschaftliches Leitbild – die Gesellschaft als Gesellschaft von Eigentümer/innen an Kapital, die unternehmerisch mit ihren Arbeits- und Geldvermögen ihr Leben unabhängig und attraktiv gestalten;

(b) Finanzmarktinnovationen und neue Formen für den Umgang mit den Staatsschulden als Grundlagen für die Finanzierung von privaten Haushalten;

(c) entsprechende Infrastrukturen, die ein flexibles und mobiles Konsumverhalten fördern;

(d) Forderungen nach besonderen Fähigkeiten, Fertigkeiten, Verhaltens- und Lebensweisen der Arbeitskräfte bzw. der Bürgerinnen und Bürger, um Flexibilität und Mobilität zu bewältigen;

(e) die Privatisierung von sozialen Leistungen und öffentlichen Unternehmen;

(f) einen neuen Typ von Manager, der die Unternehmensführung am Interesse von Rentiers ausrichtet – den Inhaber/innen von Anteilen am Unternehmen – und damit an einer Profitmaximierung, die zu Spekulation stimuliert.

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger erleben zunehmend Unsicherheit und Bedrohung, Fremdbestimmung und Umweltzerstörung und sie leiden darunter. Die neuen Technologien bieten nicht nur den Kapitaloligarchien neue Möglichkeiten, ihre Macht zu erweitern, sondern auch jenen, die sie bekämpfen, an gesellschaftspolitischen Alternativen arbeiten. Mit neuen Informations- und Kommunikationstechnologien arbeiten nicht zuletzt jene, die sich am Leitbild einer Gesellschaft der individuell Freien und sozial Gleichen, die solidarisch miteinander und verantwortungsvoll mit der Natur leben, orientieren.

Immer mehr Menschen sehen, dass die Fremdbestimmung und die Bedrohungen, unter denen sie leiden, von den Regierenden hingenommen bzw. gewollt und letztlich weiter verstärkt werden. Sie hören, dass dies Folgen der Globalisierung seien; dass sie in dieser gewinnen bzw. Gewinner bleiben können, wenn ihr Unternehmen, ihr Land, die Europäische Union – gestützt auf ihr Wissen, ihre Kreativität und Flexibilität, neue Technologien und funktionierende Finanzmärkte – Konkurrenzfähigkeit steigern. Die Menschen verbinden »Globalisierung« mit einer führenden Rolle der USA bzw. der in den USA Herrschenden, der US-amerikanischen Kapitaloligarchie-Gruppen und mit wachsender Konkurrenz aus Südostasien. Sie können fragen, warum sie sich »Globalisierungszwängen« beugen sollen; warum ihr Leben durch Finanzmärkte beeinflusst sein soll; warum sie sich bedroht sehen müssen, weil die global Herrschenden unentwegt andere bedrohen; warum die Europäische Union mit ihren ca. 500 Millionen Menschen und dem weltgrößten Binnenmarkt weiterhin Entwicklungen aus den USA importieren soll statt eine eigene ihren BürgerInnen-Interessen entsprechende Politik zu betreiben und welchen Anteil daran Deutschland hat; warum sie sich von Finanzeliten bzw. Kapitaloligarchien treiben lassen und gegen andere konkurrieren sollen; warum ihr ökologischer Fußabdruck so rasant gewachsen ist und dennoch weiter wächst.

Der Begriff »ökologischer Fußabdruck« erklärt, welche Erdfläche notwendig ist, um die vorherrschenden Lebens- und Produktionsweisen und die mit ihnen verknüpfte Ressourcenbewirtschaftung aufrecht zu halten: welche biologisch produktive Land- und Wasserfläche werden benötigt, um zu produzieren, was ein Mensch in einem konkretem Land, die Bevölkerung eines Staates bzw. einer

Weltwirtschaftsregion verbrauchen oder um die Entsorgung von Abfällen und klimaschädigenden Emissionen zu realisieren?

Seit 1966 hat sich der globale »Fußabdruck« mehr als verdoppelt. Bereits in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts hat er die Gesamtbiokapazität der Erde übertroffen. 2007, das ist das Jahr der jüngsten Erhebung, hat die sozial gespaltene Menschheit bereits die Biosphäre derart belastet, dass die Aufrechterhaltung ihrer Lebenstätigkeit 1,5 Erden verlangen würde. Nach vorsichtigen Projektionen braucht sie 2030 bereits zwei Erden.³⁰ Ein Großteil dieser Übernutzung hat mit dem »ganz normalen Alltag« in den globalen Industrieregionen zu tun – mit Wohnen, Ernährung, Mobilität und Konsum, mit Finanzialisierung und besonderen Technologien.

Ökologischer Fußabdruck der Konsumtion und Biokapazität je Einwohner/in im ausgewählten internationalen Vergleich, Stand 2007, in globalen Hektar (gha)

	ökologischer Fußabdruck der Konsumtion [gha/Person]	Biokapazität (Leistungsvermögen der produktiven Naturfläche: wie viel Rohstoffe und Energie von einem Hektar Naturfläche geliefert werden können [gha/Person])
Welt	2,70	1,78
Vereinigte Arabische Emirate	10,68	0,85
USA	8,00	3,85
Frankreich	5,01	3,00
Deutschland	5,08	1,92
Vereinigtes Königreich	4,89	1,34
China	2,21	0,98
Indien	0,91	0,51
Haiti	0,68	0,31
Afghanistan	0,62	0,54
Somalia	1,42	1,40

(zusammengestellt nach Ecological Footprint Atlas 2010: 28-31)

30 http://www.footprintnetwork.org/en/index.php/GFN/page/2010_living_planet_report/.

Energiebedingte CO₂-Emissionen nach Sektoren und Energieträgern

Sektor	Anteil in %	Energieträger	Anteil in %
Energiewirtschaft	46	Steinkohle	17
Verarbeitendes Gewerbe	13	Mineralölprodukte	36
Verkehr	20	Braunkohle	23
Haushalte	14	Naturgase	22
Sonstige	7	Sonstige	2

(Bundesministerium 2010: 46)

Soll (also) von links aus interpretierte Nachhaltigkeit (im Sinne des Brundtland-Berichtes) Realität werden, weil alle Menschenrechte für jede und jeden zur Geltung und die 27 Grundsätze der Rio-Erklärung die gesellschaftliche Entwicklung bestimmend werden sollen, müssen heute zunächst die Hauptverursacher der bestehenden Produktions- und Konsumtionsstrukturen – die Kapitaloligarchien – daran gehindert werden, neue Großinvestitionen zu tätigen und ihren Herrschaftsbereich – z. B. über Privatisierung sozialer Sicherung und öffentlicher Leistungen – weiter auszudehnen. Sie müssen daran gehindert werden, die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktions- und Konsumtionsstrukturen, der Produktions- und Lebensweisen weiter zu bestimmen. Schließlich müssen diese ab- und umgebaut werden, um die natürlichen und sozialen Lebensbedingungen, vor allem der sozial und global Schwächsten, fortschreitend zu verbessern.

Das können nur gemeinsam lernende, kämpfende und sich dabei verändernde Menschen erzwingen, die anders-leben-wollen: selbstbestimmt in Würde, solidarisch miteinander, in intakter Natur. Nur sie können eine solidarische, sich in die Biosphäre einbettende Kooperation begründen und entwickeln, mit deren Fortschreiten sie individuell frei und einander sozial gleich werden.

Diesen Einstieg und diese ersten Schritte sozialökologischer Transformation nennen wir »sozialökologischen Umbau«. Die Idee, das Konzept und das Ringen um ihre Realisierung sind ein sozialistischer Beitrag zur Nachhaltigkeitsdebatte, unsere Antwort auf die zu überwindende Komplexkrise.

Unsere weiteren Ausführungen sollen suchen und entwickeln helfen, wie das hier und heute beginnen kann.

2. Sozialökologischer Umbau als Einstieg in eine radikale Umwälzung der Produktions- und Lebensweisen

Die meisten Menschen in Deutschland und in der Europäischen Union meinen, dass »es so nicht weitergehen« kann und soll. Viele werten Krisen als Ausdruck für die Notwendigkeit eines Wandels, aber fühlen oftmals Ohnmacht angesichts der so gewaltigen Probleme. Sie würden sich – auch und insbesondere mit dem Blick auf die Kinder – für Veränderungen engagieren, die die Gesellschaft sozialer, demokratischer, solidarischer, ökologischer und gerechter machen. Schließlich ist ihnen sehr wohl bewusst, dass »unsere« Lebensweisen, Produktions- und Konsumtionsstrukturen umgewälzt werden müssten. Ob, wie und mit welchen Konsequenzen für den eigenen Alltag dies geschehen sollte und könnte, ist jedoch nicht Gegenstand einer breiten öffentlichen Debatte. Daher wissen sie nicht, wie sie handeln können und sollen. »Die Antwort auf die Frage, ob Klimapolitik auf die Bürgerinnen und Bürger zählen kann, fällt derzeit ... ambivalent aus. Einerseits ein klares Ja, denn es gibt eine weit verbreitete Sensibilität für das Thema Klimaschutz, das eine große Mehrheit ernst nimmt und für sehr wichtig erachtet. Die Unterstützung für einen konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien ist groß und das Interesse daran beträchtlich ... Auf der anderen Seite kann Klimaschutzpolitik derzeit im wörtlichen Sinn kaum mit dem Bürger rechnen, wenn es um die reale Einsparung von CO₂ in den nächsten Jahren geht.« (Kuckartz 2010a: 136-137)

Was tun gegen Klimawandel! – Wer macht's?

»Unternehmen und Industrie sollten mehr tun im Kampf gegen Klimawandel: Deutsche auf Platz 15 unter dem EU-Durchschnitt. Die Bürger sollen mehr tun: Deutsche auf Platz 26 weit unter dem EU-Durchschnitt.« (Kuckartz 2009: 3)
»In keinem Land sind so viele Personen der Meinung, dass die Bürger doch schon genug tun würden – dies denken 41 Prozent der Deutschen gegenüber bspw. 17 Prozent in Frankreich, 17 Prozent in den Niederlanden und 21 Prozent in Schweden und Dänemark.« (Kuckartz 2009: 3) Für erneuerbare Energien würden 44 Prozent der Europäerinnen und Europäer mehr zahlen, in Deutschland 42 Prozent (Platz 15).« (Kuckartz 2009: 3) »Wann tut man etwas gegen den Klimawandel? Erstens, weil man denkt, dass es einen wirklichen Einfluss hat, wenn es viele tun (würden), zweitens weil man es für seine Bürgerpflicht hält, drittens, weil man mit Hinblick auf zukünftige Generationen besorgt ist, viertens weil man glaubt, so Geld sparen zu können.« (Kuckartz 2009: 4). »In einer eigenen Studie konnten wir feststellen, dass es vornehmlich drei Dimensionen sind, die für das (Nicht-)Handeln eine entscheidende Rolle spielen:

- Die räumliche Dimension: ›In Deutschland sind wir eigentlich nicht so stark bedroht.«
- Die zeitliche Dimension: ›Zur Zeit sind andere Probleme vorrangig.«
- Die Gemeinsinn/Egoismus Dimension: ›Wieso ich?
Sollen doch erst einmal die anderen was tun!«

(Kuckartz 2010b: 151)

Die Ergebnisse von Kuckartzs Studien bestätigen Auswertungen von DIMAP- und Eurobarometer-Veröffentlichungen. Diese zeigen, dass »alle Fragen, die in allgemeiner Form vom ›Bürger‹ sprechen, oder als ›Wir‹-Fragen formuliert sind, hohe Zustimmungsqoten aufweisen. In der deutschen Umweltbewusstseinsstudie von 2008 stimmen 84 Prozent der Aussage ›Wir Bürger können durch unser Kaufverhalten wesentlich zum Umweltschutz beitragen‹ zu und sogar 86 Prozent der Aussage: ›Die Bürgerinnen und Bürger können durch ein umweltbewusstes Alltagsverhalten wesentlich zum Klimaschutz beitragen‹; 75 Prozent glauben, dass durch den Druck von Bürgern wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz herbeigeführt werden können. 72 Prozent stimmen der Aussage zu ›Bürgerinnen und Bürger können durch ihr Engagement in Umwelt- und Naturschutzverbänden wesentlich zum Klimaschutz beitragen‹. Offenkundig schließt im Denken der einzelnen das ›Wir‹ aber das ›Ich‹ nicht ein.«

(Kuckartz 2010b: 158)

Laut »Forsa« sprechen sich mehr als 90 Prozent der Bevölkerung in Deutschland für den Ausbau und die verstärkte Nutzung von erneuerbaren Energien aus. Fast 80 Prozent geben an, »den eigenen Strom am liebsten aus Erneuerbaren Energien zu beziehen.«³¹ Das Bundesumweltamt resümiert im Dezember 2010, dass dies sogar für 85 Prozent der Befragten zuträfe.³²

Unsere Erfahrungen und Studien führen zu der These, dass relevante Bevölkerungskreise für ein ökologisch verantwortungsvolles Verhalten gewinnbar wären, könnten sie sich vorstellen, »wie es denn im Alltag funktionieren« könne.

2.1. Komplexität von Problemen – Labyrinth oder Chance?

Die öffentliche Diskussion wird von gesellschaftspolitischen Kräften bestimmt, die daran interessiert sind, dass zwei Dogmen den kulturellen, politischen und wissenschaftlichen Mainstream bestimmen: »was für die Wirtschaft gut ist, ist auch für die Bürgerinnen und Bürger – insbesondere als Wählerinnen und Wähler – gut«. Das zweite Dogma ist »wenn wir Gewinner in der technologischen Kon-

31 <http://www.unendlich-viel-energie.de/de/panorama/umfrage-akzeptanz-der-erneuerbaren.html>.

32 http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2010/pdf/pd10-062_trotz_finanzkrise_menschen_in-deutschland_fordern_mehr_umweltschutz.pdf.

kurrenz sind und unsere Sicherheit gewährleisten, können wir wirksam gegen den Klimawandel und die globalen Bedrohungen vorgehen.«

»Was ist für die Wirtschaft gut?« – dass sie entsprechend ihrer Bedürfnisse Arbeitskräfte und know how, Rohstoffe, Energie, Technik/Technologie, Zulieferungen, Transport- und Infrastrukturleistungen, Finanzmittel und zahlungsfähige Nachfrage vorfindet; dass die Unternehmensabläufe nicht gestört werden – durch Anschläge, Naturereignisse, unzulängliche Ernährung und Krankheit der Arbeitskräfte, Streiks, Katastrophen und technologische Störungen, Aufstände, staatliche/institutionelle Eingriffe; dass Freiräume für Profitmaximierung staatlich, institutionell bzw. politisch gewahrt bleiben und erweitert werden, insbesondere durch Deregulierung und Rechtssetzung, durch Kommerzialisierung, Privatisierung, Finanzialisierung; dass der Staat und die Institutionen für die erforderliche Ressourcenqualität – insbesondere der Arbeitskräfte – sorgen, für die Infrastrukturleistungen, für Forschung und Entwicklung, für funktionierende Märkte, für »Sicherheit«.

Gut verankert – die neoliberale Ideologie

»Die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik hat sich in den letzten 25 Jahren als nicht lernfähig erwiesen. Trotz massiver Rückschläge und der Krise folgt die Mehrheit der Politiker unbeirrt dem liberalen Credo und der uralten neoklassischen Theorie ...

Hier geht es um Ideologie, die jedes nüchterne Nachdenken unmöglich macht und die am Ende diejenigen zuerst bedient, die am lautesten schreien, und das sind ohne Zweifel die Unternehmerverbände ...

Hier wollen große und geldmächtige Interessengruppen die aus ihrer Sicht ein für alle Mal entscheidende Schlacht gegen den Staat schlagen. Und diese Ideologie ist Argumenten nicht zugänglich ...

Doch machen wir uns nichts vor. Es sind nicht nur die mächtigsten Interessenvertreter, die die Politik vor sich hertreiben. Der Quelle und den Wurzeln dieser Ideologie ist so schwer beizukommen, weil sie in allen gesellschaftlichen Schichten auf einen fruchtbaren Nährboden fällt.«

(Flassbeck 2010: 122-123)

In den staatlichen und suprastaatlichen Institutionen wirken nicht ausschließlich grobschlächtige Anhänger/innen derartiger Dogmen. Die Europäische Kommission schreibt: »Die europäische und die globale Wirtschaft sowie unsere Lebensqualität hängen von natürlichen Ressourcen ab. Hierzu gehören Rohstoffe wie Brennstoffe, Mineralien und Metalle, aber auch Nahrungsmittel, Boden, Wasser, Luft, Biomasse und Ökosysteme. Der Druck auf diese Ressourcen wächst. Geht die Entwicklung unverändert weiter, dürfte die Weltbevölkerung bis 2050 um 30 Prozent auf 9 Milliarden angewachsen sein. Die Menschen in den Entwick-

lungsländern und Schwellenländern streben mit gutem Recht den Wohlstand der entwickelten Länder und deren Verbrauchsniveau an. Wie wir in den letzten Jahrzehnten gesehen haben, belastet die intensive Ressourcennutzung die Erde und bedroht die Versorgungssicherheit. Wir können uns einen Ressourcenverbrauch im bisherigen Umfang nicht mehr leisten.« (KOM(2011) 21: 2)

»Wir« und »im bisherigen Umfang« sind vage und allgemein. Mit »WIR« wird vereinnahmt und eine von anderen abgrenzbare kollektive Interessenidentität konstruiert und propagiert. Probleme sollen unsichtbar, Lebensweisen homogen gemacht werden. Zahlreiche Arme sind von diesem WIR ausgegrenzt. Tatsächlich bewirken Konsumtionsmuster neue Produktion, vermitteln ihnen zugrundeliegende Interessen und Interessenkonstellationen, begründen und erhalten konkrete Lebensweisen. Diese müssen mit Erfordernissen der Reproduktion von Arbeitskraft zusammengehen: von den einzelnen geforderte Erreichbarkeit und Mobilität für »das Unternehmen«, das multifunktionale Handy, das Auto, das Familienleben und Freizeitverhalten bilden eine Einheit, geprägt vom Leitbild des modernen Flexiblen, sich selbst sozial Absichernden ... So wird Hegemonie wirksam und erneuert und äußert sich in Fakten wie:

- eine Vielzahl elektrischer und elektronischer Haushaltsgeräte, der Druck zum ständigen up-to-date-Sein bei Mobiltelefon, Notebook, PC und Unterhaltungselektronik, ihre schnelle Alterung, fehlende Standardisierung, Zwang zum Neukauf bei reparablen Schäden

- Mengen an Kaffee, Tee, Kakao, Südfrüchten und exotischen Gemüsen, das Obst und Gemüse außerhalb ihrer Saison, der Verbrauch an Fleisch, Hochseefisch, Meeresfrüchten und tierischen Produkten, das weitgereiste Mineralwasser in energieintensiver Abfüllung, die weitgereisten Nahrungs- und Genussmittel, die Verschwendung von Nahrungsmitteln, der Missbrauch von Genussmitteln; die sozialen Bedingungen der Arbeitenden, die Folgen für ihre Gesundheit, die Auswirkungen auf die sie umgebende Natur, die gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen für »uns, unser soziales und ökologisches Umfeld«

Umweltbilanz der Nahrungsmittelproduktion

In der EU werden ca. 30 Prozent aller Lebensmittel weggeworfen, in den USA fast die Hälfte. Für die Produktion einer pflanzlichen Kalorie aber werden 10 fossile gebraucht, bei Monokulturen bis zu 15.

Eine tierische Kalorie erfordert bis zu neun pflanzliche, also 90 fossile Kalorien.

(Chavez-Zander, Krawinkel 2010: 30; Weltagrarbericht 2009).

Deutschland importiert 50 Prozent der eingesetzten Eiweißfuttermittel, zu großen Teilen als Schwellen- und Entwicklungsländern. In den Industrieländern beträgt der tägliche Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung 224g, in Afrika 31g, in Süd- und Ostasien 112g, in Lateinamerika 147g. Die Tierhaltung macht 18 Prozent der globalen Treibhausgase aus.

(Chavez-Zander, Krawinkel 2010: 30, Höhn 2010: 19)

- ein übermäßiger Strom-, Heiz-, Wasser- und Flächenverbrauch beim Wohnen
- Verschwendung von Papier und Druck für Werbung, die vielfach nur kaum gelesen wird
- das Auto, der Navigator im Auto; die Zersiedelung und Bodenversiegelung; für Kinder, Alte, Menschen mit Behinderungen gefährliche Straßen, Straßenlärm, Autoabgase, Feinstaub, Stau und zugeparkte Flächen
- die aufwendige Verpackung, das Wegwerf-Geschirr und -Besteck
- das übermäßige Angebot an Waren aller Art und ihre Ausrichtung auf kurze Funktionsdauer, schnellen Ersatz und Mode und wiederum: die sozialen Bedingungen der Arbeitenden, die Folgen für ihre Gesundheit, die Auswirkungen auf die sie umgebende Natur, die gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Folgen für »uns, unser soziales und ökologisches Umfeld«
- die Abwasserentsorgung, der Müll, seine Räumung, die Müllverwertung, der Sondermüll

Elektroschrott

Gemäß Schätzungen der Vereinten Nationen wandern über 40 Millionen Tonnen Elektrogeräte in den Müll, einschließlich wertvoller Rohstoffe. In einer Tonne Handy-Schrott sind 60-mal mehr Gold als in einer Tonne Golderz.

(Unmüßig 2011: 28)

- Energie- und Ressourcenverschwendung am Arbeitsplatz, Teilhabe an sozialer und ökologischer Zerstörung, Hektik und Stress, belastende Konkurrenz
- Stress im Straßenverkehr, in und mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- die ärztliche Empfehlung bzw. Verschreibung von Medikamenten, deren Produktion und Gebrauch vielfach gesundheitlich, sozial und ökologisch schädlich sind
- Stress, Kraft- und Zeitaufwand beim Alltagsmanagement und »mobil sein«, beim Besorgen von Waren, Entsorgen von stofflichen Dingen, Umgang mit Krankenkassen, Versicherungen, Geldanlagen bzw. Banken und Fonds
- ressourcen- und flächenintensive individuelle Freizeitgestaltung (der Garten, das Grundstück, das Motorboot ...)
- Eigenheimbau im Grünen, Einkaufs- und Kurzreisen, große Urlaubsreisen ...

Es sind Bedingungen und Folgen eines Dazu-Gehörens, die mit vermeidbarem Ressourcen-, Zeit- und Kraftaufwand, mit unnötiger Belastung sozialer und natürlicher Umwelt, mit überflüssiger Verschmutzung der Luft, des Wassers und der Böden, mit dem Raubbau der Ökosysteme verknüpft sind. Sie und er können sich nur bedingt den Zwängen entziehen, die diese negativen Wirkungen produzieren. Immer zirkulieren Ressourcen dank Finanzen und Technologien. Auch bei Einsicht in Zusammenhänge, bei Ablehnung und Protest gegen diese Zwänge und ihre Folgen müssen sie und er an sozialer und ökologischer Zerstörung partizipieren. Immer wieder findet verschwenderischer Gebrauch und Missbrauch von Rohstoffen und Technologien statt, von Leistungen der Energiewirtschaft, der Transportwirtschaft und der Landwirtschaft. Immer gehen dieser ressourcenverknappende und naturverschmutzende Gebrauch und Missbrauch mit der Reproduktion der Sicherheitsindustrie bzw. des Militärisch-Industriellen Komplexes einher. Das hat gravierende Konsequenzen für die Lebensbedingungen von anderen.

Wir sind, was wir tun!

»Die Weise, in der die Menschen ihre Lebensmittel produzieren, hängt zunächst von der Beschaffenheit der vorgefundenen und zu reproduzierenden Lebensmittel selbst ab. ... Sie ist ... schon eine bestimmte Art der Tätigkeit der Individuen, eine bestimmte Art, ihr Leben zu äußern, eine bestimmte Lebensweise derselben. Wie die Individuen ihr Leben äußern, so sind sie. Was sie sind, fällt also zusammen mit ihrer Produktion, sowohl damit, was sie produzieren, als auch damit, wie sie produzieren. Was die Individuen also sind, das hängt ab von den materiellen Bedingungen ihrer Produktion.«

(Marx, 1978: 21)

»Unser Problem ist weniger, was wir denken, sondern eher, was wir sind. Dieser über Jahrhunderte eingeübte Habitus hat eine ›assumptive Welt‹ ... geschaffen, die uns vorgaukelt, es stehe uns zu, was wir haben, und reflexhaft weisen wir Probleme ab, die nicht nur andere da draußen betreffen, sondern die Rahmenbedingungen unserer Existenz und unserer Selbstwahrnehmung.«

(Leggewie, Welzer, 2009: 49)

»Kultur ist eine Antwort auf drei Fragen: wie die Welt im Inneren beschaffen ist, wie sie *sein soll* und wie sie vermutlich *werden wird*.«

(Leggewie, Welzer, 2009: 14)

Das bedeutet nicht, dass sie und er keine Spielräume hätten, nicht im Alltag zwischen »mehr« oder »weniger« Konkurrenz, zwischen »mehr« oder »weniger« Partizipation an der Ausbeutung Schwächerer, an Ressourcenverschwendung und Naturverschmutzung und -zerstörung wählen könnten oder dass diese »Wahl zwischen diesen Übeln« völlig unwichtig wäre. Das bedeutet auch nicht, dass die Zustände hingenommen werden müssten. Es bedeutet, dass gesellschaftspolitische Alternativen ihren Ausgangspunkt an jenen Punkten haben (können), da Menschen darüber nachdenken, sich gegen Fremdbestimmung zu wehren; da sie nach Auswegen in gesellschaftlichen Veränderungen suchen – dass sie sich die Probleme der Schwächeren zu eigen machen (wollen), um solidarisch miteinander die Ursachen und Verursacher der gemeinsamen Probleme zu bekämpfen – also in den Auseinandersetzungen mit den direkten Auswirkungen der Kapitalherrschaft, der Macht der Kapitaloligarchien im Leben der Menschen.

Ein bereits schon erwähntes Hilfsmittel, mit dem die Dimension von Problemen dargestellt werden kann, ist der ökologische Fußabdruck.

Der bayerische Fußabdruck beträgt 4,2 gha. Er wird zu 70 Prozent durch den Verbrauch fossiler Energieträger verursacht. Dabei hat der Konsumbereich »Wohnen« den größten Anteil. Im Bereich »Ernährung« entfallen 75 Prozent des Fußabdrucks auf tierische Nahrungsmittel, im Bereich »Mobilität« 75 Prozent auf den individuellen PKW-Straßenverkehr (Bayerisches Landesamt für Umwelt 2009: 5). Diese Auflistung spiegelt individuelle Handlungsoptionen wider: weniger Fleisch und Wurst essen, nach Möglichkeit den ÖPNV nutzen, sparsamer Heizen, stromökonomische Geräte einsetzen.

Würde das Problem allein sozialpsychologisch, definiert und bliebe es demgemäß einzig der individuellen Bereitschaft der Bürger/innen überlassen, ökologisch vernünftig leben zu wollen, würde der gesellschaftliche Alltag nicht so verändert, dass »unser« ökologischer Fußabdruck wie notwendig schwindet: Zum einen ist diese Bereitschaft bei großen Teilen der Bevölkerung bzw. Bevölkerungsmehrheiten trotz vielfacher Einsicht in Probleme und Notwendigkeiten nicht ausreichend ausgeprägt, zum anderen mangelt es an realen Alternativen: Die Einzelnen können nur bedingt ihren Lebensstil wählen, weil sie es nicht gelernt haben und notwendige Lernprozesse in der Gesellschaft nicht organisiert werden; weil in der Gesellschaft ökologisch vernünftige Verhaltensweisen nicht wirksam honoriert und zerstörerische Verhaltensweisen nicht entsprechend sanktioniert werden; weil die erforderlichen individuellen Wahlmöglichkeiten durch die gesellschaftlichen Produktionsstrukturen und den gesellschaftlichen Alltag nicht gegeben sind – weil jene Akteure, die letztlich wirtschaftlich, wirtschafts- und gesellschaftspolitisch hegemonial sind, ihre Interessen so durchsetzen können, dass sie die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionsstrukturen bestimmen; weil jene, die wissen, dass dies sozial und ökologisch zerstörerisch ist und die solidarisch und ökologisch vernünftig leben wollen, zu schwach sind, um die kulturelle Hegemonie, die Machtstrukturen, den gesellschaftlichen Alltag zu verändern.

Werden jedoch wiederum die Umfrageergebnisse, Analysen und eigene Erfahrungen gesehen, kann eine relevante (und wachsende) potenzielle gesellschaftliche Gruppe von Menschen ausgemacht werden, die als Akteure für gesellschaftspolitische Alternativen gewonnen und wirksam werden können. Damit wäre zu diskutieren, wie Menschen ermutigt werden könnten, in Alternativen zu denken und – überzeugt von deren Realisierbarkeit – als Individuen und in Kollektiven zielgerichtet zu handeln. Zugleich wäre die Komplexität des gesellschaftlichen Alltags zu analysieren, die es den sozial heterogenen, vielfach vereinzelt Menschen in der ausdifferenzierten Gesellschaft erschwert und sogar verstellt, Schwerpunkte und Formen gemeinsamen Handelns zu finden. Es genügt die Lektüre der obigen Auflistung (S. 88-89), um einerseits die vielfältigen Ansatzpunkte für notwendige Veränderungen und andererseits die Widerstände dagegen zu nennen. Jede Ressourcenverschwendung, jede Verschmutzung der Natur, jede sozial und ökologisch zerstörerische Handlung, die andere um lebenswichtigen Ressourcenverbrauch und Lebenschancen bringt, bedeutet für andere Einkommen, Arbeit, verteidigungswerten Alltag – trotz aller Probleme und Widrigkeiten. Sollen sie und er überzeugt und ermutigt werden, sich für gerechte Problemlösungen zu engagieren, muss das für sie dringlich, lebenswichtig oder »lohnend«, auf jeden Fall aber realisierbar sein.

Aus der Sackgasse eines zerstörerischen Wachstums ausbrechen

»Wir wollen, dass eine dynamische Entfaltung der produktiven Kräfte der Gesellschaft die materiellen Grundlagen für eine alternative Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik stärkt. Wir wollen die Sackgasse eines sozial und ökologisch zerstörerischen Wachstums verlassen und stattdessen den Weg eines Wachstums im Rahmen nachhaltiger Entwicklung gehen.

Eine radikale Ökologisierung der Gesellschaft, die damit verbundene neue Art wirtschaftlichen Wachstums und wissenschaftlichen und technischen Fortschritts bedürfen einer alternativen Produktions- und Lebensweise. Ein selbstbestimmtes Leben, eine von Entfremdung befreite Arbeitswelt und eine gerechte Verteilung des Reichtums bedürfen alternativer Gesellschaftsstrukturen, die von der Verwirklichung gemeinschaftlicher Interessen geprägt sind und die Dominanz privatkapitalistischen Eigentums überwunden haben.

Wirkliche Vergesellschaftung hat demokratische Entscheidungsprozesse zur Voraussetzung. Strategische Entscheidungen über die Richtungen und Normen der sozialen, wissenschaftlich-technischen, ökologischen und kulturellen Entwicklung bedürfen der bewussten und demokratischen Gestaltung ebenso wie der Mitbestimmung von Produzenten, Verbrauchern, Kommunen und gesellschaftlichen Bewegungen.«

(Programm der Linkspartei.PDS 2003: 3-4)

Menschen auf den Malediven und Philippinen, deren Inseln infolge des klimabedingten ansteigenden Meeresspiegels überflutet werden, haben großen Anteil am »Peoples' Protokoll on Climate Change« (Protokoll der Völker zum Klimawandel), in dem es heißt: des »Die gefährlichste Steigerung der Kohlendioxyd (CO₂) Emissionen ist das Attribut hemmungsloser Verbrennung fossiler Kraftstoffe für die Energieversorgung der kapitalistischen Industrie, des Kommerz, des Transports, der industriellen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion und des Militarismus.«³³ Das Dokument asiatischer Klimagerechtigkeitsbewegungen, wurde nach über zwei Jahren Diskussion im Jahre 2009 verabschiedet. Unter seinen Verfasser/innen sind Aktive, die auch bei der Versammlung der Völker zum Klimawandel, die Ende April 2010 in Cochabamba stattfand, dabei waren. In deren Abschlusserklärung ist formuliert: »Unter dem Kapitalismus ist Mutter Erde in eine Rohstoffquelle verwandelt worden, die Menschen in Konsumenten und Produktionsmittel, die nur danach bewertet werden, was sie haben, und nicht, was sie sind. Der Kapitalismus braucht eine mächtige Militärmaschine für seine Akkumulationsprozesse, die Kontrolle über Territorien und Naturressourcen, die Unterdrückung von Widerstand ... Er ist ein imperialistisches Kolonialsystem über den Planeten.«³⁴

Die Rohstoff-Strategie der EU-Kommission

Dass das Millionen Menschen so sehen, und dass »es so nicht weitergehen kann«, weiß – wie oben illustriert – auch die Europäische Kommission. Sie legte Anfang Februar 2011 ihre Mitteilung »Grundstoffmärkte und Rohstoffe: Herausforderungen und Lösungsansätze« vor und konstatiert – wie bereits im ersten Kapitel unserer Broschüre ausgeführt: Auf den Grundstoffmärkten waren in den vergangenen Jahren eine hohe Volatilität bzw. beispiellose Preisschwankungen zu verzeichnen. 2007 zogen die Preise auf allen bedeutenden Grundstoffmärkten (u. a. Energie, Metalle und Mineralien, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel) stark an und erreichten 2008 ihr höchstes Niveau. Diese Preisschwankungen beeinflussten die Verbraucherpreise und spitzten zeitweise sozialen Nöte derart zu, dass Menschen verzweifelt rebellierten.

Die Marktentwicklungen gehen auf Veränderungen in den globalen Angebots- und Nachfragemustern sowie auf kurzfristige Preisschocks für die wichtigsten Grundstoffe und Rohstoffe zurück. Zwischen 2002 und 2008 expandierte wegen des dynamischen Wachstums der Weltwirtschaft, insbesondere in den Schwellenländern wie China, die Nachfrage nach Rohstoffen. China verbraucht nunmehr weltweit die meisten Metalle; so ist sein anteiliger Kupferverbrauch in letzten 10 Jahren von 12 Prozent auf ca. 40 Prozent gestiegen. Die Preisschwankungen wurden durch verschiedene strukturbedingte Probleme in den Liefer- und Ver-

33 <http://peoplesclimatemovement.net/peoples-protocol>.

34 <http://pwccc.wordpress.com/2010/04/24/peoples-agreement/>.

triebsketten verschiedener Grundstoffe noch verschärft, wozu die Verfasstheit der Transportinfrastruktur und -dienstleistungen gehören.

EU-Rohstoffstrategie

»Diese Entwicklungen tragen sich in einer Zeit zu, in der die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie einen effizienten und sicheren Zugang zu Rohstoffen erforderlich macht. Darüber hinaus stehen die Märkte unter dem zunehmenden Einfluss des Finanzsektors, denn in den vergangenen Jahren haben die Finanzinvestitionen in die Märkte für Grundstoffderivate beträchtlich zugenommen ... es [ist] offensichtlich, dass Preisschwankungen quer durch verschiedene Grundstoffmärkte inzwischen in einem engeren Zusammenhang stehen und dass die Grundstoffmärkte nun stärker mit den Finanzmärkten verknüpft sind.

Diese Entwicklungen lassen den Ruf nach politischen Maßnahmen lauter werden ...«

(KOM(2011) 25: 2-3)

Die Kommission hat eine Liste von 14 kritischen Rohstoffen erstellt. »Als kritisch werden Rohstoffe bezeichnet, bei denen das Risiko eines Versorgungsengpasses in den nächsten zehn Jahren besonders groß ist und die als besonders wichtig für die Wertschöpfungskette betrachtet werden. Das Risiko von Versorgungsengpässen steht im Zusammenhang mit der Konzentration der Produktion auf einige wenige Länder und die geringe politische und wirtschaftliche Stabilität mancher Lieferanten. Zu diesem Risiko kommt in einigen Fällen erschwerend hinzu, dass der Rohstoff nur schwer ersetzt werden kann und seine Rückgewinnungsquote gering ist. In vielen Fällen ist eine stabile Versorgungssituation ein wichtiges Element der Zielsetzungen der Klimapolitik und der technologischen Innovation. Beispielsweise sind seltene Erden ein notwendiger Rohstoff für Hochleistungs-Dauermagnete in Windturbinen oder Elektrofahrzeugen, Fahrzeugkatalysatoren, gedruckten Schaltungen, optischen Fasern und Hochtemperatur-Supraleitern. Da 97 Prozent der Weltproduktion im Jahr 2009 auf China entfielen, ist die EU in diesem Fall vollständig von Einfuhren abhängig. Gleichzeitig ist gegenwärtig kein Recycling- oder Ersatzverfahren für seltene Erden wirtschaftlich durchführbar.« (KOM(2011) 25: 14) Diese 14 Rohstoffe sind: Antimon, Beryllium, Flussspat, Gallium, Germanium, Graphit, Indium, Magnesium, seltene Erden, Wolfram, Metalle der Platingruppe, Kobalt, Tantal.

(KOM(2011) 25: 25-26)

Die Europäische Kommission sagt: »Rohstoffe sind als Einsatzstoffe für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und für die Entwicklung vieler umweltfreundlicher und sauberer technologischer Anwendungen wesentlich. In diesem Bereich liegt für die EU das wesentliche Potenzial in der Innovation ... Entlang

der gesamten Wertschöpfungskette, einschließlich Förderung, nachhaltige Verarbeitung, umweltgerechte Gestaltung, neue Werkstoffe, Substitution, Ressourceneffizienz und Flächennutzungsplanung, besteht Bedarf an Innovation.« (KOM(2011) 25: 14)

Dass die Preise für Aktien, Energieträger, Rohstoffe, Getreide, Währungen, Staatsanleihen, Kreditausfallversicherungen hochgradig korrelieren, geht darauf zurück, dass die wichtigsten Akteure, die auf den Finanzmärkten spekulieren, mit den Akteuren auf den anderen Märkten verquickt bzw. identisch sind (siehe unsere Darlegungen in 1.2.1. und 1.2.2.). Es wird beim Preise-Treiben der Wertpapiere auf die Nachfrage nach begehrten Gütern und so auf die Realisierung maximaler Eigenkapitalrendite gesetzt. Angehörige von Kapitaloligarchien sitzen »an den besten Stellen«. Aber auch »Kleine« machen mit und sorgen für Erfolge der »Großen« – nicht nur auf den Finanzmärkten, sondern beim gemeinsamen durch Finanzmärkte gestützten gesellschaftspolitischen Konsens. »Als Konsumenten können wir uns entweder über steigende Preise ärgern oder auch ein Stückweit an der Agrar-Rallye mitverdienen: kurzfristig mit Wetten auf steigende Preise einzelner Rohstoffe, beispielsweise über Zertifikate ...« (Doll, Gerth 2011: 88), schreibt die Wirtschaftswoche Ende Januar 2011 und in der Financial Times vom 14.2.2011 ist zu lesen: »Zwischen dem ungeheizten Arbeitszimmer von Bauer Pfaffel und den globalen Agrarbörsen liegen Welten – oder drei Klicks.« (Dohms 2011: 2). Maklerfirmen machen es sich zur Aufgabe, »Deutschlands Landwirte an die Börse zu bringen« (Dohms 2011: 2). Wo es um Profit bzw. Einkommen geht, interessiert nicht oder nur kaum, was mit dem eigenen Produkt geschieht, warum die Preisbewegung auf den Energiemärkten mit der auf den Agrarmärkten besonders eng korreliert: Eine 100l-Tankwagenfüllung Bioethanol verlangt die Verarbeitung von 240 kg Mais, wovon ein Mensch ein ganzes Jahr lang ernährt werden könnte (Doll, Gerth 2011: 88). Als Konsumenten können »wir« aber auch bzw. gerade deshalb »auf Prozente« hoffend in Agrarland investieren.

Das Interesse von privaten und staatlichen Akteuren an Agrarland wird durch die Nachfrage nach Agrarrohstoffen, durch die Ernährungskrise, die globale Erwärmung, Banken, Versicherungen, Fonds, mit ihnen verquickten Regierungen gesteigert. Die »zunehmenden Landgeschäfte sind ... ein Element eines wesentlich umfassenderen Strukturwandels der Landwirtschaft des Südens nach dem Vorbild Europas oder Nordafrikas.« (Fritz 2010: 3)

Deren sozial gespaltener Alltag soll gesichert werden, die mit ihm einhergehende Ressourcenverschwendung. Menschen in Afrika, Asien, Osteuropa werden vertrieben, verarmt, entwürdigt, in zahlreichen Fällen dem Hunger preisgegeben. Böden und Ökosysteme werden zerstört, Luft und Wasser verschmutzt. Es werden enorme Investitionen in den Bau großer Infrastrukturen getätigt, die mit Krediten,

öffentlichen Schulden, neuer Spekulation und Vertreibung, Zerstörung sozialer und natürlicher Lebensbedingungen einhergehen.

Die Rohstoffstrategie der Europäischen Kommission soll stabile Rohstoffversorgung zu möglichst günstigen kommerziellen Bedingungen sichern helfen und damit der globalen Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen mit Sitz in der EU dienen. In diesem Kontext will die Kommission Preisturbulenzen und Unwägbarkeiten auf den Märkten reduzieren. Der von der EU verfolgte Grundgedanke ist: Die EU müsse erfolgreicher um immer knapper werdende Rohstoffe konkurrieren, um Marktanteile auf den globalen Märkten zu verteidigen bzw. zu mehren. Dies sei eine notwendige Bedingung für EU-Erfolg im Kampf gegen die globale Erwärmung. Ergo: wenn »wir« maximal an den knapper werdenden Rohstoffen partizipieren, die andere für ihre Entwicklung dringend brauchen, sei das gleichermaßen gut für »uns«, für die Verlierer im globalen Konkurrenzkampf und für das Klima. Schließlich könnten »wir« mit den Rohstoffen sorgsamer umgehen und sie später besser rückgewinnen als andere. Um »unsere« Rohstoffversorgung zu garantieren, müssten »wir uns« um die gesamte Lieferkette kümmern, von der Förderung, über den Transport und die Lieferung, hin zur ressourcenökonomischen Verarbeitung und maximalen Rückgewinnung. »Wir« müssten den Entwicklungsländern dabei helfen, uns besser mit Rohstoffen zu versorgen und so »unsere« Profite aus ihren Rohstofflieferungen an »uns« zu sichern und zu mehren. Dabei sollten auch sie gewinnen – indem sie ihre Wirtschaften ausgehend von »unseren« Bedürfnissen entwickeln können. »Unsere« Wirtschaft solle sicher funktionieren, nachhaltig Profite maximieren, unseren ressourcenverschlingenden sozial und ökologisch zerstörerischen Alltag ermöglichen. »Unser« Alltag soll sicher sein und weil all diese Bedingungen wechselseitig miteinander verbunden sind, akzeptieren wir auch die NATO-Strategie. »Die entscheidenden Umwelt- und Ressourcenzwänge, einschließlich gesundheitlicher Risiken, Klimawandel, Wasserknappheit und wachsende Energiebedürfnisse werden künftig weiterhin unsere Sicherheitsumgebung und die Gefährdungsfelder der NATO prägen und das Potenzial haben, die NATO-Planung und -Operationen signifikant zu beeinflussen.« (NATO 2010)

Entsprechend dieser elitären (bzw. tendenziell sozialdarwinistischen und rassistischen) Denk- und Argumentationsweise sollen – je nach konkreter politischer Partei im bürgerlichem Spektrum – die sozialen und globalen Spaltungen zwar bleiben, aber ihre Auswirkungen sollen doch graduell, teilweise bzw. weitgehend gemildert werden. In der Europäischen Kommission gibt es durchaus Beamte und Angestellte, die ausgehend von den Problemen der global Schwächsten und den gegenwärtigen Realitäten nach Lösungen suchen, »wie die EU die Anstrengungen der Entwicklungsländer, die Fortschritte bei der Verwirklichung der MDG (Millennium Development Goals, Vf.) zu beschleunigen, am besten unterstützen kann und wie sie neuen Möglichkeiten zum Durchbruch verhelfen kann.« (Grünbuch 2010: 5)

Diese Millennium-Entwicklungsziele, die nicht erreicht werden, sind angesichts der damaligen und gegenwärtigen Problemlage viel zu gering angesetzt.

Die Geschichte und unsere Erfahrungen zeigen, dass im Allgemeinen unter Bedingungen, in denen bestimmte gesellschaftliche Kräfte, die auf Grund ihrer strukturellen sozialen und globalen Stellung anderen mögliche Entwicklungsrichtungen und -arten herrschaftlich vorbestimmen können, immer zuerst ihre eigenen Interessen sehen. Es ist zwar keineswegs unwichtig, welche politischen Kräfte regieren und wie diese sich mit Interessenkonstellationen und Problemen auseinandersetzen, aber Regierende handeln unter den Bedingungen von Interessenkämpfen und Zwängen; sie können ausgetauscht werden. »Gute« Regierungen der Stärkeren bzw. in den globalen Industrieregionen können den Schwächeren helfen, ihre soziale und globale Stellung gegenüber den Stärkeren strukturell zu verbessern, aber sie können dies bestenfalls nur sehr bedingt und vielfach auch nur zeitweise. Immer müssen sie um Konsens, Toleranz, Kompromisse mit jenen Bevölkerungsteilen bemüht sein, deren konkreter Alltag von Ergebnissen in der globalen Konkurrenz abhängt und mit Ressourcenverschwendung, Naturverschmutzung, sozialer und ökologischer Zerstörung, Nöten und Leiden Schwächerer einhergeht. Das bedeutet keinesfalls, die bescheidenen Möglichkeiten, die sich durch ein Bündnis der »guten Regierung« mit den noch viel »besseren außerparlamentarischen Bewegungen« geringzuschätzen.

Die Kommissions-Konzeption für ein Ressourcenschonendes Europa

Zu Beginn des Jahres 2011 stellte die Europäische Kommission ihre Leitinitiative »Ressourcenschonendes Europa« vor. Diese Leitinitiative ist eine von insgesamt sieben, die im Rahmen der Strategie »EU2020«, der Lissabon-Nachfolgestrategie, die auf ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zielt, aufgelegt wurden.

Ressourcenschonung als Imperativ

» ... eine effizientere Ressourcennutzung [wird] der entscheidende Faktor der Wachstums- und Beschäftigungspolitik in Europa sein. Sie wird wirtschaftliche Perspektiven eröffnen, die Produktivität steigern, die Kosten drosseln und die Wettbewerbsfähigkeit stärken helfen. Wir brauchen neue Produkte und Dienstleistungen sowie neue Methoden zur Verringerung des Ressourceneinsatzes, Verminderung der Ressourcenvergeudung, Verbesserung der Ressourcenbewirtschaftung, Änderung von Verbrauchsmustern, zur Optimierung der Produktionsverfahren, Management- und Geschäftsmethoden sowie zur Verbesserung der Logistik. Dies wird die technologische Innovation fördern und Arbeitsplätze im schnell wachsenden Sektor der Umwelttechnologien schaffen, den Handel der EU stützen, auch durch Öffnung neuer Exportmärkte, und durch nachhaltigere Produkte auch den Verbrauchern zugute kommen.

Ein sparsamerer Ressourcenumgang dient auch vielen anderen Zielen der EU. Er leistet einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels und zur angestrebten Verringerung der Treibhausgasemissionen in der EU bis 2050 um 80 bis 95 Prozent. Eine effizientere Ressourcennutzung ist nötig, um Umweltgüter, die Funktionen, die diese erfüllen, und die Lebensqualität der jetzigen und künftigen Generationen besser schützen zu können. Sie wird unsere Bemühungen um starke und nachhaltige Landwirtschafts- und Fischereisektoren unterstützen, die zur Lösung der Ernährungsprobleme in den Entwicklungsländern beitragen können. Indem eine deutliche Erhöhung der Ressourceneffizienz unsere Abhängigkeit von den immer knapperen Brennstoffen und Rohstoffen reduziert, kann darüber hinaus die Versorgung Europas mit Rohstoffen verbessert und gewährleistet werden, dass die Wirtschaft der EU einem Anstieg der globalen Energie- und Rohstoffpreise besser standhält.«

(Ressourcenschonendes Europa – Eine Leitinitiative innerhalb der Strategie Europa 2020 (KOM(2011) 21: 3)

Der Fokus auf »Technologie«, Markt und Wachstum, einsichtige intelligente Bürger/innen, Unternehmer/Manager und auf Regelungen, die Transnationalen Konzernen Stabilität bieten, prägt einerseits regierende Bundes- und EU-Politik. Andererseits setzen sich »uneinsichtige« Manager und Unternehmer immer wieder erfolgreich bei ihren Regierungen durch. Das ärgert die Europäische Kommission zumindest teilweise und sie sagt: »Ein ressourcenschonendes Europa kann nur mit technologischen Verbesserungen, einem grundlegenden Umbau der Energie-, Industrie-, Landwirtschafts- und Verkehrssysteme und mit einer Verhaltensänderung bei Herstellern und Verbrauchern erreicht werden. Um Unternehmen die nötige Sicherheit zu geben, damit sie jetzt zu Investitionen bereit sind, und um sicherzustellen, dass künftige Generationen von intelligenten Investitionen profitieren werden, müssen wir sofort handeln und uns dabei auf eine Regelung stützen können, die langfristig für Stabilität sorgt.« (KOM(2011) 21: 3-4)

Dazu gehöre es, die Auswirkungen der verschiedenen Leitinitiativen auf die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen zu berücksichtigen. So würden sich beispielsweise Maßnahmen für die Bereiche Verkehrswesen, Energie, Umweltschutz, Soziales und Verbraucherschutz oder auch für den Binnenmarkt und Handel ebenso auf Kosten, Preise und die innovative Wettbewerbsfähigkeit der Industrie auswirken können. (KOM(2010) 614: 4)

Erweise sich die »neue Industriepolitik« im Sinne der globalen Konkurrenzfähigkeit der – ressourcenökonomischeren – europäischen Unternehmen als erfolgreich, würde sie zum einen unmittelbar zu mehr Wachstum und mehr Beschäftigung führen. Zum anderen würde dieses Wachstum von steigendem Ressourcen- und Energieverbrauch sowie vom Wachstum klimaschädigender Emissionen »ab-

gekoppelt werden, wie in den übergreifenden Bestrebungen der Strategie Europa 2020 vorgesehen.« (KOM(2010) 614: 5) Diese Abkopplung bildet also geradezu den Springpunkt der EU-Strategie.

Der amerikanische Umwelt-Thinktank *Breakthrough Institute* hat die Ergebnisse der bisherigen Abkoppelungsversuche eingehend analysiert und aufgezeigt, dass die Effizienzgewinne insbesondere beim Energieverbrauch in der konkreten Branche, keinesfalls zu den notwendigen absoluten Einsparungen in der Gesellschaft insgesamt bzw. weltweit geführt haben (Boeing 2011). Auch das Recycling bzw. Konzepte des »cradle to cradle« (Braungarts, McDonough 2008) haben ihre Grenzen.

Die Fixierung derartiger Konzepte auf Technologien überträgt biologische Stoffkreisläufe auf technische und blendet die prinzipiellen Unmöglichkeiten aus, eine Vielzahl technischer und chemischer Produktionsprozesse kurz- bzw. mittelfristig abfallfrei gestalten zu können. Sie setzt auf »Rematerialisierung« (denselben Stoff immer wieder zu verwenden) und lehnt »Dematerialisierung« im Sinne der absoluten Stoffeinsparung ab. Das entspricht zwar den realen Tendenzen – aber globale Ressourcengerechtigkeit ist dann kein oder nur kaum noch ein Thema. Das spricht nicht prinzipiell gegen die Nutzung derartiger Technologien, ihre Integration in Strategien zur Einsparung von Ressourcen, sondern gegen die kritik- und perspektivenlose Fixierung auf technologische Abkoppelungsversuche als vorgebliche Lösungen.

Diese Fixierung ist nur folgerichtig, wird lediglich auf anders ausgerichtetes Wirtschaftswachstum – das heißt letztlich Kapitalakkumulation – orientiert und wird der rein technische »Umbau« von Produktions- und Konsumtionsstrukturen nicht mit Abbau und gesellschaftlichem Umbau verbunden. Der kurz skizzierte individuelle und gesellschaftliche Alltag in den globalen Industrieregionen (siehe S. 88-89) muss grundlegend verändert werden, was demokratisch und daher nachhaltig nur durch jene möglich werden kann, die in diesem Alltag leben.

»Umbau« ist nicht gleich »Umbau«

Der durch die Europäische Kommission lediglich technisch verstandene »Umbau« setzt vor allem Investitionen und so »stabile und effiziente Finanzmärkte« voraus, die »die geeigneten Anreize erhalten, um die Realwirtschaft ... zu finanzieren« (KOM(2010) 614: 7). Die Finanzmärkte sollen auch privates und öffentliches Kapital von außerhalb der EU anziehen, »einschließlich ausländischer Direktinvestitionen aus staatlichen Investitionsfonds« (KOM(2010) 614: 8).

Damit werden aber erneut Finanzialisierung und die Macht der Finanzmarktakteure gestärkt.

Die »Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie« hänge »maßgeblich von der Qualität und Effizienz der Infrastrukturdienstleistungen für Energie, Verkehr und Kommunikation ab«. Die für diese Leistungen erforderlichen Netze müssten unbedingt ausgebaut und modernisiert werden. »Die Verkehrsnetze müssen optimiert werden, um Engpässe zu beseitigen und grenzüberschreitende Ver-

bindungen zu verbessern.« (KOM(2010) 614: 15) Die Netze müssten insbesondere enger miteinander verbunden werden, »um neue, wettbewerbsfähige Dienstleistungen zu ermöglichen«, wodurch »sich zugleich neue Quellen für Wachstum und Innovation erschließen lassen« (KOM(2010) 614: 12).

Das A+O für mehr »Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie seien die rasche Entwicklung und Vermarktung neuer Technologien, wofür es gesicherter Finanz-, Rohstoff- und Energieflüsse bedürfe. »Wichtige Grundlagentechnologien wie etwa industrielle Biotechnologie, Nanotechnologie, neue Werkstoffe, Photonik, Mikro- und Nanoelektronik und fortgeschrittene Fertigungssysteme, können die Grundlage für ein breites Spektrum neuer Verfahren, Waren und Dienstleistungen bilden, auch für die Entwicklung völlig neuer Industriezweige im kommenden Jahrzehnt...« (KOM(2010) 614: 11). Eine engere Zusammenarbeit in der Technologiepolitik und den entsprechenden Programmen, ein besserer Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten und eine stärkere Unterstützung für Pilot- und Demonstrationsprojekte seien wesentlich, um die »Entwicklung kommerzieller Technologien zu beschleunigen.« (KOM(2010) 614: 14) Diese Technologien sollen wiederum nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Arbeitsplätze befördern und »gleichzeitig den Übergang zu mehr Ressourceneffizienz in sämtlichen Wirtschaftszweigen herstellen« (KOM(2010) 614: 23). Dazu gehörten eine entsprechende Produktpolitik, Umstellungen, Abbau von Überkapazitäten und Modernisierungen. Der Fonds zur Anpassung an die Globalisierung müsse im Interesse der Arbeitnehmer/innen und Bürger/innen ausgeweitet werden.

»Die soziale Verantwortung der Unternehmen kann zu Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit und damit zur Leistungsfähigkeit der europäischen Industrie beitragen.« Sie stärke das Vertrauen in den Unternehmen, was für die Schaffung eines Unternehmensklimas, in dem die Industrie florieren kann, wesentlich sei. »Die Finanzkrise hat gezeigt, dass ein neuer Ansatz notwendig ist, um das *Gleichgewicht zwischen der kurzfristigen Gewinnmaximierung einerseits und der langfristigen nachhaltigen Wertschöpfung andererseits neu auszutarieren.*« (KOM (2010) 614: 26)

Damit setzt die Europäische Kommission zu eng an: sie sieht einerseits alle Sektoren der Industrie als außerordentlich wichtig an. Andererseits orientiert sie auf besondere sektorspezifische Initiativen, um in der gesamten Gesellschaft solche Innovationen zu fördern, die erforderlich sind, um die Herausforderungen »Klimawandel, Energie, Alterung der Bevölkerung, Kenntnisse und Qualifikationen« (KOM(2010) 614: 36) zu meistern.

Als derartige »sektorspezifische Initiativen« werden genannt:

»Eine sektorale Industriepolitik für die Raumfahrt auf der Grundlage der durch den Vertrag von Lissabon übertragenen neuen Kompetenzen, der Kraftfahrzeugbau und mit ihm in Verbindung stehende Sektoren werden eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Lösungen für eine *nachhaltige Mobilität* spielen;

Sektoren, die mit den zweckmäßigsten Ansätzen zu Lösungen der *weiteren künftigen gesellschaftlichen Herausforderungen Klimawandel, Gesundheit und Sicherheit* (z. B. Gesundheitsfürsorge, Umweltgüter und -Technologien, Energieversorgungsindustrien und Sicherheitsindustrie) beitragen;

Sektoren, in denen *der Wertschöpfungskette besondere Bedeutung zukommt* (z. B. Chemieindustrie, Maschinenbau, Fahrzeugbau, Agrar- und Ernährungsindustrie, Dienstleistungen für Unternehmen);

energieintensive Sektoren, die im internationalen Wettbewerb stehen, müssen die Vorteile von auf Wettbewerb beruhenden Energiemärkten nutzen können, da diese günstige Rahmenbedingungen für eine gewinnbringende Geschäftstätigkeit in der EU bieten (Zugang zu Energie und Rohstoffen zu wettbewerbsfähigen Preisen, fairer Wettbewerb auf dem Weltmarkt usw.).« (KOM(2010) 614: 27)

Dass zuerst die Raumfahrt genannt wird, mag zunächst zu überraschen. Die Überraschung schwindet, werden Zusammenhänge sichtbar: Die Raumfahrtindustrie ist eine riskante und investitionsintensive Hochtechnologie-Branche. Sie wird in allen Raumfahrtnationen hoch subventioniert und vorwiegend im Rahmen institutioneller Programme betrieben. »Die Raumfahrtpolitik wird von drei Haupterfordernissen angetrieben: gesellschaftliche (aus der Erkundung und der Nutzbarmachung des Weltraums für das Wohlergehen der Bürger abgeleitete Vorteile), wirtschaftliche (die Raumfahrt erzeugt Wissen und ist ein Innovationsmotor) und strategische (die Raumfahrt liefert einen Beitrag für die Aussichten der Europäischen Union, global agieren zu können).« (KOM(2010), 614: 28)

Ein Schlüsselsektor der Raumfahrtindustrie ist die Satellitenkommunikation. Diese trage zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung bei (EC 2011: IP/11/42). Ca. 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hängen direkt mit ihr zusammen. Die Programme Galileo und EGNOS wurden bzw. werden mit – insgesamt um fast 2 Mrd. Euro nach oben korrigierten – ca. 5,3 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt finanziert. Bereits bis 2007 wurden 1,5 Mrd. Euro investiert. Damals war noch unentwegt von ausschließlich ziviler Nutzung die Rede: sämtliche Verkehrsträger würden vom verbesserten Infrastrukturmanagement und der Bereitstellung geo-lokalisierter Informationen profitieren, ebenso die Logistik, die Präzisionslandwirtschaft, der Katastrophenschutz und das Notfallmanagement, das Kartierungs- und Vermessungswesen, die Fischerei, der Energiesektor, die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, der Bergbau, die Geowissenschaften, die Meteorologie, die Modellierung des Klimawandels, der Umweltschutz, die Justiz. Allerdings hat bereits im Juli 2008 das Europäische Parlament der Resolution »Bedeutung des Weltraums für die Sicherheit Europas« mehrheitlich zugestimmt und damit der Forderung, das Satellitennavigationssystem Galileo für Operationen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einsetzen zu können. Navigation, Observation und Telekommunikation seien unverzichtbar für eine effektive Sicherheitspolitik.

Die Bremer Firma OHB-System erhielt den Auftrag zum Bau von 14 Satelliten für Galileo.³⁵ Dennoch bleibt bei der Europäischen Kommission und den Regierenden in den Mitgliedstaaten Unzufriedenheit, denn »Europa« habe nach wie vor Nachholebedarf bei GNSS-Anwendungen (GNSS – Globales Satellitennavigationssystem). »Zwar gibt es sehr viele Bereiche, in denen Anwendungen entwickelt werden könnten, jedoch erfordern Haushaltszwänge eine schwerpunktmäßige Konzentration ...« (KOM(2010) 308: 4).

Die EU-Raumfahrt-Strategie

EU-Vorhaben zur Raumfahrt und globalen Satellitennavigation sollen innovative Motoren »struktureller Modernisierung« und globaler Konkurrenzfähigkeit sein bzw. werden. Ihre Realisierung bedeutet Entwicklung von für die globale Konkurrenzfähigkeit und den EU-Alltag entscheidenden Produktions- und Konsumtionsstrukturen.

Energiewirtschaft:

»Die sehr exakte Zeitsteuerung über Galileo wird dazu beitragen, den Stromtransport über Elektrizitätsleitungen zu optimieren. Weitere Anwendungen sind Unterstützungen bei der Wartung und Unterhaltung der Infrastruktur zur Verteilung von Elektrizität.«

Transportwirtschaft

»Gerade die zivile Luftfahrt erwartet von Galileo bedeutende Fortschritte, denn mit dem Integritätssignal gewährleistet das europäische System ein sicheres Signal, das auch zuverlässige Landeanflüge und Landungen ermöglicht.

Anwendungen im Straßenverkehr sind etwa Navigationshilfen im Fahrzeug, die Flottenverwaltung in Taxi-, Speditions- und Busunternehmen und die Fahrerunterstützung. Die Verkehrsüberwachung kann gerade in Bezug auf Haftungsfragen bei Unfällen durch die Speicherung der exakten Position und genauen Zeit sehr hilfreich werden. In Fahrzeuge versteckt eingebaute Geräte können auf Abruf einer Zentrale die Position des Fahrzeuges mitteilen und so dem Diebstahlschutz dienen.

Dem Schienenverkehr werden Anwendungen im Bereich der Zugsteuerung und -überwachung, der Routenverfolgung einzelner Güterwagen zugutekommen. Und die Bürger dürften täglich durch eine Reihe besserer Dienstleistungen davon profitieren ...«

»Güterverkehr und Logistik ... bilden das Rückgrat der produzierenden arbeitsteiligen Wirtschaft. Leistungsfähige Logistiksysteme und -netze stellen daher

35 http://www.nzz.ch/nachrichten/panorama/galileo_wird_fast_zwei_milliarden_teurer_1.9139640.html.

einen entscheidenden Erfolgsfaktor für Unternehmen und Standorte im internationalen Wettbewerb dar. Als bedeutendste Wirtschaftsnation aber auch als Transitland in der Mitte des erweiterten Europas ist Deutschland hier im besonderen Maße gefordert: Es muss die Effizienz seines Verkehrssystems zur Stärkung der Wirtschaft, zur Begleitung des Strukturwandels sowie zur nachhaltigen Entwicklung ständig erhöhen.«

(<http://www.bmvs.de/SharedDocs/DE/Artikel/UI/galileo-das-europaeische-satellitennavigationssystem.html>)

»Bis zum Jahr 2020 sollen eine Millionen Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren.«

(http://www.bmvs.de/DE/VerkehrUndMobilitaet/Zukunftstechnologien/zukunftstechnologien_node.html)

»Kommunikation

... Neue Endgeräte mit integriertem Galileo/GPS-Empfänger ermöglichen die Standortbestimmung und damit die Einführung orts- oder räumlichkeitsbezogener Tarife.«

»Personennavigation

Galileo erschließt neue standortbezogene Dienste, indem Positionsbestimmungs- und Kommunikationsdienste in einem Endgerät (Handys, PDAs) zusammengefasst werden. Durch die bekannte Position können Dienstleister dem Benutzer individuell angepasste Informationen anbieten, wie Fahrpläne ..., Parkplätze, Sehenswürdigkeiten, Hotels oder Restaurants. Die Bestimmung von Personenbewegungen ist eine weitere Anwendung, bei der mobile Mitarbeiter wirksamer koordiniert werden können.«

»Landwirtschaft und Fischerei

Satellitennavigationssysteme helfen bei der Ertragsüberwachung und beim optimierten und umweltschonenden Ausbringen von Düngemitteln oder Insektiziden. Ein weiteres Anwendungsfeld wird die zertifizierte Überwachung der genauen Größe landwirtschaftlicher Flächen sein, für die die EU Stilllegungsprämien zahlt. Neue Einsatzgebiete zeichnen sich auch bei der Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit ab. In ähnlicher Weise kann der Fischereisektor von Galileo profitieren. So kann Galileo zur Überwachung von Fischbeständen eingesetzt werden. Dabei können Behörden feststellen ob Fischereischiffe tatsächlich nur in den ausgewiesenen Fanggründen zum Einsatz kommen.«

»Finanzen, Banken, Versicherungen

... Durch den Einsatz von Galileo-Referenzzeiten bei der Rückverfolgung werden Risiken im elektronischen Bankverkehr wie gefälschte Transaktionen und unbefugte Zugriffe auf Dokumente und Konten eingeschränkt. Weiterhin kann

ein auf Galileo beruhendes geschütztes Zeitsignal für ein zuverlässiges Verschlüsselungssystem genutzt werden. Für den Versicherungssektor bietet die Satellitennavigation ein wirksames Mittel zur Steuerung und Überwachung des Transports wertvoller oder gefährlicher Güter und damit ein kalkulierbares Risiko.«

(http://www.esa.int/esaCP/SEMU698A9HE_Germany_2.html)

Militärisch-industrieller Komplex

»... Satellitennavigation gilt als Wachstumsmarkt mit großem Potenzial. Derzeit dominiert das Global Positioning System (GPS) die Satellitennavigation, das vom US-Militär betrieben wird. Galileo wird mit GPS interoperabel sein.«

(http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Europa/1234.html)

»Grundsätzlich kann das für hoheitliche Zwecke eingerichtete Signal des Public Regulated Service (PRS) im Sinne eines Dual-Use auch für militärische Zwecke eingesetzt werden.«

(Bundesregierung 2009: 16/13256, 4)

Das Projekt »Galileo« dient vor allem der Überwachung von Prozessen – damit auch von Personen – und der Meisterung weiter steigender Transportmengen. Ein bestimmter Typ gesellschaftlicher Arbeitsteilung bzw. von Vergesellschaftung wird so fortgeschrieben, was mit (wachsenden) sozialen Spaltungen, sozialer Ausgrenzung, Kontrolle und Unterdrückung, mit anhaltender Verschmutzung von Luft, Wasser, Böden und der Zerstörung von Ökosystemen verbunden ist. Dieser Vergesellschaftungstyp stützt sich auf global agierende Konzerne und auf technologischen Fortschritt, der enorme Investitionen erfordert, immer wieder neu eine wachsende Nachfrage nach knapper werdenden natürlichen Ressourcen hervorbringt und mit neuen Formen der Kapitalkonzentration einhergeht: Die Top-10-Unternehmen in der Pharmaindustrie kontrollieren zu ca. 60 Prozent den Weltmarkt, bei Biotechnologien sind es drei Viertel, im Lebensmittel-Einzelhandel 24 Prozent, in der Lebensmittel- und Getränkeindustrie 24 Prozent.³⁶

»Galileo« hat sehr direkt mit der Lebenswirklichkeit und dem Alltag in der Europäischen Union zu tun. Das zeigt allein die Auflistung seiner Einsatzfelder. Mit der Realisierung dieses Programms müssen immer wieder neu Fragen seiner Finanzierung geklärt werden. Es fließen enorme öffentliche Haushaltsmittel. Auf den Finanzmärkten finden komplizierte Transaktionen statt und die Europäische Kommission sucht nach weiteren Finanzierungsinstrumenten.

36 Oligopoly, Inc.2005, www.etcgroup.org.

Sie hat lange an ihrer Initiative »Europa-2020-Projektanleihen« gearbeitet. Dieses Anleihemodell soll projektbezogene Anlagen für private Kapitalmarktanleger wie Pensionsfonds oder Versicherungsgesellschaften attraktiver machen (EC 2011: IP236). Die Emission projektbezogener Anleihen gilt dem Wirtschafts- und Währungskommissar Rehn als »vorrangige Maßnahme zur Wachstumsförderung« und so erklärt er: »Die öffentlichen Haushalte sind derzeit konsolidierungsbedürftig. Wir müssen aber trotzdem ein nachhaltiges Wachstum in Europa fördern.« (EC 2011: IP236) Auch die Banken könnten nur sehr eingeschränkt langfristige Anleihen zur dringend erforderlichen Infrastrukturverbesserung tätigen. Von den Defiziten wären vor allem der Ausbau und die Modernisierung der Verkehrs-, Energie- und Informations- und Kommunikationsnetze betroffen. Hier würde der Investitionsbedarf ca. 1,5 bis 2 Billionen Euro betragen. (EC 2011: IP236) Wer Anleihen aufnehmen möchte, um große öffentliche Investitionen im Interesse der »europäischen Konkurrenzfähigkeit« zu tätigen, solle daher die Unterstützung der Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank erfahren. Das gelte ebenso für jene Institutionen am Kapitalmarkt, die bereit seien, für öffentliche Infrastrukturinvestitionen Kapital zu borgen. Die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank würden daher einen Teil des Projektrisikos übernehmen und damit das Rating der von den Projektträgern emittierten Schuldtitel verbessern.

Die Anstrengungen der EU-Kommission zur Schaffung von Infrastrukturanleihen und zu öffentlichen sektorspezifischen Initiativen gehen von globalisierter Konkurrenz aus – unter Konzernen, Staaten, Kapitaloligarchien, Unternehmen und Arbeitskräften sowie Wähler/innen, Käufer/innen und Verbraucher/innen – und peitschen diese Konkurrenz weiter an; die Anstrengungen gehen von der Verknappung der natürlichen Ressourcen durch Konzerne, Staaten, Oligarchien und Verbraucher/innen aus und verknappen diese weiter; und die EU-Anstrengungen gehen von der Verschmutzung der Luft, des Wassers, der Böden und der Ökosysteme durch Konzerne, Staaten, Oligarchien und Bürger/innen aus und verschmutzen diese weiter.

Die Strategie der EU scheint auf dem ersten Blick schlüssig, aber wer sind diejenigen, die diese Strategie ausgestalten, die vermittels dieser Strategie ihre Interessen realisieren können? Was bedeutet die Orientierung auf die Verbesserung von Weltmarktpositionen? Welche Richtungen von Entwicklung werden so tatsächlich befördert?

Was bedeutet dies insgesamt für die Arbeit der sozialistischen Kräfte an gesellschaftspolitischen Alternativen?

2.2. Sechs zerstörerische Komponenten, ein zerstörerisches Quartett

Die Produktivitätsentwicklung in der Energieerzeugung, in der Landwirtschaft und im Transportwesen erklärt wesentlich Vergesellschaftungs- und Industrialisierungsprozesse sowie die Geschichte der Produktivkräfte. Die führenden Ak-

teure bzw. Unternehmen in der Energiewirtschaft, in der Transportwirtschaft, in der Landwirtschaft, im Agrobusiness und in der »Sicherheitsindustrie« erschließen bzw. erobern Territorien, konkurrieren um Flächen als Lebensräume von Menschen.

Die zentrale Bedeutung dieser Branchen für das komplexe Ganze kapitalistischer Wirtschaftsweise erklärt, warum diese Unternehmen Machtstützen der Kapitaloligarchien sind. Über Technologien in der Logistik, wie Galileo, die großtechnologische Energieerzeugung und die dafür notwendigen Netze, Straßenbauprojekte, über Sicherheitssysteme sowie die damit verbundenen Finanzierungsinstrumente sind die Interessen von Unternehmen in diesen Bereichen eng mit denen in anderen Branchen und Sektoren verbunden. Sie führen ihrerseits zu Standortentscheidungen und Richtungen in der Technologieentwicklung in allen Wirtschaftsbereichen. Sie sind die Speerspitze, wenn es darum geht, die Interessen der Kapitaloligarchien in politischen Entscheidungen durch- und umzusetzen

Freihandel gegen Kleinbauern

María del Pilar Silva Garay vom Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo zum geplanten Freihandelsabkommen EU-Kolumbien am 24.3.2011 in Berlin:

»Wer wird von einem Freihandelsabkommen profitieren? Das werden europäische transnationale Unternehmen sein, die bereits in der Vergangenheit zu Problemen und Menschenrechtsverletzungen beigetragen haben, wie z. B. Cerrejón und andere Kohle- und Bergbauunternehmen. Sie sind mitverantwortlich für Vertreibungen und Umweltzerstörung.

Diese transnationalen Unternehmen werden vom Freihandelsabkommen profitieren, während in der Bevölkerung weiterhin Armut herrscht. Ungleichheit und Armut haben sich in den letzten Jahren immer mehr verschärft.

Ein Großteil der kolumbianischen Kleinbauern hat keinen Zugang zu fließendem Wasser, Strom oder sonstiger Infrastruktur. Die Bauern erhalten keinerlei Subventionen. Wird ein Freihandelsabkommen abgeschlossen, werden die Kleinbauern und die kleinen Unternehmen die Leidtragenden sein. Unter den Bedingungen solch extremer Ungleichheit und Armut darf kein Freihandelsabkommen abgeschlossen werden.

Aus diesen Gründen rufen wir dazu auf, das Abkommen nicht zu ratifizieren. Es wird keinen Vorteil für die benachteiligten Bevölkerungsschichten bringen.«

(Diskussionsforum 2011)

Die energiebezogenen Aktivitäten bewirken weltweit ca. 63 Prozent der globalen klimaschädigenden Emissionen, darunter 77 Prozent aller Kohlendioxydemissionen. Ca. 28 Prozent der klimaschädigenden Emissionen und 36 Prozent der Kohlendioxydemissionen rühren von Elektrizität und Heizung her. Auf die Transport-

wirtschaft entfallen über ein Viertel der klimaschädigenden Emissionen. Sie hängt energetisch zu 96 Prozent am Erdöl, das über 95 Prozent der Transportemissionen bewirkt. Die Landwirtschaft verursacht ca. 14 Prozent der Kohlendioxidemissionen. Wird die durch Waldrodung zerstörte CO₂-Bindung addiert, erhöht sich der klimarelevante Wert auf 32 Prozent. Hinzu kommen CH₄- und N₂O-Emissionen.³⁷ Aber über eine Milliarde Menschen leiden unter Hunger und Unterernährung.

Die Entwicklung der mit diesen Daten verbundenen stofflichen und gesellschaftlichen Strukturen geht wesentlich mit Rüstung und Militarisierung, mit Gewalt und Kriegen zusammen. Der Militärisch-Industrielle Komplex ist nicht nur Großkunde der Energiewirtschaft, des Transports und der Landwirtschaft. Er hat diese Bereiche mitgeprägt. Das erklärt z. B. die lateinamerikanische Wirtschaftswissenschaftlerin Ana Esther Ceceña an Hand der Militarisierung Mexikos (Ceceña 2009: 6).

In der Vergangenheit und Gegenwart wurden bzw. werden Kriege geführt um Energieträger, Rohstoffe, Wasserressourcen, Agrarland, Transportwege. Der Rüstungs- und Sicherheitsbereich bzw. der Militärisch-Industrielle Komplex waren und sind Raum von Technologieentwicklungen, die neue Nachfrage nach Energie entwickel(t)en und wiederum neue Entwicklungen in den drei anderen Bereichen auslösten: Neue Technologien wurden und werden vielfach zuerst und vor allem im militärischen Bereich erfolgreich angewendet. Dies betrifft auch Bereiche der Mikroelektronik und Informationstechnologien.

Bei der Produktion von Kohlendioxidemissionen liegt die ITK-Branche gleich auf mit der Luftfahrtindustrie. Vor allem wegen der expandierenden Nutzung von ITK-Geräten und Unterhaltungselektronik wird der globale Energiebedarf bis 2030 drastisch ansteigen. Entsprechend der Studie »Gadgets und Gigawatt« machten Anfang 2009 elektronische Geräte, darunter fast eine Milliarde Handys und zwei Milliarden Fernseher, etwa 15 Prozent des weltweiten Stromverbrauchs in Privathaushalten aus. Bis 2022 werde sich deren Energiekonsum verdoppelt und bis 2030 verdreifacht haben.³⁸ Das zieht neue Großprojekte, Innovationen und gewaltigen Investitionsbedarf nach sich. Verschuldete Staaten sollen für Investitionen sorgen. Sie kooperieren mit mächtigen Finanzmarkt-Akteuren, die mit ihren Staatsschulden spekulieren.

Die Kapitaloligarchie-Angehörigen in den Schaltzentren der transnationalen Konzerne jener vier Wirtschaftsbereiche wirken immer wieder darauf hin, dass Industrialisierung in anderen Bereichen der Welt relevant auf die vier globalisierten Bereiche bezogen bzw. als von deren Produktion abgeleitet erfolgt: Schließlich interessieren die hier Führenden bzw. ihre Kapitaloligarchien die in den eigenen Industrieregionen gebrauchten Ressourcen, insbesondere die atomaren und fossilen Energieträger und seltenen Erden, die landwirtschaftlichen Importe, die

37 <http://cait.wri.org>.

38 <http://www.connect.de/news/itk-energiebedarf-verdreifacht-sich-385839.html>.

»Sicherheit«. Es interessieren in diesem Kontext die zentralisierten Kraftwerke – darunter die AKWs –, der Straßenbau, der Luft- und Schiffsverkehr, motorisierte Transporte, die Autoproduktion und Autoexporte, Pipelines und Speicher, die industrielle Landwirtschaft. Es gibt wachsenden Bedarf an Futtermitteln, Agrar-treibstoffen, Lebensmittelgeschäften, landwirtschaftlichen Nutzflächen, an Ex-porten von Gentechnologien, an Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmitteln, an Technikexporten und an Pflanzenanbau zum Erwerb von Verschmutzungsrechten im Rahmen des Kyoto-Prozesses (Umsetzung des globalen Klimaschutzabkom-mens von Kyoto). Dieser Pflanzenanbau zerstört erneut Böden sowie Biodiver-sität und/oder verletzt Menschenrechte und ökologische Nahrungsmittelproduk-tion.

In jedem AKW steckt ein Bedrohungspotenzial

»Das Erdbeben und der Tsunami waren Naturkatastrophen. Die Explosion im Atomreaktor Fukushima aber war menschengemacht. Diese Tatsache verdrängen diejenigen Politiker, die uns nun mit dem lächerlichen Argument zu beschwichtigen versuchen, »bei uns« bestehe »keine Gefahr«.

Welch ein Unfug. Atomanlagen sind höchst gefährlich, nicht nur in wirtschaftlichen Ballungsräumen. Was in Three Miles Island und in Forsmark geschah und nun in Japan geschieht, beweist nur einmal mehr, wie verletzbar diese angeblich sichere Technologie ist – nicht nur durch Erdbeben oder Überschwemmungen, sondern auch durch menschliches Versagen oder durch Terrorismus. In jedem Atomkraftwerk steckt ein Fehlerpotential, das eine irreversible Katastrophe für die gesamte Zivilisation auslösen kann. Nun sind die Risiken einmal wieder erkennbar geworden.

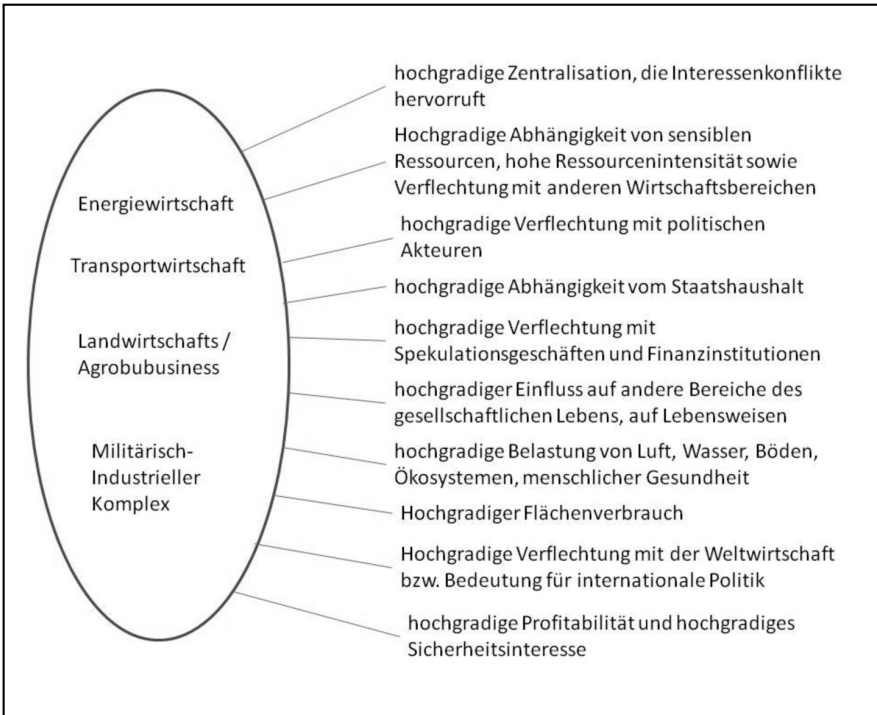
Die Lehre daraus ist: Die Menschheit darf nicht so weitermachen wie bisher und ihre waghalsigen Versuche fortsetzen, Naturgewalten zu bändigen. Stattdessen muss sie sich auf die natürlichen Quellen besinnen und von atomaren Energien Abschied nehmen.«

Axel Berg, Vorsitzender von Eurosolar am 14.3.2011

(http://www.eurosolar.de/de/index.php?option=com_content&task=view&id=1460&Itemid=254)

Technologieentwicklung, Außen- und insbesondere Entwicklungspolitik sind und werden zunehmend ausgehend von »Sicherheitsinteressen« bzw. Militarisierung bestimmt und beeinflusst. Zur »Sicherheit« gehören die Versorgung mit Ressourcen, Transporte, die Funktionsweise globalisierter Produktionsketten, und das heißt der Erhalt und die Ausdehnung von Macht, Kontrolle und Herrschaft.

Illustration des Stellenwertes und Einflusses der Energiewirtschaft, der Transport- und Landwirtschaft, des Militärisch-Industriellen Komplexes im Wirtschaftsleben der Gesellschaft und auf die Überlastung der ökologischen Systeme



**Illustration von wechselseitigen Zusammenhängen
zwischen Energiewirtschaft, Transport- und Landwirtschaft
und Militärisch-Industriellem Komplex und damit von Akteursnetzwerken
sowie Kapitaloligarchien**

(1)	Energie- wirtschaft (2)	Transportwesen (3)	Landwirtschaft/ Agrobusiness (4)	Militärisch- Industrieller Komplex (5)
Energie- wirtschaft		Kraftstoff, Schmierstoffe	Kraftstoff, Dünge- mittel, Pflanzen- schutzmittel	Kraftstoff, Schmierstoffe
Transport- wirtschaft	Energie- transporte		Transporte von Energieträgern, Dünge u. Pflanzenschutzmitteln, Agrarprodukten usw.	Transportmittel und Transporte
Agrar- wirtschaft	Flächen, Rohstoffe	Biokraftstoffe		Biokraftstoffe Flächen
Militärisch- Industrieller Komplex	Energie- sicherheit, Flächen- sicherung	Sicherung von Transporten	Flächensicherung	

Die Spalten (2) bis (5) stehen für die Adressaten von Warenlieferungen, die zugleich Nachfrager nach neuen Lieferungen sind. Die Spalte (1) steht für die Lieferanten der Waren. Es muss also für alle ausgefüllten Zellen in den Spalten (2) bis (5) jeweils noch die neue Nachfrage mitgedacht werden

Die Ausführungen zum zerstörerischen Quartett werfen u. a. die Frage auf, warum der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) in seinem bemerkenswerten Jahresgutachten 2011 von drei »Transformationsfeldern« – abgeleitet von den drei »Hauptpfeilern der heutigen Weltgesellschaft« – spricht (WBGU 2011: 3). Damit sind die Energiesysteme, urbane Räume und Landnutzungssysteme gemeint, die für den Übergang zu Klimaverträglichkeit am meisten relevant seien. Dieser Blick übersieht, dass die

»Hauptpfeiler der heutigen Weltgesellschaft« mit einer Vergesellschaftungsweise verknüpft sind, die insbesondere permanent Nachfrage nach Transportdienstleistungen und militärische Gewalt produziert.

Energiewirtschaft – Faktor 1 im »zerstörerischen Quartett«

»Fukushima« und British Petroleum im Golf von Mexiko symbolisieren Zerstörung.

Die globale Energieversorgung beruht zu mehr als 80 Prozent auf fossilen Energieträgern. Deutschland trägt bei einem Anteil von einem Prozent an der Weltbevölkerung mit ca. drei Prozent überproportional zum globalen CO₂-Ausstoß bei. Daran ist seine Energiewirtschaft zu ca. 46 Prozent beteiligt. (Bundesministerium 2010: 46) Die Erschließung und Produktion von Energie, insbesondere von Strom aus fossilen Energieträgern (aber auch aus atomaren), bedeutet den Aufschluss riesiger Flächen – menschliche Lebensräume, Waldflächen als »Senken«, landwirtschaftliche Nutzfläche. Ökosysteme werden zerstört. Die Produktion atomar-fossiler Energie bedeutet ferner Produktion, Einsatz und Betrieb von Großtechnik zur Förderung, Lagerung und zum Transport der Energieträger; zum Bau, Betrieb und zur Überwachung von Kraftwerken; zur Energiespeicherung, zum Transport und zur Nutzung von Energie; zur Beförderung, zur Lagerung und Überwachung von Atommüll und anderen Produktionsrückständen.

Weil zur Finanzierung und gesicherten Funktionsweise der atomar-fossilen Energiewirtschaft der Staat gebraucht wird, ist vielfach vom »politisch-energiewirtschaftlichen Komplex« die Rede (Scheer 2010: 39). Dieser Staat muss zwecks (undefinierter) Energiesicherheit repressiv sein, denn es gilt, zentralistische Strukturen mit langen Transportdistanzen funktionsfähig zu halten. Konkrete Staaten – nicht nur der Iran und Nordkorea – und die NATO mit ihren EU-Mitgliedern sehen die Drohung mit Atomwaffen und selbst Krieg als Mittel von Politik an: »Wer Atombomben hat oder haben will, muss auch über Atomkraftwerke und einem Grundstock an atom-technischer Industrie verfügen. Die Atomtechnik ist in allen Atomwaffenstaaten eine ›Double-Use-Technik‹.« (Scheer 2010: 249)

Die Energiewirtschaft ist auf das Engste mit den Produktions- und Konsumtionsstrukturen – mit der Gesundheit und dem Wohlbefinden von Menschen –, mit den übrigen wirtschaftlichen und mit den herrschenden gesellschaftlichen Strukturen verknüpft. Sie ist am dringlichsten mit der Endlichkeit von fossilen und atomaren Naturressourcen konfrontiert und ihrerseits von größtem Einfluss auf die Entwicklung natürlicher Lebensbedingungen, insbesondere des Klimas, aber auch des Wassers, der Böden und der Ökosysteme. Zentralisierte technische und ökonomische Großsysteme waren und sind immer wieder Anlass für Massenproteste, die vielfach von den Herrschenden und den Regierenden repressiv beantwortet wurden und werden.

Maschinerie

»Alle entwickelte Maschinerie besteht aus drei wesentlich verschiedenen Teilen, der Bewegungsmaschine, dem Transmissionsmechanismus, endlich der Werkzeugmaschine oder Arbeitsmaschine. Die Bewegungsmaschine wirkt als Triebkraft des ganzen Mechanismus. Sie erzeugt ihre eigne Bewegungskraft, wie die Dampfmaschine, kalorische Maschine, elektro-magnetische Maschine usw., oder sie empfängt den Anstoß von einer schon fertigen Naturkraft außer ihr, wie das Wasserrad vom Wassergefäll, der Windflügel vom Wind usw. ... Der Transmissionsmechanismus ... regelt die Bewegung, verwandelt, wo es nötig, ihre Form ... und überträgt sie auf die Werkzeugmaschine. Beide Teile des Mechanismus sind nur vorhanden, um der Werkzeugmaschine die Bewegung mitzuteilen, wodurch sie den Arbeitsgegenstand anpackt und zweckgemäß verändert.«

(Marx 1979a: 393)

Die Werkzeugmaschine als Ergebnis und Katalysator von technisch-technologischer Entwicklung beförderte die Vervollkommnung der Bewegungsmaschine. Damit wird die einzelne Werkzeugmaschine zu einem einfachen Glied maschinenmäßiger Produktion. Eine Bewegungsmaschine konnte nunmehr viele Arbeitsmaschinen gleichzeitig betreiben.

(Marx 1979a: 398)

»... wenn wir nun durch unseren Erfolg einer auf fossile Energien setzenden Wirtschaftsweise und Gesellschaftsform

- eine unkontrollierbare Erwärmung des Klimas durch die ungezügelte Emissionstätigkeit erzeugen und zugleich

- die Energieressourcen knapper werden

- die Vernutzung der Umwelt zu irreversiblen Bestandsverlusten führt

und die Überlebensbedingungen der Mehrheit der Weltbevölkerung durch das Zusammenwirken aller Faktoren schlechter werden,

dann hat man es in der Tat nicht mit einer vorübergehenden und leicht zu behebbenden Krise zu tun, sondern mit einem Prozess, der unser System an die Grenze bringt.«

(Leggewie, Welzer 2009: 50)

Es ist eines der wichtigsten Resultate des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, dass im Unterschied zu den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts heute dezentrale Lösungen auch im Bereich der Hochtechnologien möglich sind. Das eröffnet einerseits völlig neue Möglichkeiten für Regionalentwicklung, für eine

regionale Produktion, die nicht von globalen Prozessen abgekoppelt ist, nicht in Isolation und Stagnation verfällt. Diese Möglichkeiten stehen aber eben im Widerspruch zu den Interessen der Kapitaloligarchien. Deren Akteure forcieren die andere Seite der neuen Möglichkeiten: Modifizierungen von Konzernstrategien, um unter dem Motto »dezentral erneuerbare Energien entwickeln« alternative lokale und regionale Energieerzeuger zu ruinieren und andere, konzerngemäße erneuerbare Energien zu etablieren. Dieser Konflikt zeigte sich im Frühjahr 2011 in der Debatte und Gesetznovellierung zur Einspeisevergütung für erneuerbare Energien, wodurch lokale und regionale Energieerzeuger von Strom aus Photovoltaik-Anlagen ökonomisch geschwächt werden. »Man hat den Eindruck, dass genau dort, wo neue Investoren, energiebewusste Bürger und somit neue Träger besonders aktiv werden, deren Engagement behindert werden soll«, resümiert die Geschäftsführerin von Eurosolar.³⁹ Die Regierenden wollen den Energiekonzernen nach der de facto Rückkehr zum Atomkonsens 2000 den langsamen Ausstieg aus der Atomenergie annehmbarer machen, indem ihnen mehr Zeit und Förderung zum Übergang auf vielfach zweifelhafte »erneuerbare Energien«, Brückentechnologien und »unkonventionelle Erschließung« wie das Fracking gewährt werden (siehe auch Greenpeace 2011a).

Ein weiteres aktuelles Beispiel kann Zusammenhänge, Widersprüche und Interessenkämpfe plastisch belegen: DESERTEC⁴⁰.

»Die DESERTEC-Befürworter übersehen, dass die Investitionsdynamik für Erneuerbare Energien gerade darin liegt, dass es bei dezentraler Anwendung Millionen Investoren und nicht nur wenige Stromkonzerne gibt. Übersehen wird auch, dass mit der Dezentralisierung der Stromerzeugung überall regionale Wertschöpfung stattfindet statt nur in der Hand weniger Stromkonzerne, die unbedingt ihr Anbietermonopol erhalten wollen.

Solarstromerzeugung in Nordafrika ist eine wichtige Option – und zwar für die nordafrikanischen Länder selbst. Aber auch für diese ist die verbrauchsnahe Erzeugung – also die dezentrale – das sehr viel näherliegende und schneller realisierbare. Wer etwas von Solarenergie versteht, der weiß, dass es massive – und nicht zuletzt wirtschaftliche – Gründe gibt, nicht die Struktur von atomaren und fossilen Großkraftwerken zu kopieren. Diese Struktur war und ist das größte Hindernis gegenüber der Einführung Erneuerbarer Energien.«⁴¹

Nur eine Anmerkung über Scheer hinaus: Die DESERTEC-Befürworter »übersehen« nicht die »Innovationsdynamik für Erneuerbare Energien«, sondern sie tragen den Interessen der Energiekonzerne Rechnung. Daraus resultiert die Kopie

39 http://www.eurosolar.de/de/index.php?option=com_content&task=view&id=1467&Itemid=285.

40 400-Milliarden-Euro-Projekt, um Solarstrom aus Nordafrika zu importieren.

41 <http://www.solarserver.de/uploads/media/230609.pdf>. – Dass sehen offenbar die MdB Koczyski und Nestle (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) anders. Sie interessiert der Westsahara-Konflikt im Kontext mit der Realisierung von Desertec.

von großdimensionierten fossilen und atomaren Energieunternehmen in der Solarwirtschaft und in der Offshore-Windenergiewirtschaft.

Diese Interessenproblematik erklärt auch die entscheidenden Unterschiede zwischen dem Bericht der Ethikkommission⁴² und dem Grundsatzpapier der Bundesregierung zur Energiepolitik⁴³: Die Ethikkommission berücksichtigt die Interessen und Argumente der Anhänger/innen einer Energiewende von unten. Die Bundesregierung orientiert sich – wengleich die Auseinandersetzung um die AKW Widersprüche zeigt – an den Interessen der Konzerne.

Wenn Anhänger/innen erneuerbarer Energien für entsprechende Mega-Projekte werben, dann hat das mit einem Verständnis zu tun, das die Frage des Übergangs zu nachhaltiger Entwicklung verengt und auf die Klimaauswirkungen reduziert. Damit ist jedoch noch längst nicht die Frage beantwortet, aus welchen Energieträgern wie und wofür Strom produziert wird. Die Produktions- und Konsumtionsstrukturen werden nicht insgesamt in Frage gestellt – nicht der motorisierte Individualverkehr, nicht der ressourcenintensive Alltag (siehe die Auflistung S. 88-89).

Die Besonderheit der Energieträger, die Art und Weise wie sie gewonnen und verarbeitet werden, wie Energie erzeugt und angewandt wird, um ein spezifisches Gebrauchsmittel anzutreiben, bestimmen die Arbeitsteilung im Betrieb, im Territorium, in der Branche, die Entwicklung des inneren Marktes und des Weltmarktes. Mehr noch: Herrschaft über die Energieversorgung bedeutet heute Herrschaft über die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur. Kein Computer arbeitet ohne Strom.

In den Anlagen und Netzen sind gewaltige Massen an Kapital gebunden. Ihre Entwicklung, egal in welche Richtung, erfordert hohe Vorschüsse an gesellschaftlichen Ressourcen bzw. eben an Kapital. Sie binden an das existenzielle Interesse der Finanziers (das können auch Staaten sein), an den Erfolg der jeweiligen Energiestrategie. Sie erfordern Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in großer Dimension. Sie erzwingen spezifische Berufsbilder und Qualifikationen. Der Zeitfaktor wirkt nachhaltig: Entscheidungen haben langfristige und tiefgehende gesellschaftliche Wirkungen. Sie prägen die Interessen vieler Akteure auf lange Zeitdauer. Heute getroffene Entscheidungen beeinträchtigen das Leben und die Wahlmöglichkeiten von Generationen. Die Monopolisierung dieser Entscheidungen durch die Kapitaloligarchien schließt bestimmte Entwicklungsoptionen aus. Mit den neuen Finanzierungsinstrumenten, wie z. B. der angeführten EU-Anleihe wird zwar die Finanzierung der Wirtschaftsbereiche auf eine gesellschaftliche Basis gestellt und das Risiko global verteilt – die Verfügung bleibt aber eben in den

42 Abschlussbericht (2011): Abschlussbericht der Ethikkommission »Deutschlands Energiewende – Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft«, vorgelegt von der Ethik?Kommission Sichere Energieversorgung, Berlin.

43 Bundesregierung (2011): Der Weg zur Energie der Zukunft – sicher, bezahlbar, umweltfreundlich (http://www.bundesregierung.de/Content/DE/___Anlagen/2011/06/2011-06-06-energiekonzept-eckpunkte_property=publicationFile.pdf).

Händen einer verhältnismäßig kleinen Gruppe. Diese Konstellation erklärt die Schärfe der Auseinandersetzungen um den Atomausstieg in Deutschland und um die Richtungen, in denen erneuerbare Energien genutzt werden sollen. Sie erklärt auch die Kämpfe um die Deutungsmacht über das Verständnis von erneuerbaren Energien.

Das gesellschaftliche Potenzial der erneuerbaren Energien ist wichtiger als das technische

»In der Energiediskussion ist der Begriff ›Energieträger‹ ein technischer oder wirtschaftlicher. Er bezieht sich auf Energiequellen und -techniken. ... Doch entscheidend für die Durchsetzung erneuerbarer Energien ist allem voran das gesellschaftliche Potenzial: die Menschen, die für solare Energien gewonnen werden können.«

(Scheer 2005: 32)

»Die Weltzivilisation kann ihren existenziellen Gefährdungen nur enttrinnen, wenn sie den Wechsel zu erneuerbaren Ressourcen unverzüglich einleitet und damit alle Wirtschaftsaktivitäten von den fossilen Ressourcen unabhängig macht.«

(Scheer 1999: 39)

Transportwirtschaft – Faktor 2 im »zerstörerischen Quartett«

Das Öl, das nach Ausbruch der Katastrophe um British Petroleum am 20.4.2010 getötete Bohr-Arbeiter mit sich riss, über Wochen hinweg den Golf von Mexiko und seine Küsten verschmutzte, Meeresbewohner vernichtete und Ökosysteme zerstörte, war wesentlich als Kraftstoff bestimmt.

Ca. 60 Prozent des weltweiten Verbrauchs von Erdöl, in der Europäischen Union sogar mehr als 70 Prozent, entfallen auf Transportaktivitäten, die insgesamt zu 96 Prozent auf fossilen Kraftstoffen beruhen. Ca. 28 Prozent der in der Europäischen Union erzeugten Kohlendioxidemissionen gehen auf das Konto des Transportwesens. Der globale Anteil des Transportwesens von ca. 25 Prozent entfällt zu zwei Dritteln auf die Industrieländer, zu 19 Prozent auf die EU-Mitglieder. Fast 80 Prozent des weltweiten Warentransports, über 70 Prozent des Außenhandels der EU werden über Ozeanschiffe bewegt. Am schnellsten wächst der Luftverkehr, der von 1990 bis 2010 eine Steigerung seines Kraftstoffverbrauches um 65 Prozent aufweist. War in der EU15 von 1995 bis 2004 die Nachfrage nach Warentransporten um jährlich 2,8 Prozent und nach Passagiertransporten um jährlich 1,9 Prozent gewachsen, so nahm deren Dimension mit der EU-Erweiterung sprunghaft zu: Während die EU im Zeitraum 1990 bis 2004 ihre CO₂-Emissionen

dank der wirtschaftlichen Zusammenbrüche in den mittel- und osteuropäischen Ländern um knapp 5 Prozent reduzierte, wuchsen sie im Transport um 26 Prozent, im Zeitraum 1990 bis 2009 um über 30 Prozent. Der Hauptanteil transportrelevanter CO₂-Emissionen (84,2 Prozent) entfällt auf den Straßenverkehr und gerade diese haben drastisch zugenommen.⁴⁴ Schließlich ist der Straßentransport von 1990 bis 2007 um 35 Prozent gestiegen.

In der EU werden 44 Prozent der transportierten Güter auf der Straße befördert, auf den Kurzstreckenseeverkehr entfallen 39 Prozent, auf die Schiene 10 Prozent und auf die Binnenschifffahrt 3 Prozent. Im Personenverkehr dominierte die Straße mit 81 Prozent des Verkehrsaufkommens (im Wesentlichen Autofahrten) noch stärker. Hier entfallen 6 Prozent auf die Bahn und 8 Prozent auf den Luftverkehr.⁴⁵

In Deutschland werden mehr als 80 Prozent aller Personenbeförderungsleistungen über PKW realisiert und 65 Prozent der Transportleistungen durch LKW.

Diese Daten reflektieren die räumlichen Dimensionen, die mit fortschreitender kapitalistischer Arbeitsteilung bzw. Vergesellschaftung einhergehen. In der Vergangenheit rührten sie wesentlich von der Entfaltung des Fabriksystems her, aber dessen tiefgehende Wandlung zum »post-Fabrikssystem« hat keine wesentlichen Veränderungen bewirkt: industrielle Entwicklungen wie zuvor Industrialisierung schreiten mit zunehmender Dynamik als Entwicklung der Warenproduktion und Wertzirkulation, der Verwandlung von Lebensbedingungen in Waren voran, als wachsende Stoff- und Kapitalflüsse, in die Höhe schnellende Transportkilometer.

Warum die europäische Transportinfrastruktur wirklich ausgebaut werden soll

»Die Verfeinerung und Vermannigfachung der Produkte entspringt ebenso aus den weltmarktlichen Beziehungen, welche die große Industrie schafft. Es werden nicht nur ausländische Genussmittel gegen das heimische Produkt ausgetauscht, sondern es geht auch eine größere Masse fremder Rohstoffe, Ingredienzien, Halbfabrikate usw. als Produktionsmittel in die heimische Industrie ein. Mit diesen weltmarktlichen Beziehungen steigt die Arbeitsnachfrage in der Transportindustrie und spaltet sich letztere in zahlreiche neue Unterarten. Die Vermehrung von Produktions- und Lebensmitteln bei relativ abnehmender Arbeiterzahl treibt zur Ausdehnung der Arbeit in Industriezweigen, deren Produkte, wie Kanäle, Warendocks, Tunnels, Brücken usw., nur in ferner Zukunft Früchte tragen.«

(Marx 1979a: 468-469)

44 http://www.bmu.de/verkehr/herausforderung_verkehr_umwelt/doc/40764.php.

45 http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-HA-10-001-10/DE/KS-HA-10-001-10-DE.PDF.

Beispiel Hochmoselübergang

»Es handelt sich um ein Projekt aus den 1960er Jahren und sollte der Verbindung von NATO-Stützpunkten dienen (damals A60, erstmalige Erwähnung der Hochbrücke: 1960);

Offizielle Begründungen ...: Fernverbindung von den Nordseehäfen ins Rhein-Main-Gebiet < ..., Verkehrsbedarf

Dieser Grund ist unhaltbar ...

Bis heute wird eine Zahl aus dem Jahre 2008 genannt: 330 Millionen Euro. Die tatsächlichen Kosten sind der Öffentlichkeit unbekannt; Experten sprechen hinter vorgehaltener Hand bereits von einem Betrag oberhalb von 1 Milliarde Euro ...

Die Liste der Schädigungen ist lang:

Verschandelung des Landschaftsbildes durch die überdimensionale Betonbrücke, Durchschneidung der gesamten Moselschleife zwischen Bernkastel-Kues und Traben-Trarbach, Verwandlung des beliebten Naherholungsgebietes »Moselsporn« in eine Mondlandschaft ...

Massive Abgrabungen bis zu 15 Metern Tiefe gefährden den Wasserhaushalt der weltbekanntesten (viele sagen *weltbesten*) *Riesling-Lagen zwischen Zeltingen und Bernkastel*.«

Trotz langanhaltender Bürgerproteste, Petitionen, Wahlversprechen hat die rot-grüne Landesregierung von Rheinland-Pfalz im Mai 2011 das Projekt in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben

(<http://www.b50neu.de/>)

Die Vergesellschaftung geht unter diesen Bedingungen einher mit der Zersiedelung von natürlichen Flächen, mit der Expansion des Transportes von Produktionsressourcen, Arbeitskräften, Zwischenprodukten, Waren. Das prägt die Lebensweisen, den Alltag der Menschen – Wohnen, Arbeit, Bildung, Freizeit und Urlaub, überhaupt das Zusammenleben in verschiedenen Kontexten verlangen die Nutzung von Transportmitteln. Transport ist immer Verausgabung von Energie mit sozialen und ökologischen Konsequenzen.

Jeder Strecken-, insbesondere jeder Straßenbau, bedeutet Abholzung und Flächenversiegelung – in Deutschland nimmt die Verkehrsfläche täglich um 20 ha zu –, Verschmutzung von Luft und Wasser, Zerstörung von Ökosystemen, Produktion von Lärm, Bindung von Arbeitskräften und Ressourcen, Kredit- und Finanzoperationen, langfristige Auswirkungen auf Natur und Landschaft, konkrete Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung und Einfluss auf das Alltags-

leben von Menschen. Die Flächenbeanspruchung durch Verkehrsanlagen beträgt im Siedlungsbereich ca. ein Viertel, in dicht bebauten Gebieten bis zu 60 Prozent der Gesamtfläche (vgl. Ullrich ohne Jahresangabe).

Symbolische Macht und faktische Wirkung des Autos

»Wer die Fahrt des Automobils ... stoppen will, betreibt ... eine echte Kulturrevolution. Systemische und symbolische Macht des Automobils machen es für Politiker und Normalverbraucher fast unmöglich, öffentlich über alternative Verkehrsmittel und Mobilitätsmuster auch nur nachzudenken.«

(Leggewie, Welzer 2009:119)

Will Deutschland seinen Beitrag dazu leisten, dass die globale Erwärmung nicht um mehr als 2 Prozent über das Vorindustrialisierungs-Niveau steigt, muss die mindestens die Hälfte der Bevölkerung auf das Autofahren verzichten.

(König 2011: 89)

In den 90er Jahren errechneten Umweltinstitute den »ökologischen Rucksack« eines neu produzierten Autos zu seiner Herstellung und seinem Betrieb. Es sind 15 Tonnen feste Stoffe und bis zu 300.000 Liter Wasser. (König 2011: 90)

Hinzuzufügen wären zum einem: Lärm, Abwärme, Geruch, Abwasser, Abfälle, Altstoffe, Altprodukte mit ihren negativen Auswirkungen auf die Menschen und die Natur⁴⁶, zum anderen die Verletzten und Toten, die Ängste um Kinder und Angehörige.

Land- (und Forst)wirtschaft – Faktor 3 im »zerstörerischen Quartett«

Zerstörung durch Agrobusiness

»Wachstum des Kapitalismus bedeutet doch Wachstum der Warenwirtschaft, das heißt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die eine Art der Rohstoffverarbeitung nach der anderen der Landwirtschaft entreißt, die ursprünglich mit ihrer Gewinnung, Verarbeitung und Verwendung in einer Naturalwirtschaft verbunden war.«

(Lenin 1973: 206)

46 http://www.uni-kassel.de/fb15/lbk/Downloads/Leichtbau%20im%20Automobil/22_recycling.pdf; Ullrich siehe oben,

»Die globalisierte und industrialisierte Landwirtschaft trägt zum Klimawandel bei und bringt sich damit selbst in Gefahr. Eine industrialisierte Landwirtschaft, die auf Chemikalien, fossilen Brennstoffen und globalisierten Nahrungssystemen basiert, welche mit energieintensiven Transporten über große Entfernungen verbunden sind, wirkt sich negativ auf das Klima aus. Gegenwärtig trägt die industrialisierte Landwirtschaft mindestens zu einem Viertel zu den Treibhausgas-Emissionen bei. Dieses marktbeherrschende System, gefördert durch die aktuellen ökonomischen Paradigmen, hat die Instabilität des Klimas und die Unsicherheit der Nahrungsmittelversorgung beschleunigt. Außerdem steigert es die Verwundbarkeit, denn es gründet auf Vereinheitlichung und Monokulturen, auf zentralisierten Vertriebssystemen und der Abhängigkeit von hoher Energie- und Wasserzufuhr.«

(Manifest 2008: 4)

»Jeden Tag verliert unser Planet rund 356 Quadratkilometer Wald, vor allem in den Tropen, aber auch in den weitläufigen Gebieten der russischen Taiga. Diese immense Waldvernichtung verursacht rund 20 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen. »Das ist mehr als alle Autos und Flugzeuge der Welt zusammen«, so Tschimpke. Mit dem Wald gehen auch die an ihn gebundenen Tier- und Pflanzenarten unwiederbringlich verloren.«

(<http://www.pressemitteilungen-online.de/index.php/taeglich-rund-356-quadratkilometer-waldvernichtung-weltweit/>; Olaf Tschimpke ist Präsident des Naturschutzbundes Deutschland e.V. Nabu)

»Die gestrige Zustimmung der Bundesregierung zur Verlängerung des EU-Fischereiabkommens mit Marokko ist völkerrechtswidrig, da es über die Hoheitsgebiete der Westsahara auf See mit verfügt, obwohl die sahraische Bevölkerung nicht in die Verhandlungen einbezogen ist und einzig und allein Marokko davon profitiert, das ist schlichtweg Raub der natürlichen Ressourcen der Westsahara.«

(Hänsel 2011)

Die Produktions- und Lebensweisen in der Landwirtschaft und insbesondere die Eigentumsverhältnisse an Boden und anderen Produktionsmitteln waren und sind für das gesellschaftliche Leben und das Überleben der Menschheit zentral. Hier werden Nahrungsmittel und Rohstoffe produziert. Hier werden natürliche Lebensbedingungen unmittelbar reproduziert oder aber eben zerstört. Die Entwicklung der Landwirtschaft mit und durch kapitalistische Unternehmen und mit Kleinproduzenten, die der kapitalistischen Produktionsweise unterworfen sind bzw. an dieser partizipieren, der Einzug der Wissenschaft und moderner Techno-

logien und die damit verbundene Integration in die Weltwirtschaft widersprechen gepflegten Vorstellungen von ländlichen Idyllen. Kapitalistisches Eigentum an Boden und wichtigen Produktionsmitteln grenzt Menschen in Subsistenzwirtschaften und lokalen Wirtschaftsgeflechten nicht nur aus, sondern bedroht, destabilisiert und zerstört diese – über Gesetze, Verträge, expandierende Marktverhältnisse und Konkurrenz. Menschen verlieren ihre Existenzen, Nahrungsmittelsicherheit, ihre Lebensräume und natürliche Umwelt.

Unternehmen setzen chemische Düngemittel ein, betreiben großdimensionierte Nutztierhaltung, die vielfach mit Tierquälerei einhergeht – was mehrfach an Hand der »Foie Gras«, der Geflügel-Stopfleber, skandalisiert wurde. An Standorten für Masttieranlagen werden Böden mit Gülle überlastet bzw. vergiftet, mit gravierenden Auswirkungen für das Grund- und Trinkwasser (Bimboes 2010b).

Der Wahnsinn ist perfekt: Wälder werden abgeholzt und damit CO₂-Emissionen freigesetzt und Böden werden vergiftet, um Futtermittel zu produzieren. Tiere werden brutal überfüttert, ihre Gase sind klimaschädigend, ihre Ausscheidungen verschmutzen Böden und Wasser (siehe auch Weltagrarbericht 2009). Selbst inmitten von Hunger- und Dürregebieten werden fruchtbare Bodenflächen ihren bisherigen Nutzern entzogen und transnationalen Konzernen durch Kauf als Privateigentum übereignet. Bei wachsender Weltbevölkerung sind im Zeitraum 1987 bis 2010 die Getreideanbauflächen zurückgegangen. Aber Millionen Menschen leiden unter Hunger und Unterernährung, unter schwindender Pflanzen- und Tierwelt als Nahrungsmittelquellen.

Soja ist der wichtigste Eiweißlieferant für die moderne Massentierhaltung. Über eine Milliarde ha Fläche werden für den Soja-Anbau in Anspruch genommen, davon ca. 73 Millionen ha durch gentechnisch modifizierte Sojabohnen.⁴⁷ »Soja frisst den Amazonas auf«, sagt Vandana Shiva, Trägerin des Alternativen Nobelpreises (Shiva ohne Jahresangabe).

In den letzten 50 Jahren sind nicht zuletzt durch den Soja-Anbau weltweit ca. drei Viertel der genetischen Basis von Nutzpflanzen verschwunden.

Die damit verbundene Vergiftung der Böden und der Ökosysteme durch Chemikalien, z. B. durch Glyphosat-Herbizide in Argentinien, ist lange und vielfach nachgewiesen, ebenso die gravierend gewachsenen Resistenzen gegen Pestizide und die Verschmutzung des Wassers.

Ca. 70 Prozent des weltweiten Süßwasserverbrauches entfällt auf die Landwirtschaft. Unter dem Mangel an Trinkwasser leiden große Teile der Weltbevölkerung und Wasser wird immer mehr zur Konfliktressource. Das hindert Industrieländer mit guter Wasserversorgung nicht, Marktfrüchte wie eben Soja, Mais, Baumwolle aus wasserarmen Regionen Afrikas und Lateinamerikas zu importieren.

47 http://www.transgen.de/anbau/eu_international/201.doku.html.

Auch landwirtschaftliche Nutzflächen werden immer häufiger zu Ausgangspunkten für Konflikte. Schließlich können sie nicht gleichzeitig durch die lokalen Lebensmittelproduzenten und durch exportierende Großunternehmen bewirtschaftet werden. Sie können nicht gleichzeitig für die Produktion von Lebensmitteln für die einheimische Bevölkerung und von Futtermitteln oder von Energiepflanzen zur Verfügung stehen. Auch können landwirtschaftliche Nutzflächen nicht gleichzeitig der nachhaltigen Wiederaufforstung und der Bepflanzung zum Erwerb von Verschmutzungsrechten dienen.

Die deutsche Fondsgesellschaft *Aquila Capital* will auf 250 000 Hektar brasilianischen Landes Rinder züchten, Zuckerrohr und Soja anbauen.

Der Weltbank-Ökonom Klaus Deiniger sagt, dass Investoren über den Kauf von 10-30 Prozent des global verfügbaren Ackerlandes verhandeln (Fritz 2009: 7-8). Sie wollen es erwerben, um darauf Getreide und Futtermittel für den Export anzubauen, um Geschäfte mit Fisch und Holz, mit Rohstoffen für Biokraftstoffe und mit Verschmutzungsrechten zu machen und um zu spekulieren.

Die Gleichzeitigkeit derartiger Veränderungen der Eigentumsverhältnisse, der in-Wert-Setzung von Gebieten und Ressourcen – ihre Integration in globalisierte Kapitalkreisläufe, in global agierendes Kapitaleigentum – begründet bzw. steigert die zerstörerischen Wirkungen der Land-, Forst- und Fischwirtschaft bzw. des Agrobusiness.

Lokales Gemeineigentum, Wälder und Gewässer werden nicht einfach privatisiert, sie werden an transnationale Unternehmen mit Ressourcen hunger privatisiert.

Die mit der globalen Landwirtschaft verknüpfte Lebensmittelindustrie verdrängt traditionelle fett- und zuckerarme Ernährung und erzeugt Nachfrage nach tierischen Produkten, nach zuckerreichen Getränken, Nahrungs- und Genussmitteln. Die in beiden Bereichen fortschreitenden Konzentrationsprozesse befördern und werden wechselseitig verstärkt durch Konzentrationsprozesse im Einzelhandel. Gab es im deutschen Einzelhandel 1999 noch acht große Handelsketten, die gemeinsam über einen Marktanteil von 70 Prozent verfügten, so teilen sich heute sechs – Edeka, Rewe, Aldi, Lidl, Metro, Tengelmann – ca. 90 Prozent des Marktes. An den auf globalen Waren- und Finanzmärkten agierenden Supermarktketten kommt kaum ein Lieferant vorbei. Um dennoch weitere Marktanteile zu gewinnen, drücken die Ketten Lieferanten- und Erzeugerpreise, diktieren ihnen Vertragsbedingungen wie Listengebühren⁴⁸, Regalmieten, drohende Auslistung.

Die Lieferanten geben den Preisdruck an die Produzenten in Deutschland und im Ausland weiter. Sie drücken auf Löhne, Arbeits- und Produktionsbedingungen, auf soziale und demokratische Rechte. Soziale und ökologische Mindeststandards entlang der gesamten Lieferkette gibt es kaum oder sie werden nicht erfüllt. Insbesondere in den südlichen Produktionsländern sind die Arbeiter/innen oft Will-

48 also Gebühren dafür, überhaupt auf die Liste der Lieferanten gesetzt zu werden.

kür, gesundheitsschädigenden Praktiken, der Anwendung chemischer Stoffe, ungehemmter Umweltverschmutzung und -zerstörung ausgesetzt.⁴⁹

*Militärisch-industrieller Komplex (MIK) – Faktor 4
im »zerstörerischen Quartett«*

Die Atombombe und der chemische Kampfstoff Agent Orange, den das US-Militär zur Entlaubung der Wälder in Vietnam einsetzte, sind mit ihren brutalen Langzeit-Auswirkungen auf die Menschen und ihre natürlichen Lebensbedingungen nur zwei Beispiele für Zerstörung durch den MIK. Dieser kann bzw. muss als konzentrierter Ausdruck von zu Destruktivkräften pervertierten Produktivkräften gesehen werden.

Bei globalisierter kapitalistischer Produktionsweise finden Industrialisierung und Vergesellschaftung letztlich als Vertiefung sozialer Spaltungen und in relevantem Umfang als Militarisierung bzw. Vernetzung der Wirtschaft und Gesellschaft mit militärischen Akteuren und Prozessen zur Gewährleistung von »Sicherheit« statt. »Die Kultur der organisierten Gewalt ist eine der mächtigsten Kräfte, die die amerikanische Gesellschaft gestalten, tief in jeden Aspekt des amerikanischen Lebens eindringen.« (Giroux 2011). 48 Prozent der Staatsausgaben der USA sind mit dem Militär verbunden (Engelhardt 2011). Das Pentagon ist der weltgrößte institutionelle Verbraucher von Öl. (Flounders 2009, Davis, Sanders 2009).

Ausweitung des Sicherheits-Begriffs

Aus dem Zentrum für Transformation der Bundeswehr, Dezernat Zukunftsanalyse vom Juli 2010:

»An ... Beispielen werden die zwei Prämissen des Erweiterten Sicherheitsbegriffs deutlich: Zum einen lassen sich Konflikte nicht mehr begrenzen. Anschläge auf Pipelines in Saudi-Arabien sind auch und vor allem das Problem der Industrieländer, deren Versorgungssicherheit ja auf dem Spiel steht. Zum anderen können Konflikte nicht auf eine militärische Ebene begrenzt werden. Die eventuell als ungerecht empfundene Verteilung von Ressourcenreichtum kann ein Auslöser von Konflikten sein. Dementsprechend müssen angepasste Lösungen unter Nutzung aller zur Verfügung stehenden Mittel gesucht werden.«

(Zentrum für Transformation 2010: 8)

49 Vgl. <https://www.supermarktmacht.de/marktmacht/>.

»... jede Großtechnologie ... verlangt nach strengen und großflächigen Sicherheitsmaßnahmen, und solche verlangen erfahrungsgemäß nach dem Ausbau des Sicherheits-Staats, der wiederum erhebliche Risiken für die Freiheit und damit für die Demokratie in sich birgt. Darin liegt die Gefahr aller politischen Technologien wie Geo-Engineering: Auf bestehende Risiken werden weitere draufgepackt, weil es angeblich nicht anders geht.«

(Leggewie, Welzer 2009: 128)

Im politischen und wissenschaftlichen Mainstream werden (zunehmend) Auswirkungen und Risiken des Klimawandels und der Ressourcenverknappung »für die Sicherheit« bzw. »Sicherheitspolitik« diskutiert. Dabei wird »Sicherheit« dreifach gesehen: a) als Versorgungssicherheit – insbesondere bei Energie, Naturressourcen und Transportdienstleistungen, danach bei Agrarprodukten und Trinkwasser –, b) als innere Sicherheit und als c) äußere Sicherheit. »Sicherheit« wird mit »Stabilität« und »Kontrollierbarkeit« verbunden und betont, dass sich die eigene Bevölkerung und die sich global bewegenden Staats- bzw. Unionsbürger/innen sicher fühlen sollen.

Rohstoff-Sicherheit als Anspruch auf fremde Rohstoffe

»Der kontinuierliche und möglichst uneingeschränkte Rohstoffzugang wird überdies zunehmend zum Sicherheitsproblem stilisiert. Der aggressive Tonfall in der Diskussion um die Beschränkung chinesischer Exporte von Seltenen Erden und der Wettlauf um Rohstoffmärkte in Afrika werfen jedoch die Frage auf, ob es nicht vielmehr die rücksichtslose Politik des freien Rohstoffzugangs ist, welche die globale menschliche Sicherheit gefährdet. So lässt die europäische Debatte außen vor, wie sich das eigene Vorgehen in den Rohstoff-Abbauländern auswirkt.«

(Fröhlich, Guesnet, Müller 2011: 3)

Das Problem ist zweifach: Einerseits bedeutet der Weg der Vergesellschaftung tatsächlich die Produktion von Bedrohung für Andere. Andererseits bedeutet er die Notwendigkeit, eine Bedrohung zu definieren und damit bestehende Strukturen aufrechterhalten oder gar ihre Verstärkung zu legitimieren. Beide Aspekte verschwimmen ineinander.

Derartige »Sicherheits-Diskussionen« blenden im Allgemeinen drei Probleme aus: Erstens, dass die »Auswirkungen und Risiken des Klimawandels für unsere Sicherheit« nicht erst in der Zukunft liegen, sondern vielfach bereits sehr reale

Probleme sind. Das betrifft insbesondere Menschen im globalen Süden, vorausgesetzt, sie werden in »unsere Sicherheit« einbezogen: »Mindestens 20 Millionen Menschen wurden allein 2008 durch plötzlich einbrechende klimabedingte Katastrophen vertrieben.« (UNHCR 2009: 14)

Zweitens, dass die herrschende »Sicherheitspolitik« der Bundesrepublik Deutschland, der EU und der NATO wesentlichen Anteil an der Zerstörung und Verschlechterung der natürlichen und sozialen Lebensbedingungen hat. So wurden Böden und Wasser verseucht, Ökosysteme zerstört und genetisch modifiziert, Luft verschmutzt und vergiftet. Stichworte: Einsatz von Massenvernichtungswaffen und chemischen Kampfstoffen, Lagerung von Atomwaffen, Waffenversuche, Truppenübungsplätze⁵⁰.

Drittens, dass ein Verständnis von Sicherheit, das nicht vom-sich-bedroht-sehen Anderer, Schwächerer, der Schwächsten und damit von den universellen Menschenrechten ausgeht, und das »für uns« in Wahrheit nur Unsicherheit schafft und mehrt.

43 Prozent der weltweiten Militärausgaben entfallen auf die USA. Es folgen China mit 7 Prozent, Russland, Frankreich und Großbritannien mit ca. 4 Prozent. Deutschland belegt Platz 8 (SIPRI 2011b: 9). Friedensinstitute verweisen auf die weiter zunehmende Verflechtung zwischen eindeutig militärischen und anderen gesellschaftlichen Prozessen, was sich insbesondere in der Innenpolitik und in der Entwicklungspolitik deutlich macht. Bei Haushaltsdiskussionen im Deutschen Bundestag wurde, z. B. seitens des CDU-Politikers Ole Schröder⁵¹, vorgeschlagen, »humanitäre Einsätze« der Bundeswehr künftig aus dem Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu finanzieren (als/AFP 2006). Verschiedene NGO haben wiederholt nachgewiesen, dass offizielle Entwicklungshilfe mit militärischen »Leistungen kombiniert« ist (Cornish, Glad 2008: 5).

Neben der Energiesicherheit wird die neue NATO-Gesamtstrategie mit fünf weiteren zentralen Herausforderungen begründet: Demographie [1], Klimawandel [2], Überhandnehmen des Irrationalen [3], Schwächung des Nationalstaates [4], die Schattenseiten der Globalisierung [5]: internationalisierter Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Verbreitung von Waffen und Krankheiten (NATO 2010). Ihre Zusammenhänge und die Komplexität der Probleme werden durch die NATO-Experten eingehend erklärt, wobei gesellschaftliche Strukturen in den Bündnisstaaten allerdings völlig unberücksichtigt bleiben.

50 Mike Davis und Barry Sanders veröffentlichten 2009 die umfangreiche Analyse »The Green Zone: The Environmental Costs of Militarism«. Dort wird die US-Armee »größter Einzel-Gewalttäter gegen die Natur« genannt (Davis, Sanders 2009).

51 Damals war Schröder MdB, heute ist er Staatssekretär im BMZ.

Die Sicherheitsrats-Mitglieder als größte Klimazerstörer und Rüstungsproduzenten

Aus der Rede des ständigen Botschafters Boliviens bei den Vereinten Nationen am 20.7.2011:

»Wir wissen auch, dass der Klimawandel eine Sicherheitsdimension hat, weil der Klimawandel Staaten verschwinden lassen und neue Konflikte hervorrufen kann. Das ist eine globale Bedrohung, für die wenige verantwortlich, aber von der viele Millionen betroffen sind ... Dennoch widersprechen wir der Vorstellung, diesen Sachverhalt an den Sicherheitsrat zu adressieren, weil seine ständigen Mitglieder ein Vetorecht haben – es sind genau jene Staaten, die die größten Emittenten von Greenhouse Gasen sind. Wie soll unter diesen Umständen der Sicherheitsrat in der Lage sein, effektive Resolutionen anzunehmen, die die eigenen Länder sanktionieren oder sie mandatieren, für die Schäden, die sie verursachen, Reparationen zu zahlen? ...

Jedes Jahr werden mehr als 1500 Milliarden Dollar für Militärausgaben aufgebracht. Die überwiegende Mehrheit dieser Kosten ist auf die entwickelten Länder konzentriert und insbesondere auf jene Länder, die fünf ständige Sitze des Sicherheitsrates innehaben. Im Kontrast dazu haben die entwickelten Länder zur Bekämpfung des Klimawandels gerade mal 30 Milliarden \$ in drei Jahren, 10 Milliarden pro Jahr, angeboten, was weniger als ein 1 Prozent dessen ist, was sie für Rüstung und Sicherheit ausgeben.«

(Archondo 2011)

In der Auseinandersetzung mit den Sicherheitsrisiken wird »Abschreckung« als »ein wirklich unverzichtbares Element für eine Strategie im 21. Jahrhundert« angesehen und die »Erstnutzung von Nuklearwaffen« als ultimatives Mittel angeführt, um die Nutzung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern und damit andere existenzielle Gefahren zu vermeiden. (Gesamtstrategie 2008: 53, NATO 2010)

Schon die Produktion und Lagerung von Atomwaffen waren und sind jetzt, kurz-, mittel- und langfristig sozial und ökologisch zerstörerisch. Sie bewirken bzw. befördern Ressourcenknappheit und Unsicherheit. Die Auswirkungen von Atomwaffeneinsätzen waren bzw. würden fürchterlich und global verheerend sein. Fukushima illustriert das grauenvoll. In Libyen setzte die NATO radioaktive Waffen ein.

Jede Investition in »Sicherheit« erfordert Finanzmittel. Sie kann zum einen als Investition in Waffentechnik ressourcenintensive naturverschmutzende Energie- und Stoffumsätze einleiten, die eine andere Produktion zu einem anderen Gebrauch ausschließen. Sie kann aber auch von mehrfachem Nutzen (»double use«) sein, so z. B. bei Galileo. Technik/Technologien zur Überwachung von Prozessen,

um z. B. leistungsfähige Logistik zu ermöglichen, kann zur Überwachung von Bürgerinnen und Bürgern oder von Grenzen eingesetzt werden. So sollen im Rahmen der Strategie EU2020 forciert Umwelttechnologien und militärische Sicherheitstechnologien entwickelt und produziert werden (dazu auch Brunnengräber, Dietz, Wolf 2008: 41 ff.). Die dafür getätigten Investitionen helfen, stoffliche und gesellschaftliche Strukturen zu schaffen bzw. zu verfestigen, durch die sich andere bedroht sehen bzw. leicht bedroht sehen können.

2.2.1 Kapitaloligarchien im gesellschaftlichen Alltag – Problemillustration

Die genannten Bereiche des »zerstörerischen Quartetts« sind von Kapitaloligarchien geprägt, deren Interessen über Konzern- und Staatsstrategien bzw. -handeln durchgesetzt werden. »Unter den TOP-50-Unternehmen der Welt dominieren die Ölonternehmen, gefolgt von der Automobilindustrie. Von den sechs deutschen TOP 50-Unternehmen sind die beiden größten ebenfalls Automobilkonzerne (DaimlerChrysler, Volkswagen).«⁵²

Auch und insbesondere über die Automobilkonzerne organisieren die Kapitaloligarchien und staatliche Akteure eine gewisse bzw. weitgehende Interesseneinstimmung mit großen Teilen der Bevölkerung.

Die eigene Dynamik der vier zerstörerischen Bereiche verlangt unter den Bedingungen knapper werdender Rohstoffe, zunehmender globaler Konkurrenz, rasanter technologischer Entwicklungen, wachsender politischer und ökologischer Unsicherheiten, demographischer und sozialer Wandlungen nach immer neuen Megaprojekten und dafür notwendigen Investitionen. Die eigene Dynamik des zerstörerischen Quartetts bringt auch immer neue Bedürfnisse und Forderungen nach weiterer wirtschaftlicher Deregulierung, Kommerzialisierung und Privatisierung gesellschaftlicher Lebensbereiche hervor, nach neuen Märkten und Innovationen auf den Märkten, insbesondere auf den Finanzmärkten.

Die Rolle des Staates verschiebt sich zunehmend in den Bereich des Repressiven. Gleichzeitig ist er weiter bemüht, politische Stabilität auch über möglichen Konsens zu gewährleisten. Das ist nicht zuletzt deshalb wichtig, weil die Wirkungen technologischer Entscheidungen in wachsendem Maße globale Konsequenzen haben – auch und insbesondere für die Reproduktion der Kapitaloligarchien.

Die folgenden sieben Beispiele illustrieren, dass bzw. wie die Herrschenden – insbesondere über Regierungen und (EU-)Institutionen im Konsens mit relevanten Bevölkerungsgruppen weiterhin Produktivkräfte deformieren, sozial und ökologisch zerstörerische Projekte organisieren.

a. Großinvestitionen in CCS – Zustimmung von Parlamenten und Regierenden

»Wir werden ... Möglichkeiten finden müssen, wie die Verbrennung von fossilen Brennstoffen noch für eine gewisse Zeit fortgesetzt werden kann – ohne Emissio-

52 http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/top_50_1086.htm.

nen. Das ist machbar: mittels CO₂-Abscheidung und Speicherung (abgekürzt CCS für Carbon Capture and Storage). Dabei muss das CO₂ tiefer als 800 Meter unter der Erdoberfläche gelagert werden, denn nur dort ist der Druck groß genug, damit sich das Kohlendioxid wie eine Flüssigkeit verhält und somit weniger flüchtig ist als im gasförmigen Zustand.« (Hoff 2010: 17)

Die Arbeit an CCS-Technologien ist nur folgerichtig und in Grenzen auch realitätstüchtig, wird sie ausgehend von der gegenwärtigen Wirtschaftstätigkeit und den Interessen der Konzerne in der Energiewirtschaft, in der Chemie, im Grundstoffbereich, in der Transportwirtschaft und im Agrobusiness konzipiert und verfolgt. »... die Erwartung besteht, dass bis 2050 durch Kohlendioxidabscheidung und -speicherung der weltweite CO₂-Ausstoß um ein Drittel reduziert werden kann. Das Potenzial, das CCS bietet, reicht ... über das Reinigen fossiler Brennstoffe hinaus. Wenn es uns gelingt, eine nachhaltige Biomasse zu entwickeln, die nicht mit der Nahrungsmittelerzeugung oder dem Erhalt der Natur konkurriert – dabei ließe sich zum Beispiel an den Anbau von Meeresalgen in der Sahara denken – ist dank CCS eine Verfeuerung von Biomasse in Kraftwerken möglich. ... Zudem ist die CO₂-Abscheidung und -speicherung die einzige Möglichkeit, CO₂-Emissionen zu beseitigen, die in der produzierenden Industrie anfallen – etwa bei der Stahl- oder Zementherstellung, die ja für den Bau der Windkraftanlagen und Solarkraftwerke der Zukunft benötigt wird.« (Hoff 2010: 17)

Bei der Produktion von Eisen und Stahl, Zement, Chemie und Petrochemie, Papier und Pappmaschee, Aluminium sollten mittels CCS-Technologie-Einsatz die CO₂-Emissionen um 30 Prozent reduziert werden. Allerdings seien finanzielle, ökonomische, rechtliche und regulatorische Barrieren zu überwinden, insbesondere beim Transport und bei der Lagerung von CO₂ (IEA/OECD 2009: 27-29).

Für die Überwindung dieser Barrieren würde neben dem Privatsektor das aktive Mittun von Regierungen, von internationalen Institutionen und von entsprechenden Kooperationszusammenhängen gebraucht, um dann in den bisherigen Strukturen weitermachen zu können.

b. Finanzmarktinnovation und Kohlenstoffmärkte – Vereinbarung und Regulierung durch Regierungen

»Während der Anteil der Finanzrenditen an den Gesamtprofiten in den USA 1970 nur etwa 15 Prozent betrug, erreichte er 2005 etwa 40 Prozent (Foster 2008). Die Finanzkapitalisierung ›durchdringt das Alltagsleben‹ in Form von Studienkrediten, privater Altersvorsorge, Kreditkarten oder Hypotheken wie nie zuvor« (Blackburn 2006: 39). Entscheidend dafür war ein »Wettrüsten« der Finanztechnologien, die v. a. auf Informations- und Kommunikationstechnologien sowie auf mathematischen Preismodellen beruhen, und zur Einführung innovativer Derivate wie z. B. Terminkontrakten und Optionen auf Zinssätze, Währungen und Waren oder sog. Credit Default Swaps (Kreditderivate zum Handeln von Ausfallrisiken von Krediten, Anleihen oder Schuldnern) führten.« (Lohmann 2009: 725)

Zahlreichen Bürgerinnen und Bürger schien ihre mit der Privatisierung und Finanzialisierung verbundene Partizipation an den Finanzmärkten als ein Schritt der Demokratisierung.

»Die Boomjahre der Finanzkapitalisierung fielen mit dem Aufkommen der Verschmutzungsrechte-Märkte und schließlich der Kohlenstoffmärkte zusammen. Letztere wurden zur offiziellen Antwort auf die Klimakrise. Auch hier handelt es sich in gewissem Sinne um die Schaffung einer ›fiktiven Ware‹ (vgl. Altwater 1991: 245; Braun 1999: 483). Bei der konkreten Ausgestaltung von Derivate- und Emissionshandel waren teilweise die gleichen ›Bastler‹ am Werk – eines der prominentesten Beispiele ist Richard Sandor, der in den 1970er Jahren maßgeblich am Aufbau von Derivatemarkten in den USA beteiligt war und 2003 mit der Chicago Climate Exchange das größte Emissionshandelssystem in den USA gegründet hat. Auch die handelbaren Objekte selbst sind ähnlich konstruiert:

Kohlenstoff-Optionen sind seit 2005 gebräuchlich, Kohlenstoff-Swaps gibt es seit kurzem, Vorschläge zur Verbriefung von Emissionszertifikaten liegen seit 2007 vor und die Firma EcoSecurities hat 2008 für Kohlenstoff ein Finanzinstrument nach dem Vorbild der berüchtigten Collateralized Debt Obligations erfunden. Folglich sind viele Finanzinstitutionen, die im Derivatehandel aktiv sind, auch in den Handel mit Emissionsrechten eingestiegen.« (Lohmann 2009: 725-726)

Finanzmarktinnovationen halfen und helfen sowohl Profite zu maximieren als auch Luft zu verschmutzen. Die Kohlenstoffmärkte haben das Wachstum der Finanzmärkte befördert. Damit haben sie zumindest einen gewissen Anteil an der Entstehung der Finanzkrisen.

c. Lobbyismus von Atomkonzernen – gezielte Wahlkampfhilfe für die Wunschregierung

Im Vorfeld des Bundeswahlkampfes 2009 organisierten Energiekonzerne ihre Kampagne für den atomaren Roll-Back. Dafür wurden PR-Agenturen gebraucht. Ein offizieller »Communications Sponsor« beim UN-Klimagipfel in Kopenhagen war die *Agentur Hill & Knowlton*, zu deren Kunden unter anderem der schwedische Staatskonzern Vattenfall und Offizielle verschiedener europäischer Regierungen gehören, die den Öl-Krieg im Irak verteidigten.

Unmittelbar vor den Bundestagswahlen vom September 2009 veröffentlichte der SPIEGEL das Strategiepapier der Berliner Unternehmensberatung PRGS »Kommunikationskonzept Kernenergie – Strategie, Argumente und Maßnahmen« mit dem Ziel, die Debatte zur Verlängerung der Restlaufzeiten deutscher Kernkraftwerke zu beeinflussen. Damals war PRGS auch für den Energiekonzern E.ON tätig. PRGS ist mit der Deutschen Gesellschaft für Politikberatung vernetzt, zu der führende Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) gehören.

Auf der Hannover-Messe vom April 2009 präsentierte sich Vattenfall als Platinsponsor der *World Energy Dialogue* Dachveranstaltung. Der von der Deutschen

Messe AG und dem BDI veranstaltete *World Energy Dialogue* stand unter Schirmherrschaft von Bundeswirtschaftsminister Glos. Das CDU/FDP geführte Niedersachsen des Atomenergie-Protagonisten Christian Wulff gewährte eine Staatssubvention von 250 Millionen Euro an die *Deutsche Messe AG* (Kappler 2010).

d. Werbung für die private Gesundheitsindustrie – Druck zur Privatisierung im Gesundheitswesen

Die Gesundheitsindustrie wirbt angesichts von Klimawandel und Umweltzerstörung für ein verändertes Konsumverhalten und um zahlungskräftige und -freudige Kundinnen und Kunden: »Ein steigender Anteil an neuen diagnostischen und therapeutischen Methoden wird jedoch (zunächst) privat bezahlt werden müssen. ... Aufwendungen für Gesundheit werden mehr und mehr zu einer Konsumausgabe und damit andere Ausgaben verdrängen – etwas weniger Urlaub, ein etwas kleineres Häuschen oder kein zweites Auto. Weite Teile der Bevölkerung sind finanziell durchaus in der Lage, ihre Konsumausgaben entsprechend zu verschieben.« (Berger, Kartte 2005: 21)

Das tun sie aber nur, wenn es ein entsprechendes Angebot, steuerliche Belohnung, Krankenkassen-Boni und mehr Druck zur Eigenversorgung gibt.

Zugleich werben Berater, Akteure und Finanziers der Gesundheitsindustrie für neue Privatisierungen und Investitionen. Die Finanzmärkte sollen die Gesundheitsindustrie attraktiver machen und ihr expandieren helfen. Hinter den »Finanzmärkten« verbergen sich jene, die auf den Finanzmärkten agieren. Die sind sozial, ökonomisch und politisch sehr ungleich mächtig. An der Privatisierung der Krankenversicherung und des Gesundheitswesens ist besonders interessiert, wer dadurch sein Kapital mehren, d. h. sein Einkommen lohnend einsetzen kann. Das geschieht weitgehend über Finanzdienstleistungen bzw. »Produkte«, die auf den Finanzmärkten zirkulieren.

Das Ganze soll im Vergleich zum Jetzt ökologieverträglicher sein, denn es soll ja auf das zweite Auto, den Fernurlaub, die Vergrößerung des eigenen Häuschens verzichtet werden. Damit wird die soziale und globale Polarisierung aber nicht abgebaut, sondern womöglich noch weiter verschärft.

e. Die Autoindustrie »hat eine Signalwirkung und Leitfunktion für die deutsche Volkswirtschaft bis hin zu technischen Entwicklungsimpulsen, die über die Branche hinausgehen.« (Steinbrück 2009: 31) Sie kann sich daher ihrer Regierung sicher sein

»Die Diagnose lautet: Wir brauchen, erstens, klimaneutrale Autos, deren Produktion und Betrieb nicht von der endlichen Ressource Öl abhängig ist. Zweitens: Es reicht nicht, nur den Antrieb des Autos auszutauschen. Das »grüne Auto der Zukunft« ist eingebettet in intermodale Verkehrskonzepte, die den problemlosen Wechsel der Verkehrsträger erlauben. Drittens muss das »grüne Auto der Zukunft« mit neuen Nutzungsmustern verbunden werden. Nicht nur die Autoindustrie steht

vor einem tiefgreifenden Wandel. Neue Akteure kommen ins Spiel. Neben der Automobilbranche sind Energieunternehmen, die IT-Branche und Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs gefordert, bei der Entwicklung neuer Verkehrsdienstleistungen mitzuwirken. Zugleich muss der Staat den Mut haben, zukunftsweisende Rahmenbedingungen zu setzen.« (Canzler, Knie 2009:7)

Die handelnden Akteure sind entsprechend dieser Logik der Staat und mächtige Unternehmen und daher vor allem die Konzerne: »Wenn sich Stromkonzerne, öffentliche Verkehrsunternehmen und die Automobilbranche zusammenschließen, dann eröffnen sich ungeahnte Nutzungsqualitäten.« (Canzler, Knie 2009: 9)

Die Unternehmen und der Staat sollen also nach Ansicht von Canzler und Knie vernünftiger handeln.

Der Staat gehört – so sehr er auch als Machtapparat spezifisch ihr gegenüber verselbständigt ist – zur Gesellschaft: einfach als ein Zusammenhang von Menschen mit ihren vielfältigen Verhältnissen untereinander. Diese Verhältnisse sind wesentlich Machtverhältnisse. Der Staat ist einerseits eine besondere Verdichtung dieser Verhältnisse und andererseits eben dadurch der Garant des gesellschaftlichen Zusammenhalts in seiner gegenwärtigen hierarchischen Gestalt. Er muss daher nicht zwangsläufig vernünftiger als die Konzerne sein bzw. mit ihnen streiten. So können diese dann auch jubeln: »Die deutsche Automobilindustrie hat im letzten Jahr erstmals mehr Autos im Ausland gebaut als hierzulande. Dies ist Teil einer konsequenten Globalisierungsstrategie, die dazu beigetragen hat, dass die Branche in allen wichtigen Automärkten ihren Marktanteil halten, meistens aber sogar ausbauen konnte. Der Ausbau der Auslandsproduktion geht einher mit einer erfolgreichen Entwicklung der inländischen Standorte, was durch eine hohe Exportquote bestätigt wird.«⁵³

f. Rohstoffe, Banken, Fonds – Freihandelsabkommen dank der Regierungen und EU

Die *ThyssenKrupp Companhia Siderúrgica do Atlantico* (TK-CSA) gehört zu 26 Prozent dem brasilianischen Multi *Vale do Rio Doce*, zu 74 Prozent zum ThyssenKrupp-Konzern, der den *Global Compact*⁵⁴ unterzeichnet hat und sich zu den zehn Prinzipien bekennt, wie man auf der Homepage des Konzerns unter der Überschrift »Responsibility and commitment« oder im Sustainability-Report des Konzerns nachlesen kann. Dieses hochmoderne Stahlwerk, dessen erster Hochofen 2010 angeblasen worden ist, (ein zweiter wird folgen) soll 5 Millionen Tonnen Rohstahl produzieren, von denen 2 Millionen Tonnen zur Weiterverarbeitung

53 [http://www.dbresearch.de/servlet/reweb2.ReWEB?document=PROD000000000269564&rwnode=DBR_INTERNET_DE-PROD\\$NAVIGATION&rwobj=ReDisplay.Start.class&rwsite=DBR_INTERNET_DE-PROD](http://www.dbresearch.de/servlet/reweb2.ReWEB?document=PROD000000000269564&rwnode=DBR_INTERNET_DE-PROD$NAVIGATION&rwobj=ReDisplay.Start.class&rwsite=DBR_INTERNET_DE-PROD).

54 Der Global Compact wurde 1999 auf Initiative von Kofi Annan als Selbstverpflichtung zur Einhaltung der Menschenrechte, der Arbeitsschutzbestimmungen, des Umweltschutzes und der Korruptionsbekämpfung gegründet. Gegenwärtig sind mehr als 7000 Unternehmen aus mehr als 135 Ländern beteiligt.

nach Deutschland und 3 Millionen Tonnen in die USA transportiert werden. Denn es werden neue Rohstahlkapazitäten benötigt, um die »Wachstumspläne« des Konzerns erfüllen zu können.

»Warum ist Santa Cruz in der malerischen Bucht von Sepetiba als Standort gewählt worden? Im ›Sustainability-Report‹ von 2009 heißt es dazu: Weil hier ein direkter Zugang zum Atlantik gegeben ist und eine Eisenbahnlinie die Erzlagerstätten in Minas Gerais und die Hochöfen von Sepetiba direkt verbindet. Der Konzern erwartet in Brasilien ein ›optimum cost level‹. Und diese ›Vorteile bilden die Grundlage für unsere Wachstumsstrategien in Europa und im NAFTA-Raum‹«. (Altwater 2011)

Die gegenwärtige EU-Politik wirkt sich vielfach äußerst negativ auf die Entwicklungsländer aus. Insbesondere die Freihandelsabkommen sind sozial und ökologisch zerstörerisch. Die Fortsetzung der Rohstoffstrategie der EU bedeutet, dass diesen Ländern weitere wirtschaftspolitische Instrumente genommen werden, um ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu steuern. Ferner drohen die von europäischen Konzernen verursachten Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen noch weiter zuzunehmen. So versucht die EU zum einen, von den Entwicklungsländern die Zustimmung zu Verboten staatlicher Regulierungen bzw. zum Abbau von Ausfuhrbeschränkungen zu erwirken. Zum anderen möchte sie neue Investitionsregeln aushandeln. So will sie ihren Unternehmen weiteren Zugang zu Märkten, Rohstoffen und Boden verschaffen (Oxfam, Weed 2010: 4)

Die Anlagegelder jener Fonds, die in Afrika Flächen erschließen, kommen vor allem aus Nordamerika und Europa (Fritz 2010: 10)

Die EU will diese Flächen erschließen bzw. sichern und verhandelt meist »am längeren Hebel sitzend«.

g. Regierung, Konzerne, Militär – militärisch-industrieller Komplex

»Wir brauchen eine intensivere sicherheitspolitische Debatte in Deutschland, um die Bedeutung von Sicherheit für die Zukunft unseres Landes und das Verständnis für die Auslandseinsätze der Bundeswehr verbreitern zu können.

Weltweite Sicherheit und Stabilität tragen eine positive Rendite für die Wirtschaft – in Form niedrigerer Kosten und Risikoprämien, besserer Investitionsbedingungen, höherer Erträge, und auch in Form freierer Märkte, auf die unser Land ganz besonders angewiesen ist. Aber auch jeder einzelne Bürger profitiert vom wirtschaftlichen Erfolg als Grundlage für Wohlfahrt und sozialen Frieden in Deutschland. Sicherheit und Stabilität sind daher ein hohes Gut und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Dieses Gut hat seinen Preis, und auch in Deutschland müssen Wirtschaft und Gesellschaft bereit sein, diesen Preis zu entrichten und einen unserer Wirtschaftskraft entsprechenden Beitrag zu leisten.« (nach Rohde 2010: 13)

Kurzes Fazit aus den Beispielen

Regierungen und EU-Institutionen sowie zunehmend private Dienstleister beweisen sich als Ressourcenbeschaffer für Konzerne, als Garanten »unserer« Versorgungssicherheit und Sicherheit.

CCS-Technologien, Atom-Energie-Konzerne und ihre Lobby, Elektroautos, Finanz- und Kohlenstoffmärkte, Rohstoff- und Agrarland-Beschaffung, private Gesundheitsleistungen, Militär und »Sicherheit« – die Themen sind verschieden, die wirtschaftlichen Bereiche nicht: das »zerstörerische Quartett«, High-Tech-Bereich, Finanzsphäre. Auch die Hauptakteure sind die Gleichen: Konzern-Eigentümer und Konzern-Manager, Fonds, Regierende und die hinter ihnen stehenden parlamentarischen Gruppen; die beteiligten Parteien, das Militär, Lobbyisten, PR-Agenturen – Angehörige der Kapitaloligarchie. Sie gehen mit relevanten Teilen der Gesellschaft ein Zweckbündnis ein, das über die Produktions- und Konsumtionsstrukturen, »Sicherheit«, Spielräume für individuelle Lebensstile, Finanzmärkte reproduziert wird. Dieses Bündnis begründet und bestimmt gesellschaftlichen und individuellen Alltag. Es kann daher auch von relevanten Teilen der Bevölkerung aufgekündigt werden, weil es Menschen in unseren Gesellschaften und die Mehrheit der Weltbevölkerung sozial ausgrenzt, weil es die globale Erwärmung und den Schwund der Biodiversität nicht aufhält und die Verknappung der Naturressourcen nicht sozial und ökologisch nachhaltig beantwortet – weil es insgesamt die sozialen, ökologischen und globalen Probleme zuspitzt, sie nicht lösen will und nicht lösen kann.

Problemlösungen können also nur von anderen jenseits dieses zerstörerischen Bündnisses gewollt und erwirkt werden. Es steht daher (erneut) die Frage: Wie diese anderen zum Bündnis der Gegenkräfte ermutigen, gewinnen, zusammenbringen? Wie das Bündnis erhalten und stärken, wie es befähigen, Alternativen zu suchen, zu entwickeln, zu realisieren?

Die Alternativen sind komplex: die Umwälzung der gesamten Produktions- und Konsumtionsstrukturen, der gesamten Verhältnisse zwischen den Menschen in unseren Gesellschaften und zwischen unseren Gesellschaften zur übrigen Weltbevölkerung – also der Verhältnisse zwischen den Menschen weltweit; der gesamten Stoffwechselprozesse der Gesellschaften zur Natur – des gesamten Stoffwechsels zwischen den Menschen und der Natur; der gesamten individuellen und kollektiven Lebensweisen, des gesamten individuellen und gesellschaftlichen Alltags.

Diese unüberschaubare Kompliziertheit, diese Überkomplexität »erschlägt«, lähmt und entmutigt. Die Herausforderung scheint ebenso grandios und faszinierend wie unreal und perspektivlos.

3. Sozialökologischer Umbau als Suchprozess

Wir wollen das Erschlagende, Lähmende, Perspektivlose nicht hinnehmen, im Gegenteil: Wir wollen uns selber als auch anderen Menschen dazu verhelfen, sowohl die Kompliziertheit und Komplexität der dringlichsten sozialen, ökologischen und globalen Probleme und damit die Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation zu verstehen als auch sich aktiv mit ihnen auseinanderzusetzen. Mit der Analyse und Diskussion von Überlegungen und Vorschlägen wollen wir dazu beitragen, Menschen zusammenzubringen, um gemeinsam nach Wegen zu suchen, wie unsere Gesellschaft gerechter, solidarischer und damit sozialer und ökologischer werden kann; wie soziale und ökologische Zerstörung strukturell zurückgedrängt und letztlich überwunden werden können. Dabei sind Realismus und Nüchternheit gefordert, angesichts solch gewaltiger Probleme wie: Wachsende Weltbevölkerung bei fortschreitender sozialer und ökologischer Zerstörung, räumliche und zeitliche Trennung von Ursache und Wirkung ökologischer Probleme, Grenzen und Barrieren der bestehenden politischen Systeme bzw. des Parlamentarismus für Problemlösungen.

Die Probleme sind Ergebnisse spezifischer Vergesellschaftungsprozesse und objektiver Naturgesetze.

Unsere bisherigen Darlegungen haben Kriterien aufgezeigt, ausgehend von denen wir die wissenschaftliche Literatur und politischen Diskussionsbeiträge daraufhin prüfen, inwiefern sie vom Alltag der Bürgerinnen und Bürger und ihren gesellschaftspolitischen Aktivitäten ausgehen; inwieweit sie die Interessen der in unseren Gesellschaften und weltweit Schwächsten reflektieren und auf Solidarität mit ihnen orientieren; inwieweit sie die Ursachen und Verursacher sozialer und ökologischer Zerstörung aufzeigen – insbesondere die Kapitaloligarchien mit den führenden Akteuren in der Finanzsphäre, im High-Tech-Bereich, in der Energie-, Transport-, Landwirtschaft/im Agrobusiness, im Sicherheitsbereich/MIK – als solche erkennbar machen und politisch angreifen; inwiefern sie Widersprüche deutlich machen, aus denen sich Handlungschancen ergeben, inwiefern sie helfen, das Konzept des sozialökologischen Umbaus bzw. der sozialökologischen Transformation auszuarbeiten und damit zugleich politische Strategien gegen die Verursacher sozialer und ökologischer Zerstörung zu entwickeln und umzusetzen – also solidarische Kooperationen und politische Bündnisse alternativer demokratischer Kräfte unterstützen.

3.1. Zu Subsistenzwirtschaft und Ökosozialismus

Werden die Folgen sozialer und ökologischer Zerstörung analysiert, erweisen sich die Frau/das Mädchen im globalen Süden als die vom System gesellschaftlicher Hierarchien am meisten Belasteten und als vorrangige Opfer von sozialer und Naturzerstörung. Mehrheitlich sind sie es, die sich selbst und gegenseitig dabei helfen, die Familie zu ernähren, den Alltag zu organisieren und zu verändern.

Auch sind es vielfach Frauen, die sich gegen Landraub und andere Praktiken von feudalen Herrschern, Regierenden, Konzernen, internationalen Kapitaloligarchien wehren. So haben z. B. tausende Landarbeiterinnen und Farmerinnen Anfang März 2011 in sechs brasilianischen Staaten gegen den Einsatz toxischer Unkrautbekämpfungsmittel und Pestizide in der Pflanzenzucht demonstriert. Unter dem Motto »Frauen gegen Gewalt von Agrobusiness und Agrotoxide; für Landreformen und Nahrungsmittelsouveränität« mobilisieren verschiedene Zusammenschlüsse, darunter die internationale Bauernorganisation Via Campesina und die Organisation landloser Landarbeiter/innen MST [Movimento dos sem terra] gegen ein exportorientiertes Landwirtschaftsmodell. »Das Modell ist getrieben von einem Bündnis aus großen Landeigentümern und Transnationalen Konzernen, die die Kontrolle über das Land gewonnen haben und in Monokultur-Plantagen investieren, so für Zuckerrohr und Eukalyptus ... Das System produziert primär für den Export während es die Natur degradiert und das Bodeneigentum immer mehr konzentriert«, sagten Organisatorinnen der Proteste vor der Nationalen Entwicklungsbank (BNDES) in Rio de Janeiro. Die Bank kreditiert vorrangig TNC, die Monokulturen betreiben.⁵⁵

Die Strategien der Kämpfenden fokussieren auf die Interessen lokaler Nahrungsmittelproduzentinnen und -produzenten und artikulieren diese. Sie gehen von den Wünschen der örtlichen Bevölkerung aus und vielfach von der Vorstellung, dass einander gleichgestellte Frauen und Männer, die in kollektiver Eigenarbeit Lebensmittel und Lebensnotwendiges produzieren, basisdemokratisch das Leben in der Gemeinschaft organisieren sollten.

Hier setzen linksfeministisch und ökologisch Engagierte wie Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof in Deutschland zustimmend an. Sie erklären mit guten Gründen die ökologische Krise als letztlich im patriarchal-kapitalistischen Weltsystem begründet, »in dessen ausbeuterisch-kolonialen Herrschaftsverhältnis gegenüber der Natur, Frauen und Völkern der sog. Dritten Welt« (Adler, Schachtschneider 2010: 43). Sie machen – (ebenfalls überzeugend) in der bestehenden Konstellation von Machtverhältnissen letztlich die Herrschaft eines ungehemmten Strebens nach maximaler Kapitalverwertung aus, das sich in einem durch unbegrenzte Konsumbedürfnisse forcierten »lebens- und frauenfeindlichen technologischen Fortschritt« darstellt. Dieser zerstört immer noch vorhandene Formen nachhaltiger Subsistenzproduktion und die Natur. Aber die Wissenschaftlerinnen interessieren sich nicht für die konkreten Vermittlungs- und Durchsetzungsformen dieser konkreten Konstellation von Macht- und Herrschaftsverhältnissen – und damit auch nicht dafür, wie sie konkret zu durchkreuzen und zurückzudrängen wären. Sie und ihre Anhänger/innen beschränken ihre Vorstellung von einer gesellschaftspolitischen Alternative auf zu konzipierende

55 <http://womblog.de/2011/03/06/brasilien-landfrauen-protestieren-gegen-agrarchemikalien/>.

allgemeine Prinzipien einer Wirtschaft und Gesellschaft, in der das für ein »gutes Leben« Notwendige – Nahrung, Kleidung, Wohnen etc. – im Mittelpunkt steht.

Die Natur wird »als Eigenwert und Lebensgrundlage respektiert«. Ihre Reproduktionserfordernisse bestimmen die Bedingungen für sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung, die zugleich gerecht wäre.

Regionalität und Dezentralisierung, direkte Koordination zwischen Produktion und Konsumtion, Reziprozität, Solidarität, Verantwortung für die Gemeinschaft und allgemeine Basisdemokratie gelten Mies, Bennholdt-Thomsen und Werlhof als Prinzipien des gesellschaftlichen Lebens. Den Problemen, wie diese Prinzipien gegenüber den bestehenden Strukturen der Kapitalherrschaft durchgesetzt werden könnten, wird in einer Art von Ausstiegsstrategie ausgewichen. Diese Strategie knüpft an die unbestreitbare Tatsache an, dass Lohnarbeit, Ware-Geld-Beziehungen und internationaler Handel im Weltmaßstab und sogar in den Gesellschaften des »globalen Nordens« quantitativ immer noch von beschränkter Bedeutung sind. Anstatt aber die Mechanismen der staatlich vermittelten Kapitalherrschaft und ihrer strategischen Nutzung andersartiger Herrschaftsstrukturen als Stützpunkte für die Reproduktion der Herrschaft des Nordens zu untersuchen und gesellschaftspolitisch anzugehen, sollten gemäß dem strategischen Konzept der Wissenschaftlerinnen allein noch vorhandene »Elemente einer Subsistenzkultur« wie Selbstversorgung auf dem Lande oder Projekte wie Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, lokale und regionale Wirtschaftsgeflechte erhalten und entwickelt werden – »weltweit und gegen den dominanten Trend zu Globalisierung, Kommerzialisierung, Privatisierung etc..« (Adler, Schachtschneider 2010: 43). Als allein wichtig gilt es Mies, Bennholdt-Thomsen und Werlhof, den globalen Norden »geistig zu entkolonialisieren, die Lebenslüge zu entlarven, der gegenwärtige Lebensstandard sei auf Dauer aufrechtzuerhalten und für alle Erdbewohner erreichbar.« (Adler, Schachtschneider 2010: 43).

Die entscheidende Rolle für eine solche gesellschaftliche Umgestaltung sollten »Graswurzelbewegungen und Frauen« spielen, die am stärksten von der ökologischen Krise betroffen seien. Allerdings könnten alle daran teilhaben, wenn sie bereit und fähig sind, ihre Leitbilder und Lebensweisen zu verändern, sich z. B. in einer subsistenzorientierten Initiative engagieren, vor allen lokal und regional erzeugte Produkte konsumieren und mehr Eigenarbeit leisten. (vgl. Adler, Schachtschneider 2010: 43)⁵⁶

Wir entnehmen der »Suffizienz-Debatte« insbesondere zwei Fragen: (1.) Wie können lokale Ansätze und Gemeinschaften in der sozialökologischen Transformation zur neuen Vergesellschaftungsweise erhalten werden, an ihr aktiv partizipieren? Und (2.): Wie kann die radikale Herrschaftskritik auch angesichts der

56 Frank Adler und Ulrich Schachtschneider haben in ihrem Buch »Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise« verschiedene Konzepte und Diskurse detailliert vorgestellt und behandelt. Im Abschnitt 3.1. stützen wir uns stark auf ihre Ausführungen.

Strukturen des »globalen Nordens« mit ihren Komplizitäten und Leugnungen erneuert werden?

Ähnlich marginal wie diese Suffizienz-Debatte findet in Deutschland die »Ökosozialismus«-Debatte statt.

Demokratische Partizipation statt partikularer Profitinteressen

»Eine Steuerung des Ressourcenangebotes, Mengenregulierungen für Energie und Rohstoffe müssen mit Preiskontrollen und einer Rahmenplanung einhergehen, die Produktion und Verbrauch lenkt. Was, wie und wie viel produziert wird, kann nicht länger dem Chaos partikulärer Profitinteressen überlassen bleiben, sondern muss – auf möglichst demokratische und partizipative Weise – bewusst organisiert werden. Die mit viel medialer Unterstützung geschürten Illusionen in Bezug auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien muten wie die hilflosen Abwehrversuche der sich aufdrängenden Konsequenz eines ökologischen Sozialismus an.«

(Kern 2009)

»... möglichst demokratisch« wirft zunächst und zumindest zwei Fragen auf: Wird das Ideal der individuellen Freiheit in der sozialen Gleichheit, das Credo des »Kommunistischen Manifest«, relativiert? Wie soll durch wen der Ökosozialismus zustande kommen, wenn nicht durch eine breite demokratische Bewegung?

Diese Fragen bleiben in der Debatte ungeklärt.

Die Träger/innen dieser Art von »Ökosozialismus« in Deutschland⁵⁷ entwickeln ihr Konzept als Kritik an kapitalistischem Wachstum. Sie wollen kapitalistisches Wachstum und damit den Kapitalismus überwinden und »zu einer nachhaltigen Gesellschaft mit stationärer Ökonomie« (Adler, Schachtschneider 2010: 63) gelangen. Bruno Kern, Saral Sarkar u. a. verweisen darauf, dass Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum stets mit dem Verbrauch nicht-erneuerbarer Ressourcen und mit »der Belastung der begrenzten Tragekapazität der Ökosysteme verbunden« ist (Adler, Schachtschneider 2010: 63). Diese Ökosysteme aber würden erst menschliches Leben ermöglichen. Ökokrisen wie die globale Erwärmung und die Endlichkeit fossiler Energieträger würden zeigen, dass die Wachstumsgrenzen erreicht wären und der bisherige wachstumsfixierte Entwicklungstypus nicht weiter fortgesetzt werden könne und dass das Festhalten an ihm mit großen Gefahren für die menschliche Zivilisation verbunden sei. Das Setzen auf technologische Lösungen so auf die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum einerseits, Energie- und Ressourceneffizienz, Nutzung erneuerbarer Energien an-

57 Das globale ökosozialistische Netzwerk, wie es sich seit dem Weltsozialforum 2009 um die Erklärung von Belém (International Ecosocialist Declaration 2009) versammelt hat, sollte nicht auf diese Variante verengt werden.

dererseits sei eine Illusion. Das Schrumpfen der Wirtschaft und der Weltbevölkerung auf einen »ökologisch verträglichen Gleichgewichtszustand mit der Natur« sei unverzichtbar und eine vorrangige Herausforderung bzw. Pflicht für die reichen Industrieländer. Da das »industrialistisch-kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem« von seinem Wesen und seiner Funktionsweise her auf Wachstum fixiere, wäre die ökologisch erforderliche Schrumpfung unter den Bedingungen kapitalistischer Konkurrenz katastrophal und unvermeidlich mit »gewaltsamen Konflikten innerhalb und zwischen Gesellschaften verbunden.« (Adler, Schachtschneider 2010: 63) Zivil, demokratisch und sozial gesichert könne der »Übergang zu einer schrumpfenden Wirtschaft und Gesellschaft nur im Rahmen eines Ökosozialismus ohne Wachstumszwang bewältigt werden. Das ermöglichen die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel, wirtschaftliche Rahmenplanung, egalitäre Verteilung, arbeitsintensivere Technologien etc. Über seine ökologische Notwendigkeit hinaus ist ein solcher erneuerter und ökologischer Sozialismus auch wegen seiner moralischen und sozialen Werte erstrebenswert.« (Adler, Schachtschneider 2010: 63)

Der Ökosozialismus würde sich also grundlegend vom untergegangenen Realsozialismus unterscheiden, der ebenfalls »umweltzerstörerischer Industrialismus« gewesen sei. Die »vordringliche Aufgabe von gesellschaftskritischer Aufklärung und Politik« sei, die Menschen von der Notwendigkeit des Verzichts und der Schrumpfung zu überzeugen, offensiv einen Ökosozialismus als entscheidende Bedingung für nachhaltige Entwicklung zu propagieren und sich für ihn zu engagieren. Damit müssten zugleich »Illusionen über systemimmanente Veränderungschancen« bekämpft werden. (vgl. Adler, Schachtschneider 2010: 63)

Wir nehmen die Idee auf, dass in den globalen Industrieregionen ein Rück- und Abbau von Branchen, Bereichen und Konsumtion erfolgen und dass dieser als demokratischer Prozess gestaltet werden müsse, in dem Planungsprozesse und Übergänge zu sozialer Gleichheit unter den Gesellschaftsmitgliedern unverzichtbar seien.

Wenngleich wir in der deutschen Suffizienzdebatte mit ihrer Orientierung auf solidarische lokale und regionale Kooperationen und auch in der deutschen Ökosozialismus-Debatte mit ihrer Orientierung auf Stoff- und Energieumsätze senkende gesellschaftliche Kooperationen wichtige Ansätze sehen, finden wir in ihnen nur sehr begrenzt konzeptionelle und politische Hilfen, die uns der neuen Vergesellschaftungsweise wirklich näher bringen: Denn beide zielen nicht auf die zu gewinnenden »normalen« Bürgerinnen und Bürger, die jetzt und hier – in der Auseinandersetzung mit den »Krisen, denen wir entkommen« wollen – Schritte sozialökologischen Umbaus bzw. sozialökologischer Transformation beginnen und gehen können (siehe auch Paust-Lassen, Wolf 2002: 179-185). Wir greifen anregende Gedanken auf, aber vermissen die notwendige Suche nach Widersprüchen in Interessen und Prozessen, die für Übergänge zu sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung genutzt werden können und müssen.

3.2. Zu echten und falschen Nachhaltigkeitsstrategien

»Es ist einfach, die Worte ›nachhaltige Entwicklung‹ in den Mund zu nehmen. Aber um diese Wirklichkeit werden zu lassen, müssen wir in der Lage sein, Kernveränderungen zu vollziehen – in unseren Lebensweisen, unseren Produktionsmodellen, unserer Gesellschaftsorganisation und unserem politischen Leben. Wir haben die Punkte zwischen dem Klimawandel und ... Wasser, Energie, Nahrungsmittel zu verbinden.« Diese Botschaft des UN-Generalsekretärs an die Teilnehmer/innen am Davoser Weltwirtschaftsforum⁵⁸ sollte zu wirtschaftlichem und politischem Engagement für »grünes Wachstum« werben. »Die Agenda Nachhaltiger Entwicklung ist die Wachstumsagenda für das 21. Jahrhundert. Um hierher zu gelangen brauchen wir Ihre Initiative. Wir brauchen Ihren Schritt nach vorne. Innovationen zünden, in Aktion gehen, in Energieeffizienz und erneuerbare Energien investieren – für die, die sie am dringlichsten brauchen – Ihre künftigen Kunden. Erweitern Sie den Zutritt zu Entwicklung in den Entwicklungsländern – Ihre Märkte von Morgen.

Treten Sie unserem Globalen UN-Pakt bei, der größten Unternehmens-Nachhaltigkeitsinitiative der Welt.

Betten Sie die Nachhaltigkeitsprinzipien in Ihre Strategien ein, Ihre Operationen, Ihre Versorgungsketten...« (ebenda).

Die Verursacher von Armut und Naturzerstörung sollen nach Ban Ki Moon Armut und Naturzerstörung überwinden helfen, die Opfer ihrer Politik und Wirtschaftsweise zu ihren Kunden machen. Das würde Abhängigkeit wandeln, soziale und globale Spaltungen und Hierarchien »erträglicher« machen. Der UN-Generalsekretär setzt auf den guten Willen und auf Einsichten bei den Herrschenden, bei den Kapitaloligarchien. Die Machtkonstellationen sollen jedoch erhalten bleiben, womit keine nachhaltigen fortschreitenden Verbesserungen der Lage der von der bestehenden Gesellschaft als Schwächere und Schwächste Bestimmten gewährleistet werden kann.

Die Geschichte der Nachhaltigkeitsdebatte zeigt, wie der Begriff »nachhaltig« bzw. »Nachhaltigkeit« von Akteuren mit sehr unterschiedlichen Interessen angenommen und genutzt, vereinnahmt und missbraucht wird. Es ist ein umkämpfter Begriff. Wird er im Sinne des Brundtland-Berichtes interpretiert, ist hier von »echten Nachhaltigkeitsstrategien« im Unterschied zu »falschen Nachhaltigkeitsstrategien« die Rede. Hinter den falschen stehen die Verfechter des Vorrangs wirtschaftlicher Interessen, auf deren Läuterung offenbar der UN Generalsekretär hofft. Zu den falschen Nachhaltigkeitsstrategien gehören insbesondere Strategien ökologischer Modernisierung.

Die Unterschiede und die Auseinandersetzung zwischen echten und falschen Nachhaltigkeitsanhänger/innen zeigen sich insbesondere in der Auseinandersetzung um die verschiedenen Green New Deal Konzepte.

58 http://www.youtube.com/watch?v=s-0T9HwOClw&feature=player_embedded#at=42.

Für die echten Nachhaltigkeitsstrategien ist typisch, dass sie die Menschheit als Gesamtzusammenhang sehen und zugleich auf die Lage und Interessen der sozial und global Ärmsten fokussieren; dass sie die soziale und ökologische Dimension von menschlichen Lebensverhältnissen nicht der ökonomischen unterordnen; dass sie die soziale und die ökologische Dimension von menschlichen Lebensverhältnissen zeitgleich betrachten und nicht gegeneinander ausspielen; dass sie zu keinem Zeitpunkt von sozial zerstörerischen Prozessen, menschenvernichtenden und -verachtenden Zuständen und Praktiken abstrahieren; dass sie die verschiedenen natürlichen Lebensbedingungen der Menschen als zusammengehörend und einander gleichrangig betrachten – z. B. die Verschmutzung und Verknappung des Wassers und der Böden nicht gegenüber globaler Erwärmung relativieren. Dabei arbeiten sie mit Indikatoren, Kriterien und Prinzipien, um Widersprüche, Zusammenhänge, tatsächliche und vermeintliche Fortschritte bei der Bearbeitung von Problemen – im Sinne der systematischen Bekämpfung ihrer Ursachen und Verursacher – sichtbar und (von Neuem) zum Gegenstand von Diskussion und politischer Auseinandersetzung zu machen.

Viele Anhänger/innen von echten Nachhaltigkeitsstrategien verstehen sich zugleich als Vertreter/innen eines (neuen) »Institutionalismus«. Sie wollen Orientierungen für vernünftiges und verantwortungsvolles Handeln geben, um nachhaltige Entwicklung zu befördern. Das bedeutet nicht, dass sie nicht sehen würden, dass es politischer Kämpfe bedarf, um diesen Handlungsorientierungen politischen Nachdruck zu geben – ihre Realisierung zu erzwingen. Aber sie fokussieren nicht auf die nötigen Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse unter den Menschen, die letztlich erst erklären können, warum wer kein reales Interesse an vernünftigen und verantwortungsvollen Handlungsorientierungen bzw. an vernünftigem und verantwortungsvollem Handeln hat.

Die Anhänger/innen des neuen »Institutionalismus« gehen von folgenden »Phänomenen« aus, die sie erklären und ausnutzen wollen: dass 1) eine Anzahl unterschiedlich denkender Akteure dennoch miteinander kommunizieren bzw. einander verstehen können; 2) sich die Individuen als Akteure »positiv oder negativ in kognitiven oder emotionalen Begriffen« aufeinander beziehen, sich entsprechend ihrer ideologischen Orientierung organisieren und kollektiv mit anderen Akteuren und Akteursgruppen auseinandersetzen können; 3) Akteursnetzwerke bzw. Zusammenschlüsse von Akteuren dann entsprechend ihrer ideologischen Orientierung in die politischen Arenen mit eigenen Manifesten, politischen Programmen, Agenden und Forderungen eintreten, sie dort artikulieren und in Konkurrenz mit anderen das Denken und Handeln weiterer Akteure beeinflussen. So könne insbesondere das in der Gesellschaft dominierende Verständnis von nachhaltiger Entwicklung verändert bzw. neu interpretiert werden (Söderbaum 2008: 92).

Die Individuen sollten »ihre Horizonte nicht auf ihr Eigeninteresse ... und auf unmittelbare Einflüsse beschränken«. Die »politische Verpflichtung« sei, das Individuum dazu zu bewegen, »in seinem Denken und seinen Werten ... ›Anders-

artigkeit« im Sinne der Internalisierung der Interessen anderer einzuschließen«.

»Andersartigkeit« beziehe sich auf

- die heutige Generation von Individuen in der Heimatregion
- die heutige Generation von Individuen in anderen Regionen und in der Weltgesellschaft
- die kommende Generation von Individuen in der Heimatregion
- die kommenden Generationen von Individuen in anderen Regionen – in der Weltgesellschaft
- die heutigen und künftigen Lebewesen außerhalb des Menschen (Söderbaum 2008: 3).

»Sozialer und institutioneller Wandel« bedeutet im Nachhaltigkeitsdiskurs zunächst vor allem »anders denken und sich anders verhalten« und so eine Angelegenheit individueller und kollektiver Einsichten und Handlungsweisen, von Veränderung in den ideologischen Orientierungen und Verhaltensweisen der Akteure. Aber nicht »nur«: »Die nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft geht mit einem intra- wie intersektoralen wirtschaftlichen Strukturwandel einher, mit neuen Technologien, Managementkonzeptionen und Formen der Arbeitsorganisation innerhalb der Branchen sowie einer grundlegenden Neubewertung von Produkten, Lebens-, Arbeits- und Versorgungsweisen. Diese Veränderungen werden nachhaltigen Einfluss auf die quantitative und qualitative Beschäftigungssituation der Arbeitnehmer und damit auf die sozialen Sicherungssysteme und die Einkommensverteilung haben. Nur durch eine sozial wie ökologisch sensible und zielsichere Gestaltung dieser Prozesse wird auch die öffentliche Akzeptanz zu gewinnen sein, ohne die jede weitreichende Perspektive zum Scheitern verurteilt ist« (Spangenberg: 2003: 21).

Die Studien des Wuppertal Institutes geben hierfür eine wichtige derartige Orientierungshilfe: Sie helfen dabei, sich einen anderen individuellen und gesellschaftlichen Alltag vorzustellen. Sie zeigen Zukunftsbilder und wie Produktions- und Konsumtionsstrukturen, individueller und gesellschaftlicher Alltag gewandelt werden müssen, sollen die Menschen in Würde leben, ihre natürlichen Lebensverhältnisse erhalten bzw. verbessern können. Allerdings gibt es ein gravierendes Problem: Die Zukunftsbilder des Institutes sagen wenig zur Stellung der Gesellschaftsmitglieder zueinander, zu ihrer sozialen Gleichheit bzw. Ungleichheit. Nicht oder nur kaum bzw. indirekt wird gesagt, dass die Stellung der heute sozial Ungleich und damit ungleich Mächtigen in den Verhältnissen unter- bzw. zueinander so verändert werden muss, dass die einen nicht weiterhin über das Leben der anderen bestimmen, dass die Menschen nicht weiterhin einander knechten, unterdrücken, ausbeuten können. Es gibt keine Analyse von Herrschaftsstrukturen, von Kapitaloligarchien. Auch wird nicht erklärt, wie in den Gesellschaften, die von den global Herrschenden strukturell geprägt sind, trotz dieser Machtverhältnisse Veränderungen eingeleitet werden können, welche die Lebensbedingungen der sozial und global Schwächsten strukturell verbessern und damit deren

Stellung und Durchsetzungsmacht gegenüber den anderen in der Gesellschaft stärken – also Gesellschaft strukturell wandeln. Es wird nicht erörtert, wie politische Minderheiten Prozesse beginnen können, welche die Ursachen und Verursacher von sozialer und ökologischer Zerstörung bekämpfen – wie die gesellschaftliche Arbeitsteilung, das Wirtschaftsleben und der gesellschaftliche Alltag gegen derartige Widerstände umgebaut werden können.

Da die Wuppertaler Studien (Wuppertal 1996, 2008) derartige Fragen nicht in den Vordergrund stellen, werden durch sie immer noch Denkweisen befördert, welche die Suche nach Wegen, wie die attraktiven Zukunftsmodelle realisiert werden können, mit Antworten belegen und damit zugleich beenden wie: »Der Staat muss dafür sorgen ...«, »man muss von unten machen ...«, »Staat und Zivilgesellschaften müssen agieren« und bestenfalls »der Staat muss die Zivilgesellschaft wirksam(er) partizipieren lassen«. Diese Studien setzen nicht auf die Aktivierung und Mobilisierung von Menschen für eine andere Gesellschaftsstruktur.

Darauf aber setzte zumindest teilweise Hermann Scheer, der immer wieder zeigte, dass die Energiekonzerne den Übergang auf eine Strom-, Wärme-, Kühl- u. a. Energieversorgung auf der Basis vorrangig dezentral erschlossener und genutzter erneuerbarer Energien verhindern und behindern (wollen). In seinem Kampf bezog sich Scheer positiv auf den New Deal als eine mit »unkonventionellen Methoden« realisierte »politische Kraftanstrengung«, die mit der heute notwendigen vergleichbar sei, »um den faktisch stattfindenden atomar-fossilen Krieg gegen die Lebenschancen der menschlichen Zivilisation zu beenden.« (Scheer 2010: 61). Das »wesentliche Antriebsmoment für den Energiewechsel« als erfolgreiche Beendigung dieses Krieges sei »die höhere gesellschaftliche Legitimation der erneuerbaren Energien« (Scheer 2010: 171). Die gesellschaftliche Bewegung für den Energiewechsel gründe sich »auf vielerlei Motiven, die trotz sonst unterschiedlicher Werte, Interessen oder politischer Orientierungen zusammen gesehen werden müssen, obwohl ein einzelner Grund schon zur Mitwirkung ausreicht: globaler Klimaschutz, unmittelbare Lebensqualität, technologische Innovation, neue ökonomische Perspektiven, Selbstbestimmung und Demokratisierung der Lebensverhältnisse. Eines dieser Motive allein begründet jedoch keine Bewegung. Sie entsteht durch das, was ich die Sozio-Logik erneuerbarer Energien nenne.« (Scheer 2010, 260). Die »geistige und praktische Emanzipation der Gesellschaft, ihrer technikproduzierenden Wirtschaft und politischen Institutionen vom überkommenen Energiesystem« sei »die Voraussetzung für den schnellen Energiewechsel« (Scheer 2010: 265).

Scheer zeigte die Verknüpfung auf zwischen den Energiekonzernen, den gesellschaftlichen Produktions- und Konsumtionsstrukturen und den anderen führenden Akteuren des zerstörerischen Quartetts, der Finanzsphäre, der Großtechnologieentwicklung und den politischen Institutionen auf (Scheer 2010: 205-214). Zwei »systemische Weichenstellungen« seien »vordringlich: Die eine ist, die gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Vorteile erneuerbarer Energien in

einzelwirtschaftliche Anreize zu übersetzen, wie es mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz eingeleitet wurde. Eine Emissionssteuer wäre der die gesamte Energieversorgung umfassende Ansatz dafür, zusammen mit dem grundsätzlichen Marktvorrang für erneuerbare Energien. Die andere ist, den durchgängigen Vorrang erneuerbarer Energien in der Bauleitplanung durchzusetzen, um anachronistische bürokratische Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Alles andere besorgt die Gesellschaft mit ihren wirtschaftlichen Kräften dann fast von allein, insbesondere auf kommunaler Ebene und mit der sich industriell entfaltenden Technologie. Dazu bedarf es keines mit den Energiekonzernen abgestimmten »energiepolitischen Gesamtkonzepts« mit Atomenergie- und Kohlekraftwerkskompromissen, sondern politischer Entscheidungen, die Freiräume für zahllose Energiewechselinvestitionen schaffen. Auf der politischen Ebene entscheidet sich, ob der Energiewechsel, den die Gesellschaft vollzieht, beschleunigt wird. Der energetische Imperativ bedeutet: ultimative Beschleunigung.« (Scheer: 2010: 266)

»Alles andere« seien vor allem Technologien für erneuerbare Energien als »Instrumente der Beschleunigung« (Scheer 2010: 162). Bei ihrer freien Entfaltung würden die Technologien auf Grund ihrer »vielfältigen autonomen Anwendungsformen unaufhaltsam zur bestimmenden Kraft« (Scheer 2010: 165).

Der freien Entfaltung von Technologien für erneuerbarer Energie, wozu gegenwärtig vor allem Speichertechnologien gehören, stehen – insbesondere staatliche – Investitionen zum Bau von Atom- und CCS-Kraftwerken (Carbon Dioxide Capture and Storage – die Abscheidung und Lagerung von Kohlendioxyd bei Kraftwerken) entgegen. CCS-Technologien sind nicht nur hochgradig teuer, sondern hochgradig unkalkulierbar, unbeherrschbar und daher riskant. Es kann keine gefahrenarme Abscheidung und Lagerung von Kohlendioxyd geben. Bereits stattgefundenen Unfälle belegen dies.

Als zusätzliche Argumente für teure CCS-Technologien werden industrielle Prozesse angeführt, bei denen große Mengen von Kohlendioxyd freigesetzt werden. Das betrifft z. B. die Metallurgie, die Zement-, Petrochemie- und Grundstoffindustrie und die Papierherstellung. Allerdings läge da die Wiederverwendung des Kohlendioxyds näher – Carbon Capture and Recycling (CCR), womit die Treibhausgasemissionen um die Hälfte reduziert werden könnten. So könnten aus Algensamen in einem mit Kohlendioxyd gefüllten Glasreaktor Algenkulturen gezüchtet und damit energetisch verwertbare Biomasse produziert werden (Scheer 2010: 109). Mögliche CCR-Technologien würden aber keine CCS-Technologien legitimieren.

Allerdings führt Scheer seine Auseinandersetzung mit den Energiekonzernen nicht als eine Auseinandersetzung mit den Konzernen insgesamt; sein Kampf gegen die Menschenrechtsverletzungen seitens der Herrschenden in ihrem konkreten Bündnis mit den Energiekonzernen ist letztendlich kein konsequenter Kampf gegen sozial ausgrenzende und unterdrückende gesellschaftliche Machtstrukturen insgesamt. Seine Hoffnung auf dezentrale Energieerzeuger als Subjekte gesell-

schaftlichen Wandels übersieht letztlich doch die gesamte Komplexität gesellschaftlicher Strukturen, insbesondere die Kapitaloligarchien und die Interessenkonstellationen.

Passagen wie die folgende belegen ferner, dass Hermann Scheer zum einen auf den »Mittelklassen«-Bürger, -Arbeiter und -Konsumenten hofft, zum anderen die Energiewende nur mit einem begrenzten Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft verbindet: »die Solaranlage auf dem Dach, finanziert als Dachkosten- und Stromspeicher, finanziert über das Auto: Wer will die davon ausgehende Marktexplosion aufhalten und mit welchen politischen Mitteln?« (Scheer 2010: 168). Ihm genügt die Befreiung der Autoindustrie von den Rohölkonzernen, ein prinzipieller Rückbau der Autoindustrie wird nicht konsequent angestrebt (Scheer 2010: 205-207). Ähnliches trifft auf den Luft- und Schiffsverkehr zu (Scheer 2010: 212-215). Damit würde zwar Zeit gewonnen, aber der ökologische Fußabdruck nicht nachhaltig reduziert, abgesehen von der fortbestehenden sozialen und globalen Polarisierung.

Scheer orientiert vor allem auf die einzelstaatliche »strategische Mobilisierung erneuerbarer Energien« mit Verweis auf das natürliche Angebot erneuerbarer Energien (Scheer 2010: 62). Er schränkt die gesellschaftspolitische Bewegung für den notwendigen Energiewechsel hin zur vorrangig dezentralen Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien ausdrücklich ein, wenn er sagt: »Die wichtigste politische Aufgabe ist, für erneuerbare Energien einen Rechtsrahmen zu schaffen, den die Gesellschaft produktiv ausfüllen kann.« (Scheer 2010: 176)

Die einseitige Orientierung auf den »Mittelstands«akteur, auf die staatliche Rahmensetzung bzw. auf den Staat und die politische Rechtssetzung als Akteure der Förderung erneuerbarer Energien verstellt bzw. erschwert die Mobilisierung und Kooperation von Akteuren, die in anderer sozialer Lage und ausgehend von anderen konkreten Problemen ein anderes gesellschaftspolitisches Engagement und ein anderes Politikverständnis entwickeln. Scheers Fixierung auf die Endlichkeit der Energieträger marginalisiert die Endlichkeit von Flächen und anderen Rohstoffen, begründet aber etwa den vorrangigen Ersatz des mineralölbetriebenen Autos durch das Elektroauto. Es gibt aber Menschen, darunter »Hartz -IV«-Bezieher/innen, die sich sehr begründet für andere Verkehrs- und Mobilitätslösungen engagieren und z. B. die Arbeits- und Lebensbedingungen der Tantal-Arbeiter/innen im Kongo skandalisieren.

Hermann Scheers bemerkenswerte und verdienstvolle Aktivitäten waren nicht frei von Elitärem. Ihre Integration in die Konzepte, Theorien und in die Praxis von Akteuren des sozialökologischen Umbaus bzw. der sozialökologischen Transformation verlangt die kritische Erweiterung um die Perspektiven von Menschen, deren Lebenspraxis, deren Erfahrungen, Betroffenheiten und Handlungsmotive über Scheers begrenztes Blickfeld hinausgehen. Auch wenn das anlässlich seines erstens Todestages veröffentlichte Diskussionspapier des Institutes Solidarische Moderne »Sozialökologischer Gesellschaftsumbau auf dem Weg in eine Solidari-

sche Moderne« über dieses Blickfeld weit hinaus geht, marginalisiert es ebenfalls die emanzipativen Potenziale der sozial Ausgegrenzten (Institut Solidarische Moderne 2011).

Was den Energiewechsel anbelangt, übernehmen wir von Scheer sehr Vieles und sehr Konkretes.

Auch die Studien des Wuppertal Institutes nutzen wir immer wieder. Dafür gibt es insbesondere zwei Gründe: Wir können viel aus ihnen lernen – und sehr viele Menschen, nicht zuletzt geistige, künstlerische, technische und politische Eliten beziehen ich positiv auf sie. Auch mit ihnen suchen wir die Kommunikation und Kooperation – nicht nur, aber auch und insbesondere in der Auseinandersetzung mit Strategien und Akteuren falscher Nachhaltigkeitsstrategien und bloßer ökologischer Modernisierungsansätze.

3.2.1. Ökologische Modernisierung

Programme der ökologischen Modernisierung

»Die ökologische Modernisierung der Wirtschaft ist der Schlüssel für die Zukunft Deutschlands. Wer diese Herausforderung als Vorreiter annimmt, erkämpft sich einen vorderen Platz in der Wirtschaft von morgen. Das Zusammentreffen der Finanz- und Wirtschaftskrise mit dem drängenden Problem des Klimawandels wollen wir in Deutschland als Chance für den zukunftsfähigen Umbau der Gesellschaft nutzen.«

(Die Grünen 2009a: 1)

»*Grüne Industriepolitik erneuert die Industrieproduktion insgesamt unter Energie- und Materialeffizienz Gesichtspunkten und treibt zukunftsweisende Technologien voran. Wirtschaftspolitik muss sich heute daran messen lassen, wie sie technologische, ökologische und soziale Innovationsfähigkeit fördert. Märkte benötigen einen sozial-ökologischen Rahmen. Eine konsequente Umwelt- und Klimapolitik setzt Anreize für die Modernisierung und muss dazu führen, dass umweltschädliche Produkte und Produktionsweisen nicht am Markt bestehen können. Zu Grüner Industriepolitik gehört eine Wettbewerbspolitik, die für Innovationen und Unternehmensgründungen sorgt und hilft, neue Märkte zu erschließen. Unsere moderne Industriepolitik fördert und stärkt zukunftsfähige Produktionsbereiche. Dabei setzen wir auf zweimal Öko: Ökonomie und Ökologie. Das ist grüne moderne Industriepolitik.*«

(Die Grünen 2009b: 2)

»Nicht in der Blockade des technisch-ökonomischen Fortschritts, sondern in der Korrektur seiner Dynamik und Richtung liegen Entwicklungschancen für den Übergang unserer hochkomplexen Industriegesellschaft in ein ökologisch ausbalanciertes Wirtschaftssystem. Dank dieser ebenso plausiblen wie schillernden Botschaft vom ökonomisch-ökologischen Doppelnutzen ist das programmatische Leitbild der ökologischen Modernisierung seit mittlerweile zehn Jahren gesellschaftlich akzeptiert und zum Paradigma einer sich transdisziplinär etablierenden Umweltforschung geworden. ... Seitdem ökologische Modernisierung zum Gegenstand von Regierungs- und Unternehmenspolitik avanciert, wird sie nicht nur als verheißungsvolle, sondern auch als ebenso voraussetzungsvolle Modernisierung der Moderne erfahrbar.«

(<http://wirtschaftslexikon24.net>)

»Wir sind Globalisierungsgewinner, weil sozialdemokratische Regierungen gemeinsam mit der Wirtschaft in Deutschland um die Modernisierung und den Erhalt der Industrie gekämpft haben.«

(Steinmeier 2009: 8).

»Ich glaube ..., dass der Ausweg sowohl aus den Rohstoffkonflikten als auch aus der Klimadebatte im Kern ein technologischer ist.«

(Gabriel 2009: 35)

Die Grundideen ökologischer Modernisierungskonzepte sind: In der Industriegesellschaft ist die Dimension der ökologischen Zerstörung zum prioritären Problem der Allgemeinheit geworden. Es kann und muss vorrangig durch Wissenschaft und Technik/Technologien, durch Ökoeffizienz gelöst werden. Es geht primär um Ressourceneffizienz⁵⁹, um Konsistenz⁶⁰ und um Suffizienz⁶¹, was einen tiefgreifenden Wandel von industriellen Produktionsprozessen, und das heißt ihre ökologische Modernisierung bedeutet (Huber 2000: 2-6).

In diesen Konzepten kommt dem Staat eine hervorragende Verantwortung zu. Er soll dafür sorgen, dass die Märkte so funktionieren, dass die Energie- und Stoffumsätze reduziert, die Übernutzung der Natur gestoppt und auch teilweise rückgedrängt, der material- und energieintensive Industrialismus beendet werden.

Der Staat soll gesetzliche ökologische Standards und Anreize setzen sowie geeignete Instrumente finden, um innovativ zu erwirken, dass nur noch Waren auf

59 Bessere Ressourcennutzung.

60 Einen industriellen Metabolismus (Stoffwechsel), da die Stoffumsätze den Reproduktionserfordernissen der natürlichen Lebensgrundlagen und der Ökosysteme Rechnung tragen; der industrielle Stoffkreislauf soll die natürlichen Kreisläufe nicht beeinträchtigen.

61 Genügsamkeit statt Vergeudung und Überfluss.

die Märkte treten, die mit der Reintegration anthropogener Stoffkreisläufe in natürliche Kreisläufe zusammen gehen. Wo die globale Konkurrenz nicht die ökologischen Standards in bzw. zwischen den Staaten auf dem erforderlichen Niveau an- und ausgleicht, sollte der Staat verhandeln und eine striktere Weltumweltpolitik betreiben. In dieser käme den technisch-technologisch am weitesten fortgeschrittenen Ländern eine besonders hochgradige Verantwortung zu, insbesondere für die international zu vereinbarenden ökologischen Standards und die erforderlichen Technologietransfers.

»Ökologische Modernisierung« meint eine mehr oder weniger drastische Reduzierung der Stoff- und Energieumsätze sowie der klimaschädigenden Emissionen unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen – bei struktureller sozialer Ungleichheit, zentralisierten Wirtschaftsstrukturen, Gewaltproduktion und Militarisierung. Sie würde soziale und ökologische Zerstörung nicht beenden. Vielfach wird Ressourcenverknappung nur im Kontext mit fossilen (und atomaren) Energieträgern gesehen und Umweltschädigung vor allem mit der Verschmutzung der Luft in Zusammenhang gebracht.

Viele Anhänger/innen der ökologischen Modernisierung verhalten sich außerordentlich nüchtern beobachtend und analysierend: »Die Enttäuschung von Kopenhagen ist zum erheblichen Teil Folge eines verengten Welt- und Selbstbilds – der überholten Vorstellung von einer Welt, in der vor allem anderen die ›europäischen‹ Problemsichten, Wertprioritäten und Modernitätsbegriffe zählen.« (Wiesenthal 2010: 1) Helmut Wiesenthal fordert dazu auf, die Welt aus der Perspektive von China und anderen aufstrebenden Schwellenländern zu sehen. Weil er jedoch den »Umbau der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur« als viel zu schwierig abtut (Wiesenthal 2010: 10), flüchtet er in Pragmatismus. Er will das Problem völlig unzulänglicher Erfolge des Kyoto-Prozesses mit »mehr Markt« lösen. Seiner Kritik am Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) folgt die These: »An die Stelle von Stromsparkampagnen und Solarstromförderung hätten in erster Linie die Effektivierung und Öffnung des Emissionshandels zu treten, um den Kreis der Marktteilnehmer um alle Klimainteressierten zu erweitern. Denn das Recht, ein Emissionszertifikat zur Nichtnutzung zu kaufen, wäre derzeit rund fünfzig Mal effektiver als die Investition des gleichen Betrages in eine Photovoltaikanlage.« (Wiesenthal 2010: 13)

Das ist kurzsichtiger Pragmatismus, denn das EEG sowie Strategien zum Bau und zur Nutzung von Photovoltaikanlagen können in Kombination mit anderen Technologien erneuerbarer Energien klimaschädigende Emissionen nachhaltig senken und stoffliche Produktionsstrukturen nachhaltig verändern helfen.

Wiesenthal kann sich der Unterstützung durch den BDI sicher sein: »Ein globaler Kohlenstoffmarkt bildet die Basis für eine sachgerechte Verteilung der Lasten des Klimaschutzes Ein globaler Kohlenstoffmarkt stellt sicher, dass vor allem dort investiert wird, wo mit dem eingesetzten Kapital der größte Nutzen für das Klima erreicht werden kann.« (BDI 2009)

Allerdings sind mit den Kohlenstoffmärkten die Treibhausgas-Emissionen weiter expandiert. Ferner sind die destruktiven Zusammenhänge zwischen Finanzmarktspekulation und Kohlenstoffmärkten bekannt (siehe S. 127-128) und die Wirtschaftskriminalität an den Kohlenstoffmärkten nachgewiesen.

Betrug und die Tatsache, dass an den Märkten stets der ökonomisch Stärkere gewinnt, befördert kaum ökologischen Umbau der Wirtschaft, geschweige denn die Transformation zu einer sozial und ökologisch gerechten Gesellschaft. So berichteten mehrfach offizielle Institutionen und Medien über Betrug beim Emissionshandel mit Verschmutzungs-Rechten.⁶²

Von »Transformation« spricht auch Anthony Giddens. Er geht von einem Ansatz aus, den er als »utopischen Realismus« bezeichnet. »Mit reinem Utopismus ist niemandem geholfen, mit bloßem Realismus auch nicht, denn es fehlt der transformative Impuls, um die anstehenden Probleme anzugehen.

... Wir brauchen einen Ansatz, der einschneidende Veränderungen des Lebensstils mit sich bringt. Wohin uns das führen wird, wissen wir nicht. An sein Ende gekommen ist auf jeden Fall der ›American way of life‹ mit seiner billigen Energie und den billigen Krediten – das kann nicht so weitergehen.« (Giddens 2010: 5)

Zum »utopischen Realismus« gehört bei Giddens ein »Experimentieren mit der Demokratie selbst«, wobei der Zivilgesellschaft eine »Schlüsselrolle« zukäme. Sie müsse die Parteien überwachen. »Wir brauchen eine Machtkoordinierung parallel zur demokratischen Bottom-Up-Politik, damit ein langfristiges Programm zustande kommt.« (Giddens 2010: 6)

»Lebensstile« verändern muss nicht dergestalt »Lebensweisen wandeln« bedeuten, dass auch die Arbeitsinhalte und Arbeitsweisen auf individuelle, gesellschaftliche, menschheitliche und damit auch auf ökologische Nützlich- bzw. Verträglichkeit ausgerichtet werden. Wird »demokratische Bottom-Up-Politik« lediglich mit der »Überwachung von Parteien« verbunden, wird eine sozial und ökologisch nachhaltige gesellschaftliche Transformation – wie wir sie verstehen und anstreben – nicht stattfinden. Diese setzt weitere und neue soziale Akteure voraus.

Diese Akteure interessieren auch Ralf Fücks nur sehr beschränkt. Er folgt den Grundüberlegungen von Anthony Giddens. Seiner Meinung nach gewinnt »die Einsicht an Boden, dass Klimaschutz eine Quelle für neuen Wohlstand werden kann. Der Übergang vom fossilen Industriezeitalter in eine Epoche erneuerbarer Energien, ressourceneffizienten Produkte und öko-intelligenter Technologien ist ein potenzieller Jungbrunnen für die alten Industrieländer. ... Die große Transformation hat bereits begonnen – im Energiesektor, im Bauwesen und in der Industrie, in Europa wie in den USA und in China. ... Aber die Zukunft hängt nicht

62 z. B. http://www.focus.de/finanzen/news/kriminalitaet-millionenschaden-durch-betrug-im-emissionshandel_aid_476736.html.

allein von den Regierungen ab. Wir alle können und müssen zu Akteuren der ökologischen Wende werden.« (Fücks 2010: 1)

Giddens, Fücks und Co. denken nicht oder nur kaum an die lokalen Lebensmittelproduzenten bzw. an die Armen im globalen Süden, die oftmals nicht einmal Lebensmittel produzieren können. Ihre »grüne industrielle Revolution« bzw. ihre »große Transformation« sind technologische Angelegenheiten. »Wir« als »Forscher und Ingenieure, Unternehmer, Bauern, Stadtplaner, Produzenten und Konsumenten« könnten daran teilhaben, das Tempo beeinflussen, »zu Akteuren der ökologischen Wende werden« – nicht eines sozialökologischen Umbaus. Denn »wir« sind realistisch und akzeptieren, »dass die Konzerne, die heute die Energiewirtschaft dominieren, nicht einfach aufhören zu existieren, sondern sich an den lukrativen Geschäften der Zukunft beteiligen wollen. Zudem dürfte auch künftig genug Kapital auf den Finanzmärkten nach Profit suchen, um Investitionen in der Größenordnung von mehreren hundert Milliarden Euro zu finanzieren.« (Koch 2010: 9)

Politisch entscheidend ist hier, ob »Realismus« als »Hinnahme« verstanden wird oder als die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse analysierend und ihnen Rechnung tragend so handeln wollen, dass die sozial und ökologisch zerstörerischen Akteure dann eben in kleinen Schritten, aber zunehmend daran gehindert werden, ihr Interesse an Profitmaximierung zu verwirklichen, so dass sie letztlich verdrängt werden – das bedeutet strukturelle Veränderung gesellschaftspolitischer Kräfteverhältnisse; oder ob dann doch wieder »Lösung der ökologischen Probleme« so eng interpretiert wird, dass in den bestehenden gesellschaftlichen Hierarchien mit den technologischen Wandlungen bestenfalls mehr oder weniger Ressourcenverteilung ablaufen soll.

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) wirbt in seinem Gutachten 2011 für eine »Große Transformation zur Klimaverträglichkeit« bzw. »zur nachhaltigen Gesellschaft ..., die innerhalb der planetarischen Leitplanken der Nachhaltigkeit verlaufen muss.« (WBGU 2011: 1)

Obwohl der WBGU von der »Großen Transformation« zur nachhaltigen Gesellschaft« spricht und auf »Langzeitstudien« verweist, die »[eindeutig] zeigen, dass sich immer mehr Menschen weltweit einen Wandel in Richtung Langfristigkeit und Zukunftsfähigkeit wünschen« (WBGU 2011: 1), gibt es für ihn letztlich keinen wirklichen gesellschaftlichen Wandel. Das ist einerseits sehr verständlich, denn der WBGU will Regierungshandeln beeinflussen. Andererseits weiß er, dass sein Wissen und seine Vorschläge nur dann zu Einsichten und Maßnahmen von Regierenden werden, wenn diese dazu von anderen gedrängt werden bzw. wenn die Regierenden ausgewechselt werden. Er weiß auch, dass Regierungswechsel keine Garantien für nachhaltige Entwicklungen bedeuten. In seiner »Großen Transformation zur nachhaltigen Gesellschaft« (WBGU 2011: 1) ist die Organisation gesellschaftlicher Arbeit und gesellschaftlichen Lebens marginalisiert. Der Transport wird auf »Verkehr« reduziert – d. h. er wird nicht als von der gesell-

schaftlichen Arbeitsteilung abgeleitet gesehen – und der MIK wird ausgeblendet. Das schränkt die Sicht auf Transformationsprobleme und -gegner gravierend ein. Wichtige – zumindest potenzielle – Akteure der »Großen Transformation« wie die Friedensbewegung werden nicht einmal angesprochen.

Leerstellen des WBGU-Gutachtens

Weil der Staat nur instrumentell (und nicht als konzentrierter Ausdruck gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse) gesehen wird, soll er als »gestaltender Staat« gemäß WBGU-Logik »zentrales Element« der Transformation sein und den Übergang zur nachhaltigen Gesellschaft beschleunigen (WBGU 2011: 2). So wird die »Schaffung eines nachhaltigen Ordnungsrahmens« gefordert, der dafür sorgt, »dass Wohlstand, Demokratie und Sicherheit mit Blick auf die natürlichen Grenzen des Erdsystems gestaltet und insbesondere Entwicklungspfade beschritten werden, die mit der 2 °C-Klimaschutzleitplanke kompatibel sind.«

(WBGU 2011: 1).

»Sicherheit« kann bzw. muss mit Repression und Militarisierung verbunden werden.

Die Dramatik jener, deren Lebensbedingungen auch bei (der unwahrscheinlichen) Erlangung der »Klimaschutzleitplanke« schwinden, lokal und regional verschwinden und damit sofortige, kurz-, mittel- und langfristige Hilfen für sie sind in der »Zusammenfassung für Entscheidungsträger« kein wirkliches Thema. Lediglich »Fairness und Gerechtigkeit« werden angemahnt (WBGU 2011: 1).

Die Klimaproblematik sehend und die Bedeutung des Zeitfaktors kennend fordert der WBGU dringliches Staatsagieren und zeigt, dass die »große Transformation« machbar sei, weil »die technologischen Potenziale zur umfassenden Dekarbonisierung (Entkohlenstofflichung, d. Vf.) vorhanden« und »die politischen Instrumente für eine klimaverträgliche Transformation wohlbekannt sind« (WBGU 2011: 1).

Die neue ökologische »Geschäftsgrundlage« des WBGU

»Die Gesellschaften müssen auf eine neue ›Geschäftsgrundlage‹ gestellt werden. *Es geht um einen neuen Weltgesellschaftsvertrag für eine klimaverträgliche und nachhaltige Weltwirtschaftsordnung.* Dessen zentrale Idee ist, dass Individuen und die Zivilgesellschaften, die Staaten und die Staatengemeinschaft sowie die Wirtschaft und die Wissenschaft kollektive Verantwortung für die Vermeidung gefährlichen Klimawandels und für die Abwendung anderer Gefährdungen der Menschheit als Teil des Erdsystems übernehmen. Der Gesellschaftsvertrag kombiniert eine Kultur der Achtsamkeit (aus ökologischer Verantwortung) mit einer Kultur der Teilhabe (als demokratische Verantwortung) sowie mit einer Kultur der Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen (Zukunftsverantwortung).«

(WBGU 2011: 2)

Da Konzerne und andere Organisationsformen von hochkonzentriertem Kapital nicht als Hauptverursacher sozialer und ökologischer Zerstörung benannt und kritisiert werden, werden einerseits die energie- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen auf technologische reduziert. Andererseits gibt es in der »Zusammenfassung für Entscheidungsträger« auch keine Finanzmärkte und an ihnen agierende Akteure. Allerdings gibt es den Emissionshandel und »die Bepreisung von CO₂« wird als »wichtigste politische Maßnahme für die Dekarbonisierung« gesehen. Der Preis für die drastisch zu reduzierenden CO₂-Emissionen gilt dem WBGU als »notwendiger Bestandteil eines regulatorischen Rahmens für die Transformation zu einer klimaverträglichen Gesellschaft.« (WBGU 2011: 11). In diesem regulatorischen Rahmen gibt es folgerichtig keine Maßnahmen und Instrumente zur Schrumpfung bzw. Begrenzung von Finanzmärkten, zur Bekämpfung der führenden Akteure auf diesen Märkten, der Kapitaloligarchien – so dass keine nachhaltigen Krisenlösungen erwartet werden können.

Beim Verweis auf die vorhandenen technologischen Potenziale für die große Transformation werden in der »Zusammenfassung« keine Ambivalenzen und destruktiven Potenziale thematisiert. Das Mega- und daher insbesondere Konzernprojekt Desertec wird als hoffnungsvoll gefeiert. Die neokolonialen Tendenzen sowohl von Desertec als auch der Afrika-Europa-Energiepartnerschaft insgesamt werden übersehen (WBGU 2011: 13).

Die Interessen der global Ärmsten sind eindeutig dem ökologischen Ziel nachgeordnet. Allerdings sollen die global Ärmsten im Interesse des globalen Klimas die Wälder erhalten. Arme in den eigenen Gesellschaften sind in der »Zusammenfassung für Entscheidungsträger« nicht thematisiert. Lipietz hatte darauf hingewiesen, dass die UN-Definition von nachhaltiger Entwicklung »immerhin« eine

Priorität vorschläge: »angefangen mit ihren mittellosen Angehörigen«. Der englische Text spricht sich noch klarer aus: er spricht von »the poorest«, den Ärmsten.« (Lipietz 2000: 22)

Anscheinend muss sich der »starke Staat« gemäß WBGU für sie nicht ausdrücklich engagieren. Da er »ausbalanciert werden muss durch erweiterte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger« (WBGU 2011: 8) zählen offenbar die sozial Ausgegrenzten eher nicht zu den Bürgerinnen und Bürgern. Der »gestaltende Staat steht damit fest in der Tradition der liberalen und rechtsstaatlichen Demokratie« (WBGU 2011: 10), die Bestrebungen nach sozialer Gleichheit bekämpft hat und bekämpft.

Dennoch wären die empfohlenen Verfassungsänderungen pro Klimaschutz als Staatszielbestimmung, Informations-, Beteiligungs- und Rechtsschutzmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sowie zivilgesellschaftlichen Akteure, ein Klimaschutzgesetz und das klimapolitische Mainstreaming der Staatsorganisation (WBGU 2011: 10) nicht nur überhaupt innovativ, sondern gingen auch insgesamt in eine richtige Richtung. Ebenso innovativ und orientierungsrichtig wäre die Kombination dieser Elemente mit einer »deliberativen Zukunftskammer«, die das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren ergänzt (WBGU 2011: 10).

In der Sicht des WBGU soll der »starke Staat« insbesondere mit der klimabzw. umweltsensiblen »selbstorganisierten Zivilgesellschaft« und der »wissenschaftlichen Expertengemeinschaft« kooperieren, aber nicht etwa die politische Auseinandersetzung mit den Kapitaloligarchien und ihren Partner/innen suchen. Man fokussiert auf gutwillige Eliten in führenden Wirtschafts-, Wissenschafts-, Kultur-, Parlaments- und Verwaltungskreisen, aber mobilisiert nicht die Zivilgesellschaft gegen die »Uneinsichtigen«. Dennoch würden linke zivilgesellschaftliche Akteure mit den vom WBGU vorgeschlagenen Innovationen bzw. im Ringen um diese Innovationen an politischen Einflussmöglichkeiten gewinnen, so dass die Chance wachsen könnte, soziale, ökologische und globale Probleme gerecht und nachhaltig zu lösen. Auch viele wichtige WBGU-Empfehlungen wie Subventionsabbau für atomar-fossile Energien, Einspeisegarantien und Einspeisevergütungen zur Förderung erneuerbarer Energien, zur nachhaltigen Stadt- und Raumplanung und -gestaltung und vor allem zur klimaverträglichen Landnutzung verdienen politische Unterstützung. Sie wären mit Forderungen zur Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und sozialen Spaltungen zu kombinieren. Ebenso wären die WBGU-Empfehlungen zur Demokratisierung mit Forderungen zur Beteiligung der sozial Ausgegrenzten zu verbinden. Das trifft auch und insbesondere für Entscheidungen und Maßnahmen zur Begrenzung der Energienachfrage und zur Dekarbonisierung der Energieversorgung zu, wenn diese sozial gerecht erfahren werden sollen.

Kritikwürdige – da von gesellschaftlichen Verhältnissen abstrahierende und daher nicht nachhaltige – Szenarien zum Wandel umweltzerstörerischer Institutionen zu »Pionieren des Wandels« enthalten Aussagen, die in politische Forderungen

gen an die Regierenden, Parlamentarier/innen, an staatliche Verwaltungen und internationale Institutionen münden könnten und sollten, um die Zivilgesellschaft zu aktivieren. Die Herausforderung besteht auch hier darin, Widersprüche und damit Handlungsmöglichkeiten zuerst im Interesse der sozial und global Schwächsten aufzuspüren und zu nutzen.

So heißt es insbesondere in der »Zusammenfassung für Entscheidungsträger«: »Der WBGU empfiehlt, in Rio eine verbindliche ›UN Green Economy Roadmap‹ mit spezifischen inhaltlichen wie zeitlichen Zielvorgaben zu beschließen, die bis 2030 im Rahmen nationaler Green-Economy-Strategien mit überprüfbaren Indikatoren umzusetzen ist. Dabei sollten auf Klimaverträglichkeit orientierte, quantifizierbare Ziele und Unterziele, wie sie sich im Kontext der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) bewährt haben, für den Umbau der Energiesysteme sowie Fragen der Stadtentwicklung und der nachhaltigen Landnutzung im Vordergrund stehen. Flankierend sollten Armutsbekämpfungsstrategien und speziell die weitere Umsetzung der MDG so mit der übergeordneten Green Economy Roadmap verzahnt werden, dass sie explizit an den Erfordernissen der Transformation ausgerichtet werden können. Die Sicherung des Zugangs zu modernen Energieformen für alle Menschen sowie eine verbesserte Ernährungssicherheit durch nachhaltige Intensivierung der Landwirtschaft bieten hierfür zentrale Ansatzpunkte. Die multilateralen Akteure der Entwicklungspolitik sollten ihre operativen Strategien fortan kohärent an diesen Zielsystemen der Armutsreduzierung und der klimaverträglichen Entwicklung orientieren.« (WBGU 2011: 19)

Die Passage ist mehrfach widersprüchlich: Einerseits werden erneut die Interessen der global Schwächsten klimapolitischen Erfordernissen und so den Interessen der global Mächtigeren untergeordnet, andererseits wird am Ende des Zitates die gleichzeitige Bekämpfung von Armut und Klimawandel gefordert. Einerseits sind die positiven Bezüge auf die – ausgehend von der dramatischen Problemlage der global Schwächsten viel zu gering angesetzten – MDG nicht angemessen, andererseits wäre beim erreichten Stand ihrer Erfüllung nunmehr zunächst die Einhaltung der MDG zu fordern.

Verschiedene WBGU-Aussagen können und müssen also kritisch aufgegriffen, die teilweise Kooperation mit dem WBGU kann und muss gesucht werden. Ob und wie dies erfolgt, zeigen die »Reife« der linken Bewegung und die – damit verbundene mögliche positive Entwicklung der gesellschaftspolitischen Kräftekonstellationen.

In diesem Sinne sind alle jene Momente aus den »richtigen« und »falschen« Nachhaltigkeitsstrategien aufzugreifen, die Handlungsmöglichkeiten in vier Richtungen bieten: zur Aktivierung der Zivilgesellschaft gegen soziale und ökologische Zerstörung, für gerechte Problemlösungen; zur Erschließung von neuen Handlungsmöglichkeiten im Interesse der sozial und global Schwächsten, des Kampfes gegen globale Erwärmung und gegen den Schwund der biologischen Vielfalt; zur Entwicklung konkreter Problemlösungen; zur Entwicklung von Ab-

und Umbau-Strategien für das zerstörerische Quartett, die sechs zerstörerischen Komponenten – von Strategien hin zum sozialökologischen Umbau bzw. der mit ihm beginnenden sozialökologischen Transformation.

3.2.2. Green New Deal Projekte

Die insgesamt sehr verschiedenen Green New Deal Projekte können nach Zugehörigkeit zu echten und falschen Nachhaltigkeitsstrategien unterschieden werden.

Allerdings haben die Aktivitäten von Bündnis90/Die GRÜNEN in ihren Wahlkämpfen der letzten Jahre in Deutschland dazu geführt, dass vielfach ihnen der »Green New Deal« zugeschrieben wurde und wird. Hinzu kommt, dass die Programme und Projekte dieser Partei mit der Überschrift »Green New Deal« ebenso vorschnell mit grüner Regierungspolitik in den Jahren 1998-2005 oder mit dem ökologischen Modernisierer Ralf Fücks, dem Geschäftsführer der parteinahen Heinrich-Böll-Stiftung, verbunden und entsprechend bewertet werden. Das erschwert zum einen den sachlichen und differenzierenden Umgang mit verschiedenen, durchaus sehr unterschiedlichen Green-New-Deal-Projekten, zum anderen ihre zumindest punktuelle Nutzung für die politische Arbeit am sozialökologischen Umbau (siehe dazu Dellheim, Wolf 2009).

Die verschiedenen Green-New-Deal-Projekte unterscheiden sich insbesondere in fünf Punkten:

In der Thematisierung und im Umgang mit den Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrisen sowie ihrer Verquickung mit den Ernährungs-, Klima/Umwelt-, Energiekrisen;

in der Auseinandersetzung mit einem Einzelproblem bzw. einigen wenigen Problemen oder komplexer gesellschaftlicher Problematik;

in den betrachteten Zeiträumen und damit verbundenen Ansprüchen: eher kurzfristige Problemmilderungen bzw. -lösungen oder zugleich Einstieg in langfristige und tiefgreifende Entwicklungen, insbesondere um die Position der Ärmsten in den Gesellschaften bzw. in der Welt strukturell zu stärken;

in der Frage nach dem Ziel und dem Charakter der längerfristigen und tiefgreifenden Entwicklung: ökologische Modernisierung oder sozialökologischer Umbau als Beginn sozialökologischer Transformation;

in dem angezielten Politikmodus: Bewegung von unten fördernd – bottom up oder auf Regierungs- bzw. Staatshandeln setzend – *top down*.

Der Kern des »Green New Deal« nach Ralf Fücks: »Den Kapitalismus erneuern!«

»Im Zentrum steht die Idee eines ›Green New Deal‹, die weltweit als Antwort auf die Doppelkrise von Wirtschaft und Umwelt diskutiert wird. So unterschiedlich die Konzepte auch sein mögen, die unter diesem Titel segeln, so haben sie doch einen gemeinsamen Kern: Erstens geht es um einen großen Sprung in Richtung einer nachhaltigen Ökonomie. Darunter fallen der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die ökologische Sanierung von Gebäuden, eine breit angelegte Förderung erneuerbarer Energien und umweltfreundlicher Technologien. Zweitens geht es um mehr Chancengleichheit und soziale Teilhabe, vor allem durch massive Investitionen in Bildung und berufliche Qualifizierung. Und schließlich geht es darum, den globalen Kapitalismus in ein globales Regelwerk einzubetten und den Rückfall in Protektionismus und Nationalismus zu verhindern. ... Wir brauchen einen großen gesellschaftlichen Aufbruch, wenn wir die Krise nutzen wollen, um den Kapitalismus zu erneuern und die Welt zu verbessern.«

(Fücks 2009: 1)

Das Grundproblem des GRÜNEN New Deal – wenngleich er nicht vollständig mit der Denkweise von Ralf Fücks voll gleichgesetzt werden sollte – ist, dass er strukturelle Ungleichheit, Konkurrenzverhältnisse und Militarisierung toleriert. Sie werden allerdings weitgehend von vielen Green-New-Deal-Anhänger/innen gesehen und sollen zumindest nicht gemehrt werden.

Der »Grüne New Deal« als globale Strategie

»Der Grüne New Deal als globale Strategie setzt auf proaktive Krisenlösungen durch eine verstärkte Koordination von Finanz-, Struktur-, Umwelt- und Entwicklungspolitik.

Im Rahmen dieser Strategie wollen wir mit einem konzentrierten sozialökologischen Investitionsprogramm in Europa Impulse gegen die Rezessionsgefahr setzen, um so ein nachhaltigeres grünes Umsteuern in einer stabileren sozialen Wirtschafts- und Finanzwelt zu erreichen. Hierbei soll auch die Verantwortung der reichen für die Entwicklungsländer berücksichtigt und praktisch eingelöst werden.«

(DIE GRÜNEN 2009: 97-98)

Damit setzen DIE GRÜNEN insbesondere auf Staats- bzw. Regierungshandeln.

UNEP als Organisation der Vereinten Nationen muss objektiv darauf zielen. Ende Oktober 2008 startete das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) eine Initiative, um die enormen öffentlichen Gelder für die Konjunktur- und Firmen-Rettungsprogramme (bis zum Sommer 2009 3,1 Billionen US-Dollar) in einen Strukturwandel der Energiewirtschaft, der Umwelttechnologien und Arbeitsplätze zu überführen. Dabei kommt dem Umbau der Städte, nachhaltiger Energie-, Transport-, Land- und Forstwirtschaft einschließlich Wieder-Aufforstung eine besondere Aufmerksamkeit zu.

Seit Anfang 2009 fokussiert UNEP auf ganzheitliche Armutsbekämpfung und damit auf nachhaltige Ressourcenwirtschaft, vor allem auf nachhaltige Wasserwirtschaft mit dem Schwerpunkt bessere Trinkwasserversorgung: auf Maßnahmen, Investitionen und Reformen, um eine nachhaltige und effektive Nutzung der Naturressourcen zu erwirken und Verluste in der nachgelagerten Verarbeitung zu reduzieren; um Finanzflüsse in nachhaltige Industriekategorien, in soziale und produktive Infrastruktur, in die Gesundheitsversorgung und Bildung zu ermöglichen; um Investitionen und andere Programme zugunsten der ländlichen Armen, insbesondere in ökologisch degradierten Gebieten zu finanzieren; um Schutz und Vervollkommnung der Ökosysteme, von denen vor allem die extrem Armen abhängen; um Investitionen in die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, um Subventionen zugunsten nachhaltiger Wasserwirtschaft, Vervollkommnung wasserwirtschaftlicher Infrastruktur (UNEP 2009:10-12).

Im Kontext mit der Global Green New Deal Diskussion orientiert der UNCTAD-Bericht 2009 (Bericht der Konferenz der Vereinten Nationen zu Handel und Entwicklung) zu den am wenigsten entwickelten Ländern auf öffentliche Investitionen als Kernpunkt von Wirtschaftspolitik (mit der Priorität Landwirtschaft) und auf endogene Wissensproduktion; auf internationale Regeln, die für die LDC [Least Developed Countries], für die dramatische Problemlage der global Schwächsten in den am wenigsten entwickelten Ländern, überlebenswichtig sind, weil diese in der internationalen Arena ihre Interessen nicht nachhaltig geltend machen, geschweige denn durchsetzen können; auf länderspezifische Lösungen, die den Staat unterstützen, endogene Entwicklungsressourcen zu erschließen. Die UNCTAD spricht von »entwicklungsfördernder Regierungsführung« (»good development governance«) und will Marktmechanismen danach bewerten, inwiefern sie die von der betreffenden »Regierung gesetzten Ziele« verwirklichen helfen. »Sozialer Zusammenhalt« wird als grundsätzlich wichtig angesehen (UNCTAD 2009).

Diese Green-New-Deal-Vorstellungen bzw. diese Vorschläge und Orientierungen von UN-Organisationen unterscheiden sich deutlich von dem Green New Deal, wie ihn Fücks und Giddens anstreben.

Der Green New Deal der britischen *New Economic Foundation* (NEF) soll als internationales Projekt verstanden werden, an dem die Bürgerinnen und Bürger, alle kollektiven zivilgesellschaftlichen Akteure teilhaben können; an dem alle demokratischen Akteure im offiziellen politischen System, im Staat/in der Verwaltung mitwirken sollten.

Die NEF nennt in Anlehnung an Karl Polanyi, der ausgehend von der Analyse seiner sozialen Gegenwart und seinem Ringen um individuelle Freiheit für alle die Idee der »großen Transformation« entwickelte, Kernelemente einer sozialen und ökologischen Transformation: a) die große Umbewertung der sozialen und ökologischen Werte, b) die große Umverteilung von oben nach unten, von Arbeit und Eigentum, c) die Entwicklung von »WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE« mit Belegschaftseigentum, Genossenschaften, d) die große Umbewertung der Rolle von Märkten, die im gesellschaftlichen Leben relativiert werden sollen, e) die große ökonomische »Bewässerung« durch Reformen in der Steuer- und Finanzpolitik, der Investitionspolitik, im Bankwesen, f) mehr Gerechtigkeit in der Weltpolitik, Realisierung der Millennium Development Goals (NEF 2008: 3-5).

Konsequente Friedens- und Abrüstungspolitik fehlt allerdings in der Aufzählung der von der Stiftung verfolgten Ziele.

Der Umweltexperte und -ethiker Konrad Ott initiierte das Manifest »Aufbruch und Wandel«, in dem er Grundlagen des neoliberalen Wirtschaftsmodells in Frage stellt. »Green New Deal ist ... zunächst nur eine titelartige Überschrift für ein mögliches Regelwerk, das dann letztlich in politischen Debatten konkretisiert und spezifiziert werden muss. ... Die Botschaft des Manifestes ist klar: Wir brauchen neue Regeln zur Regulierung des Wirtschaftslebens, und das Manifest enthält erste Vorschläge zu einer solchen Regulierung. ... Der Teil über Wirtschaft geht von der Regulierung der Finanzmärkte über Ideen zu einem gerechten und nachhaltigen Steuersystem bis hin zu Verbraucherpolitik, Verkehrspolitik und Industriepolitik ...« (Ott 2009).

»Green New Deal für Europa« orientiert darauf, nicht »nachhaltige Strukturen« aufzubrechen, nachhaltige Strukturen zu bauen, den Gesellschaften mittelfristige, langfristige Orientierungen und Visionen zu geben (UNEP 2009: ix). Als primäre Verursacher der Problemakkumulation werden Lobbygruppen von Industrieverbänden gesehen, große Player in der Automobilindustrie, in der Chemiewirtschaft und im Agrobusiness.

Die Grünen: »Europa« in der internationalen Arbeitsteilung besser positionieren!

»Mehr Nachhaltigkeit im Binnenmarkt bedeutet auch, dass wir GRÜNE einerseits die Marktkräfte intensivieren wollen, indem wir mehr Wettbewerb in verkrustete Strukturen tragen. Andererseits müssen wir dem Wettbewerb mehr oder bessere Regeln geben, um ungesteuerte Kräfte zu bändigen.

Wir wollen in Europa eine grüne Marktwirtschaft und keine entfesselte Ökonomie oder einen neuen Protektionismus. Europa darf sich nicht abschotten, sondern muss sich in der globalen Arbeitsteilung besser positionieren. Das bedeutet: Europa muss wirtschaftlichen Erfolg auf Innovation und Umwelttechnologie sowie starke ArbeitnehmerInnen bauen und nicht auf einen Wettbewerb um Niedriglöhne und der Minimalstandards setzen«.

(DIE GRÜNEN 2009: 99)

Zur Demontage des Militärisch-Industriellen-Komplexes finden sich in den New Deal-Projekten und Transformationskonzepten kaum Aussagen. Scheinbar wird das Thema als »zu heiß« angesehen oder seine Relevanz unterschätzt.

Vielfach wird lediglich erklärt, dass der Green New Deal der Reduzierung des Militärischen diene; dass die Herrschenden anstatt militärisch aufzurüsten und Militäreinsätze zu konzipieren, lieber den Green New Deal realisieren sollten. Allerdings gibt es auch die Integration des Militärischen als »Normalität« in die Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik. Das soll ressourcensparend, möglichst ökologisch und effektiv erfolgen.

»Die zivilen und militärischen Krisenfähigkeiten Deutschlands müssen verbessert werden«, forderte im Frühjahr 2009 Jürgen Trittin (Trittin 2009).

Das ist nicht überraschend, wenn man sich für den Lissabonner Vertrag und so für ein »Nachrüstungsgebot« der EU-Mitgliedsländer ausgesprochen hat. Ebenso problematisch ist es, zu erklären: »Den weiteren Ausbau militärischer Kapazitäten auf europäischer Ebene akzeptieren wir nur, wenn dies mit Begrenzung und sukzessivem Abbau nationaler Kapazitäten einhergeht.« (DIE GRÜNEN 2009c: 205) Denn dies bedeutet nicht zwangsläufig abzurüsten. Im Gegenteil, es kann sogar militärische Angriffsfähigkeit gesteigert werden.

Auch wenn viele der als Green-New-Deal-Projekte auftretenden Projekte faktisch nur auf ökologische Modernisierung ausgehen, wäre es falsch, ökologische Modernisierung auf Green-New-Deal-Projekte oder Green-New-Deal-Projekte auf ökologische Modernisierung zu reduzieren. Die Schöpfer/innen und Anhänger/innen jedenfalls der weitergehenden Green-New-Deal-Projekte wollen vielfach soziale Ungleichheit, soziale Spaltungen, die Zerstörung natürlicher Lebensbedingungen, Gewalt und Militarisation nicht nur nicht weiter zuspitzen,

sondern nachhaltig abbauen. Sie verstehen sich meist vielfach als Akteure nachhaltiger Entwicklung im Sinne des Brundtland-Berichtes und des (neuen) Institutionalismus.

3.3. Kurzes Zwischenfazit

Da alle behandelten Konzepte tatsächlich existierende Probleme, insbesondere Interessenwidersprüche und davon abgeleitete Konzept- und Ideenkämpfe reflektieren, müssen sie ernst genommen werden. Die Interessenwidersprüche und konzeptionellen Kämpfe sollten als Chance und Herausforderung angenommen werden, um in der öffentlichen politischen Debatte demokratischen Einfluss und damit Partner/innen zu gewinnen. Anhänger/innen des Brundtland-Berichtes, des neuen Institutionalismus, des »Scheerschen energieethischen Imperatives«, Träger/innen von Green New Deal Projekten, die den global Ärmsten zur Seite stehen und den Konzernen, den Kapitaloligarchien und global Herrschenden den Kampf ansagen, müssen als Adressatinnen und Adressaten von Vorschlägen und Initiativen gesehen werden, d. h. es muss bei ihren Ideen angesetzt werden, wir müssen zu ihnen gehen. Es ist ein »Pragmatismus mit Prinzipien« (Gabi Zimmer) gefordert: mit der eigenen Vision, – eine jede und jeden von Unterdrückung und Fremdbestimmung befreiende Einbettung in die Biosphäre –, im Kopfe immer nach mehr oder weniger punktuellen Kooperationsmöglichkeiten suchen und diese nutzen; dabei stets versuchen, Gemeinsamkeiten zu mehren und die eigenen Prinzipien deutlich machen: keine Lösungen auf Kosten Schwächerer/der Schwächsten akzeptieren – auch nicht zeitweise oder »zunächst« – immer die primären Krisenursachen und -verursacher, die primären Ursachen und Verursacher sozialer und ökologischer Zerstörung benennen und politisch angreifen; immer offen für mögliche Kommunikation und Zusammenarbeit sein; alles aufgreifen, was praktisch und konzeptionell ein Moment Bewegung zur neuen Vergesellschaftungsweise enthält; Interessenwidersprüche für gesellschaftliche Mobilisierung nutzen – auch und insbesondere zwischen aufgeklärten Eliten⁶³, Kapitaloligarchien und Kapitalfraktionen-Mainstream, zwischen Verwaltungenden/Regierenden und Herrschenden; zeigen, dass man die eigene gesellschaftspolitische Schwäche sehend dennoch einen – in vielen Konzepten meist nicht einmal ansatzweise thematisierten – gesellschaftlichen Wandel angestrebt und praktisch beweisen, dass dieser mit sozialen Kämpfen gegen die Herrschenden, gegen die Kapitaloligarchien beginnen muss, die sich letztlich auf die Finanzsphäre, den High-Tech-Bereich, die Energie-, Transport-, Landwirtschaft/Agrobusiness und den Sicherheitsbereich/MIK stützen.

Es wird also eine spezifische linke, eine sozialistische Intervention in den Nachhaltigkeitsdiskurs gebraucht.

63 Siehe in diesem Kontext die Reden des Ex-Bundespräsidenten Köhler anlässlich der Verleihung des Deutschen Umweltpreises (Köhler 2007, 2008, 2009)

4. Ein Diskussionsangebot

Die sozialistische Intervention muss insbesondere auf Einfluss und Kooperation mit den »echten« Nachhaltigkeitsanhänger/innen zielen und bezieht sich daher auf deren Aktivitäten. Sie setzt sich zum einen mit den vorherrschenden »falschen« Nachhaltigkeitsstrategien auseinander und übt zum anderen konstruktiv-solidarische Kritik an den linken und/oder feministischen ökologischen Subsistenzkonzeptionen sowie an den bestimmten Konzeptionen des »Ökosozialismus«. Sie ist ein gemeinsames und offenes Arbeiten an einem mit (demokratischen) Sozialismus verbundenem Transformationskonzept, das die Vision einer Gesellschaft persönlich freier und sozial gleicher Menschen, die solidarisch miteinander leben und verantwortungsvoll mit den natürlichen Lebensgrundlagen umgehen, alltagspraktisch umsetzt: Sozialökologischer Umbau und mit ihm beginnende sozialökologische Transformation sind Konzepte für eine tief greifende komplexe Umgestaltung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Stoffwechselprozesse des Menschen/der Gesellschaft mit der Natur, mit dem verbindlichen Ziel, dass die Menschheit in ihrer Ganzheit Reproduktionsfähigkeit erlangt, nicht die einen auf Kosten der anderen, und dass sie zugleich der Reproduktion ihrer natürlichen Lebensgrundlagen in der Koexistenz mit anderen Spezies den nötigen Raum lässt. »Sozialökologischer Umbau« bedeutet Beginn der Entwicklung einer solidari-schen Kooperation, die weitgehend lokale und regionale Ressourcen zur Bedürfnisbefriedigung der lokalen und regionalen Bevölkerung nutzt und dabei die Belastungen der Biosphäre, wie sie in sozialen und externen Kosten erfahren werden, konsequent reduziert und schrittweise minimiert. Eine solche gesellschaftliche Arbeitsteilung und Ressourcennutzung gehen zentral mit der vorrangig dezentralen Erschließung und Anwendung erneuerbarer Energien einher. Individuelles Wohlbefinden, öffentliche Gesundheit, Erhalt und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen werden zu entscheidenden Zielkriterien gesellschaftlicher Veränderungen. »Reproduktionsfähigkeit der Menschheit in ihrer Ganzheit anstreben«, heißt Hierarchien überwinden, welche die sozialen und natürlichen Lebensbedingungen der Menschen nach ihrem Geburtsort verteilen, nach der familiären, kulturellen, sozialen und ethnischen Herkunft, nach dem Geschlecht, der sexuellen Orientierung und der körperlichen Verfasstheit.

Dabei würde Arbeit gesellschaftlich um- und neu bewertet, neu verteilt und organisiert – unter und zwischen Frauen und Männern, innerhalb der Gemeinwesen, zwischen den Regionen, Staaten, den weltwirtschaftlichen Makroregionen und Wirtschaftsblöcken (Dellheim 2008: 236).

»Sozialökologischer Umbau« bzw. mit ihm beginnende sozialökologische Transformation ist also ein reflexiver, fortwährend fortzusetzender Such- und Transformationsprozess, in dem sowohl die gesellschaftspolitischen Macht- und Eigentumsverhältnisse als auch die gesellschaftlichen Strukturen so gewandelt

werden, dass die sozialen Lebensbedingungen der Menschen erhalten und verbessert werden. Zugleich verwandeln die Menschen ihre Lebensweisen, insbesondere ihr wirtschaftliches Handeln dergestalt, dass ihre natürlichen Lebensbedingungen und die ökologische Mitwelt (Biosphäre) bewahrt werden, gesunden und gesund bleiben. Damit gehen zwangsläufig Umbrüche in den Wechselverhältnissen von Wirtschaft und Gesellschaft einher, von Gesellschaft und Natur, der Individuen untereinander – auch und insbesondere in ihren pluralen Geschlechterverhältnissen –, der Individuen zu ihren Körpern und zur Natur.

Die Produktions-, Reproduktions- und Regulierungsweisen der Gesellschaft werden bei Anerkennung der Reproduktionserfordernisse von Biosphäre und gesunden menschlichen Individuen so umgebaut, dass die einzelnen Menschen schrittweise selbstbestimmt in Würde und solidarischem Miteinander leben können. (Dellheim, Krause, Paust-Lassen, Spangenberg, Wolf 2008: 8-9).

Es findet eine derartige (Wieder-)Einbettung der Menschheit und ihrer Wirtschaftssphäre in die Biosphäre statt, dass diese bei »Aneignung von Produktionsmitteln durch die Individuen« ihre Fähigkeiten und Neigungen ausprägen können. »Die Individuen, die nicht mehr unter die Teilung der Arbeit subsumiert werden, haben die Philosophen sich als Ideal unter dem Namen ›der Mensch‹ vorgestellt ...« (Marx, Engels 1978: 69) Die freie Entwicklung eines jeden Menschen wird zum Ziel der Produktion.

Vielleicht ist diese Verdichtung neu, aber nicht die Idee. Diese ist mit jahrzehntelanger Praxis von Linken in Parteien, Gewerkschaften, ökologischen und sozialen Bewegungen verknüpft.

»Bewahren und Erhalten rücken vor dem Hintergrund der Natur- und Landschaftszerstörung stärker in den Vordergrund. Misstrauen gegenüber der herrschenden Politik, die jede technische Entwicklung positiv beurteilt, sofern sie sich nur in ökonomisches Wachstum ummünzen lässt, ist geboten.« (Lafontaine 1985: 79)

»Eine Technologie-Folgenabschätzung ist in einem demokratischen Entscheidungsprozess notwendig. Es ist zu fragen: Ist die Technologie umweltverträglich? Bestehen langfristige Umweltrisiken? Ist es möglich, die eingeleitete technologische Entwicklung zu verändern und sie auch wieder rückgängig zu machen? Welche Auswirkungen hat die neue Technologie auf die Beschäftigung? Welche Auswirkungen hat die neue Technologie auf das gesellschaftliche Leben? Eine neue Produktionspolitik müsste vorrangig versuchen, die Produktivitätsentwicklung nach ökologischen und sozialen Kriterien zu beeinflussen.« (Lafontaine 1985: 80)

Zwei Jahre danach (also 1987) haben die DIE GRÜNEN mit dem »Umbau der Industriegesellschaft" als Highlight in ihrem Programm zur »Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung« Wahlkampf geführt. Sie hatten »ökologischen Umbau« bzw. »Umbau der Industriegesellschaft« als »grundlegende Reformen« erklärt (DIE GRÜNEN 1986: 7).

Die Idee und das Konzept wurden auch in der linken DDR-Opposition und in Teilen der Bürgerbewegung der DDR diskutiert. Das illustriert u. a. das »Leipzi-

ger Programm« des politisch heterogenen »Demokratischen Aufbruch« vom 17.12.1989. Dort heißt es unter dem Motto »Dynamisierung der Wirtschaft und ökologischer Umbau der Industriegesellschaft«: »Die Stabilität und Effektivität einer gesunden Wirtschaft ist Voraussetzung für einen wirkungsvollen Beitrag zur Lösung der Probleme der Ökologie und des Hungers in der Welt. Die ökonomischen und ökologischen Probleme der DDR lassen sich nur in einem übergreifenden System wirtschaftlicher und ökologischer Kooperation in Europa und der Welt bewältigen.« (Demokratischer Aufbruch 1989)

Folgerichtig erklärte dann der »Runde Tisch«, unter dessen Beteiligten sich nicht Wenige den GRÜNEN nahe sahen, Ende Januar 1990 in der Hauptstadt der DDR: »Die Menschheit hat nur dann eine Zukunft, wenn sie ihre Lebensgrundlage behauptet, wenn sie Luft, Wasser, Boden, Lebenswelt und Landschaft als unersetzlich begreift. Die Erneuerung unserer Gesellschaft muss daher auf die dauerhafte Entwicklung der Beziehungen zwischen Mensch und Natur gerichtet sein, unabhängig vom jeweiligen politischen Standort der am Runden Tisch vertretenen Parteien, Organisationen und Gruppierungen. Dies erfordert einen ökologischen Umbau in unserem Lande, der ökologische Erfordernisse und Umweltschutz zum integrierenden Bestandteil jeglicher Wirtschafts- und Gesellschaftsstrategie erhebt.« (Runder Tisch 1990).

Es ging um »ökologischen Umbau« als wesentliche Bedingung und wesentliches Kriterium für »die Erneuerung unserer Gesellschaft«, um »ökologischen Umbau« als »integrierenden Bestandteil jeglicher Wirtschafts- und Gesellschaftsstrategie«. Gemeint war also »sozialökologischer Umbau«, aber (auch) in der DDR wurde »sozial« im Allgemeinen nicht als »gesellschaftlich«, sondern als »sozialpolitisch« verstanden.

Im »grünen« Wahlprogramm zu den ersten »gesamtdeutschen« Bundestagswahlen 1990 wurde ein »ökologischer Umbau mit radikaler Demokratie« propagiert (DIE GRÜNEN, 1990: 37).

Derartige Gedanken waren für viele in der PDS hochgradig attraktiv, insbesondere unter jenen, die die SED zur Partei des Demokratischen Sozialismus umgestalteten.

In der ersten Hälfte der 90er Jahre, als die Partei zum einen ihr politisches Profil suchte und – durch Existenz- und Wahlkämpfe unterbrochen – an gesellschaftspolitischen Alternativen arbeitete, wurden immer wieder Dokumente des »Runden Tisches« zur Hand genommen, Konzepte und Diskussionen der GRÜNEN analysiert. Hinzu kam die Auseinandersetzung mit der aktuellen Politik von Bündnis90/DIE GRÜNEN, die soziale Interessen von Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere in Ostdeutschland, zunehmend marginalisierte.

Der Begriff »sozial-ökologischer Umbau« bzw. später »sozialökologischer Umbau« wie er sich in Dokumenten der Partei des Demokratischen Sozialismus (bzw. in der Linkspartei.PDS) findet, hat in doppeltem Sinne mit dem Sozialen zu tun: Mit »sozial« als gesellschaftlich – im »grünen« Verständnis von ökologi-

schem Umbau sind die Macht-, Eigentums- und Produktionsverhältnisse im Allgemeinen marginalisiert bzw. ausgeblendet. Zum anderen mit »sozial« wie Sozialpolitik – zahlreiche »Grüne« ordneten die Lebensbedingungen der Bevölkerung konsequenter Umweltpolitik unter. Die PDS hingegen wollte, dass Politik, die ökologischen Erfordernissen entspricht, zugleich mit Gewinn an Lebensqualität einhergeht, vor allem für die sozial Schwachen und Schwächsten. Die Partei wollte deutlich machen: die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen ist asozial; der Kampf für individuelle Freiheit in sozialer Gleichheit muss zwingend ein Kampf um den Erhalt, die Gesundung und fortwährende Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen sein. Zugleich aber wollte die PDS an Hand von Ostdeutschland als Region in Europa exemplarisch demonstrieren, dass und wie von unten Gesellschaft sozial und ökologisch erneuert, schrittweise demokratisch umgebaut werden kann (vgl. Dellheim 2008: 234).

Ferner kam hinzu, dass im neoliberalen Lager zunehmend vom »Umbau« in die Wissensgesellschaft, in die Gesellschaft von Unternehmer/innen eigener Arbeitskraft usw. geredet wurde. Das sprach zusätzlich für einen alternativen – sozialökologischen – »Umbau«, den es sowohl als Begriff als auch in Ansätzen als Konzept bereits gab.

Im Jahre 2000 resümierte Gregor Gysi mit seiner Antwort auf das so genannte »Schröder-Blair-Papier« die Diskussion zum »sozialökologischem Umbau in der PDS: »Es ist möglich und erforderlich, einen neuen Pfad wirtschaftlicher Entwicklung einzuschlagen und einen mit der Umwelt und den menschlichen Bedürfnissen vereinbaren Entwicklungstyp zu finden. Auf der Tagesordnung steht ein sozialökologischer Umbau, der ... das 21. Jahrhundert prägen muss. Drei Aspekte dieses Umbaus seien besonders hervorgehoben:

(1) der Übergang zu ökologischer Nachhaltigkeit und die damit verbundene und möglich werdende Umorientierung der Produktion von der Produktion materieller Güter hin zur Erzeugung wirklich menschlichen Reichtums – ...;

(2) eine globale Offensive zur Überwindung von Armut, Hunger und Unterentwicklung und

(3) ein Aufbruch, der die Gleichstellung der Geschlechter in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Medien und Kultur durchsetzt ...

Es steht nicht weniger als der Umbau der Weltgesellschaft selbst auf der Tagesordnung. Das Aufbrechen von Herrschaftsstrukturen betrifft die Vorherrschaft der Kapitalverwertung über die Gesellschaft, das zerstörerische Herrschaftsstreben der Gesellschaft über die irdische Natur, die Herrschaft des »Nordens« über den »Süden« und die Herrschaft von Männern über Frauen. Das gesamte System von Produktion, Dienstleistungen, Wohnen, Verkehr und Lebensweise, wie es im 20. Jahrhundert entstanden ist, muss umgebaut werden...

Der ökologische und soziale Umbau wird umfangreiche Innovations- und Investitionsprozesse in Gang setzen und kann schon mittelfristig zu einem Nettozuwachs an Arbeitsplätzen führen.

Damit dies erreicht wird, ist ein neuer Rahmen für Märkte unverzichtbar. Er muss u. a. die der Gesellschaft aufgebürdeten Folgelasten des Wirtschaftens, die bisher in den betriebswirtschaftlichen Kosten nicht erscheinen, ... in die Preise hineinholen ... Die neue Wirtschaft wird auf einer Globalisierung des Informationsaustauschs, weitgehender Regionalisierung der Stoff- und Energiekreisläufe und Kommunalisierung vieler personenbezogener Dienstleistungen beruhen ... Die notwendige Effizienzrevolution im Umgang mit Naturressourcen erfordert entsprechende Neuorientierungen der Forschungs- und Technologiepolitik auf nachhaltige Entwicklung« (Gysi 2000).

Die erste Konferenz der neuen Partei DIE LINKE. war zugleich deren erste Energiepolitische Konferenz und deutlich von der Idee und Arbeit zum sozialökologischen Umbau geprägt (vgl. Dellheim 2010: 5-6⁶⁴). In der Bundestagsfraktion der Partei gibt es Arbeiten zum sozialökologischen Umbau, insbesondere im Kontext mit der Autoindustrie. Vieles wurde in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung erarbeitet.⁶⁵ Die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung setzt die in der PDS begonnenen Arbeiten konzeptionell insbesondere seit 2007 intensiv fort.

»Zukunftsfähiges Deutschland«

1996 hatte das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung« veröffentlicht. Sie hat der Nachhaltigkeitsdiskussion in Deutschland wichtige Impulse gegeben. Zwölf Jahre später, im Jahre 2008, legte das Institut nach und der Öffentlichkeit die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt« vor. In den zwölf Jahren »dazwischen« gab es zweifellos bemerkenswerte gesellschaftliche Lernprozesse, vielfältige politische Aktivitäten, juristische Regelungen und Verwaltungsakte, die sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklungen unterstützen sollten. Dennoch gab es keine breite linke und (damit) keine breite öffentliche Diskussion darüber, wie das »Zukunftsfähige Deutschland« Wirklichkeit werden kann und soll. So sind im gleichen Zeitraum und in den Jahren nach 2008 die sozialen, ökologischen und globalen Probleme weiter gewachsen.

Im Verlaufe der Jahrzehnte sind also jene gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen stärker geworden, die sozial und ökologisch zerstörerisch sind: Die global Herrschenden, die Kapitaloligarchien und mit ihnen die untereinander verwickelten führenden Akteure in der globalen Energie-, Transport-, Land- und Forstwirt-

64 Die Passage zur Geschichte ist zwar in anderer Reihenfolge, aber zu großen Teilen wortgleich übernommen.

65 <http://auto-mobil-krise.blog.rosalux.de/>.

schaft/im Agrobusiness, im Militärisch-Industriellen Komplex, im High Tech- bzw. Technologiebereich und in der Finanzsphäre bestimmen weiterhin die Richtung und die Art und Weise, in denen sich menschliche Lebensverhältnisse bewegen. Sie haben vielfach ihren Sitz bzw. ihr Machtzentrum in der Europäischen Union und insbesondere in Deutschland. Sie prägen unseren Alltag und können sich auf den Konsens mit relevanten Bevölkerungsgruppen bzw. mit Bevölkerungsmehrheiten stützen. Ihre gesellschaftliche Hegemonie beruht auf einem hochkomplexen System gesellschaftlicher Arbeitsteilung, auf gesellschaftlichen Produktions- und Konsumtionsstrukturen, auf Produktions- und vielfältigen anderen gesellschaftlichen Verhältnissen, auf Lebens- und Produktionsweisen. In dieser komplizierten Komplexität durchdringen Zerstörerisches und Nützlichendes einander: z. B. produzieren Konzerne lebensnotwendige Dinge und zugleich für menschliche Gesundheit und Natur Schädliches. »Alles hängt mit allem zusammen«, aber stellt sich den verschiedenen Beteiligten sehr verschieden da: Während Menschen in einem armen Land wegen des Abbaus von Palmöl ihre Existenz verlieren und ihre natürlichen Lebensräume zerstört werden, streiten sich Autofahrer/innen über E10, schlecken Kinder Brotaufstrich mit beigemischtem Palmöl und treiben damit Ärztinnen und Ärzte »auf die Palme«. Das erregt zumindest teilweise Beschäftigte des Genussmittelherstellers, aber lässt Beschäftigte des Palmöl verarbeitenden Kosmetikherstellers eher »kalt«. Allerdings sollen ihre Kinder lieber anderen Brotaufstrich nutzen ... »Alles stellt sich für jede und jeden anders da«, ist widersprüchlich und vielfach unüberschaubar. Das macht es jenen, die soziale, ökologische und globale Probleme demokratisch, solidarisch und gerecht lösen wollen, außerordentlich schwer und oft sogar noch schwerer, gemeinsame politische Schwerpunkte zu finden, gemeinsam politikwirksam zu werden. Das gilt sogar da, wo es doch wie in unserem Beispiel »klar auf der Hand liegt, dass man gegen die Konzerne agieren muss«, die Palmöl-Monokulturen betreiben und damit oftmals auch noch »Verschmutzungsrechte« für klimaschädliche Emissionen kaufen. Interessenübereinstimmung findet sich häufig bzw. leichter dort und dann, wo »der Staat« und internationale Institutionen nach geläufigen Vorstellungen offen verbrecherisch agieren – z. B. Krieg führen, AKW bauen/fördern, über internationale Freihandelsabkommen verhandeln – oder wo sie – wie in der globalen Klima- und Umweltpolitik – problemmindernd handeln könnten, aber nicht handeln bzw. Gegenteiliges tun. Probleme wachsen zumindest teilweise weiter an, wird nach den Konsequenzen von Forderungen an den Staat für eine/n selbst gefragt: Soll dieser Rüstungsprogramme streichen und Bildungsausgaben mehren, ist Interessenübereinstimmung unter Linken leicht realisierbar, geht es um ökologische Standards und Ökosteuern, ist das wesentlich schwieriger ...

Unsere Broschüre enthält keine detaillierten Konzepte dafür, keine anwendungsbereiten Lösungen oder Instruktionen. Unsere »Orientierungshilfe« soll eher nach kollektiven Lösungen Suchenden und um deren Realisierung Kämpfenden Unterstützung in ihrer Arbeit an Programmatik, Konzepten, Strategien und

Projekten geben. Das mag enttäuschen, denn immer wieder zeigt sich »in der Praxis« ein weiterer Widerspruch: Sind konzeptionelle Angebote eher vage, um zu kollektiver Arbeit einzuladen, werden geschlossene Konzepte und Detailantworten gefordert – »wen wollt Ihr denn überzeugen ohne zu zeigen, wie es gehen kann?«. Sind die Konzepte geschlossen und komplex, werden sie leicht als »abgehoben bzw. aufgesetzt« und nicht realisierbar abgetan – »wie wollt Ihr denn das realisieren, wer soll denn das machen?«; oder aber es kommt zu zermürbendem Streit um Details – »soll ich jetzt auch noch eine höhere Einkommensteuer zahlen, noch eine weitere Gebühr entrichten?«.

Wir sind uns – wie mehrfach erklärt – der Schwäche der Position der Linken insgesamt bewusst und unserer eigenen schwachen Position innerhalb der Linken. Wir gehen (daher bzw. dennoch) insbesondere dorthin, wo Menschen hier und heute solidarischer, sozial und ökologisch verantwortungsvoller, vernünftiger als der Mainstream handeln oder aber sagen, »was man tun müsste«, was sie »eigentlich tun wollten«. Das betrifft insbesondere vier Bereiche: a) öffentliche Finanzen und damit nicht zuletzt soziale Sicherungssysteme, Entwicklungshilfe, Haushaltsanierung und Schulden-Tilgung, die Problematik der Finanzmärkte, b) besondere Vorhaben der Herrschenden, der Regierenden, konkreter Konzerne wie Privatisierung, PPP⁶⁶, Megaprojekte bzw. Probleme in der Kommune oder Region, die häufig mit der Energie-, Transport-, Landwirtschaft/dem Agrobusiness, der »Sicherheit/Verteidigung« und damit insgesamt mit Standorten von Problemverursachern, mit konkreten Technologien und Investitionen zu tun haben, c) die Auseinandersetzung mit Armut/sozialer Ausgrenzung, Diskriminierung und Repression/Gewalt – das Eintreten für soziale, demokratische und ökologische (Mindest) Standards, d) Kämpfe gegen bereits realisierte bzw. in-die-Realisierung-gehende sozial und ökologisch zerstörerische Projekte/Praktiken von Regierungen und internationalen Institutionen (EU, WTO) wie die EU-Dienstleistungsrichtlinie, Freihandelsabkommen, WTO-Vereinbarungen.

Diese vier Bereiche gesellschaftspolitisch aktiver Bürgerinnen und Bürger sind zugleich Bereiche in der Auseinandersetzung mit Kapitaloligarchien: Sie haben mit den Reproduktionsprozessen von Kapitaloligarchien zu tun: mit Entscheidungen zu Grenzen und Schranken, zum Einsatz öffentlicher Haushaltsmittel, zu politischen Interventionen in das zerstörerische Quartett bzw. in die sechs zerstörerischen Komponenten für oder wider Kapitaloligarchien. Die vier Bereiche haben auf Grund wirtschaftlicher Verflechtung und »Europäischer Verträge« immer eine EU-Dimension. Die Stärke der Linken entscheidet darüber, inwiefern dem zerstörerischen Quartett ein »konstruktives Quartett« entgegengesetzt werden kann.

Die Probleme, die Betroffenen und handelnden Akteure, ihre Interessen und Strategien sind, wie das »Palmöl-Beispiel« illustriert, widersprüchlich. Nicht erst,

66 Public Private Partnership bzw. Öffentlich-Private Partnerschaft: Partnerschaft zwischen staatlicher Verwaltung und Akteuren der Privatwirtschaft, um mit privatem Kapital und Wissen, bei Einsparung öffentlicher Mittel staatliche Aufgaben erfüllen zu können.

aber auch unsere Erfahrungen belegen zumindest zweierlei: a) Widersprüche können für gesellschaftliche Aktivierung zu gerechten Problemlösungen genutzt werden können, wenn es gelingt, die Ursachen, die Geschichte der Probleme und die Auseinandersetzung verschiedener Akteure mit ihnen zum Gegenstand öffentlicher Diskussion zu machen. Das betrifft insbesondere die Geschichte der heute armen Länder und ihrer »Schulden«, die Geschichte unserer Gesellschaften, die wesentlich eine Geschichte von Kolonialisierung ist – Kolonialisierung von Territorien, von in ihnen lebenden Völkern, von Lebensbereichen. b) Widersprüche können für tatsächlichen Fortschritt im Sinne gerechter und nachhaltiger Problemlösungen genutzt werden, wenn gesellschaftspolitisch Engagierte Bürgerinnen und Bürger ermutigen können, nicht hinzunehmen, dass »es so weiter geht, man ja nichts machen kann«, dass ihre Probleme auf Kosten der Schwächeren und Schwächsten in ihren Gesellschaften und der global Armen, auf Kosten natürlicher Lebensbedingungen gemildert und »gelöst« werden.

Die aktive Auseinandersetzung mit diesen Zuständen als Ringen um gesellschaftspolitische Einflussnahme ist letztlich politische Auseinandersetzung mit den Kapitaloligarchien, den führenden Akteuren des »zerstörerischen Quartetts«, in der Finanzsphäre und im High-Tech-Bereich: Immer wieder sind sie es, die jenen Grenzen setzen, die sozial und ökologisch vernünftig und solidarisch handeln wollen. Das Streiten um individuelle und kollektive Rechte und Spielräume, um strukturell auf gesellschaftliche Entwicklungen Einfluss nehmen zu können, ist Engagement für Demokratisierung. Angesichts der vorherrschenden Entwicklung sollte das im Mai 2011 vom Europäischen Gerichtshof EuGH gefasste Urteil (vom 12.5.2011 in der Rechtssache C-115/09), zur Stärkung der Klagerechte von Umweltverbänden gegen industrielle Großprojekte wie Kohlekraftwerke (siehe dazu BUND 2011) propagiert und genutzt statt geringgeschätzt werden.

Nachhaltigkeit braucht Demokratie

»Die eigentliche Idee nachhaltiger Entwicklung basiert auf Demokratie, Selbstbestimmung und freiwilliger Aktion. Sie braucht Investitionen in die Bildung, nicht in Waffen. Sie braucht globale Kooperation zum gemeinsamen Wohl, keine globale Dominanz für den nationalen Nutzen. Sie braucht Durchlässigkeit, keine Hierarchien, Gerechtigkeit, keine Revanche. Und es wird viel schwieriger sein, die ersten Schritte in diese Richtung zu verwirklichen ohne einen breiten internationalen Konsens zu ihren Prinzipien, ohne konsolidierte institutionelle Arrangements auf der globalen Ebene, und ohne eine dynamische ökonomische Entwicklung der Weltwirtschaft, die Konflikte bei der Verteilung von Kosten und Einkommen mildern hilft.«

(Paust-Lassen, Wolf 2008: 23)

Demokratisierung ist damit die Voraussetzung dafür, dass Widersprüche und Ambivalenzen von Interessen und Prozessen genutzt werden können, um Handlungsmöglichkeiten für Schritte zum bzw. des sozialökologischen Umbaus zu erschließen. Diese Widersprüche resultieren aus der gesellschaftlichen Reproduktion. Sie betreffen das gesellschaftliche Leben der und damit das Leben der Herrschenden und Beherrschten, was sich insbesondere in der öffentlichen Debatte über »Humankapital« und »Ökosystemdienstleistungen« zeigt. Schließlich geht es um die grundlegende Frage, inwiefern und inwieweit artikulierte Interessen an Konkurrenzfähigkeit und damit an Bildung, Gesundheit, Kreativität, Teamfähigkeit/sozialer Kompetenz und intakter Natur so beantwortet und genutzt werden können, dass zugleich soziale und natürliche Lebensbedingungen verbessert werden und wider die bestehenden Konkurrenzzwänge gewirkt werden kann.

An Bildung, Gesundheit, Kreativität, Teamfähigkeit/sozialer Kompetenz und intakter Natur haben schließlich sowohl Unternehmer und Manager ein Interesse – wenngleich meist nur bezogen auf ihr Leben, ihre Arbeitskräfte, ihre Unternehmenstätigkeit und ihren Lebensmittelpunkt. Hier setzen Kapitaloligarchien an, weil sie neue Chancen für die Stärkung ihrer Macht und die Mehrung ihrer Profite sehen: die Kommerzialisierung und Privatisierung im Bildungs- und Gesundheitswesen. Da diese jedoch insgesamt die Humankapital-Qualität eher zu beeinträchtigen, Kosten zu erhöhen und eigene Chancen zu verringern drohen, kommt es hier zur gewissen Übereinstimmung von Unternehmern, Arbeitskräften und Eltern gegen weitere Kommerzialisierung und Privatisierung. Sie fürchten insbesondere, dass künftig immer mehr Konzerne Kinder reicher Eltern oder Hochbegabte für sich ausbilden lassen. Was bleibt dann für sie und ihre Kinder?

An Bildung, Gesundheit, Kreativität, Teamfähigkeit/sozialer Kompetenz und intakter Natur sind auch Arbeitskräfte interessiert, sowohl um »mithalten und erfolgreich sein«, als auch um selbstbestimmt leben zu können. An Bildung, Gesundheit, Kreativität, Teamfähigkeit/sozialer Kompetenz und intakter Natur sind mehrheitlich die Bürgerinnen und Bürger interessiert, um eigenes und gesellschaftliches Leben gestalten zu können. Bildung, Gesundheit, Kreativität, Teamfähigkeit/sozialer Kompetenz und intakter Natur sind Motive und Bedingungen dafür, um für sozialökologischen Umbau bzw. sozialökologische Transformation wirken bzw. an ihnen mitwirken zu können.

Die Vorstellungen von gewünschter Bildung, Gesundheit, Kreativität, Teamfähigkeit/sozialer Kompetenz und intakter Natur und auch der Kreis von Menschen, denen man die gewünschten und gebrauchten Güter gewähren oder mit denen man sie gemeinsam erkämpfen will, differieren.

»Humankapital« für »Wettbewerbsfähigkeit«

»Humankapital kann definiert werden als die Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie das Wissen, das in Personen verkörpert ist und das durch Ausbildung, Weiterbildung und Erfahrung erworben werden kann. ... Der Europäische Rat von Lissabon hat das Humankapital in das Zentrum seiner Entwicklungsstrategie gesetzt, die wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaft der Welt zu werden.«

(<http://ec.Europa.eu/sozial/main.jsp?catId=643&langId=de>)

»Flexicurity«

»Wer auf dem Markt bestehen will, muss seine Produktionsverfahren kontinuierlich verbessern und seine Mitarbeiter entsprechend fortbilden ... Die Kombination aus flexiblen Arbeitsmärkten und einem hohen Grad an Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit könnte die Antwort auf das Dilemma der EU sein, wie die Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des europäischen Sozialmodells gewährleistet und erhöht werden kann. Genau genommen ist Flexicurity eine politische Strategie zur gleichzeitigen und absichtlichen Erhöhung der Flexibilität der Arbeitsmärkte, Arbeitsorganisation und Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen einerseits und der Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit andererseits.«

(<http://ec.Europa.eu/sozial/main.jsp?catId=643&langId=de>)

»Ökosystemdienstleistungen«

59 Prozent der in der EU befragten Unternehmen sehen im Erhalt der biologischen Vielfalt eher Chancen als Risiken für die Unternehmen. 31 Prozent sehen in verminderter Wasserqualität ein ernsthaftes Unternehmensrisiko (EurActiv 18.8.2010)

»... Biodiversität und Ökosystemdienstleistungen bieten für alle Wirtschaftssektoren Möglichkeiten, insbesondere da die Integration von Umweltbetroffenheit mit Unternehmensmanagement die Kosteneffektivität von Operationen steigern kann, die Nachhaltigkeit der Bereitstellungsketten sichern und neue Kunden heranziehen kann.« (EurActiv 15.6.2010)

Die Qualität der Arbeitskräfte, der natürlichen Lebensverhältnisse, der lokalen und regionalen Infrastruktur sind gemeinsam mit der »Marktnähe« entscheidend für die Standortentscheidungen von Global Playern. Sie hängen in durchaus widersprüchlicher Art und Weise (siehe Bemerkungen zu Interessen an Bildung, Ge-

sundheit, Kreativität, Teamfähigkeit/sozialer Kompetenz und intakter Natur) von demokratischen, sozialen und ökologischen Standards ab. Die politisch gesetzten bzw. erkämpften und ausgehandelten Standards bestimmen die staatlichen Interventionen in »die Wirtschaft« bzw. »in die Märkte« und insbesondere in die Finanzmärkte. Sie gehen auf Kämpfe um die Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Unternehmen, Regionen und Kommunen zurück. Dabei handelt es sich einerseits insbesondere um Unternehmen in der Energie-, Transport-, Landwirtschaft/im Agrobusiness, in der Finanzsphäre, im High Tech Bereich sowie im Militärisch-Industriellen Komplex; und andererseits um Bedürfnisse sehr unterschiedlicher Akteure an der Versorgung mit konkreten Produkten und Leistungen. Es findet erneut dynamischer Widerstreit von Interessen statt; von Interessen der politisch und sozial sehr unterschiedlichen Akteure auf den verschiedenen Ebenen – von der lokalen bis zur globalen – in den verschiedenen Territorien, Institutionen, Branchen und Unternehmen: So streiten Eigentümer/innen, Arbeitskräfte, Manager/innen, Einwohner/innen, Verkäufer/innen und Käufer/innen, Verbraucher/innen, an den Finanzmärkten Spekulierende und Partizipierende, Parteien mit ihren Untergliederungen, parlamentarischen Vertretungen und in die Regierungen/Verwaltungen entsandten; Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Netzwerke, formelle und informelle Interessenzusammenschlüsse, Militärs und andere bewaffnete Kräfte mit zum Teil sehr heterogenen Zielen, Einstellungen, Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten. Sie streiten um Einflussnahme auf die Festlegung von Regeln, die das Verhalten der unterschiedlichen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Akteure bestimmen sollen, um Beiträge und Anteile an den öffentlichen Haushalten. Sie streiten um die Formen und Wege, wie die Regeln umgesetzt werden sollen.

Die nachstehende Tabelle illustriert einige Aussagen zum Interessenwiderstreit. Hier werden die zuvor genannten vier Bereiche von Interessenkämpfen gegen die Herrschenden (S. 165) auf drei strategische Handlungsfelder verdichtet: die Kämpfe gegen Privatisierungen, zerstörerische Vorhaben, Konzernpraktiken, Megaprojekte bzw. die Auseinandersetzung um gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger eingeleitete Projekte (z. B. Bauvorhaben) finden vorrangig in der Kommune oder Region statt. Wir nennen daher ein strategisches Handlungsfeld »Lokal- und Regionalentwicklung« (in der Tabelle vierte Spalte und dritte Zeile). Die Lokal- und Regionalentwicklung ist für die politische Auseinandersetzung mit sozialer und ökologischer Zerstörung und so mit dem Umbau der Energie-, Transport-, Agrarwirtschaft und dem Abbau des MIK hochgradig relevant. Hier arbeiten Bürgerinnen und Bürger, kollektive Akteure an konkreten Problemlösungen und Alternativen. Sie müssen von Beginn an »europäisch denken«, weil die Probleme ebenfalls immer eine EU-Dimension aufweisen.

Für die Heraushebung der Lokal- und Regionalentwicklung gibt es zumindest vier Argumente: 1) sie ist die Kehrseite der Globalisierung, Kommunen und Regionen entwickeln sich wesentlich in Abhängigkeit von ihrem Stellenwert für Ak-

teure der Globalisierung: für führende Akteure in der Energie-, Transport-, Agrarwirtschaft, im Militärisch-Industriellen Komplex, in der Finanzsphäre und im Technologiebereich; 2) die Arbeitskräfte sind nicht so mobil wie das Kapital. Sie können und wollen nur bedingt den Kapitalbedürfnissen folgen und entsprechen; 3) für das gesellschaftliche Leben in der Kommune und Region sind die sozialen, demokratischen und ökologischen Standards und die Entscheidungen zu den öffentlichen Finanzen von hochgradiger Wichtigkeit. Sie sind Akteure im Finanzausgleich in und zwischen den Bundesländern bzw. dem Bund; 4) in der Kommune und Region kommen am ehesten jene Akteure aus unterschiedlichen sozialen und politischen Gruppen zusammen, deren Allianzen auf der staatlichen, EU- und internationalen Ebene erforderlich sind, um: a) gesellschaftliche Standards und Regeln zu den öffentlichen Finanzen – einschließlich der Hilfen für die global Armen – zu setzen, b) die Energie-, Transport-, Landwirtschaft, den High-Tech-Bereich umzubauen, die Finanzsphäre und den Sicherheitsbereich/MIK fortschreitend abzubauen, c) soziale und ökologische Zerstörung nachhaltig zu bekämpfen.

Somit richtet sich der Blick auf jene Akteure, die über drei miteinander verbundene Handlungsfelder die Richtung und die Art und Weise, in denen gesellschaftliche Entwicklung verläuft, verändern und Gesellschaft demokratisieren wollen, können bzw. könnten: über a) das Ringen um demokratische, soziale und ökologische Standards, b) Entscheidungsprozesse zu den Prioritäten und Prinzipien für die Mobilisierung und Verwendung der öffentlichen Finanzen und über c) aktive Lokal- und Regionalentwicklung. Bei allen Betrachtungen zu Akteuren, Handlungsfeldern und Wegen im Sinne der nötigen Veränderung interessiert – wie bereits mehrfach betont – ganz besonders das politische Engagement für die strukturelle Verbesserung der Lebensverhältnisse der sozial und global Ärmsten.⁶⁷

67 Damit unterscheidet sich unser Herangehen von dem im Diskussionspapier des Instituts Solidarische Moderne »Sozialökologischer Gesellschaftsumbau auf dem Weg in eine Solidarische Moderne« praktizierten. Dort werden Alternativen und Vorschläge nicht vor allem ausgehend vom Handeln jener entwickelt, die sich gegen soziale und ökologische Zerstörung wehren bzw. diese bekämpfen wollen. (Institut Solidarische Moderne 2011).

Illustration zu Wechselwirkungen zwischen Akteuren des »zerstörerischen Quartetts«, sozialen, ökologischen und demokratischen Standards, öffentlichen Finanzen sowie der Lokal- und Regionalentwicklung

Einflussfaktor auf Spalten (2), (3), (4)	Soziale, ökolog., demokrat. Standards	Öffentliche Haushalte	Lokal- und Regionalentwicklung
(1)	(2)	(3)	(4)
<p>Konkrete Verfasstheit und gesellschaftliche Rolle der Energiewirtschaft, des Transports, der Landwirtschaft, des Militärisch-industriellen Komplexes, der Technologie- und Finanzsphären</p>	<p>Standards:</p> <ul style="list-style-type: none"> - soziale Mindeststandards in Bezug auf: Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung, Gewährleistung von Bildung, Kinderbetreuung, medizinischer Betreuung, Pflege - ökologische Mindeststandards in Bezug auf: Verschmutzung der Luft, des Wassers, der Böden, die Ökosysteme - demokratische Mindeststandards in Bezug auf die Partizipation der Bürger/innen, die Subsidiarität - Solidarität mit den global Armen - Regeln für das Verhalten von Unternehmen, darunter Transnationalen Konzernen - Regeln für Beziehungen von Staaten - Rechte von Körperschaften und Verwaltungseinheiten auf den verschiedenen Ebenen 	<p>Einnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Steuern seitens der Zulieferer, Produzenten, Händler, Transporteure, Finanzmarktakteure, Käufer/Nutzer - Steuern seitens der Arbeitskräfte - Rückzahlungen <p>Ausgaben</p> <ul style="list-style-type: none"> - Investitionen, Subventionen für die Zulieferer, Produzenten, Händler, Transporteure, Käufer/Nutzer - Investitionen, Subventionen, Zuweisungen für die Standort- und Transitzkommunen und Regionen - Investitionen, Subventionen, Zuweisungen zur Behandlung der Folgen für die öffentliche 	<p>Einnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Steuern, Gebühren von Unternehmen - Investitionen, Subventionen, Zuweisungen aus öffentlichen Haushalten <p>Ausgaben</p> <ul style="list-style-type: none"> - zum Erhalt des Standortes - zur Mobilisierung der Arbeitskräfte - zur Behandlung der Folgen f. öffentl. Gesundheit, soziales Leben in der Kommune/ Region u. Natur - Zinszahlungen <p>Auswirkungen auf Bevölkerung u. Natur</p> <ul style="list-style-type: none"> - f. Arbeitskräfte, KundInnen, Verbraucher/innen, Steuerzahler/innen, Einwohner/innen,

		<p>Gesundheit und die Natur</p> <ul style="list-style-type: none"> - Solidarität mit den global Armen - Zinszahlungen für Schulden und Kredite 	<p>Bürger/innen für Qualität der Luft, des Wassers, der Böden, der Ökosysteme</p> <p>Auswirkungen für die gesellschaftliche Arbeitsteilung, das soziale Leben, die Verfasstheit der Natur auf den verschiedenen Ebenen</p>
<p>Demokratische, soziale, ökologische Standards</p>		<p>Ausgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - zur Sicherung der Mindeststandards - für Verbesserung sozialer und ökologischer Lebensbedingungen - für Energie- und Transportwesen, der Land- u. Forstwirtschaft, MIK - Solidarität mit den global Armen - Zinszahlungen <p>Einnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Steuern für Ausgabenrealisierung - Steuern aus Energie- und Transportwesen, der Land- u. Forstwirtschaft, dem MIK 	<ul style="list-style-type: none"> - Politische, soziale, ökologische, ökonomische Rahmenbedingungen, so d. Energie- u. Transportwirtsch. d. Landwirtschaft, des MIK - Solidarität mit global Armen

Lokal- und Regionalentwicklung	- Einflussnahme auf die politische Vereinbarung zu Standards und Prinzipien	- Bedarfe nach konkreten Zuweisungen bzw. Einnahmen aus öffentlichen Haushalten	
Öffentliche Haushalte	- Einfluss auf die politische Vereinbarung zu Standards und Prinzipien		Einfluss auf - Zuweisungen für Kommunen und Regionen, - Gestaltung in Kommunen/Regionen, - Ausgaben für Energie und Transport- und Landwirtschaft, den MIK

4.1. Zum »Ausbrechen« aus vorherrschender Entwicklung

Der »Ausbruch« aus der vorherrschenden Entwicklungsrichtung und -weise kann nur gelingen, wenn nach sozialökologischen Alternativen suchende Frauen und Männer sich in ihrem Anliegen und Ringen, vernünftig, solidarisch und ökologisch, verantwortungsvoll zu handeln, nicht bereitwillig nach im Alltag zu »spielenden Rollen aufspalten« lassen. Allein schon der Begriff »Rolle« ist problematisch: Menschen leben als Menschen und spielen keine »Rollen«. Allerdings sind und handeln sie widersprüchlich, was sie lern-, veränderungs-, handlungs- und entwicklungsfähig macht. Sie wollen sich nicht zurichten lassen auf: Arbeitskräfte, die in ihren betrieblichen und volkswirtschaftlichen Zusammenhängen vor Ort und/oder anderswo soziale und ökologische Lebensbedingungen zerstören; auf Käufer/innen von Waren, die dann gegebenenfalls nach unbefriedigender Arbeit in den Bioläden einkaufen gehen oder die wegen ihrer Einkommensarmut davon »profitieren« müssen, dass die Discounter »kostengünstige« Waren »dank« billigster Arbeitskräfte im globalen Süden anbieten; auf Verbraucher/innen, die nicht wissen (sollen), welche Auswirkungen der Genuss eines Lebensmittels für sie und ihre Kinder haben kann oder die nicht wissen (sollen), welche sozialen und ökologischen Auswirkungen die Produktion und der Transport jener Waren

haben, die sie konsumieren; nach an den Finanzmärkten Partizipierenden, weil sie ihre Altersvorsorge/soziale Sicherung über »Kapitaldeckung« bzw. über verschiedene »zinsabhängige Fondsmodelle« stützen (müssen) und damit knechtende Ausbeutung von Menschen, tödliche Naturzerstörung und Kriege finanzieren bzw. begünstigen.

Zugleich werden reale und potenzielle Widersprüche in den Interessen der Bürgerinnen und Bürger und Interessenwidersprüche deutlich.

Menschen müssen die Widersprüchlichkeit ihrer eigenen Interessen verstehen lernen. Sie müssen in ihrem »Ungehorsam« einerseits der Tatsache Rechnung tragen, dass sie »aufgespalten« leben und handeln sollen und andererseits dagegen vorgehen – indem sie sich in ihren verschiedenen »Rollen« für ihre Teilhabe am Öffentlichen engagieren: am Setzen von Standards bzw. von Rahmenbedingungen, an den Entscheidungen zur Mobilisierung und Nutzung öffentlicher Finanzen, an problemlösungsorientierter Lokal- und Regionalpolitik bzw. -entwicklung.

Sie sollten daher insbesondere in den Blick nehmen:

- die eigenen Möglichkeiten, selbstbestimmt leben zu können und die Gesellschaft entsprechend zu gestalten, womit immer schon Öffentliches, Demokratie, Arbeit und Einkommen, das Bildungs- und Gesundheitswesen, die Qualität natürlicher Umwelt, die soziale, innere und äußere »Sicherheit«, Gewaltlosigkeit bzw. Frieden im umfassenden Sinne thematisiert sind

- die Herkunft der Ressourcen und Vorleistungen, die sie weiter bearbeiten oder konsumieren; die Art und Weise wie diese Ressourcen und Vorleistungen gewonnen bzw. produziert werden, mit ihren sozialen und ökologischen Auswirkungen für die dortigen Arbeitskräfte und Einwohner/innen sowie für deren Regionen

- die Distanzen, Kraftstoffe und Mittel für die Transporte und wiederum ihre sozialen und ökologischen Auswirkungen für die betroffenen Arbeitskräfte, Einwohner/innen und Regionen

- die Zusammenhänge der Ressourcengewinnung, -transporte, -verarbeitung mit Repressionen, Menschenrechtsverletzungen, Konflikten/Kriegen und Militarisierung

- die sozialen und ökologischen Auswirkungen des eigenen Tuns für die Menschen in der lokalen und globalisierten Arbeitswelt, für das Leben vor Ort, in der Region, in der Gesellschaft, weltweit – insbesondere für die lokalen Nahrungsmittelproduzentinnen und -produzenten im globalen Süden

- die Ursachen und Verursacher der sozialen, ökologischen und globalen Probleme und die eigene Partizipation an diesen Problemen; was »man« zu ihrer Bekämpfung tun müsste und was man dafür jetzt, kurz- und mittelfristig tun kann/könnte – am Arbeitsplatz, als Käufer/in und Verkäufer/in, als Verbraucher/in, als an Finanzmärkten Partizipierende/r und als Bürger/in.

»Man« betrifft zuerst das eigene Verhalten, zunächst in den eigenen sozialen Zusammenhängen.

Nur »man« kann die eigenen Handlungsmöglichkeiten erkennen und anderen helfen, ihre zu sehen. Diese Möglichkeiten erwachsen den Widersprüchen der Vergesellschaftung bei Dominanz von Kapitalinteressen, der Kapitaloligarchien: der Tatsache, dass die Herrschenden die Kreativität und Kompetenzen der Arbeitskräfte brauchen, die denkenden, sich um ökologische und soziale Belange sorgenden Bürgerinnen und Bürger, die nicht nur an sich selber denken. »Nur« soll das Kreative, Innovative, Selbständige im Denken und Handeln in einem den widersprüchlichen Herrschenden genehmen »Rahmen« bleiben. Der droht immer enger zu werden, wenn die Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte und Handlungsmöglichkeiten nicht ausnutzen. Schöpfen sie diese jedoch aus, ringen sie um ihre Erweiterung, kann der »den Herrschenden genehme Rahmen« machtpolitisch in Frage gestellt werden, auch wenn dabei mit Repressionen und Verhärtungen zu rechnen ist.

Illustration möglicher politischer Einflussnahme auf verschiedene Bereiche des individuellen und gesellschaftlichen Lebens unter Berücksichtigung und in Auseinandersetzung mit verschiedenen Alltagsrollen

	Standardsetzung bzw. -realisierung	Öffentliche Finanzen	Lokal- und Regionalentwicklung
Arbeitende/r	Forderungen bzw. Kontrolle bzgl. - »Guter Arbeit« - armutsfester Mindestlöhne - ILO-Kernstandards - Managementregeln für Nachhaltigkeit - Informationsrecht	Forderung nach Information und Kontrolle über öffentliche Investitionen und Subventionen, insbesondere für Rohstoffe, Energieträger, Transporte	Forderung nach Information und Mitbestimmung über Nutzung und Leistungen des Unternehmens für soziales Leben vor Ort und in der Region
Käufer/in, KundIn, Verbraucher/in	Forderung nach - Information über Arbeitsbedingungen der Produzenten und Lieferanten - Wissen über Produktzusammensetzung, Schadstoffbelastung bei Produktion u. Transporten	Forderung nach - Information und Kontrolle über öffentliche Investitionen u. Subventionen, insbesondere für Rohstoffe, Energieträger, Transport	Nutzung von Wahlmöglichkeiten zugunsten regionaler Produzenten und kleiner Unternehmen - Mitwirkung bei Organisation von Direktvermarktung und Fair Trade

	<ul style="list-style-type: none"> - angemessenen Preisen, Beratung u. Service - realen Wahlmöglichkeiten 	<ul style="list-style-type: none"> - Wissen über soziale und ökologische Auswirkungen von Subventionen und Investitionen 	<ul style="list-style-type: none"> - Forderung nach Information und Mitbestimmung bei Planung und Gestaltung von Geschäften und Dienstleistungen
Wertpapierinhaber/in, an den Finanzmärkten Partizipierende/r	<ul style="list-style-type: none"> Forderung nach Sicherheit - einkommenssicherer Abkoppelung von den Finanzmärkten 	<ul style="list-style-type: none"> Forderung nach armutssicheren, ein würdiges Leben ermöglichenden sozialen Sicherungssystemen 	<ul style="list-style-type: none"> Suche nach sicherer Geldanlage in der Region, die zugleich regionale Entwicklung fördert oder in Fonds, die zielgerichtet soziale, ökologische u. globale Probleme lösen helfen
Bürger/in	<ul style="list-style-type: none"> Forderung nach Mitwirkung bei der Formulierung von Rechten für die Bürger/innen - Information und Mitwirkung bei der Planung und Kontrolle in den Bereichen Energie, Transport, Landwirtschaft, MIK, Finanzen, Technologien - Mitwirkung an der Entwicklung ziviler, demokratischer, problem-lösender Gesellschaftspolitik 	<ul style="list-style-type: none"> Ringen um Partizipation an Haushaltsentscheidungen auf den verschiedenen Ebenen - gerechte Steuer- u. Finanzpolitik, auch u. insbesondere zugunsten der global sozial und Armen 	<ul style="list-style-type: none"> Ringen um aktive Teilhabe an partizipativen Entscheidungsprozessen - Auseinandersetzung mit Grenzen für problemlösungsorientierte Regionalentwicklung, insbesondere hinsichtlich der Bereiche Energie, Transport, Landwirtschaft, MIK, Finanzen, Technologien - Solidarität mit Armen vor Ort u. global

Anhänger/innen des Konzeptes des sozialökologischen Umbaus, und auch alle für diese Idee Aktive, Sensibilisierte, Gewinnbare und zu Gewinnende stehen also vor der Herausforderung, über alle Rollen hinweg die eigene Identität zu suchen, auszuprägen und möglichst konsistent zu leben. Wenn sie in ihren verschiedenen Rollen nach allen Möglichkeiten für sozial und ökologisch verantwortungsvolles

Handeln suchen und auch erschließen wollen, sind sie überfordert. Sie können es nicht und dieses Unvermögen soll nicht zu neuer Ohnmachtserfahrung, zu Resignation oder Lethargie führen. Die Anhänger/innen eines sozialökologischen Umbaus müssen also »ihre Grenzen« sehen und dennoch ein Alltagsverhalten ausprägen, das in den verschiedenen Rollen nach Wahlmöglichkeiten sucht und diese sozial und ökologisch verantwortungsvoll nutzt. Allerdings sollten sie und er, ausgehend von einer Rolle sich ein konkretes vorrangig politisches, soziales oder ökologisches Problem so zueigen machen, dass sie gemeinsam mit anderen – also in einem Zusammenhang von handelnden Menschen bzw. in entsprechenden Organisationen – sich und andere systematisch über die Ursachen bzw. Verursacher des Problems aufklären und gegen diese Ursachen bzw. Verursacher andere zu aktivieren. »Das Problem« wird vielfach bzw. im Allgemeinen mit Kapitaloligarchien, mit Konzernen, mit TNC, mit Finanzmarktakteuren und Verwaltungs-/Institutionenhandeln verknüpft sein. Es sollte immer das eigene Anliegen mit den sozialen und ökologischen Lebensbedingungen/Interessen der in den Gesellschaften und global Schwächsten verbinden. Sie und er sollten in ihrer Suche nach Möglichkeiten, dieses Problem nachhaltig zu lindern und zu lösen, bereit sein, auf verschiedenen Ebenen (von der lokalen bis zur globalen) zu agieren, aber immer die lokale/regionale Ebene als einen »Anker« zu gestalten oder als solchen zu nutzen. Sie sollten ferner zur Problemlösung alle Formen demokratischer Politik gebrauchen wollen. Dazu gehört es zum einen, sehr verschiedene mit dem Problem befasste Akteure – vom »aufmüpfigen« Jugendlichen bis zum Parlamentsvorsitzenden oder Ministerpräsidenten – anzusprechen. Zum anderen gehört dazu, die thematische lokale, regionale, überregionale, bundesweite, europäische und globale Vernetzung und Kooperation zu suchen bzw. zu entwickeln helfen. Zum Dritten gehört dazu, die Möglichkeiten der parlamentarischen Demokratie auszunutzen, ihre Grenzen zu erweitern und ständig zu überschreiten, also auch die zivile und gewaltlose Regelüberschreitung zu betreiben – »Demokratie zu demokratisieren« (Michael Brie).

Diese komplexe Orientierung scheint wiederum leicht Menschen zu überfordern, anstatt zu ermutigen zu entmutigen. Aber zum einen sind die Probleme wirklich so komplex, zum anderen ist jede aktive Auseinandersetzung mit Problemen immer widersprüchlich. Es geht hier um die Ausprägung von solidarischen Prinzipien und einer Kultur der Ausschöpfung eigener Handlungsmöglichkeiten im Alltag, um aktiven Umgang mit Widersprüchen, um Politisierung.

4.1.1. »Standardsetting« im Interessenkampf

Das »Standardsetting« ist Reflexion von Problemen und gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnissen und zugleich Mittel zur Milderung bzw. Lösung dieser Probleme, sowie darüber hinaus ein Mittel zur Veränderung der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse. Schließlich bedeuten Standards das Recht darauf, eigene Ansprüche geltend zu machen, oder sie sind Gegenstand von Forderungen

konkreter Akteure mit ihren Interessen. Sie können aber auch Grenzen für Erlaubtes bedeuten bzw. als Forderungen nach konkreten Grenzen artikuliert werden. Es geht beim Setzen oder Verändern von Standards um komplizierte Prozesse: zunächst müssen Betroffene bzw. Bürgerinnen und Bürgern, nicht zuletzt kritische Wissenschaftler/innen, sagen bzw. erfassen, was sie und andere für notwendig und wünschenswert ansehen, um Probleme nachhaltig lindern und lösen zu können, wie z. B. Versorgungsdefizite bei öffentlichen Leistungen oder Lärmbelastung durch Straßenverkehr. Zum zweiten geht es um die kollektive Formulierung von Forderungen – wie die Gesamtschule oder Grenzen für die zulässige Lärmbelastung einzuführen – an vorrangig staatliche bzw. suprastaatliche und politische Institutionen, aber auch an andere Akteure wie Konzerne/TNC u. a., um die Forderung als Handlungsnorm zu akzeptieren, als verbindlich anzusehen, als Standard zu beschließen und gesetzlich zu regeln; zum dritten geht es um Kämpfe, um die Forderungen nach konkreten demokratischen und sozialen Rechten, nach sozialen und ökologischen Mindeststandards, nach Grenzen für sozial und ökologisch zerstörerische Akteure zu bekräftigen und durchzusetzen.

Dafür wenige Beispiele:

a) In vielen Ländern sind kollektive Selbsthilfen und soziale Bewegungen über Sozialberichtserstattungen »von unten«, über basisdemokratische Erfassungsimpulsen gebildet worden und haben letztlich Standards für die Versorgung sozial Benachteiligter mit Humandienstleistungen erwirkt.

b) BürgerInnenbefragung, -begehren und -entscheid wurden zu demokratischen Standards, mit denen z. B. erfolgreich gegen Kohlekraftwerke, Privatisierungen und für Rekommunalisierungen gerungen wurde/wird.

c) Armutsfeste Mindestlöhne und Mindesteinkommen, Indikatoren für die Bemessung von Armut, Renteneintrittsalter, Obergrenzen für den Schadstoffausstoß für PKW, AKW-Sicherheitsstandards, Mindest-Eigenkapitalanteile für Banken, Internationale Buchführungsstandards, Kriterien für wirtschaftlichen Fortschritt sind Stichworte in stattfindenden politischen Debatten und Auseinandersetzungen.

d) Die Einführung, der Staatsbürgerschaft nach dem Residenzprinzip, der öffentlichen problemlösungsorientierten Entwicklungshilfe in Höhe von mindestens 3 Prozent BIP zuzüglich 3 Prozent Anpassungshilfen an den Klimawandel und seine weitere Bekämpfung wären erste Schritte, »Meilensteine«, auf dem Weg zu einer »anderen Gesellschaft«.

Würde der Ist-Zustand in Hinsicht auf konkrete Probleme, Defizite und Zustände gemeinsam eingeschätzt und würde geklärt, welche Standards in einem vereinbarten Zeitraum wie zu verändern wären, kann eine demokratische Agenda entstehen und zur gemeinsamen politischen Plattform wichtiger Akteure für sozialökologischen Umbau werden.

»Gute Arbeit«

»Menschenwürdige, gute Arbeit ist ein Menschenrecht. Jede und jeder weltweit hat ein Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen, auf Schutz vor Arbeitslosigkeit, auf gerechte Entlohnung, auf Vereinigungsfreiheit. Das ist in Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte⁶⁸ festgehalten. ...

Um die weltweite Armut wirksam zu bekämpfen, fordert die Internationale Arbeitsorganisation ILO mehr Anstrengungen der Politik, menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Dazu hat die ILO 1999 das Programm ›Decent Work‹ aufgelegt. Decent Work bedeutet ›Menschenwürdige Arbeit‹ oder – frei ins Deutsche übersetzt – ›Gute Arbeit‹.

Die Agenda der ILO hat vier strategische Ziele:

- weltweit Mindeststandards durchsetzen,
- mehr und bessere, ausreichend entlohnte Arbeitsplätze schaffen,
- den Sozialschutz verbessern sowie
- den sozialen Dialog fördern ...

›Gute Arbeit‹ – das ist Arbeit mit Beteiligung und einem gerechten Entgelt, mit Arbeits- und Gesundheitsschutz und sozialer Sicherheit und ohne Diskriminierungen.«

(<http://www.nord-sued-netz.de/gute-arbeit/gute-arbeit>)

Das Netzwerk Corporate Accountability (cora) fordert von den Institutionen, Unternehmensstandards einzuführen

1. Rechenschafts- und Publizitätspflichten für Unternehmen

Unternehmen sollen transparente, kostenlose und vergleichbare Informationen veröffentlichen, die zeigen, wie sie in ihrem Wirken die Menschenrechte sowie die sozialen und ökologischen Normen entlang der Wertschöpfungskette respektieren. ... Die Überprüfung der Unternehmensberichte muss durch unabhängige Stellen erfolgen.

68 »Mit völkerrechtlichen Abkommen begründen Staaten vorrangig Rechte gegeneinander sowie für die jeweils eigenen StaatsbürgerInnen [...] gegen andere Staaten. Mit der Übernahme völkerrechtlicher Verpflichtungen gegenüber den eigenen BürgerInnen sind die Staaten (auch wenn auch das vorkommt) – aus wohlverstandener Eigeninteresse – sehr vorsichtig. So wird die Allgemeine Menschenrechtserklärung als »Ideal« bezeichnet, auf das hinzuarbeiten ist, und der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte verpflichtet die Staaten nur zur Ergreifung von »Schritten«, um ihn umzusetzen. Diese Funktion völkerrechtlicher Verträge gilt es zunächst einmal zu erkennen – auch wenn sie uns nicht gefallen muss.«

(Schulze 2008: http://www.trend.infopartisan.net/trd1108/D_G_Schulze_Vortrag.pdf, S. 21).

2. Gesellschaftliche Anforderungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge

Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, wenn sie und ihre Zulieferer nachweislich die Menschenrechte sowie die sozialen und ökologischen Normen respektieren und ihre Berichtspflichten vollständig erfüllen. Erbringer öffentlicher Aufträge und ihre Lieferanten sollen tarifliche Leistungen gewähren. Alle Schritte der öffentlichen Beschaffungs- und Auftragsvergabe müssen transparent erfolgen.

3. Verankerung von Unternehmenspflichten in internationalen Wirtschaftsabkommen und bei der Wirtschaftsförderung

Die vielfältigen Außenwirtschaftsverträge Deutschlands und der EU müssen menschenrechtliche und sozial-ökologische Anforderungen an die Unternehmen formulieren ...

4. Gerechte Unternehmensbesteuerung zum Nutzen der Gesellschaft

Regierungen müssen die Unternehmen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und ökologischen Leistungen zur Finanzierung des Gemeinwesens heranziehen ...

5. Wirksame Sanktionen und Haftungsregeln für Unternehmen

Unternehmen, die gegen die Menschenrechte sowie die sozialen und ökologischen Normen verstoßen, die ihre Rechenschafts- und Publizitätspflichten verletzen oder ihre Kontrolle behindern, müssen mit Sanktionen belegt werden ...

6. Stärkung der Produktverantwortung und Förderung zukunftsfähiger Konsum- und Produktionsmuster

Unternehmen müssen durch wirksame Regeln dafür verantwortlich gemacht werden, unter welchen Bedingungen und in welcher Qualität sie ein Produkt herstellen.«

(http://www.saubere-kleidung.de/ccc-40_kampagnen/ccc-48-01_cora.html)

Standards in der Auseinandersetzung mit großen sozialen und ökologischen Zerstörern in der globalisierten Welt

Energie-wirtschaft	Transport-wirtschaft	Landwirtschaft	Militärisch-Industrieller Komplex
-Zeitpläne für Ausstieg aus der Atom- u. Kohleenergie - Reduzierung des Verbrauches - Steigerung der	- Reduzierung des Transportaufkommens nach Distanzen u. Transportmittel - Anteil der Schienentransporte - Anteil öffentlichen	- Reduzierung des Einsatzes von chem. Dünge- u. Pflanzenschutzmitteln - Ausstieg aus Gentechnologien - Anteil Viehwirtschaft	- Abbau von Angriffsfähigkeit - Beseitigung von ABC-Waffen - Beseitigung Klima- und wetterrelevanter

<p>Energieeffektivität</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anteil erneuerbarer Energien an Strom- u. Energieerzeugung - Reduzierung von CO₂- u. a. Schadstoffemissionen - Anteil dezentraler Produzenten an Strom- u. Energieerzeugung 	<p>Transports an Gesamtaufkommen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Reduzierung CO₂- und anderer Schadstoffemissionen - Reduzierung des Flächenverbrauches - Senkung des Energieverbrauches der Transportmittel 	<p>an Landwirtschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> - anteiliger Flächen- und Wasserverbrauch der Tierzucht - Einhaltung der Tierrechte - Agrodiversität - Reduzierung CO₂ u. a. Schadstoffe - Bodenqualität - Einfluss von Schadstoffen auf Grundwasser und Ökosysteme - Mehrung des Baumbestands 	<p>Waffen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abbau der Truppen, von Personal, öffentlichen Aufträgen
---	---	--	---

Die Tabelle zeigt u. a., dass der Auseinandersetzung um Technologien, entsprechende Investitionen und so um öffentliche Finanzen und insbesondere öffentliche Haushalte und mit Akteuren an den Finanzmärkten ein außerordentlich hoher Stellenwert zukommt. Braithwaite und Drahos haben gezeigt, dass bereits seit dem römischen Imperium innovative Technologien und damit verbundenes Wissen immer auf staatliche Intervention bzw. Regulierung zurückgehen (Braithwaite, Drahos 2000).

Nachhaltige Entwicklung ist – wie mehrfach erwähnt – ein umkämpfter Begriff. Wir verbinden ihn – wie ebenfalls mehrfach erwähnt – mit der Entwicklung, Erschließung und strukturellen Stärkung jener Potenziale, die zunehmend mehr Menschen und letztlich jeder und jedem ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglichen. Da die offizielle Politik in Deutschland, in der Europäischen Union und in zahlreichen Ländern der Welt nachhaltige Entwicklung zur proklamierten Geschäftsgrundlage hat, ist die Arbeit an und mit Kriterien, Indikatoren, Standards als Mittel der Konkretisierung und Kontrolle sinnvoll. (Spangenberg 2004: 27). Mit der Auseinandersetzung um Indikatoren werden Kämpfe um Begriffsdefinitionen deutlich bzw. geführt – Kämpfe um Hegemonie, politische Kämpfe. Die Erarbeitung von Standards durch Anhänger/innen der Idee vom sozialökologischen Umbau ist ein kollektives Suchen, ihre Setzung politischer Kampf (vgl. Spangenberg 2005: 327-341).

Die nachfolgende weitere Tabelle illustriert das Standardsetting als Mittel im Kampf um sozialen Wandel, um Transformation gesellschaftlicher Reproduktionsprozesse – als Gegenstand von vielfach erbitterten politischen Auseinandersetzungen.

Illustration zum Einfluss von Standards auf Akteure, Bereiche und Prozesse im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess

Bereich/Problem	Einflussnahme von Standards auf Prozesse	Einflussnahme von Standards auf Interessen von
Finanzierung	<ul style="list-style-type: none"> - Zusage/Absage - Umfang, Bedingungen, Kontrolle, Ausreichungsmodus - Zinsen - Arbeitsbedingungen, Rechte der Beteiligten 	<ul style="list-style-type: none"> - Gesetzgeber/Staat⁶⁹ - Finanzier: Eigentümer, Verfüger, Nutzer Manager/Beschäftigte - Empfänger: Eigentümer, Verfüger, Nutzer Manager/Beschäftigte - Interessenvertretungen - Kommune, Region
Produktion	<ul style="list-style-type: none"> - Zulassung, Gestattung, Auflagen, Kontrolle - Arbeitsbedingungen, Rechte der Beschäftigten, Rechte der am Prozess Beteiligten - Verwendung, Verbrauch, Effektivität, Auswirkungen auf Luft, Wasser, Böden, Ökosysteme 	<ul style="list-style-type: none"> - Gesetzgeber - Eigentümer, Verfüger, Nutzer Manager/Beschäftigte - Zulieferer; Transporteur im Produktionsprozess - Interessenvertretungen - Einwohner/innen - Kommune, Region
Zirkulation	<ul style="list-style-type: none"> - Zulassung, Gestattung, Auflagen, Kontrolle - Arbeitsbedingungen, Rechte der Beschäftigten, Rechte der am Prozess Beteiligten - Verwendung, Verbrauch, Effektivität, Auswirkungen auf Luft, Wasser, Böden, Ökosysteme 	<ul style="list-style-type: none"> - Gesetzgeber - Produzent: Eigentümer, Verfüger, Nutzer Manager/Beschäftigte - Spediteur: Manager/Beschäftigte - Kommunen, Regionen, Transitgebiete - Einwohner/innen - Händler/Käufer: Eigentümer, Verfüger, Nutzer Manager/Beschäftigte - Interessenvertretungen

⁶⁹ bzw. die von Staaten geschaffenen internationalen Organisationen und insbesondere die EU

Distribution	<ul style="list-style-type: none"> - Löhne, Gehälter, Renten, Einkommen - Steuern, Abgaben 	<ul style="list-style-type: none"> - Gesetzgeber/Staat - Produzent, Spediteur Eigentümer, Verfüger, Nutzer - Manager/Beschäftigte - Einwohner/innen, Kommunen/Regionen - Interessenvertretungen
Konsumtion	<ul style="list-style-type: none"> - Zulassung, Gestattung, Auflagen, Kontrolle - Arbeitsbedingungen, Rechte der Beschäftigten, Rechte der am Prozess Beteiligten, Verbraucherschutz - Auswirkungen auf Luft, Wasser, Böden, Ökosysteme 	<ul style="list-style-type: none"> - Gesetzgeber/Staat - Konsument: Eigentümer, Verfüger, Nutzer - Manager/Beschäftigte - Einwohner/innen, Kommunen/Regionen - Interessenvertretungen
Demokratische Verfasstheit der Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> - Gesetze, Rechte und Pflichten der an den Prozessen Beteiligten - Verbote, Sanktionen, Konfliktregelung - Auswirkungen auf Luft, Wasser, Böden, Ökosysteme 	<ul style="list-style-type: none"> - Gesetzgeber/Staat, Finanzier, Produzent/Zulieferer, Spediteur, Händler, Verbraucher/innen, Eigentümer, Verfüger, Nutzer, Manager/Beschäftigte, Einwohner/innen, Bürger/innen - Parlamente, politische und zivilgesellschaftliche Akteure, Interessenvertretungen - Kommune, Region,

Wird ausgehend von dem zuvor bezüglich des Kampfes um das Setzen von Standards Entwickelten diskutiert, können als Ausgangsprämissen genutzt werden:

- Elementare Forderung: Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und sozialen Spaltungen, der Verknappung und Verschmutzung der Luft, des Wassers, der Böden und der Ökosysteme. Weiter zugespitzt: Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, von Gewalt gegen Menschen, von Klimawandel und Schwund biologischer Vielfalt.

- Daher: Einführung von armutsfesten Mindestlöhnen und Mindesteinkommen und eine diese garantierende Steuer- und Abgabenreform, Erhebung einer Finanztransaktionssteuer und Einsatz deren Aufkommens zur Bekämpfung von globaler

Armut und Umweltzerstörung in den armen Ländern; Verzicht auf Privatisierung sozialer Sicherungs- und öffentlicher Infrastruktursysteme, auf Freihandelsabkommen, Mega- und Rüstungsprojekte.

Hiervon weitergehend könnte auf der Basis von Standards für fünf Bereiche unter Arbeitenden, Käufer/innen, an Finanzmärkten Partizipierenden, Bürgerinnen und Bürgern diskutiert werden, wie jetzt, kurz- und mittelfristig gegen soziale und ökologische Zerstörung agiert werden kann:

1. Standards zu den Lebensbedingungen vor allem der sozial und global Schwächsten

- Mindesteinkommen in Deutschland und in der EU in Höhe von 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens und von mindestens 60 Prozent des nationalen bzw. branchenspezifischen Durchschnittslohns; ganzheitliche Armutsbekämpfung

- Realisierung der Millennium Development Goals

- Reduzierung der CO₂-Emissionen in Deutschland bis 2020 im Vergleich zu 2000 um 40 Prozent bei Ausstieg aus der Atomenergie, Verzicht des Baus weiterer Kohlekraftwerke und von CCS-Anlagen

- Verzicht auf Projekte militärischer Auf- bzw. »Nachrüstung«, Beseitigung von Atom-, anderen Massenvernichtungswaffen sowie Landminen

- Aussetzung von Privatisierungen sozialer Sicherungs- und öffentlicher Infrastruktursysteme

2. Standards an den Finanzmärkten

- Einführung von Kapitalverkehrskontrollen und einer Finanztransaktionssteuer und Einsatz des Steueraufkommens zur Bekämpfung globaler Armut und des Klimawandels in den armen Ländern

- Verbot der Finanzmarkt-Spekulation mit Lebensmitteln, landwirtschaftlicher Nutzfläche, Rohstoffen und Währungen

- Verbot hochriskanter Spekulationsgeschäfte in weiteren Bereichen, die gesellschaftliche Produktions- und Reproduktionsprozesse destabilisieren können

3. Standards in der Produktion und im Handel

- Realisierung der IAO-Normen gemäß »Erklärung über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit«

- Realisierung der OECD-Leitsätze für TNC, Untersetzung des Global Compact⁷⁰ in verbindlichen Internationalen Rahmenvereinbarungen

- Senkung des absoluten Energie- und Ressourcenverbrauches um 20 Prozent bis 2020 im Vergleich zu 2000

- Realisierung der Empfehlungen der Enquetekommission »Schutz des Menschen und der Umwelt«

4. Standards im Verbraucherschutz

- Offenlegung der Bestandteile und der kompletten Herstellung des Endpro-

70 Siehe <http://www.unglobalcompact.org/Languages/german/index.html>.

duktes, der gesundheitlichen, ökologischen und ökonomischen Folgen seiner Herstellung, Lieferung, seines Verbrauches und seiner Entsorgung

5. Demokratische Standards

- Umsetzung der Menschen- und Grundrechte, der Gleichstellung der Geschlechter, des Schutzes von Asylsuchenden, der Bekämpfung von Diskriminierung; Einführung des Volksentscheides auf der Bundesebene und der Staatsbürgerschaft nach dem Residenzprinzip.

Derartige Standards können nur durch neue politische Bündnisse erkämpft werden. Diese würden zwar von den Bürgerinnen und Bürgern getragen werden, die das entwickelte Grundprinzip leben, aber die nötigen Kämpfe für ihre Realisierung werden weit über unverzichtbare »BürgerInnenbewegungen« herausgehoben müssen. Sie werden Bündnisse ihrer Organisationen auf den verschiedenen Ebenen sein – von Gewerkschaften, sozialen und ökologischen Bewegungen und Verbänden, von Zusammenschlüssen nach Berufen, fachlichen Tätigkeiten und von Unternehmer/innen; von Parteien mit ihren unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten über die Arbeit ihrer Mitglieder, Verbände und Zusammenschlüsse, ihrer Abgeordneten und Fraktionen, ihrer in die Verwaltungen und Regierungen entsandten; von Parlamenten, Regierungen und Staaten. Für das Zustandekommen politischer Bündnisse ist die Arbeit an und zu Standards relevant – nicht zuletzt mittels Diskussion in offenen Foren.

Es wäre z. B. eine gravierende politische und gesellschaftliche Richtungsentscheidung, würde allgemein akzeptiert, was der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Frank Bsirske fordert: »Entscheidungen im Unternehmen sind mit Rücksicht auf die ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen für die Menschen und ihre Lebensumwelt zu treffen. Das Handeln der Unternehmen muss die Würde der Menschen und die Menschenrechte achten. Es muss dem Wohl der Allgemeinheit dienen.« (Bsirske 2006: 3)

»Die Menschen« sind mehr als Arbeitskräfte oder Humankapital, »ihre Lebensumwelt« mehr als das Unternehmen. Werden »Würde des Menschen« und »Menschenrechte« ernst genommen, kann »Wohl der Allgemeinheit« nicht mehr die »an den Rändern« und jene »außerhalb der Ränder« ausschließen. Das »Bsirske-Zitat« fordert also nicht weniger als eine Neubestimmung der Rolle der Unternehmen in der Gesellschaft und die Berücksichtigung der Interessen von Marginalisierten bzw. es befördert eine derartige Interpretation, ein entsprechendes Denken und Handeln. Es enthält einen wahrhaft transformatorischen Gedanken, der in die Option einer für jede und jeden befreienden Einbettung in die Biosphäre münden kann. Dafür müssten die Unternehmen, die Bsirske-Idee fortführend, weitergehend in der Richtung transformiert werden, dass sie nicht »nur« Rücksicht auf die Auswirkungen ihres Tun für die Menschen und ihre Lebensumwelt nehmen, sondern letztlich von den Reproduktionserfordernissen einer Gesellschaft der Freien, Gleichen und Solidarischen in einer gesunden natürlichen Umwelt ausgehen. Folgerichtig müssten in der Konsequenz auch die Konkurrenzver-

hältnisse und die ihnen zugrunde liegenden Eigentumsverhältnisse überwunden werden. Die Realisierung der Forderung von Frank Bsirske wäre also ein tiefer gesellschaftlicher Bruch mit heutiger Praxis, ihre umfassende Realisierung. Sie würde tatsächlich eine sozialökologische Transformation bedeuten.

4.1.2. Öffentliche Finanzen – Demokratisierung der (Finanz)Politik

Rosa Luxemburg hat in ihrem Werk »Die Akkumulation des Kapitals« gezeigt, wie die in der Konkurrenzwirtschaft Wirtschaftenden erzielte Einkommen teilen müssen, um die eigene Konkurrenzfähigkeit zu behaupten und im widersprüchlichen eigenen Interesse auch die Reproduktion anderer wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Akteure zu sichern. Dies geschieht wesentlich über direkte und indirekte Steuern an den Staat, der seine eigene Funktionsfähigkeit gewährleisten, verschiedene gesellschaftliche Akteure und eine gewisse Alltagsnormalität erhalten, Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen und Standorten fördern und militärisch rüsten will bzw. soll. In den Interessenkämpfen wandeln sich auch die Marktteilnehmer selbst, weil sie in der Konkurrenz erstarben oder untergehen, staatlich geschaffen, begünstigt oder auch unterdrückt und verdrängt werden. »Es ist ja das moderne Steuersystem selbst, das in hohem Maße bei den Bauern die Warenwirtschaft erst erzwingt. Der Druck der Besteuerung zwingt den Bauern, fortschreitend einen immer größeren Teil seines Produktes in Ware zu verwandeln, macht ihn aber auch gleichzeitig immer mehr zum Käufer, treibt das Produkt der Bauernwirtschaft durch die Zirkulation und verwandelt zwangsweise die Bauern erst in Abnehmer auch für Kapitalprodukte.« (Luxemburg 1975: 409) Über den staatlichen Entzug von Kaufkraft und die Umverteilung von Einkommen, über staatliche Subventionen und Investitionen wird die Entwicklung gesellschaftlicher Produktions- und Konsumtionsstrukturen beeinflusst. Globale Konkurrenz und langfristige Sicherung von Kapitalakkumulation erklären Militarisation. »Während jede andere Gebietserweiterung des Absatzes und der Operationsbasis für das Kapital in hohem Maße von geschichtlichen, sozialen, politischen Momenten abhängig ist, die außerhalb der Willenssphäre des Kapitals spielen, stellt die Produktion für den Militarismus ein Gebiet dar, dessen regelmäßige stoßweise Erweiterung in erster Linie in dem bestimmenden Willen des Kapitals selbst gegeben zu sein scheint.« (Luxemburg 1975: 410)

Steuern

Mit den Luxemburg-Zitaten ist zum einen auf die hochgradige Relevanz von Fiskal- und Haushaltspolitik verwiesen, zum anderen auf die am meisten relevante Frage: Wer kann seine Interessen mittels Fiskal- und Haushaltspolitik durchsetzen – wie können die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse so verändert werden, dass Fiskal- und Haushaltspolitik sozialökologischen Umbau befördern? So interessieren gegenwärtig mehr die Ursachen für die herrschende Fiskal- und Haushaltspolitik und die Möglichkeiten ihrer Veränderung als geschlossene alternative Konzepte mit allen Details.

In unserer Broschüre wird auf ausführliche Darlegungen zur Steuerpolitik verzichtet. Allerdings wird hier die These formuliert bzw. bekräftigt, dass sozial gerechte und ökologisch verantwortungsvolle Steuerreformen in erster Linie ein Ergebnis von Demokratisierungsbestrebungen mit dem Ziel konkreter Problemlösungen sein werden – dafür ist die Arbeit an bzw. mit Standards hochgradig relevant. Das bedeutet keineswegs, die Steuerpolitik nicht ernst zu nehmen oder auf Möglichkeiten ihrer Gestaltung freiwillig zu verzichten. Schließlich sind von den Kämpfen für eine Wiedererhebung der Vermögensteuer auf modifizierter Grundlage, der Einführung der Tobin- bzw. Finanztransaktionssteuer wichtige Impulse für Reformalternativen ausgegangen. Wir werben dennoch mehr für eine Schwerpunktsetzung auf die Verständigung zu Prinzipien gerechter Steuer- und Fiskalpolitik und auf einzelne Steuern als auf ausgefeilte geschlossene Gesetzesinitiativen. Diese würden auf Grund der Interessenunterschiede unter den Anhänger/innen des sozialökologischen Umbaus bzw. sozialökologischer Transformation vermeidbaren Streit und vermeidbaren Kraftaufwand bedeuten. Schließlich interessiert ja vor allem, wer wofür die Steuerpolitik gebraucht als wie die Steuerpolitik technisch wirksam gebraucht wird. Das Streiten für Prinzipien und konkrete schwerpunktmäßige Veränderungen in der Steuer- und Haushaltspolitik wären hingegen durchaus ein Mittel im Kampf um einen politischen Richtungswechsel bzw. Ausdruck eines politischen Richtungswechsels.

Sollen die Steuer- und Haushaltspolitik sozialökologischen Umbau befördern, Fortschritte bei den demokratischen, sozialen und ökologischen Standards ermöglichen bzw. sichern, wäre strategisch darum zu ringen, dass a) die Bürgerinnen und Bürger – bei steuerfreien armutsfesten Einkommen –, die Unternehmungen und Unternehmen Steuern direkt proportional zu ihren Vermögen und Einkommen, zu ihrem Verbrauch an nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen, an Energie und zu ihren Verschmutzungen der natürlichen Umwelt entrichten; b) sozial und ökologisch zerstörerische Prozesse, Tatsachen und Projekte keine öffentliche Förderung bzw. Finanzierung erfahren; die öffentlichen Ausgaben der Realisierung des Grundprinzips und damit des »Sets« grundlegender Standards dienen; c) Steuer- und Haushaltspolitik gründlich demokratisiert werden.

Dabei kann es durchaus Widersprüche zwischen und innerhalb von a), b), c) geben.

Demokratie in der Finanzpolitik

»Aus der Kritik am Status quo der Entscheidungsmechanismen ergeben sich wesentliche Richtungen einer Demokratisierung und einer Verstärkung öffentlicher Entscheidungskraft. Wichtige Stichworte sind:

- Stärkung der Rechte der Parlamente gegenüber der Exekutivgewalt auf allen Ebenen der Finanzpolitik; Rückeroberung der Gewaltenteilung, Verhinderung politischer Kartelle von Partei- und Wirtschaftsfunktionären und Exekutive,
- Stärkung der Transparenz finanzpolitischer Entscheidungen, umfassende Informationspflichten der Regierungen gegenüber Parlament und Öffentlichkeit,
- klare gesetzliche Regelungen und Grenzen hinsichtlich der Beeinflussung politischer Entscheidungsträger durch Verbände, Einzelpersonen, Lobbyisten usw. und die Verschärfung der Definition von diesbezüglichen Straftatbeständen,
- Entwicklung eines solidarisch ausgewogenen Föderalismus, Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung,
- umfassende Befähigung der Bürger zur Wahrnehmung ihrer Rechte und zur Aneignung finanzpolitischer Kompetenz,
- Verstärkung der verschiedenen Formen der direkten Demokratie: Zurückdrängung parteipolitisch ausgerichteter Mechanismen, Möglichkeiten von Volksentscheiden auf allen Ebenen auch bei finanzpolitischen Fragen und gegebenenfalls Senkung von Quoren,
- Verstärkung der gleichberechtigten Teilnahme aller Bevölkerungsgruppen an politischen Entscheidungsprozessen und Zurückdrängung des patriarchalisch geprägten Modells.

Die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Einflusses darf nicht auf Entlassung gewählter Körperschaften aus ihrer Verantwortung hinauslaufen. Vielmehr geht es darum, die Bürgerbeteiligung über die Wahl von Repräsentanten hinaus deutlich in Richtung eine partizipativen Demokratie zu verstärken.«

(Leibiger 2010: 98-99)

Als Beispiele für Alternativprojekte kritischer Finanzpolitik können z. B. aus dem schon Ausgeführten wiederholt bzw. neu genannt werden:

die Wiedererhebung der Vermögensteuer auf modifizierter Grundlage; die Reform der Erbschafts- und Einkommensteuer; die Einführung einmaliger Abgaben auf große und größere Vermögen, der Finanztransaktionssteuer zur Bekämpfung von Spekulation und zur Bildung von Fonds im Kampf gegen globale Armut mit ihren Folgen, der Börsenumsatzsteuer, einer ökologischen Grundsteuer, einer Verkehrserzeugungsabgabe, einer Primärenergiesteuer; einer Besteuerung von Schad-

stoffemissionen und Lufttransporten; die Schließung von Steuerschlupflöchern und Steueroasen; die Festlegung von Standards zur Besteuerung von Transnationalen Unternehmen (TNCs).

»Friedenssteuer«

»Kampagne zu folgender Erklärung:

»Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.«

Zur Umsetzung dieser gesetzlichen Regelung hat das Netzwerk Friedenssteuer ein Konzept entworfen, das es in Zusammenarbeit mit Bundestagsabgeordneten und Juristen zu einem Entwurf eines Zivilsteuergesetzes ausformulieren will. Dazu gibt es zwei Experten-Gutachten, die bescheinigen, dass das Konzept in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz ist, dass es machbar ist und dass die Einrichtungs- und Folgekosten deutlich gering und für den Staatshaushalt zumutbar sind ...«

(http://www.netzwerk-friedenssteuer.de/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=23&Itemid=38)

Subventionen

Der Begriff »Subvention« ist sehr weitgehend und ganz weit von einheitlichem Verständnis entfernt.

Subventionen und Transferzahlungen

»*Subventionen*

(Finanzhilfen), (Steuervergünstigungen, Steuersubventionen) ...

Zuwendungen, z. B. direkte Geldleistungen (*Finanzhilfen*) oder steuerliche Nachlässe (*Steuervergünstigungen, Steuersubventionen*), die der Staat bestimmten Unternehmen oder Wirtschaftsbereichen (Bergbau, Landwirtschaft) ohne direkte marktwirtschaftliche Gegenleistung gewährt. Subventionen an private Haushalte (z. B. Sozialhilfe, Wohngeld) bezeichnet man auch als Transferzahlungen oder Sozialleistungen. Der alle zwei Jahre von der Bundesregierung zu erstellende *Subventionsbericht* bezieht auch solche Leistungen an private Haushalte mit ein, durch die bestimmte Güter verbilligt werden, etwa bei der Wohnungsbauförderung.

Mit Subventionen an Unternehmen soll ein wirtschaftliches Verhalten gefördert (z. B. Hilfen zur Existenzgründung oder für Umweltschutzinvestitionen), die Anpassung an eine veränderte Wirtschaftslage erleichtert (z. B. Hilfen für den Kapazitätsabbau in der Stahlindustrie) oder auch bestimmte Wirtschaftsbereiche erhalten werden (z. B. Hilfen für Landwirtschaft und Bergbau). Subventionen werden in einer Marktwirtschaft kritisch betrachtet, da sie das Marktgeschehen verfälschen.«

(http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=HUNOS4)

Der Brundtland-Bericht 1987 reflektierte Diskussionen »in Wissenschaft und Politik« als er negative Umweltauswirkungen von Subventionen thematisierte. Insbesondere beschäftigte er sich mit Subventionen für die Landwirtschaft, den Forstbereich, die Fischerei und den motorisierten Individualverkehr.

In Deutschland begann die Debatte zur Subventionsproblematik gegen 1994 mit der Auseinandersetzung um die ökologischen Lenkungsfunktionen von Steuern und erreichte mit der 1996 fertiggestellten Studie »Nachhaltiges Deutschland«, die die Subventionsproblematik zu einem Schwerpunkt hatte, einen Höhepunkt.

Die G8-Umweltminister hatten wichtigen Anteil daran, dass 1996 die OECD die Debatte über ökologisch kontraproduktive Subventionen forcierte. Sie spricht von »perverse subsidies«, die Mitte der 90iger Jahre 5 Prozent des Weltsozialprodukts ausmachten. In ihrem Umweltprüfbericht 2003 stellte die OECD fest, dass etwa 35 Prozent der Subventionen in Deutschland umweltschädlich seien.⁷¹

Die öffentliche Debatte erwirkte auch, dass der Abbau von die natürliche Umwelt zerstörenden Subventionen Eingang in die Verlautbarungen und Dokumente der Europäischen Union fand, so insbesondere in das sechste Umweltaktionsprogramm, und in die Übereinkunft, bis zum Jahre 2010 die Umwelt schädigenden Subventionen abzubauen bzw. auslaufen zu lassen.

In Deutschland wird seit Jahren die Debatte zur Subventionsproblematik vorrangig als Angelegenheit des Staatshaushaltes bzw. der öffentlichen Haushalte, im Kontext mit der Tragfähigkeit öffentlicher Finanzen und der Steuerpolitik geführt:

»Bei Kürzungen der Subventionen lassen sich die Einkommenssteuersätze kräftig senken.« (Boss, Rosenschon 2002: 1) »Hilfreich bei dem Bestreben, Subventionen zu kürzen, ist der internationale Steuerwettbewerb. Es wäre fatal, wenn es zu einer Steuerharmonisierung ... und dabei zu Steuersätzen auf hohem Niveau käme ...« (Boss, Rosenschon 2002: 47).

»Haushaltskonsolidierung« und »effektiverer Umgang mit öffentlichen Finanzen« werden hier ausgehend von den Interessen jener Kapitalfraktionen gefordert, die den gesellschaftspolitischen status quo erhalten bzw. in ihrem Interesse weiter ausbauen wollen bzw. die sich von einer ökologischen Modernisierung Positionsgewinne versprechen. Sie wollen keine »Haushaltskonsolidierung« und »keinen

71 <http://www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=5455>.

effektiveren Umgang mit öffentlichen Finanzen«, die etwa auf die strukturelle soziale Stärkung der in der Gesellschaft Schwächsten oder auf eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung zielen. Genau dies aber wollen die Anhänger/innen der Idee des sozialökologischen Umbaus. Sie interessiert in der Subventionsdebatte ein Gewinn an politischer Handlungsmöglichkeit, die Auseinandersetzung mit zerstörerischen Verhaltensweisen und Prozessen sowie mit den sie produzierenden und reproduzierenden Akteuren.

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft schlug im Juni 2010 unter dem Motto »Der Beitrag einer modernen Umweltpolitik zur Haushaltskonsolidierung« ein sechs-Punkte-Ad-hoc-Paket vor, dessen Umsetzung ein zusätzliches Finanzaufkommen von 10,9 Euro ermöglichen sollte (FÖS 2010: 4).

Bereich	Maßnahme	kurzfristiges Aufkommen in Mrd. €/Jahr
VERKEHR		6,2
- darunter:		
Dienstwagenprivileg	CO ₂ -Basierung der steuerlichen Absetzbarkeit von Firmenwagen und Anpassung des geldwerten Vorteils an reale Kosten	2,9
Flugticketabgabe	Einführung einer Flugticketabgabe zum Ausgleich von steuerlichen Vorteilen des Flugverkehrs durch Mehrwertsteuer- und Mineralölsteuerbefreiung	2,3
LKW-Maut	Anhebung der LKW-Maut auf 17 ct/km	1,0
ENERGIE		6,0
- darunter:		
Energiesteuer- ausnahmen	Abbau der Steuervergünstigungen für das produzierende Gewerbe und Reform der Spitzenausgleichsregelung	1,5
Kohlesubventionen	Schnellerer und stärkerer Abbau	0,5
Kernbrennstoffsteuer	Ausgleich der finanziellen Vorteile der Atomenergie durch Einführung einer Kernbrennstoffsteuer	4,0
Gesamtaufkommen p. Jahr – 10 % pausch. Lenkungsabschlag		12,2 10,9

Zuvor hatte Greenpeace dank FÖS im Herbst 2008 eine Übersicht zu kontraproduktiven Subventionen des Bundes veröffentlicht. Da diese mit der oben aufgeführten Tabelle nicht integrierbar ist, aber ebenfalls Informationen enthält, die für

die Behandlung der Subventionsproblematik im Zusammenhang des sozialökologischen Umbaus von Bedeutung sind, werden hier beide tabellarische Auflistungen wiedergegeben.

Subvention	Wert in Euro	Kurzfristig
VERKEHR		abbaubar
Geringe Besteuerung für Diesel im Vergleich zum bleifreien Verkehr	6,15 Mrd.	2,67 Mrd.
Steuerbefreiung des Kerosins	8,7 Mrd.	395 Mio.
Mehrwertsteuerbefreiung f. d. Luftverkehr	1,8 Mrd.	600 Mio.
Entfernungspauschale	1 Mrd.	1 Mrd.
KOHLE + ATOMENERGIE		
Steinkohlesubventionen	1,948 Mrd.	1 Mrd.
nicht- bzw. geringe Besteuerung von Steinkohle	2,2 Mrd.	200 Mio. für Braun- u. Steinkohle insges.
nicht- bzw. geringe Besteuerung von Braunkohle	1,5 Mrd.	
Förderung des Braunkohleabbaus	200 Mio.	200 Mio.
Steuervorteile für Atomrückstellungen	800 Mio.	175 Mio.
STEUERBEGÜNSTIGUNGEN für ENERGIEINTENSIVE UNTERNEHMEN		
Allgemeine Steuerbegünstigung auf 60 % der Ökosteuersätze	1,74 Mrd.	1 Mrd. *
- bei der Stromsteuer	1,85 Mrd.	
Begünstigung für erheblich belastete Unternehmen	170 Mio.	331 Mio.
- bei der Stromsteuer	1,7 Mrd.	
Steuerbefr. f. energieintensive Prozesse	331 Mio.	25 Mio.
Steuerermäßigung für Seehäfen	25 Mio.	135 Mio.
Begünstigung der Mineralsteuer in der Land- und Forstwirtschaft	135 Mio.	EU-weit abbauen
Nichtbesteuerung der nichtenergetischen Verwendung von Mineralöl	1,72 Mrd.	EU-weit abbauen
Steuerbefreiung der Mineralöle in der Mineralölproduktion	400 Mio.	55 Mio.
Abschaffung der Kfz.-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Zugmaschinen	55 Mio.	
Gesamt	34,526 Mrd.	9,888 Mrd.

(Greenpeace 2008: 4)

* seit den von Greenpeace verwandten Zahlen von 2006 bzw. 2007 sind gesetzliche Veränderungen erfolgt, die einen gewissen Abbau von Subventionen bedeuten.

Die Subventionen bewirken, im Markthorizont betrachtet, »falsche Preise«, weil sie auf der Basis von Kosten für die Produzenten gebildet werden, die dank der staatlichen Zuschüsse geringer sind als sie ohne diese Zuschüsse wären. Die Preise auf dem Markt können aber auch auf Grund staatlicher Preisfestlegungen höher sein und eine Förderung der Produzenten darstellen. Sie wirken z. B. insbesondere zu Gunsten oder Ungunsten von Produzenten erneuerbarer Energien.

Was Strom wirklich kostet

»Strom aus Wind- und Wasserkraft ist unter Berücksichtigung aller Kosten schon heute deutlich billiger als Strom aus Kohle und Atom. Insbesondere Atomstrom kostet in Wirklichkeit fast doppelt so viel wie Wasserkraft und zwei Drittel mehr als Windenergie. Das geht aus der neuen Greenpeace-Energy-Studie ›Was Strom wirklich kostet‹ hervor ... Die Studie summiert alle Stromkosten, staatliche Förderungen sowie externe Kosten auf, die den jeweiligen Energieträgern zurechenbar sind. Danach kostet eine Kilowattstunde Windstrom 2010 unterm Strich 7,6 Cent und Wasserstrom 6,5 Cent. Die Gesamtkosten für Strom aus Braun- und Steinkohlekraftwerken belaufen sich hingegen auf 12,1 Cent und für Atomkraft sogar auf 12,8 Cent je Kilowattstunde ...

... die Atomstromproduktion [profitierte] zwischen 1970 und 2010 von staatlichen Förderungen in Höhe von 186 Milliarden Euro. Der Steinkohle-Verstromung kamen 165 Milliarden Euro zugute, bei Braunkohle waren es 57 Milliarden Euro. Die erneuerbaren Energien erhielten im selben Zeitraum 28 Milliarden Euro, die Zusatzkosten des EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) mit eingeschlossen.

Neben den staatlichen Förderungen berücksichtigt die Studie auch die nicht internalisierten externen Kosten der einzelnen Energieträger. Darunter fallen beispielsweise Klimaschäden, die in Strompreisen nicht berücksichtigt sind, für die die Gesellschaft aber gleichwohl aufkommen muss. Die Kosten eines Super-GAU in Deutschland sind dagegen nicht vollständig eingepreist, da die Schäden unkalkulierbar wären und keine Versicherung das Risiko übernehmen könnte.

Anders als Wind und Wasser ist Fotovoltaik noch deutlich teurer als die konventionellen Energien. 2010 kostete eine Kilowattstunde Sonnenstrom 46,5 Cent. Swantje Küchler ... sieht dies als normale Anschubfinanzierung, wie sie in viel größerem Maße zuvor auch Kohle- und vor allem Atomkraft bekamen. So erhielt Atomkraft noch Anfang der 70er-Jahre umgerechnet über 60 Cent je Kilowattstunde. ›Die hohen vergangenen Förderungen haben die heutige Marktposition der Atomenergie überhaupt erst ermöglicht‹, so Küchler. Das Ausmaß der Förderung der erneuerbaren Energien bleibe dagegen überschaubar. Darüber hinaus verursachten Kohle- und Atomstrom hohe und bisher kaum bezifferbare Folgekosten, die auch nach Abschalten der Kraftwerke fällig werden.«

(Greenpeace 17.4.2011)

UNEP schätzt die Höhe der ökologisch zerstörerischen Subventionen weltweit auf jährlich 500 Mrd. bis 1,5 Billionen US-Dollar (Besse, Prange 2010:12) und fordert ihren schnellen Abbau, auf jährliche Subventionen in Höhe von 2 Billionen US-Dollar kommt Myers.⁷² Jährlich werden weltweit mehr als 300 Milliarden US-Dollar – die Zahl wird als weit zu gering angesehen – an »Energiesubventionen« verteilt. Seit Jahren wird über ihre Umwidmung zugunsten sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung diskutiert (GSI 2009: 7).

Subventionierte EU-Fischerei vor Afrikas Westküste

»Das Schwinden der Fischbestände vor Afrikas Westküste ist mit zu meist durch Europa subventionieren Industrieschiffen verbunden. Lokale Fischer müssen einen ganzen Monat auf See verbringen, um dieselbe Fischmenge zu fangen wie die Industriellen innerhalb von vier Tagen.«

(Steiner 2010)

Umwelt- und Entwicklungspolitische NGO und Initiativen haben aus bzw. zu der Subventionsproblematik konkrete Schlussfolgerungen und Empfehlungen formuliert, die wie folgt zusammengefasst werden können:

- Für jede Subventionen muss eine Umweltfolgeschätzung eingeführt werden;
- Subventionen sollten nur befristet gewährt, regelmäßige Wirkungs- und Erfolgskontrollen vorgenommen und ihre Umweltfolgen geprüft werden;
- Subventionsabbau und Armutsbekämpfung müssen im Zusammenhang betrieben werden;
- Kompensationszahlungen sollten einer sozialen Flankierung dienen und möglichst Beschäftigungsmöglichkeiten in neuen, zukunftsträchtigeren Sektoren erschließen helfen;
- Subventionen müssen streng an die Einhaltung von ökologischen und sozialen Kriterien geknüpft werden;
- durch den Subventionsabbau freiwerdende Gelder sollten anteilig in eine nachhaltige Ressourcennutzung sowie den Schutz der Biodiversität fließen;
- Maßnahmen des Ordnungsrechts oder neue Steuern und Abgaben zur Bekämpfung von Umweltzerstörung müssen mit dem Abbau umweltschädlicher Subventionen verbunden werden bzw. diesen voraussetzen;
- nationalstaatliche Regierungen sollten alle direkten und indirekten Subventionen gegen die Biodiversität offenlegen und über ihren Abbau Rechenschaft ablegen;

72 <http://www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=5455>.

- internationale Abkommen sollen verbindliche Vereinbarungen zum Abbau umweltschädlicher Subventionen mit konkreten Zielen und Zeitplänen enthalten (siehe auch Misereor 2011: 27-29).

Dieses Fazit kann, gestützt auf Befunde von GSI⁷³ noch ergänzt werden: Für jede Subvention sollen die Unterstützer/innen und Gegner/innen die Auswirkungen auf die verschiedenen sozialen Gruppen und die Verhältnisse zwischen ihnen aufzeigen.

Das Grundprinzip muss sein: Der Abbau sozial ungerechter und ökologisch zerstörerischer Subventionen soll sozial differenziert erfahren werden und letztlich die allgemeine Lebensqualität heben. Insgesamt soll er soziale Spaltungen, Ungleichheiten mindern helfen. Der Subventionsabbau soll zum einen demokratische, soziale und ökologische Standards realisieren und zum anderen die Machtpositionen der Kapitaloligarchien, Konzerne/TNC/Finanzmarktakteure schwächen. Subventionen sollen dort zur Anwendung kommen, wo – wie beim originären Erneuerbare-Energien-Gesetz – neue Technologien angewandt oder arbeitsintensive Leistungen produziert werden, die der Entwicklung vorrangig lokaler bzw. regionaler Wirtschaftsgeflechte dienen und insgesamt Umweltverschmutzung reduzieren. Subventionen sollen ferner dort praktiziert werden können, wo sie ausschließlich sozial Schwachen bzw. Benachteiligten zugutekommen.

Dabei wirken immer Widersprüche, denn z. B. auch Subventionen für sozial Benachteiligte können ökologisch problematische Verhaltensweisen fördern.

Abbau der Steinkohle-Subventionen

Bereits auf ihrer ersten energiepolitischen Konferenz im Jahre 1996 hatte die PDS gefordert, die Steinkohlesubventionen abzuschaffen und sie in Mittel für soziale und ökologische Regionalentwicklung umzuwidmen. Diese Forderung und die ihr zugrunde liegenden Vorstellungen wurden auf ihren folgenden Konferenzen bekräftigt und präzisiert.

»Die PDS bzw. die Linkspartei.PDS ... haben sich auf nationaler und EU-Ebene dafür ausgesprochen, dass alle Regelungen, die atomare und fossile Energieträger subventionieren, abgelöst werden.«

(AG Wirtschaftspolitik 2007: 8)

Im Sommer 2010 schlug die Europäische Kommission vor, staatliche Beihilfen zum Steinkohleabbau zum Oktober 2014 auslaufen zu lassen.

In einem Antrag der Fraktion »Die Linke« im Deutschen Bundestag wird formuliert:

73 GSI – Global Subsidies Initiative <http://www.globalsubsidies.org>.

»II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rat der Europäischen Union eine Veränderung des Verordnungsvorschlages dahingehend zu erreichen, dass sie den in Deutschland vereinbarten sozialverträglichen Ausstieg aus der Steinkohle bis 2018 ermöglicht.« (Linksfraktion 2010)

Steuern und Subventionen fokussieren auf die Auseinandersetzung mit staatlicher bzw. Regierungs- oder Bundestags-Politik. Darauf beschränken sich Akteure alternativer Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik nicht. Für die Mobilisierung von Bürgerinnen und Bürgern im Zusammenhang der politischen Arbeit an einer sozialökologischen Transformation sind die lokale und regionale Ebene nicht minder wichtig. Im Gegenteil: partizipative Prozesse im Bereich öffentlicher Finanzpolitik können und sollten kommunal gestützt sein. Gegenwärtig können sie auf Grund der Gesetzeslage auch nur auf der kommunalen Ebene stattfinden.

Bürgerhaushalte

In den Verfahren der Bürgerhaushalte partizipieren Bürgerinnen und Bürger an finanzpolitischer Planung und Kontrolle. Auch wenn sich dies bisher nur auf relativ geringe Anteile an den öffentlichen Haushalten auf untergeordneten Verwaltungsebenen bezieht, sind hiermit wichtige Chancen für Lern- und Entwicklungsprozesse verbunden: Die Mitwirkung an der Finanzplanung gestattet bzw. befördert Einsichten in das offizielle politische System und in gesellschaftliche Reproduktionsprozesse:

- in die politischen Handlungsmöglichkeiten von Institutionen repräsentativer Demokratie und Verwaltungen, um soziale, ökologische und – in außerordentlich bescheidenem Maße – globale Probleme demokratisch, solidarisch und gerecht lösen zu helfen,
- in die Zwänge, die sowohl von übergeordneten politischen Verwaltungsebenen ausgehen als auch von Akteuren, die nicht in den Institutionen repräsentativer Demokratie vertreten sind,
- in konkrete Fragen und Probleme verschiedener Bevölkerungsgruppen, ihres Zusammenlebens und in die Probleme von Verwaltungsangestellten,
- in Vermögens-, Einkommens- und Verteilungsverhältnisse zwischen sozialen Klassen und Gruppen und politischen Akteuren auf den verschiedenen Verwaltungsebenen,
- in die örtliche und regionale Wirtschaft sowie in die Wirtschaftsstrukturen,
- in die widerstreitenden Interessen der verschiedenen Akteure, Parlamentsabgeordneten, Amtsinhaber/innen und Verwaltungsangestellten,
- in Missmanagement und Vergeudung öffentlicher Mittel, wozu sozial ungerechte und ökologisch schädliche Subventionen gehören,
- in Schnittstellen von Problemen und funktionalen Zusammenhängen, wo angesetzt werden kann, um Prozesse wie das Setzen bzw. Erkämpfen sozialer, ökologischer und demokratischer Standards, den Abbau sozial ungerechter und öko-

logisch schädlicher Subventionen, die Förderung aktiver Lokal- und Regionalentwicklung auszulösen; dies kann helfen, gesellschaftspolitische Kräfteverhältnisse so zu verändern, dass soziale und ökologische Zerstörung strukturell bekämpft und die Lebensbedingungen konkreter sozialer Gruppen nachhaltig verbessert werden können,

- in Demokratiedefizite und Möglichkeiten, um aus den Handlungsfallen auszubrechen.

»Bürgerhaushalte« als Teil von Wirtschaftdemokratie

»Wird der Bürgerhaushalt als eine spezifische und konkrete Form eines umfassenden Konzepts von Wirtschaftsdemokratie verstanden, kann es eine beträchtliche politisierende Wirkung entfalten. Wirtschaftspolitisch relevante Entscheidungen werden aus dem begrenzten Kreis von Eingeweihten verstärkt in die Öffentlichkeit geholt und dem zivilgesellschaftlichen Einfluss ausgesetzt.«

(Leibiger 2010: 99)

»Wenn der Haushalt als Funktion von Politik also ein Instrument der Realisierung widersprüchlicher Interessen ist und er gleichzeitig gesellschaftliche Reproduktionsnotwendigkeiten abbildet, ist es wenig sinnvoll, ihn als solchen in das Zentrum der Auseinandersetzung zu stellen, sondern die Art und Weise seines Entstehens, seiner Abarbeitung und seiner Abrechnung.«

(Brangsch 2005: 32)

Weil es vor allem um der Haushaltserstellung vorgelagerte Prozesse und um die Ursachen für die Einkommens- und Ausgabenstruktur geht, ist es wichtig, dass die Kämpfe für mehr direkte Demokratie, gegen ihre Beschränkungen auf die unteren Verwaltungsebenen und den Ausschluss von Finanzfragen, aufgenommen und geführt werden.

Die Teilhabe an partizipativen Prozessen kann den Alltag von Menschen, ihre politische Praxis verändern und ihnen dadurch neue Einsichten und soziale Beziehungen erschließen. In der Aktivierung von Menschen liegen besondere Ressourcen der BürgerInnenhaushalte. Weitere Ressourcen ergeben sich aus der Verknüpfung der BürgerInnenhaushalte mit anderen politischen Prozessen und Einflussmöglichkeiten.

Praxis-Erfahrungen

»Unter dem Motto ›Wir rechnen mit Ihnen‹ kommt die Partizipationsmethode ›Bürgerhaushalt‹ in Lichtenberg erfolgreich zur Anwendung. Einwohnerinnen und Einwohner, gleich welchen Alters übrigens, können im Rahmen des Budgets für freiwillige Aufgaben Prioritäten für die Haushaltsplanung vor deren Erstellung mitbestimmen und eigene Vorschläge unterbreiten. Diese durchlaufen ein demokratisches Ranking und die höchstplatzierten je Stadtteil werden der Bezirksversammlung vorgeschlagen, dort meistens angenommen und umgesetzt ...

Natürlich, Lichtenberg hat einen ausgeglichenen Haushalt, mit entsprechend hohem Anteil für freiwillige Aufgaben. Insgesamt verfügen die Bürger dort über rund 35 Mio. Euro. Dass der Bürgerhaushalt nicht nur zum Tragen kommt, wenn die Haushaltslage entspannt ist, zeigen allerdings zahlreiche Kommunen: In Solingen wurde gemeinsam mit den Bürger/innen unter dem Motto: ›Solingen spart‹ über Einsparungen entschieden, in Bonn heißt es: ›Bonn packt es an‹ und in Essen: ›Essen kriegt die Kurve‹. Gerade wenn die Haushaltslage schwierig ist, kann die Bürgerbeteiligung wichtige Impulse, Ideen für Optimierungen, Einsparungen oder Prioritäten hervorbringen.

In 154 Kommunen wurden inzwischen Bürgerhaushalte eingeführt, in weiteren 104 Kommunen befindet er sich in der Diskussion. Auch unsere unmittelbaren Nachbarn Brandenburg und Jüterbog entwickeln dieses Mitbestimmungssystem, die Potsdamer sind damit bereits vertraut.

Wie ist die Lage in Bad Belzig? Auch in unserer Stadt besteht derzeit die Möglichkeit, in den öffentlichen Haushaltsberatungen dabei zu sein und über Abgeordnete Vorschläge zu unterbreiten. Dennoch hat diese Form der Teilhabe ihre Grenzen und scheitert schon daran, den Haushaltsplan zu verstehen. Jetzt den Bürgerhaushalt in Bad Belzig gemeinsam vorzubereiten, wäre der richtige Zeitpunkt, dann könnte das System 2014 das erste Mal zum Tragen kommen.«

(http://www.dielinke-belzig.de/politik/aktuelles/ein_ja_zum_buergerhaushalt_auch_bei_gespannter_haushaltslage/)

So können die Arbeit an BürgerInnenhaushalten und die Mobilisierung gegen Armut und Naturzerstörung genauso gut zusammen gehen wie die Mobilisierung gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, Kommerzialisierung und Finanzialisierung im öffentlichen Leben, gegen Objekte und Projekte von Militarisierung und Überwachung. Schließlich entscheiden die an den BürgerInnenhaushalten Beteiligten immer über die Prioritäten ihrer Aktivitäten und somit, ob sie den in dieser Studie entwickelten Prinzipien folgen. Trifft das zu, werden die Aktiven auch die Arbeit an den BürgerInnenhaushalten als politische Auseinander-

setzung zu sozialen, ökologischen und demokratischen Standards und Verteilungsprozessen, mit Demokratiedefiziten und »Ungerechtigkeiten« im Steuerrecht, mit sozial ungerechten und umweltschädlichen Subventionen und Investitionen in Megaprojekte, mit sozial und ökologisch zerstörerischen Technologien, mit der Finanzierung von Entwicklungspolitik, mit der Anpassung an den Klimawandel, mit dem Klima-, Arten-, Wald- und Gewässerschutz, mit den Steueroasen und Finanzmärkten, mit dem Patentrecht und Investitionsschutz, ... betreiben.

Gelingt es also, die Bürgerhaushalte als dynamische Teile von politischen Strategien pro sozialen Umbau zu entwickeln und zu realisieren, können sie zu wirksamen Instrumenten im Kampf für sozialökologische Transformation – von der lokalen bis zur internationalen Ebene – werden. Dies bedeutet zwangsläufig, auf Bürgerhaushalte gestützt für weitere partizipative Entscheidungsprozesse bzw. für die Demokratisierung von Entscheidungsprozessen einzutreten. Werden die Bürgerhaushalte nicht mit Kämpfen für Mitbestimmung in Fragen des Standardsettings und der Steuererhebung verknüpft, können sie gerade unter den Bedingungen von hohem Staatsdefizit, von EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt auch neoliberaler Politik dienen. Werden mit der politischen Arbeit an den Bürgerhaushalten nicht zugleich gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen diskutiert und zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung gemacht, drohen Bürgerhaushalte, durch eine verbesserte Akzeptanz »den Mangel verwalten« zu helfen und dabei zugleich noch weitere soziale Ausgrenzung zu bewirken.

»Unser neuer Leitfaden ist da!

Kurz und knapp erklären wir, wie man sich selbst in den Klimaschutz einbringen kann, in dem man seine Kommune mit direktdemokratischen Mitteln dazu bringt, die Konzessionsverträge für die Stromversorgung zurück zu kaufen und neue Verträge mit der Nutzung Erneuerbarer Energien zu verknüpfen.«

(<http://www.buerger-begehren-klimaschutz.de/>)

4.1.3. Aktive Lokal- und Regionalentwicklung

Globalisierung als ein widersprüchlicher Vergesellschaftungsprozess bedeutet Entgrenzung betrieblicher Prozesse und damit der Reproduktion individueller Kapitale. Dabei findet gleichzeitig Regionalisierung statt – die Herausbildung von Räumen, in denen die dort Lebenden auf Grund von verdichteten historischen, kulturellen und ökonomischen Beziehungen, in ihren sozialen und natürlichen Lebensbedingungen besondere Gemeinsamkeiten aufweisen. Die Veränderung von Regionen, die Entwicklung von Wachstums- und Problem-, oder sogar von Niedergangsregionen hat mit konkreten Kapitalbedürfnissen zu tun. Derartige Veränderungen bewirken insbesondere öffentliche Finanztransfers, Investitionen und

die Bewegung von Arbeitskräften. Das Leben in der Region ist zunehmend abhängig davon, inwiefern sie Standort für transnationale Konzerne bzw. für Teile von ihnen oder für ihre relevanten Partner, Zulieferer, Dienstleister usw. ist. Das begünstigt bzw. erfordert einerseits konkrete Auseinandersetzung mit neoliberaler Globalisierung und ihren Hauptakteuren, andererseits die Solidarisierung mit und unter den Verlierer/innen – und nicht zuletzt Möglichkeiten für Selbstbestimmung und Einflussnahme auf Entwicklungen. Das gilt insbesondere dann, wenn die Zerstörer bzw. die Hauptakteure und Gewinner der Globalisierung ihren Standort in der eigenen Umgebung, im eigenen Land, in der eigenen Weltwirtschaftsregion haben. Da derartige Standorte aber vielfach große Teile der lokalen bzw. regionalen Bevölkerung sozial privilegieren können, ist dies oftmals sehr kompliziert.

Im Zuge der Globalisierung gewinnt die regionale Ebene gegenüber der nationalstaatlichen spezifisch an Gewicht. Regionalität funktioniert im Sinne der Weltwirtschaft – sowohl innerhalb der Europäischen Union – als auch innerhalb der Nationalstaaten bzw. diese in Grenzregionen noch übergreifend. Transnationale Konzerne interessieren sich immer häufiger für Entscheidungen der Europäischen Union und der Verwaltungen in ihren derzeitigen bzw. in potenziellen Standort-Regionen. Schließlich ist ihre bevorzugte »Spielwiese« der Gemeinsame Markt bzw. der EU-Binnenmarkt. Marktnähe ist, wie bereits erwähnt, vielfach ein Faktor für Standortentscheidungen. EU-Richtlinien, vergemeinschaftete Politiken und EU-Positionen in den WTO- Verhandlungen sind für die konkreten Konzern- bzw. Unternehmensstrategien hochgradig relevant.

Die Weltwirtschaftsregion EU muss als kontinentaler Regulierungsraum gesehen werden. Dieser ist seit der »neoliberalen Wende« in den 1980er Jahren zunehmend zu einem institutionalisierten Verstärkungsinstrument der neoliberalen Globalisierung ausgebaut worden ist und hat mit dem Binnenmarkt, dem Euro und der Big-Bang-Erweiterung nach Ost- und Mitteleuropa geopolitisch und gesellschaftspolitisch Fakten geschaffen. Spätestens die Euro-Krise lässt erkennen, welche ungelösten Probleme diese neoliberale Wende in der EU-Integration einfach umgangen bzw. in die Zukunft verschoben hat: Zunächst die offensichtlichen »fachlich-technischen« Probleme – wie die mangelhafte Koordination der EU-Politiken untereinander und mit den entsprechenden Politiken der Mitgliedstaaten oder das labile Konzept einer »unpolitischen Währung«, der keine wirksame Koordination der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der »Euro-Länder« entspricht. Die verschleppten strukturellen Probleme erklären die Tendenzen zum Auseinanderfallen der nachhinkenden europäischen »Integration von unten« und andererseits zur – durch die neoliberale Wende noch verstärkten – beschleunigten »Integration von oben«⁷⁴, die jede Möglichkeit zur demokratischen Kontrolle und

74 Beispiele für das Auseinanderfallen der europäischen »Integration von unten« sind europäische Widerstandsbewegungen und so auch westdeutsche Jugendbewegungen in der Nachkriegszeit; Beispiele für die »Integration von oben« sind Aktivitäten der EWG-Technokratie, die die Methode Monnet (Zusammenwachsen der Völker) mit der Provinzialisierung von Politik durch Adenauer und Co. vereinte.

Gestaltung der EU- Politiken einschränkt. So ist es den Akteuren dieser Wende gelungen, die Politik der EU-Mitgliedstaaten in Richtung »Globalisierungsverstärkung« zu lenken. Zugleich ist ihnen die Mobilisierung vieler »Entrepreneurs« (Unternehmer) gelungen – bis hin zum migrantischen »Arbeitskraftentrepreneur« an der afrikanisch-mittelmeerischen Peripherie ebenso wie in Osteuropa. Das hat die Spaltungen der »subalternen Klassen« (der nicht-hegemonialen Klassen) vertieft und erweitert, was heute noch den Aufbau kritischer emanzipativer Gegenbewegungen und die Organisation von Solidarität in der EU und in Europa erschwert. Aber immerhin haben diese Organisation und jener Aufbau inzwischen begonnen – und damit die Umfunktionierung der berechtigten demokratischen Kritik an den EU-Politiken in Arbeit an wirksamen linken Alternativen. Aber sogar schon das einfach erscheinende Beispiel der im Europäischen Gewerkschaftsbund EGB organisierten Gewerkschaften zeigt, wie schwierig dieser Prozess noch immer ist.

Das zu lösende schwierige Problem lässt sich wie folgt beschreiben: bei andauerndem Auseinanderfallen nationaler und regionaler Kämpfe von unten mit ihren schwachen europäischen Vernetzungen und politischen Initiativen ist es schwer, in europäischen Zusammenschlüssen Synergien zu organisieren, ohne dadurch die Kämpfe von unten zu »domestizieren« (zügeln), aber auch ohne den politischen Initiativen auf der EU-Ebene ihre Zielgenauigkeit zu nehmen.

Erste Schritte, um dieses Problem lösen zu können, wären bzw. sind nach wie vor die weitere Stärkung der europäischen (nicht nur EU-bezogenen) Vernetzung emanzipativer Kämpfe und Deliberationen (Befreiungen von Ein- und Ausgrenzung), wozu auch die Stärkung von Transparenz und Partizipation in den politischen Prozessen der EU gehören, was durchaus und grundsätzlich ohne eine Schwächung der Basisbewegungen möglich ist. Allerdings stößt diese strategische Option auf das Problem der nationalen Verfasstheit und Einbindung der traditionellen Arbeiterbewegung (Gewerkschaften und kommunistische/linkssozialistische Parteien), die ihnen ein Agieren auf den europäischen Politikebenen erschweren. Die Stärkung der jüngeren Netzwerke von Kämpfen bzw. Kämpfenden, die sich oft in den sog. »neuen sozialen Bewegungen« engagiert haben bzw. engagieren, kann in Grenzen dazu verhelfen, derartige »nationale« Blockierungen zu überwinden.

Die Regierungen in den EU-Mitgliedsstaaten delegieren zunehmend Reproduktionsaufgaben an die Regionen und Kommunen, für deren Erfüllung dann häufig die Finanzmittel fehlen. Sie drängen die Regionen, Investoren zu finden und Standortkonkurrenz zu betreiben. Konkurrenz bringt immer Gewinner und Verlierer hervor. So wachsen die Diskrepanzen in den Lebensbedingungen – und vielfach die Unterschiede zwischen den Interessen von Bürger/innen –, in den demographischen Entwicklungen und in der Wertschöpfung zwischen den Regionen weiter an. Zugleich mehren sich die Diskrepanzen in den Bedingungen für eine sozial und ökologisch nachhaltige Regionalentwicklung. Die Mittel aus den Eu-

ropäischen Strukturfonds beispielsweise sollen einerseits soziale und wirtschaftliche Diskrepanzen in der EU lindern, andererseits diese gewollte Standortkonkurrenz noch weiter forcieren. Für Sinnvolles sind sie viel zu gering und die forcierte Standortkonkurrenz mehrt folgerichtig erneut den Bedarf nach ESF-Mitteln – die also niemals ausreichen.

Wenngleich die regionale Bevölkerung sozial und politisch heterogen ist, stellt sich dennoch die Frage, inwiefern relevante Bevölkerungsgruppen regional verdichtete Gemeinsamkeiten nutzen, um sowohl vor Ort, in der Region als auch von diesen ausgehend Solidarität vor allem mit den sozial/global Schwächsten zu stiften und wider Konkurrenzzwänge zu handeln?

Finden in der Region jene zusammen, die fokussiert auf die Auseinandersetzung mit einem konkreten Problem auf verschiedenen Ebenen kooperieren und eigene Handlungsmöglichkeiten ausschöpfen und mehren wollen? Immerhin lassen sich hier erste Ansatzpunkte für die Lösung des oben beschriebenen strategischen Problems finden, da sich in regionalen Bündnissen und Kämpfen immer wieder auch Möglichkeiten auftun, um die versuchte Selbst-Legitimation von neoliberalen und technokratischen Politikansätzen durch Verweis auf die gegebenen EU-Rahmensetzungen zu problematisieren.

Versuchen solche Akteure in der Region, die nicht erst zuletzt eine Region in der EU ist, Gegenmacht zu den Akteuren kapitaldominierter Globalisierung – Kapitaloligarchien, Konzerne/TNC/Finanzmarktakteure, Militär – aufzubauen; also ökologisch verantwortbare soziale Entwicklungen und damit lokale/regionale »Anker« oder »Stützpfiler« für überregionale und internationale Bewegungen gegen soziale und ökologische Zerstörung, für sozialökologischen Umbau zu organisieren?

Regionalisierung als Möglichkeit zur Selbstbestimmung

»Man könnte Regionalisierung ... als den Prozess bezeichnen, in dem sich Menschen die Macht über die Prozessgestaltung (zurück)holen. Indem sie auf regionaler Ebene gestaltend wirken und damit den Globalisierungsprozess beeinflussen.«

(Rost, <http://www.regionalisierung.de/regionalisierung.php>)

Sie müssen also bewusst auf Standortkonkurrenz verzichten, obwohl sie weiterhin an dieser beteiligt sind. Sie müssen also in der Standortkonkurrenz Handlungsmöglichkeiten gegen diese zu entwickeln. Dafür sind der Erhalt, die qualifizierte Nutzung, die Demokratisierung des Öffentlichen, insbesondere des Kommunalen, und partizipative Prozesse – insbesondere partizipative Haushalte – von hochgradiger Relevanz. Für und bei der Arbeit an den »Ankern« oder »Stützpfilern« regionaler

Entwicklung sind öffentliche Konsultationen – auch etwa zu EU-Grünbüchern⁷⁵ – und die kollektive Verständigung über konkrete soziale, ökologische und demokratische Standards nicht nur hilfreich, sondern einfach notwendig. »Notwendig«, um vor Ort und in der Region Lebensbedingungen zu verbessern und um zugleich am Ringen um die Verbesserung von Lebensbedingungen in der Gesellschaft, in der EU und weltweit wirksam zu partizipieren – (eben) um wider Standortkonkurrenz zu handeln. Dabei sind Fragen nach einer künftig möglichen Finanzierung zu beantworten, wofür Prinzipien und Grundrisse einer alternativen Steuerpolitik und ein Konzept des gezielten Subventionsabbaus wichtige Aspekte sind.

Global denken, lokal handeln

»Die aus dem Peak-Oil-Bewusstsein entstandene ›Energiewende‹-Bewegung (oder auch ›transition town‹-Bewegung) propagiert einen ›Relokalisierungs‹-Prozess. Einen Prozess, der das Lokale stärken soll und gesellschaftliche sowie wirtschaftliche Entwicklungen vor allem wieder auf lokaler Ebene binden will. Im Zuge der Finanzkrise entstehen weltweit und vor allem auch im deutschsprachigen Raum Initiativen, die regionale Währungen etablieren. Sie wollen damit regionale Wirtschaftskreisläufe stärken und trugen in den vergangenen Jahren einen interessanten Teil zur Weiterentwicklung unseres Wissens über Geld bei. Aus dem genossenschaftlich orientierten Milieu drängt der Ansatz von Regionalfonds in die Öffentlichkeit, wo man Geldanlagen nicht nur der zunehmend instabilen globalen Spekulationssphäre entziehen will, sondern sie bewusst in regionale Projekte investieren will. Das ganze Spielfeld erneuerbarer Energien oder nachwachsender Rohstoffe ist regional orientiert, da die neue Art Energie zu gewinnen auf dezentralen Ansätzen basiert. Und im landwirtschaftlich/forstwirtschaftlich/Ernährungs-Sektor wurzelt die ›Regionalbewegung‹, die in erster Linie den Absatz regionaler Produkte durch Regionalvermarktungsmechanismen stärken will aber dadurch zugleich natürlich Strukturen schafft, die regional ausgerichtet sind. ›global denken, lokal handeln‹ ist immer noch der Ansatz der ›Lokalen Agenda‹, von Umweltschutzgruppen und Nachhaltigkeitsinteressierten. All diese Ansätze könnte eine Regionalisierungs-Bewegung bündeln, indem sie fordert, große Prozesse auf die lokalen Begebenheiten herunterzubrechen, Lokalmatadore ermuntert, die Vernetzung zu anderen Akteuren ihrer Region voranzutreiben und sich allgemein bemüht, den Regionalisierungs-Begriff mit weiteren Bausteinen und Aktivitäten zu unterfüttern und daraus eine Vision zu entwickeln, die in der Öffentlichkeit zu verbreiten ist.« (Rost, <http://www.regionalisierung.de/regionalisierung.php>)

75 Vorlagen der EU-Kommission zur Eröffnung einer problembezogenen öffentlichen Konsultation zur Vorbereitung von EU-Gesetzgebung.

Lokale und regionale politische Kooperationszusammenhänge finden meist ihren Ausgangspunkt in solchen Fragen wie Solidarstrukturen für Arme, Bündnisse »gegen rechts«, Wasser- und Energieversorgung, Mobilität (ÖPNV, Straßenbau, Autoverkehr-Belastung), Verhinderung von Privatisierungen öffentlicher Bereiche, konkrete Regierungs- und Konzernaktivitäten – Gentechnik, Atom Müll, Luft-, Böden- und Wasserbelastung –, Waffenproduktion, -lagerung und/oder Truppenübungsplätze. Werden von derartigen Problemen ausgehend regionale Wirtschaftsprozesse gezielt organisiert, können sie vor allem in strukturschwachen Regionen zu einer anderen binnenregionalen Arbeitsteilung und auch zu neuen, etwa genossenschaftlichen, Vergesellschaftungsformen führen, mit denen dann veränderte Beziehungen in der überregionalen und ggf. internationalen Arbeitsteilung einhergehen.

Konkrete Machtbeziehungen werden zur Disposition gestellt, wenn sozial Ausgegrenzte über Partizipation an Ressourcen in das gesellschaftliche Leben integriert werden und dadurch eine Stärkung der eigenen Position gegenüber anderen Akteuren erlangen. Dazu gehören die Unterstützung von unter komplizierten Arbeits- und Lebensverhältnissen leidenden migrantischen Fast-Food-, Gemüse- und Blumenhändler/innen durch Genossenschaftsbildung ebenso wie Unternehmensnetzwerke gegen Rassismus und Neofaschismus.

Wenn in der Region Netzwerke von Unternehmen bzw. von Unternehmen und anderen Akteuren wie Forschungs- und Bildungseinrichtungen geschaffen werden, kann eine ökonomisch gestützte politische Machtposition gegenüber den Akteuren neoliberaler Globalisierung und gegen soziale und ökologische Zerstörung entstehen. Regionalpolitische Bündnisse können diese Machtpositionen nutzen, um höhere demokratische, soziale und ökologische Standards zu setzen.

Damit verändert sich zumindest lokal soziales Zusammenleben.

Eine Alternative zur Prekarität

Für viele kleinere Betriebe ist es oft schwierig, für saisonale und befristete Beschäftigung sowie für spezifischen Teilbedarf gute und zuverlässige Fachkräfte zu finden, trotz einer hohen Arbeitslosenrate. In Frankreich wurde deshalb zu Beginn der 1980er Jahre das Modell der »Groupements d'employeurs« – »Arbeitgeberzusammenschlüsse« (AGZ) entwickelt.

In Deutschland gibt es mittlerweile sieben Arbeitgeberzusammenschlüsse (vier in Brandenburg, je einen in Thüringen, Nordrhein-Westfalen und seit kurzem auf Rügen). Die gemeinsame Verantwortung der Betriebe für den Zusammenschluss und sein Personal ist ein wesentliches Merkmal von AGZ. Die Betriebe werden von Personalmanagementaufgaben entlastet und bekommen eingearbeitete Fachkräfte für die Zeit ihres erhöhten Arbeitsaufkommens. Durch die gemeinsame Verantwortlichkeit, die Teilung des Beschäftigungsrisikos und die Si-

cherheit, dass für die Beschäftigten Einsatzbetriebe zur Verfügung stehen, kann der Zusammenschluss kostengünstig arbeiten, Fachkräfte binden, Kompetenzen entwickeln und den Beschäftigten eine hohe Arbeitsplatzsicherheit bieten.

Arbeitgeberzusammenschlüsse finanzieren sich in der Regel über einen prozentualen Aufschlag auf die von den Betrieben in Anspruch genommenen Arbeitsstunden. Größere Zusammenschlüsse werden von einem eigenen Management geleitet, bei kleineren Betrieben übernimmt das Management üblicherweise ein Mitgliedsbetrieb. Hauptaufgabe des Managements ist die Identifikation von Bedarfen der Betriebe und die Kombination dieser Nachfrage zu Vollzeit-Arbeitsstellen für die Beschäftigten.

Arbeitgeberzusammenschlüsse sind ein Instrument der regionalen Fachkräftesicherung. Im Unterschied zu Zeitarbeitsfirmen arbeiten AGZ nicht gewinnorientiert. Sie sind »Unternehmen der Unternehmen«, in denen sich mehrere Betriebe das Beschäftigungsrisiko für diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilen, die sie gerne binden und entwickeln wollen. AGZ sind interne Dienstleister, ihre Personaldienstleistungen beziehen sich ausschließlich auf Mitglieder des jeweiligen Zusammenschlusses.

(Vgl. bzw. siehe <http://arbeitsgeberzusammenschluesse.de>)

»Nachdem wir uns ein Jahr lang gründlich vorbereitet und eine Gründungsstudie erstellt haben, wurden Ende 2004 der Kooperationsverbund Arbeitgeberzusammenschluss Spreewald und die SpreewaldForum GmbH gegründet. Am Anfang waren wir sechs Partnerunternehmen. Die ersten acht Mitarbeiter stellten wir im April 2005 ein. ... Wir sind jetzt über 40 Unternehmen. ... Jetzt sind wir über 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir haben unsere Aufgaben entsprechend dem Bedarf unserer Mitgliedsunternehmen erweitert.

Neben den Beratungsleistungen und dem Kerngeschäft, der geteilten Arbeit, haben wir eine Struktur für betriebliche Erstausbildung in gemeinsamer Verantwortung geschaffen. Vor allem aber sind wir Lernende geblieben, optimieren unsere Instrumente, Methoden und Abläufe und schöpfen dazu aus nunmehr fast fünf Jahren Erfahrungen und natürlich auch so manchen Irrweg ... Zum Zwecke der gemeinsamen Ausbildung haben wir 2008 eine Genossenschaft gegründet. ...

(Petschick 2009: 26-27, siehe auch www.spreewaldforum.com)

Das Beispiel der AGZ wirbt für die Nutzung der Potenziale internationaler Zusammenarbeit, für die Kooperation kleiner und mittlerer Unternehmen vor Ort und in der Region, für die solidarische Lösung gemeinsamer Probleme. Darum muss mehrfach gekämpft werden: um die Möglichkeit dieses Szenarios, seine Realisierung und gegen seine bloße Integration in forcierte globale Konkurrenz.

Für das »regionalpolitische Szenario« als Kritik an neoliberaler Globalisierung sprechen praktische Beispiele – Solarregionen, Grüne Regionen, GMOcleane Regionen, Atomwaffen-freie Regionen ... Sie sind vielfach bzw. zumeist EU-weit und international vernetzt. Ihre Akteure prägen sowohl eine regionale Identität als auch einen spezifischen Internationalismus aus. Allerdings stellt dieses »regionalpolitische Szenario« besondere Anforderungen an die individuelle Konsumtion und Lebensweise: Die Erschließung und Nutzung regionaler Ressourcen geht nicht recht zusammen mit der Ansiedlung von Mc Donalds und Burger King ... (Dellheim 2007: 67-68)

Energiewirtschaft

In den globalen Industrieregionen suchen Akteure nach energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Alternativen – vielfach ausgehend von Protest gegen sozial und ökologisch zerstörerische Energieerzeugung und Energieanwendung. Dafür können viele Beispiele genannt werden: gegen Atomkraft- und Kohlekraftwerke, gegen Atommülltransporte und riskante Atommüll-Lagerung, gegen Mega-Staudämme, Fracking und andere Mega-Projekte, gegen wachsende Energiepreise ...

Es geht um die Vertreibung von Menschen, die Vernichtung sozialer Existenzen, die Verletzung von Menschenrechten, die Zerstörung von Kulturen, Ökosystemen und ökologischer Vielfalt, um globale Erwärmung, Lebens- und Produktionsweisen sowie um individuellen und kollektiven Alltag.

Immer steht die Frage nach der Nachhaltigkeit von entstandenen Initiativen, nach ihren sozialen Zusammenhängen, ihrem Einfluss auf Lernprozesse in der Gesellschaft. Zugleich steht die Frage nach den Erfahrungen, die Menschen bei der Verteidigung, Erweiterung und Nutzung ihrer politischen Handlungsspielräume gesammelt haben. Es interessieren, inwiefern die Auseinandersetzungen Verhältnisse sowohl unter den Kämpfenden als auch zwischen ihnen und anderen Akteuren – insbesondere in den staatlichen bzw. EU-Institutionen – verändert haben. Bei der Suche nach Antwort auf diese Fragen müssen die verschiedenen Ebenen (lokale, regionale, EU- Ebene usw.) unterschieden werden.

Wachsende Einsichten in derartige Zusammenhänge, eine Sensibilisierung für Klima- und Umweltprobleme sowie wachsende Energiepreise haben auch in Deutschland Aktivitäten und Diskussionen über dezentralisierte Energieproduktions- und -versorgungssysteme befördert. Hinzu kamen Modellprojekte, die in der Auseinandersetzung mit Atomkraftwerken ihren Beginn haben. So sind die »Schönauer Stromrebell« im Schwarzwald bekannt und oft beschrieben. Weniger bekannt und beschrieben ist, dass sie auf Grund ihrer sozialen Arbeitsstandards Gewinner des »Preises der Arbeit« 2006⁷⁶ wurden, und Unterstützer für viele kommunale und regionale Erneuerbare-Energie-Projekte wie der Energiegenossenschaft »Energie in Bürgerhand« sind.

76 <http://www.preis-der-arbeit.de/47.html>.

Bundesweit gibt es ca. 100 Energiegenossenschaften. Im März 2010 begann in Rheinland-Pfalz das Pilotprojekt »Energiewende jetzt« zur Qualifizierung von Projektentwickler/innen von Energiegenossenschaften.⁷⁷

Die meisten Neugründungen von Genossenschaften im Energiebereich sind Energieproduktionsgenossenschaften. Das sind wirtschaftliche Zusammenschlüsse, in denen die Mitglieder gemeinsam Energie, zunehmend Ökostrom oder Biogas, produzieren und verkaufen und die Erlöse untereinander aufteilen. Es gibt aber auch Energie-Einkaufsgenossenschaften wie die Gas- und Energiegenossenschaft Ost- und Mitteldeutschland⁷⁸, die Preisrabatte beim Einkauf nutzen. Wollen ihre Mitglieder – wofür sie gewonnen werden sollten – Akteure einer solaren Energiewende »von unten« werden, müssen sie sich der Energieproduktion zuwenden. Verzichten sie darauf, befördern sie letztendlich erneut soziale und Zerstörung: Auch wenn sie gerade sozial Schwachen eine Hilfe geben, muss die konsumierte Energie nicht zugleich auf dezentral genutzten erneuerbaren Energieträgern beruhen.

Klimaschutz und Energieversorgung in die eigenen Hände nehmen

»Wir wollen Bürgerinnen und Bürger dazu befähigen, Verantwortung für den Klimaschutz zu übernehmen und ihre Energieversorgung selbst in die Hände zu nehmen. Es geht um Befreiung

- aus der Ohnmacht und Hilflosigkeit
- aus der Abhängigkeit von Energiemärkten und Energiespekulanten
- aus der Abhängigkeit von »Energieversorgern«.

Wir wollen die lokale und regionale Identität stärken. Wir setzen auf regionale Kreisläufe und Wertschöpfung. Unser Credo: Regionale Berater für eine regionale Energieversorgung auf der Basis regenerativer Energien.«

(www.energiegenossenschaften-gruenden.de)

Es ist ein besonderes Verdienst des Internationalen Netzwerkes für Nachhaltige Energie INFORSE⁷⁹ den Kampf für die Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien und den Kampf gegen Energiearmut durchgängig – im Sinne der Politik-Ebenen und Politik-Bereiche – als zusammengehörig zu betrachten und entsprechend zu führen. Die europäische Sektion dieses Netzwerkes hat sich in den Kältewintern 2009/10/11 politisch und mit praktischen Vorschlägen konsequent an die Seite der frierenden Armen gestellt.

⁷⁷ www.energiegenossenschaften-gruenden.de.

⁷⁸ <http://www.wogibtes.info/eintrag/753127/1590279/Gas-+und+Energiegenossenschaft+Ost-+und+Mitteldeutschland/>.

⁷⁹ <http://www.inforse.org/>.

Wenn Energiegenossenschaften in Gestalt von Produktionsgenossenschaften agieren und sozial Schwache partizipieren lassen sollen, dann müssen sozial Stärkere dies politisch wollen und ermöglichen helfen. Sollen die Energiegenossenschaften in der Region und aus der Region heraus als Akteure für eine solidarische solare Energiewende wirksam werden, bedarf es der Mitwirkung von Politiker/innen, von Abgeordneten von Parlamenten, von Verwaltenden und Angestellten der Verwaltung.

Dies orientiert auf lokales, kommunales und regionales Engagement von Linken, um bundesweit und international vernetzt so agieren zu können, dass sie in der Auseinandersetzung mit Energiekonzernen, Regierungen, den Akteuren herrschender Energiepolitik insgesamt die Produktion und Nutzung erneuerbarer Energien vorantreiben. Dabei geht es insbesondere um Einspeisegarantien und Einspeisevergütungen, um Energiespeicherung und Energietransporte und damit um Fragen nach den Eigentumsverhältnissen, insbesondere in Bezug auf die Stromnetze.

»Energie in Bürgerhand«

»Energie in Bürgerhand möchte:

- die Position der Kommunen stärken und damit den Umbau der Energieversorgungsstruktur in zukunftsfähige dezentrale Einheiten weiter voranbringen
- mithelfen das Vertrauen der Bürger zu gewinnen und zu stärken, damit etwa die Nahwärme großflächig ausgebaut werden kann oder Stadtwerke Zugang zu Kellern und Dächern erhalten, um moderne dezentrale Energieerzeugung installieren zu dürfen
- die ökologischen Leitlinien von Energie in Bürgerhand in die neue Thüga einbringen und bei deren Umsetzung mitarbeiten
- eine starke Verankerung der kommunalen Energiepolitik durch direkte Bürgerbeteiligung erreichen
- die lokale Wertschöpfung stärken.«

(<http://www.energie-in-buergerhand.de/>)

»Die ca. 2 000 in nächster Zeit bundesweit auslaufenden Konzessionen für die Strom-, Gas- und Wärmeversorgung bieten die Chance, die Privatisierung und Zentralisierung der Energiewirtschaft in großem Maßstab zu beenden. Die Übertragung einer Konzession auf Externe/Konzerne ist eine Privatisierung für weitere 20 Jahre. Die Übertragung der Konzession auf einen 100 Prozent städtischen Betrieb bedeutet die *Wiedererlangung der kommunalen Gestaltungshoheit. Diese ist Grundvoraussetzung für den Aufbau einer demokratischen Gemeinschaft. Jede Kommune kann ihr Strom- und Gasnetz zurückkaufen, sie braucht dazu kein bares Geld ...*

Neue dezentrale Energietechnologien werden entwickelt. Die heute übermächtigen Energiemonopole können diese Entwicklung dann nicht mehr stoppen, wenn viele Kommunen die Konzessionsverträge nicht mehr verlängern und ihre Netze wieder in die eigene Hand nehmen ... Wir brauchen keinen teuren Offshore-Strom, der über wiederum teure neue Starkstromtrassen verteilt werden soll und kein DESERTEC. Dies sind Projekte der Energiekonzerne, die die erneuerbare Energie vereinnahmen und damit ihre Macht erhalten wollen. Jede Kommune kann die Konzessionen auf eigene Betriebe übertragen.

Barbara Kern, Stuttgarter Wasserforum und Aktion Stadtwerke Stuttgart,
barbarakern1@alice-dsl.net – www.100-strom.de – www.aktion-stadtwerke-stuttgart.de
(<http://www.ulrich-jochimsen.de/files/Konzessionen.pdf>)

In nur drei Wochen (2.-22.5.2011) hatten 116 000 Hamburger/innen das Bürgerbegehren zu einem Volksentscheid über die vollständige Übernahme der städtischen Energienetze in die Öffentliche Hand zu 2015 unterschrieben. (Es kann mit der Bundestagswahl 2013 durchgeführt werden.)

»Mit den 116 000 Hamburgerinnen und Hamburger fordern wir:

- Die Bürgerschaft soll das Volksbegehren bis Ende des Jahres annehmen.
- Der Senat und Bürgermeister Olaf Scholz sollen keine Verträge eingehen oder Tatsachen schaffen, die dem Volksbegehren widersprechen.
- Bürgermeister Scholz soll Vattenfall und E.on eine Absage für den Netzbetrieb ab 2015 erteilen. Er soll den politischen Druck gegen Vattenfall erhöhen, damit sie die Daten über die Strom- und Fernwärmenetze offen legen.
- Bürgermeister Scholz soll den Beschäftigten verbindliche Zusagen zum Arbeitsplatz erhalten machen.
- Der Senat soll zügig ein transparentes Verfahren zur Vorbereitung der Netzübernahme entwickeln.
- Der Senat soll ein Energiekonzept für Hamburg entwickeln, in dem die innovativen Potenziale der Energienetze für Energieeffizienz und 100 Prozent Erneuerbare Energien ausgeschöpft werden.
- Der Senat soll Vattenfall die Genehmigung für den Bau der Fernwärmetrasse vom im Bau befindlichen Kohlekraftwerk Moorburg nach Altona (sog. Moorburgtrasse) aus klimapolitischen Gründen verweigern.

(<http://unser-netz-hamburg.de/>)

»Wir sind überzeugt: Auch in Berlin kann eine echte Energiewende nur gelingen, wenn Kraftwerke und Netze in BürgerInnenhand sind. Eine sozial und ökologisch verantwortbare Energieversorgung in Konzernhand können wir uns nicht vorstellen. Es ist höchste Zeit, dass wir uns organisieren: Damit die Rekommunalisierung der Berliner Strom-, Gas- und Fernwärmenetze mehr als ein Wahlkampfversprechen wird, damit ein neu zu gründendes Berliner Stadtwerk mehr als ein Versorgungswerk für PolitikerInnen wird.«

(<http://berliner-energetisch.net/der-berliner-energetisch/>)

Derartige Projekte sind zweifellos nicht nur interessant, sondern auch unterstützenswert. Sollen sie zu Bestandteilen bewusster politischer Kämpfe gegen die herrschende Energiepolitik und deren Akteure, für eine solare Energiewende werden, müssen sie Machtverhältnisse angreifen. So ist eine Frage, ob und inwiefern die Träger/innen regionaler Erfahrungen zu relevanten Teilen bei bundesweiten Demonstrationen und Aktionen zusammenkommen – gegen längere Laufzeiten für Atomkraftwerke, anlässlich der Castortransporte u. a. nach Gorleben. Eine nächste Frage ist, inwiefern die Erfahrungsträger/innen ihre Aktivitäten mit weitergehender sozialer und ökologischer Regionalentwicklung, mit Standardsetting und so mit gezielter Einflussnahme auf öffentliche Finanzen, mit globaler Solidarität und Friedenspolitik verbinden. Dies ist zugleich ein Hauptweg, um den zunehmend lokal und regional aktiven politische »Braunen« die Mitarbeit zu verstellen.

Mobilität/Verkehr

Proteste gegen die herrschende Verkehrs- und Transportpolitik entstehen in den globalen Metropolen vielfach in Reaktion auf Pläne zum Bau bzw. zum Ausbau von Straßen und Flugplätzen. In vielen Orten wurde die Mobilitätsproblematik lange auf den Autoverkehr in der Stadt konzentriert, seltener auf Defizite öffentlicher Angebote zu »angemessenen an Tarifen«, insbesondere an den Stadträndern und/oder in ländlichen Gebieten. Widerstand gegen die Privatisierung im öffentlichen Verkehr – war bis auf die Bundesbahn – in den Regionen eher selten und nur relativ kurz »der Fall«. Ähnlich verhielt es sich lange Zeit mit Protesten von Bürgerinnen und Bürgern gegen Kürzungen und zugleich stark steigenden Tarifen für ÖPNV-Leistungen. Länger anhaltende Proteste und Widerstandsaktionen betrafen zumeist den Erhalt von Arbeitsplätzen. Die Kooperation zwischen Beschäftigten und Nutzer/innen blieb aber häufig an kurzfristige Zwecke gebunden und war daher meist auch nur kurzfristig angelegt.

Mit den Interessen der Nutzer/innen des öffentlichen Verkehrs, vor allem des öffentlichen Nahverkehrs beschäftigten sich eher gewählte Kommunal- und Landespolitiker/innen im politischen Mitte-Links-Spektrum. Sie kooperierten vielfach mit mehr oder weniger etablierten zivilgesellschaftlichen Akteuren bzw. standen diesen umgekehrt als Kooperationspartner zur Verfügung. Das zeigte sich z. B. auch im Vorfeld der Hessischen Landtagswahl 2009.

Umbau öffentlicher Verkehrssysteme

»Einen ›Green New Deal‹ für die hessische Verkehrspolitik hat der Verkehrsclub Deutschland (VCD) gefordert. ›Umwelt- und Wirtschaftsprobleme lassen sich nur gemeinsam angehen. Wer das eine gegen das andere ausspielt, vertieft die Krise nur«, sagte Martin Mützel, Sprecher des VCD-Landesverbandes Hes-

sen. Der Umwelt- und Verbraucherverband hat deshalb einen Katalog mit zehn Forderungen zur hessischen Verkehrspolitik veröffentlicht.

Als dringendstes Projekt betrachtet der VCD einen Klimaschutzplan, mit dem auch im Verkehr der Kohlendioxid-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 reduziert wird. »Um dieses Ziel zu erreichen, muss in erster Linie auf den Ausbau des Frankfurter Flughafens verzichtet werde«, sagte Werner Geiß, Flugverkehrsexperte des VCD. ...

Zur Förderung von Konjunktur und Beschäftigung muss der öffentliche Verkehr gestärkt werden. Dies ist nicht nur beschäftigungswirksamer als weitere Ausgaben für Straßen- und Luftverkehr, sondern auch ein Standortvorteil. Zu den dringenden Maßnahmen zählen für den VCD nicht nur leistungsfähige Ergänzungen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main wie die Regionaltangente West und Fernstrecken wie der Ausbau Frankfurt–Fulda, sondern auch die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken im ländlichen Raum wie die Verbindung von Frankenberg nach Korbach im Waldecker Land.

Die künftige Landesregierung sollte sich nach Ansicht des VCD das ehrgeizige Ziel setzen, die Zahl der Verkehrstoten in Hessen auf Null zu reduzieren. Dazu müssten unter anderem mehr Tempolimits auf Autobahnen und Bundesstraßen verhängt und die Zulassung von »Monster-Trucks« verhindert werden. Weitere Forderungen des VCD sind eine stärkere Unterstützung von Radfahrern und Fußgängern, die Umsetzung verkehrsvermeidender Planungskonzepte, eine weitere Reduzierung von Schadstoffen wie Feinstaub sowie die Förderung des sanften Tourismus in Hessen. Schließlich regt der VCD an, in einem Forschungsprojekt aufzuzeigen, wie ein Mehr an Lebensqualität auch mit weniger umweltbelastenden Verkehr möglich ist.«

(<http://www.vcd-blog.de/2009-01-08-landtagswahl-hessen-vcd-fordert-green-new-deal/>)

Der vorstehend beschriebene Green New Deal des Hessischen Verbandes vom Verkehrsclub Deutschland (vcd) ist ambivalent. Ihm gilt die Produktionsweise als gesetzt und nicht als Herausforderung, sie umzubauen. Er setzt einerseits auf mehr Ökologie und VerbraucherInnenfreundlichkeit und verweist bei seinen Aktivitäten auf soziale und vor allem klimapolitische Standards. Andererseits setzt er auf Standortkonkurrenz und eine dieser dienenden Landesregierung. Als Umwelt- und Verbraucherorganisation zielt der vcd Hessen mit seinem Green New Deal nicht vor allem auf eine Mobilisierung von Bürgerinnen und Bürgern, sich in die Umwelt-, Verkehrs- und VerbraucherInnenpolitik als Felder von Gesellschaftspolitik aktiv einzumischen. Er zielt vielmehr auf ökologische Modernisierung durch Regierungswechsel – also durch Installation einer Regierung, die mehr auf ihn hört. Das muss nicht so bleiben.

Es stimmt einerseits optimistisch, dass in den letzten Jahren zunehmend mehr linke, die Akteure sozialer und ökologischer Zerstörung klar benennende Gruppen

und kooperationsbereite lokale/regionale Gliederungen von Umweltverbänden in die lokale und regionale Entwicklung und in die damit verbundenen Verkehrsfragen verändernd eingreifen wollen. Das hat meist mit den eigenen Lebensverhältnissen zu tun – insbesondere mit dem ÖPNV-Angebot, der Stadt- bzw. Dorfgestaltung, mit konkreter werdender Gesellschafts- und Konzernkritik, mit wachsender klima- und umweltpolitischer Sensibilität und mit Erfahrungen aus vernetzten lokalen Kämpfen von Armen insbesondere in Lateinamerika. Andererseits sind entsprechende Kampagnen meist von nur kurzer Dauer, bewirken also kaum Mentalitätsveränderungen.

Sozialökologische Mobilität

»Ein massiver Ausbau des ÖPNV ist ... die Voraussetzung dafür, dass der Kampf gegen Autoverkehr nicht zu einem Weltfremden links-Mittelstands-Großstadt-Ding wird, weil er erst die Alternativen für diejenigen eröffnet, denen der Kapitalismus z. B. weite Arbeitswege aufzwingt.«

»Die Verbindung von sozialen und Ökofragen ist im Thema angelegt. Viele sozialpolitische Initiativen haben das Thema auf der Agenda: Sei es beim Kampf für Sozialtickets, gegen die Bahnprivatisierung, gegen den Individualverkehrswahn, gegen Straßenlärm, für Radwegbegrünung etc. oder auch in individualisierter Form als ›UmsonstfahrerInnen‹. Mit dem ›Klimainput‹ können wir ihnen ein willkommenes Backup für ihre Forderungen liefern.«

(Klimabewegungsnetzwerk 2010)

Derartige Bündnisse werden vor allem vor Ort und in der Region gesucht, weil man heute schon »anders leben will«.

In verschiedenen Städten der Bundesrepublik, in Europa und weltweit gibt es existierende Modelle und konkrete Projekte für eine unentgeltliche oder für sozial Benachteiligte preisgünstige ÖPNV-Nutzung. Sie könnten bei wachsendem Durchhaltevermögen und wachsender Attraktivität als Einstiegsprojekte in einen solidarischen und gerechten sozialökologischen Umbau weiter entwickelt, spezifisch qualifiziert und entsprechend umgesetzt werden.

Alternative ÖPNV-Politik

»*Mobilität, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit: Berlin fährt frei mit Bus, S, U und Tram* – Vorschlag für eine Kampagne zur Verknüpfung einer ökologisch zukunftsweisenden Verkehrspolitik mit sozial gerechter Mobilitäts-Infrastruktur, mehr Lebensqualität in der Stadt und die demokratische Verfügung über öffentliche Güter.

(Die Arbeitsgruppe ÖPNV im Berliner Sozial Forum, http://berlin-faehrt-frei.de/wordpress/wp-content/uploads/2010/11/Diskussionspapier_berlin_faehrt_frei.pdf)

»Wir fordern deutlich mehr Geld für die kommunale und regionale Ebene, denn hier entscheidet sich die Verkehrswende. Dieses Geld muss vorrangig für den Ausbau des Umweltverbundes gewidmet werden. Dagegen müssen die Finanzmittel für den Ausbau des Autosystems drastisch verringert werden. Eine Zweckbindung für diesen Bereich muss aufgehoben werden. Gefördert werden sollen nur systemwirksame, bestandsorientierte, kostengünstige Projekte.«

(<http://www.buvko.de/ergebnisse/trierer-manifest.html>)

Je mehr sich linke Organisationen und Gruppen, sozial und ökologisch motivierte Zusammenschlüsse und überhaupt die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Handlungsmöglichkeiten auseinandersetzen, umso mehr müssen sie sich entweder direkt mit Rechtsfragen oder aber mit Akteuren auseinandersetzen, denen Rechtsfragen wichtig sind. Das bedeutet Chancen für neue Lernprozesse und Kooperationen, aber auch die Gefahr, sich auf ein Recht einzulassen, das den gesellschaftspolitischen status quo erhalten soll. Dabei zeigt sich erneut, wie wichtig die ständige kritische Reflexion der eigenen Ausgangspunkte, Grundprinzipien und Schwerpunkte ist.

Für die Arbeit an Alternativen zur Verkehrspolitik in der Region und Kommune ist es hilfreich, dass das Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (GVFG) im Jahre 2014 ausläuft. Der Anfang März 2011 in Trier stattgefundenene 18. Bundesweite Umwelt- und Verkehrskongress (Buvko) war hier in Sachen Arbeit an und Arbeit mit kommunalen und regionalen Standards für soziale Mobilität durchaus konstruktiv. Für die Formulierung mobilisierungsfähiger Forderungen und Positionen bleibt es relevant, weiterhin Elemente direkter Demokratie und partizipative Prozesse zu entwickeln.

ÖPNV-Finanzierung umbauen

»Da das GVFG als Basis kommunaler Verkehrsinvestitionen ausläuft, muss die ÖPNV-Finanzierung grundlegend reformiert werden. Wir fordern Bund und Länder auf, diese Gelegenheit für eine grundlegende Reform zu nutzen. Und wir fordern die Verkehrswissenschaft auf, dafür intelligente Vorschläge zu entwickeln. Das neue Verkehrsfinanzierungsgesetz hat folgende Ziele: mehr Geld für Fuß- und Radverkehr, mehr Geld für ÖV, mehr Geld für Schnittstellen, mehr Geld für Stadtbegrünung, Wohnumfeldverbesserung und Verkehrsberuhigung, kein Geld für Autoverkehr, Straßen und Parkraum, kein Geld für Großprojekte.

...

Wir fordern Bund und Länder auf, die gesetzlichen Grundlagen für eine Verkehrserzeugungsabgabe und Bodenversiegelungsabgabe zu schaffen. Darin muss auch geregelt sein, dass das Geld ausschließlich zur Verringerung der Autoabhängigkeit und der Bodenversiegelung genutzt werden darf ...

Wir fordern daher Bund und Länder auf, in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden und den ÖV-Verbänden die gesetzliche Basis für Nahverkehrsabgaben zu schaffen. Auf diese Weise erhalten auch alle Gemeinden (auch kleine) neue Möglichkeiten zur ÖPNV-Finanzierung.«

(<http://www.buvko.de/ergebnisse/trierer-manifest.html>)

Die Teilnehmer/innen am Trierer Kongress waren nur vereinzelt Bezieher/innen von ALG II bzw. Arme und auch nur vereinzelt dem »radikal linken« Spektrum zugehörige »Umweltsensibilisierte«. Sie plädieren mehrheitlich für ÖPNV-Tarife, die dem Prinzip des Semestertickets für Studierende – z. B. in NRW⁸⁰ –, das auf solidarische Kämpfe und Finanzierungsprinzipien zurückgeht, folgen und lehnen (dennoch) mehrheitlich einen unentgeltlichen öffentlichen Nahverkehr ab.

Obwohl die »linksradikalen umweltsensibilisierten« unentgeltliche ÖPNV-Nutzung-Fordernden zumeist selbst »Hartz-Betroffene« bzw. Arme sind, kommen sie nur kaum mit Aktivistinnen und Aktivisten der »StopHartz«-Initiativen – konkret mit Sozialtickets Fordernden – zusammen. Den »Umweltsensibilisierten« und sich vielfach auf internationale Erfahrungen Berufenden ist die Zusammenarbeit mit »nur Betroffenen«, die besondere ÖPNV-Nutzungsrechte für sich fordern, wenig attraktiv. Die Sozialticket-Betroffenen sehen ihre Probleme als besondere an; in der Bezugnahme auf ökologische Fragen und auf internationale Beispiele erblicken sie Bestrebungen oder Gefahren, ihre eigenen sozialen Interessen zu relativieren.

80 <http://www.asta.fh-koeln.de/downloads/category/4?download=200%3A2010>.

Um also dennoch »zusammenzubringen, wer zusammengehört«, wären solidarische Modellprojekte sinnvoll, die die verschiedenen Spektren in ihrem sehr unterschiedlichen Alltag integrieren können. Z. B.: »Lasst uns doch mal vor Ort und in der Realität erproben, ob ein unentgeltlich nutzbarer ÖPNV möglich, sozial und ökologisch vernünftig ist«. Der Modellversuch kann zunächst auf Menschen ohne eigenes Einkommen begrenzt sein. Entscheidend ist, dass man kooperiert und sich auf ein gemeinsames Projekt einlässt, das dann wiederum ein solidarisches, sozial und ökologisch verantwortungsvolles Handeln fördert. Dies kann nur gelingen, werden Verbände, Parteien, deren Abgeordnete und offizielle »Verantwortungsträger/innen«, Parlamente, Verwaltungen, territoriale Gewerkschaftsgliederungen, soziale und ökologische Initiativen, andere zivilgesellschaftliche Akteure und bisher noch nicht aktive Bürgerinnen und Bürger für ein solches Aktionsbündnis gewonnen. Ein derartiger Versuch verlangt nach entsprechenden ökonomischen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Er würde zumindest eine neue Chance für ein problemlösungsorientiertes solidarisches Miteinander bieten.

»Trierer Manifest« zum ÖPNV

»Schluss mit der Fixierung auf Fernverkehr, Großprojekte und der Zersiedelung von Stadt und Land

Wir fordern von der Bahnpolitik eine Priorität für kleinteilige Projekte im ganzen Land (Ausbau neuer S-Bahn-, Regionalbahn- und InterRegiosysteme, systematische Modernisierung der mittleren und kleinen Bahnhöfe sowie den Bau vieler neuer Haltepunkte).

Wir fordern von der Straßenpolitik eine Priorität für den stadtverträglichen Umbau kommunaler Straßen zur Förderung der Verkehrsberuhigung, der Verkehrssicherheit und des Umweltverbundes.

Wir fordern von der Städtebau- und Raumordnungspolitik einen Stopp weiterer Zersiedlung, Priorität für integrierte Standorte, das Einhalten hoher Minstedichten und die Bevorzugung kleinteiliger Nutzungsmischung. Großflächige Monostrukturen mit geringer Dichte dürfen nicht mehr genehmigt werden. Künftige Bauinvestitionen müssen auf Standorte mit guter ÖPNV-Erreichbarkeit konzentriert werden.«

(<http://www.buvko.de/ergebnisse/trierer-manifest.html>)

Neue Chancen und Herausforderungen für emanzipative linke Politik bietet auch etwa »Leben-in-Stuttgart«, wenngleich das Bündnis gegen das Bahnprojekt »Stuttgart 21« sozial Ausgegrenzte bisher nicht einbezieht. Vielleicht aber kann hier erlebtes solidarisches Miteinander Aktive dazu ermutigen, bewusst jene zur Mitarbeit einzuladen, die in der Gesellschaft kaum Solidarität erfahren.

Das finanz- und haushaltspolitisch völlig unsinnige Megaprojekt »S21« würde ca. 10 Mrd. Euro kosten, die Alternative: 1,5 Mrd. Euro. ... Die Alternative würde neben öffentlichen Finanzen Flächen, Lärm, Dreck, Verschmutzung, Ressourcen und Energie sparen, Bäume, Grundwasser, Quellen, Mikroklima erhalten. Die Energieersparnis betrifft nicht nur den Bau, sondern auch den späteren Bahnbetrieb, der sonst zusätzliche Steigerungen bewältigen müsste. »Die Tieferlegung des Bahnhofs und der um 160 Meter höhere Scheitelpunkt der Strecke nach Ulm erfordern mehr Energie für die Zugfahrten.« (Bodack 2010: 4)

»Stuttgart 21«

»Entgegen anderslautenden Behauptungen ist der Widerstand gegen Stuttgart 21 so alt wie das Projekt selbst.«
(www.leben-in-stuttgart.de)

»Arbeitsplätze bringt Stuttgart 21 sicherlich auch. Solche, die woanders abgebaut und vielleicht hierher umgezogen werden. Und viele Verdienstmöglichkeiten für die Banken und die großen Baukonzerne. Für diese ist Stuttgart 21 geradezu eine Goldgrube (war das mit Impulsen gemeint?). Und die vielen Sub-Sub-Sub-Sub-Unternehmer verdienen auch etwas, ihre armen Arbeiter aus Osteuropa werden wohl etwas weniger profitieren. Und hat da irgendjemand etwas von dauerhaften Arbeitsplätzen gesagt?«

(http://www.leben-in-stuttgart.de/s/%2021%20kritik/behauptungen_und_luegen.htm#top)

Die Mitglieder des Bündnisses gegen S21 argumentieren sozial, ökologisch, ökonomisch, demokratiepolitisch und solidarisch. Sie nutzen alle Formen demokratischer politischer Intervention – insbesondere der direkten Demokratie. Sie haben ihre Gegner/innen zunehmend klar und konkret benannt: Die »Landesfürsten« Grube, Mappus und Schuster – »unterstützt von der Bundeskanzlerin, Frau Merkel, die ihre Karriere übrigens einem gewissen Druck der Straße vor 21 Jahren verdankt, und vom Bundesverkehrsminister, Herrn Ramsauer (www.leben-in-stuttgart.de), Dr. Ing. Martin Herrenknecht, Vorstandsvorsitzender der Herrenknecht AG; Dr. Ing. Michael Blaschko, Geschäftsführung Bilfinger und Berger; Michael Knipper, Hauptgeschäftsführer Hauptverband Deutsche Bauindustrie; Hans-Martin Peter, Präsident Industrieverband Steine und Erde Baden-Württemberg e.V.; Südwestbank AG, Dr. Peter Baumeister, Auf-

sichtsratsvorsitzender; Landeskreditbank Baden-Württemberg, Christian Brand, Vorstandsvorsitzender; Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Heinrich Haasis; Präsident Landesbank Baden-Württemberg; Siegfried Jaschinski, Vorstandsvorsitzender Baden-Württembergische Bank; Joachim E. Schielke, Vorstandsvorsitzender; Sparkassenverband Baden-Württemberg, Peter Schneider, Präsident; Deutsche Bank AG, Willhelm Haller von Hallerstein, Mitglied der Geschäftsleitung; Prof. Dr. Hans Sommer, Vorstandsvorsitzender von Drees & Sommer und gleichzeitig (Ergänzung 07.10.2007: Ex-)Geschäftsführer der DB-Projekte Bau Süd/West);...«

(<http://www.leben-in-stuttgart.de/rundbriefe/pm061019.htm>)

Es zeigen sich erneut die sehr konkreten Zusammenhänge: Es geht um Aufträge für Megaprojekte, die insbesondere der Reproduktion von Konzernen zugutekommen. Dabei kooperieren Mitglieder der Landes- und Bundesregierungen nicht »einfach« mit Spitzen von Unternehmen und Banken bzw. Kreditinstituten, sondern insbesondere mit Spitzen von öffentlichen Unternehmen und Banken, die teilweise privatisiert werden und an »die Börse« gehen sollen. Unter dem enormen Druck auf öffentliche Haushalte fließen »Steuergelder« in überflüssige öffentliche und private Projekte.

Diese Ausgaben mehren die Belastungen für öffentliche Haushalte weiter. Sie bewirken neue Kredite bzw. wachsende Verschuldung gegenüber privaten Banken. Die Schulden verlangen Zinszahlungen. Unter der Misere öffentlicher Finanzen, die zu Einsparungen bei erforderlichen und sinnvollen öffentlichen Ausgaben nötigt, werden neue Privatisierungen gefordert. Auslöser und Empfänger von öffentlich geförderten Aufträgen, Kreditgeber und Zinsnehmer, Fordernder und Nutznießer von Privatisierungen sowie politische Entscheidungsträger bilden ein Netzwerk, das neue Entscheidungen und Ressourcenflüsse mit verheerenden sozialen und ökologischen Auswirkungen bewirkt. Die Kapitaloligarchie reproduziert sich. Sie bekommt ambivalente Unterstützung z. B. in Sachen Liberalisierung und Privatisierung »aus Brüssel«, denn die EU-Kommission drängt auf einen »einheitlichen europäischen Eisenbahnraum, der über die Liberalisierung des Bahnsektors entstehen soll (EurActiv 23.5.2011). Damit wächst der Spielraum für Konzerne und mit ihnen für Kapitaloligarchien. Er vergrößert die »Spielwiese« für konkurrierende Unternehmen, für transnationale Konzerne. Aber er fordert auch Gewerkschaften, Initiativen, Bürgerinnen und Bürger zu emanzipativer Gegenwehr heraus.

Gewerkschaften gegen Liberalisierung und Privatisierung

»Mehr als 150 Vertreter von rund 40 Gewerkschaften aus ganz Europa waren zu dem von der britischen Bahn- und Verkehrsgewerkschaft initiierten RMT Treffen angereist. Erstmals kamen dabei Organisationen aus verschiedenen Dachverbänden und Traditionen zusammen. Die in Frankreich konkurrierenden großen linken Gewerkschaften CGT und SudRail waren dort ebenso vertreten wie der Weltgewerkschaftsbund WGB. Die Anwesenden einigten sich auf eine Abschlusserklärung.

RMT-Präsident Alex Gordon kritisierte aktuelle Pläne der EU-Kommission für eine weitgehende Liberalisierung des Eisenbahnsektors. Diese unterliefen Arbeitnehmer-Schutzrechte, Tarifverträge und Sicherheitsstandards. »Die EU setzt die neoliberale Globalisierung im Auftrag des Großkapitals um«, bekräftigte Athos Eleftheriou von der zyprischen Seeleutengewerkschaft Segdamelin.

(<http://www.bahnvonunten.de/?p=255>, der Beitrag ist vom 4.2.2011)

Wenn Gegner und Opfer von Kapitaloligarchien – Regierende, Unternehmer, Arbeitskräfte, Verbraucher/innen können zu diesen Gegnern und Opfern gehören – sich zu Bündnissen zusammenfinden, kann politischer Druck gegen Kapitaloligarchien entstehen. Dafür ist zum einen wesentlich, dass sich diese Bündnisse auf lokale und regionale soziale Akteursnetzwerke stützen und zugleich auch eine überregionale, europäische und internationale Solidarisierung erfahren und bereichern können. Zum anderen ist wesentlich, dass diese Bündnisse öffentlich von Verwaltungen, Regierungen, EU und internationalen Organisationen demokratische, soziale und ökologische Standards und damit Grenzen für das Agieren der Kapitaloligarchien fordern und in der Konsequenz dann auch deren Entflechtung.

Leipziger Wasserwerke finanzieren Casino-Pleite in Las Vegas

»Die Geschäftsbeziehungen zwischen der sächsischen Stadt und der UBS begannen, als Leipzig im Rahmen von sogenannten Cross-Border-Leasing-Verträgen ... seine Trinkwasserleitungen verkaufte und zurückmietete, was ihr vorderhand Steuervorteile und freie Mittel brachte.

Auf diesem komplexen Finanzkonstrukt aufbauend, wickelte die Geschäftsführung der Kommunalen Wasserwerke Leipzig (KWL) im Juni 2006 ein surreal anmutendes Geschäft ab, das die LeipzigerInnen nun 370 Millionen Franken kosten könnte: Das durch das Cross-Border-Leasing eingenommene Geld investierte die KWL-Geschäftsführung ohne Wissen des Aufsichtsrates in hoch-

riskante Wertanlagen, sogenannte Collateralized Debt Obligations (CDO) der UBS, also Kreditausfallsversicherungen. Durch die heimlich unterschriebenen Verträge wurde das Leipziger Unternehmen zum Kreditversicherer für die UBS und übernahm Risiken in der Höhe von 370 Millionen Franken. So bürgten die KWL unter anderem für einen Kredit, den ein Kasino in Las Vegas bei der UBS aufgenommen hatte ...

Das Geschäft ging eine Zeitlang gut – bis die Finanzkrise die Kredite platzen ließ. ... die UBS denkt nicht daran, die 370 Millionen Franken in den Wind zu streichen.« (Steiner 2011)

»Fragestellung: Sind Sie dafür, dass die kommunalen Unternehmen und Betriebe der Stadt Leipzig, die der Daseinsvorsorge dienen, weiterhin zu 100 Prozent in kommunalem Eigentum verbleiben?

Ergebnis: 148 761 Ja-Stimmen, 20 503 Nein-Stimmen. Insgesamt nahmen 170 621 (41 Prozent) Wahlberechtigte an der Abstimmung teil.«

(<http://www.buergerbegehren-leipzig.de/> – Ergebnis des Bürgerbegehrens vom 27.1. 2008)

Land- und Forstwirtschaft

Die bereits thematisierte Konzentration im deutschen Lebensmitteleinzelhandel (siehe S. 121) erklärt, warum auch in Deutschland Regionalvermarktung und die Organisation von regionaler Gegenmacht – insbesondere auf der Grundlage genossenschaftlicher Werte und Prinzipien – durchaus im Interesse von Agrarproduzenten außerhalb des Agrobusiness liegen. Sie können soziales Leben in der Region beleben, demokratisieren, solidarischer und ökologischer gestalten. Mit ihrer Einbeziehung kann und sollte zugleich die Transparenzkampagne zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen entlang der Produktions- und Transportkette (siehe S. 121-122) verbreitert und gestärkt werden, indem konkrete Interessen breiter und wirksamer gebündelt werden.

Der alljährliche Erntedanksonntag im September, die Woche davor und die Woche danach sind Aktionshöhepunkte für die Präsentation von Ergebnissen, Bedingungen und Voraussetzungen erfolgreicher regionaler Agrar- und Wirtschaftsentwicklung – und damit auch erfolgreicher Regionalentwicklung insgesamt. Eine Frage bleibt aber, inwiefern und inwieweit die auf diesem Feld Aktiven zugleich auch auf solidarische internationale Beziehungen, politische Forderungen und Strategien zur Verallgemeinerung von einzelnen Erfolgen hinwirken.

Soziale Verantwortung vor Ort – Tag der Regionen

»Regionales Wirtschaften und die Bewahrung einer regionalen Identität sind wesentliche Säulen für den Bestand einer intakten auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Gesellschaft. Im lokalen und regionalen Handeln liegen die Schlüssel zur Lösung vieler Probleme.

Die Stärkung der Regionen, die Sicherung regionaler Wertschöpfungsketten und die Förderung von Werten wie der gesellschaftlichen Verantwortung vor Ort sichern Lebensqualität auch in strukturell benachteiligten Räumen. Das betrifft den ländlichen Raum in der Fläche sowie auch seine Städte ...

Nutzen Sie den Aktionstag, um auf Ihre regionalen Produkte bzw. ihre Initiative aufmerksam zu machen. Eine gemeinsame regionale Planung aller, die sich mit der Idee identifizieren ist sehr sinnvoll.«

(<http://www.tag-der-regionen.de/index.php?id=162>)

Die regionalen und bundesweiten Organisatoren des »Tages der Regionen« fokussieren auf die Vorteile regionaler landwirtschaftlicher Produktion vor allem im Hinblick auf die Klimabilanz: ökologisch erzeugte »Kurzstreckenprodukte« und erneuerbare Energien, dezentralisierte Beschäftigung sichernde bzw. schaffende Energieversorgung; Entwicklung des auf die Bedürfnisse der lokalen und regionalen Bevölkerung – insbesondere nach Langlebigkeit von Produkten, Kreislaufwirtschaft, Qualität und vernünftigen Aufwand/Nutzen/Auswirkungen auf Umwelt-Relationen – ausgerichteten Handwerks; Erhalt bzw. Wiederbelebung kurzer Wege in den Lebensbereichen (Erholung, Freizeit, Einkauf, Wohnen, Schule und Arbeitsplatz) als Kriterien für Lebensqualität und Entscheidung zum Wohnen-/Leben-bleiben.⁸¹

Dass es in Deutschland keine vernünftige Alternative zum biologischen Landbau und zur Senkung der mengenmäßigen Getreideproduktion um ca. ein Drittel, zur Halbierung von Viehbeständen und Fleischproduktion, zu einer dem Natur- und Klimaschutz verpflichteten ökologischen Fortwirtschaft gibt, ist vielfach bewiesen (u. a. Bimboes 2010a).

»Biologischer Landbau« meint nicht zwangsläufig Kleinbauernrum oder Subsistenzwirtschaft. Die Verordnung (EG)Nr. 834/2007 zu ökologisch bzw. biologischer Produktion benennt Erzeugervorschriften, erlaubte Produktionsmittel und Regeln, die durchaus von mittleren Unternehmen wie ostdeutschen Agrargenossenschaften bzw. LPG- und VEG-Nachfolger realisierbar sind. Die »Bauernwirtschaft« und »bäuerliches Leben« sollen hier weder idealisiert noch propagiert werden.

⁸¹ <http://tag-der-regionen.de>.

Für die ökologische Produktion gibt es geltende und vorgeschlagene Standards, die nicht zuletzt für politische Kämpfe gegen Flächenkonkurrenz, umweltschädigende Subventionen, Verschmutzung der Luft, der Böden, des Wassers und der Ökosysteme, gegen Gentechnologien genutzt werden können. Allerdings müssen sie immer wieder neu daraufhin geprüft werden, ob sie tatsächlich tauglich sind, um sowohl vor Ort, in unserer Gesellschaft und in der EU als auch global Wege zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu befördern. Schließlich werden die Standards unter den Bedingungen gegenwärtiger Hegemonie und globalisierter Konkurrenz gesetzt. Weil EU-Standards Ergebnisse widersprüchlicher Interessen sind, können sie durchaus von Bäuerinnen und Bauern außerhalb des Agrobusiness als »sozial und ökologisch fortschrittlich« begrüßt werden und es sogar auch vergleichsweise zu bisheriger Praxis sein, aber dennoch Exporte und Prozesse fördern, die die Existenz der lokalen Lebensmittelproduzentin in Afrika oder Lateinamerika bedrohen.

Zur ambivalenten Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und zur insgesamt ambivalenten EU-Förderpolitik gehört die Arbeit mit Modellprojekten. Diese haben trotz aller Problematik oftmals demonstrieren helfen: Ökologische Landwirtschaft, Boden- und Landschaftspflege, Erhalt und Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze, Regionalentwicklung wider Abwanderung Junger und Jüngerer, partizipative Entscheidungsprozesse, die dezentrale Produktion und Erschließung erneuerbarer Energien sind durchaus realisierbar. In Deutschland wird in diesem Kontext oftmals erneut auf die Spreewald-Region verwiesen⁸².

Biosphärenreservat Spreewald

»Als Agrar-Betrieb im Herzen des Biosphärenreservates Spreewald beschäftigen wir uns nicht nur mit der Viehzucht, Milchproduktion oder dem ökologischen Landbau. Wir kümmern uns als Referenzbetrieb des Biosphärenreservat Spreewald auch aktiv um den Natur- und Umweltschutz. ...

Die Agrargenossenschaft Radensdorf befindet sich vorwiegend im nordwestlichen Teil des Oberspreewaldes. Etwa 66 Prozent des Ackerlandes und das gesamte Dauergrünland des Betriebes sind im Biosphärenreservat Spreewald gelegen.

82 »Derzeit wird das Referenzbetriebssystem Spreewald über die Grenzen des Biosphärenreservates auf die Region Spreewald ausgeweitet. Im und vom einzelnen Betrieb werden dann die unterschiedlichen Themen stellvertretend für die Region dargestellt. Das Spektrum reicht vom ökologischen Landbau und integrierten Gemüsebau zu Themenfeldern wie intensiver Milchproduktion, Bodenschutz und Landschaftspflege unter den Bedingungen des Spreewaldes. Auch nachwachsende Rohstoffe und Bioenergie, Umweltmanagementsysteme in der Landwirtschaft oder Fragen einer nachhaltigen Betriebsentwicklung ... stehen auf der Tagesordnung.« (<http://www.mugv.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.382209.de>).

... gewirtschaftet wird nicht mehr intensiv, sondern seit dem 1.7.2000 nach den Regeln des ökologischen Landbaus. Seit dem Frühjahr 2001 sind wir ein anerkannter Ökolandbaubetrieb und gehören dem BIOPARK e.V. an.

Grund für den Schritt zur vollständig ökologischen Wirtschaft und damit für die Annäherung an die Ziele des Biosphärenreservates, in dem 2800 ha unserer Betriebsfläche liegen (LSG), war in erster Linie die Erkenntnis, dass unser Betrieb und seine Beschäftigten mit solch einer gerade im Biosphärenreservat gewollten und geförderten umweltverträglichen Landbewirtschaftung eine Zukunft haben. Ohne eine spezielle Agrarförderung im Biosphärenreservat wäre dies nicht der Fall.

... Sichere und langfristige Pachtverhältnisse sind ... eine Grundvoraussetzung, um unserem Betriebskonzept weiter folgen zu können.«

(<http://www.agrar-radensdorf.de/>)

Die Regionalentwicklung im Spreewald stützt sich insbesondere auf die Kooperation unter den dortigen Betrieben (vergl. oben zu den Arbeitgeberzusammenschlüssen (AGZ)). Sie beweist ferner, dass Rückbau bzw. Rückfahren von Produktion mit Gewinn an Entwicklungsmöglichkeiten vereinbar sein kann. Allerdings hängt dies wiederum von den Rahmenbedingungen ab – insbesondere von den Eigentümer- und Nutzungsrechten sowie den Bedingungen für öffentliche Förderung – und damit wieder von demokratischen, sozialen und ökologischen Standards und von öffentlicher Finanzpolitik. Da die EU- und bundesdeutsche Agrarpolitik an Gewinnen in der globalen Konkurrenz und daher insbesondere an den Interessen des Agrobusiness orientiert sind, steht unentwegt die Frage, wie gestützt auf regionale Erfahrungen um eine sozial, ökologisch und global verantwortungsvolle Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik gekämpft werden kann. Für die dafür erforderliche Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse wäre es wichtig, die offiziell in der EU gefeierten best practice Beispiele gemeinsam danach zu überprüfen, inwiefern sie tatsächlich zu Ausgangspunkten für soziale und ökologische Regionalentwicklung geworden sind und ob die Forderung nach ihrer möglichen Verallgemeinerung im transformatorischen Sinne bzw. im Sinne allgemeiner sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit tauglich ist.

In diesem Sinne destruktiv ist zweifellos der Einsatz von Gentechnologien in der EU, widersprüchlich gefördert durch die Europäische Kommission. Er behindert sozial und ökologisch nachhaltige Regionalentwicklung, denn er belastet die Menschen, verschmutzt die Biosphäre, zerstört bzw. verstellt regionale Wirtschaftsgeflechte bzw. -kreisläufe. In den letzten Jahren ist lokal und regional gestützter europäisch und global vernetzter Widerstand gegen Gentechnologien in der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft gewachsen.

Vom 16. bis 18. September 2010 trafen sich unter dem Motto »GMO freies Europa« in Brüssel und Gent 300 Vertreter/innen lokaler, regionaler, nationaler

Initiativen und Organisationen von Bäuerinnen und Bauern, im Umwelt- und Naturschutz Engagierten, von Verbraucher/innen, Unternehmer/innen und kritischen Wissenschaftler/innen aus 37 Ländern. Unter den Teilnehmer/innen aus Deutschland war die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft AbL, die sich nicht erst zuletzt durch aktive Solidarität mit lokalen Lebensmittelproduzenten in armen Ländern auszeichnet. Die AbL war auch im April 2011 bei der 1. Europäischen Saatgutbörse in Brüssel dabei, wo über 30 Saatgutinitiativen aus zehn europäischen Ländern Saatgut von alten bäuerlichen Sorten zum Tausch anboten. »Saatgut-Tauschbörsen ... leisten einen wichtigen Beitrag zur Erhalt der landwirtschaftlichen Pflanzenvielfalt«, sagte Mitorganisator und Landwirt Jürgen Holzappel. Anlass der europäischen Premiere war der weltweite Aktionstag der Kleinbauernaktion La Via Campesina am 17. April 2011.⁸³

Betrachtet man zusätzlich die Ablehnung von Gentechnik durch ca. 70 Prozent der Bevölkerung in Deutschland und in der EU, erweist sich ihre Anwendung als enormes Demokratiedefizit. Die erste EU-weite BürgerInneninitiative richtet sich gegen den Anbau genmodifizierter Mechanismen. In der Bundesrepublik gibt es 198 gentechnikfreie Regionen und Initiativen.

Der positive Bezug auf La Via Campesina betrifft das globale Netzwerk, zu dem u. a. in Lateinamerika gegen den Konzern Bayer⁸⁴ kämpfende Bäuerinnen und Bauern gehören. BAYER ist Hersteller von genmodifiziertem Saatgut, Pflanzenschutz- und Düngemittel mit gesundheitsschädigenden und ökologisch zerstörerischen Auswirkungen.

Es ist eine Herausforderung für die Linken in Deutschland, die Konzernpolitik gegenüber den global Armen zu skandalisieren (siehe auch die globale Tribunalbewegung⁸⁵) und sie generell politisch anzugreifen. Zu den Herausforderungen gehört es auch, von den Regierungen, von der EU und von internationalen Institutionen wie die WTO auf Freihandelsabkommen zu verzichten und gegen die Spekulation mit Lebensmitteln, agrarischen Rohstoffen, landwirtschaftlichen Nutzflächen⁸⁶ vorzugehen. Kämpfe darum können durchaus im Sinne der Nachhaltigkeit wirken, wenn in ihnen zivil und gewaltlos Regeln verletzt werden wie z. B. bei einer Blockade von staatlichen bzw. EU-Institutionen mit Agrarmaschinen.

83 http://www.fruchthandel.de/?id=news-anzeigen&news_id=19806&pid=120.

84 <http://www.cbgnetwork.org/>.

85 <http://www.internazionaleleliobasso.it/>.

86 Auf dem Weltsozialforum in Dakar wurde ein Appell gegen land grabbing verabschiedet, den im September 2011 bereits mehr als 650 Organisationen unterzeichnet haben (<http://dakaraappeal.org>).

Panzerfahrt als Event

»*Erlebnisgutscheine: Abenteuerliche Panzertour*

Bei diesem Action-Spaß sitzen Sie im 34 Tonnen schweren Bergepanzer und donnern mit 600 PS los. Sie steuern den Panzer auf staubigen Straßen, über Hügel und Hindernisse. Sie können alternativ auch an verschiedenen Orten Schützen- und Radpanzer selber fahren.

Vorher zeigen Ihnen alte Kämpfer, wie es geht. Und Sie stehen nach der Fahrt als Sieger da.

Sie sollten über 16 Jahre, kleiner als 1,90 m und leichter als 120 kg sein, sowie über eine gute körperliche Verfassung verfügen.

Das Erlebnis ist ganzjährig buchbar und dauert zumeist ca. 35 Minuten. Gutscheine-Veranstalter: Jochen Schweizer Erlebnisse, Mydays ...«

(<http://www.privatgeschenk.de/panzerfahren.php?gclid=CKvxvri9taECFYQVzAodB1iAAQ>)

Das zerstörerische Panzerfahren als »Geschenk-Spaß« oder »lustiges Event« am Wochenende, im Urlaub, zum Geburtstag, zu Weihnachten ist gedankenlos und/oder zynisch. Es reflektiert bestehende politische Kräfteverhältnisse in der Region und über sie hinaus und fördert weitere soziale und ökologische Zerstörung. Das muss die Linken herausfordern. Für sie müsste es zum erlebbaren Prinzip werden, das Militärische im Alltag nicht hinzunehmen.

Gegen die Militarisierung der Kindheit

»In manchen Spielzeuigläden sieht es aus wie in einem Waffenlager: Imitate von Maschinengewehren, Handgranaten und Pistolen warten dort in den Regalen auf Kundschaft. ... In der dauerhaften Beschäftigung mit Kriegsspielzeug sieht der Erziehungsexperte eindeutig eine Gefahr für Kinder. »Das Kind gewöhnt sich an den Anblick von Waffen, es beschäftigt sich damit, was man mit Waffen tun kann. Gewalt und Tod werden so zum Dauerthema im Leben des Kindes«, sagt Wunsch. Dieser spielerische Kontakt setze die Hemmschwelle für Aggressionen und Gewalt niedriger.« (<http://www.erziehungstrends.de/Kriegsspielzeug>)

»Die LandesSchüler*innenVertretung Berlin ist Teil des Bündnisses Schule ohne Militär und engagiert sich gegen die zunehmenden Präsenz und Werbung von Jugendoffizieren an Berliner Schulen.

Wir sprechen uns gegen die Kooperationsvereinbarungen aus, die zwischen Bundeswehr und Kultusministerien getroffen werden und fordern: Bundeswehr raus aus Schule und Gesellschaft!«

(http://www.lsv-berlin.de/lsv2/index.php?option=com_content&task=view&id=173&Itemid=163)

»Die Stadt Münster ist ein Militärstandort des deutsch-niederländischen Corps und somit ist es nicht verwunderlich, dass die Bundeswehr an der Universität Münster Veranstaltungen mit folgender Zielsetzung anbietet: Werbung für das deutsche Militär zu machen, Menschenmaterial zu rekrutieren und Kriege in anderen Ländern zu rechtfertigen.

Deswegen setzt sich Die Linke.SDS dafür ein, dass die Universität Münster alle Veranstaltungsangebote, die von der Bundeswehr oder militärfreundlichen Organisationen initiiert werden, aus der Universität verbannt. Des Weiteren werden wir dort Widerstand leisten, wo Lehrende und andere Akteure sich an Propaganda zur Vorbereitung von Angriffskriegen beteiligen, denn Krieg ist und bleibt keine Lösung. Wir wollen Aufklärungsarbeit leisten.«

(http://www.sds-muenster.de/index.php?option=com_content&view=article&id=107:bundeswehr-raus-aus-der-uni-&catid=13:uni-muenster&Itemid=31)

Es wäre konkret zu zeigen, wie das Militärische soziale, ökologische und globale Probleme »vor Ort« zuspitzt und was das gesellschaftspolitisch bedeutet. Dabei wären insbesondere die konkreten lokalen und regionalen Stützen des Militärisch-Industriellen Komplexes zu adressieren und entsprechende Gegenbewegungen zu aktivieren.

Das gelingt am besten dann, wenn ein konkretes »GEGEN« wie gegen anhaltende Militäreinsätze alternativlos vernünftig ist – ein GEGEN Truppenübungsplätze, Flughäfen, Militärstützpunkte, Rüstungskonzerne, Traditionen bzw. Rituale.

Bürgerinitiative FREIEHEIDE

Am 23. August 1992 gründete sich die Bürgerinitiative (BI) FREIEHEIDE in Schweinrich. Sie wandte sich gegen die militärische Nutzung eines ehemaligen Truppenübungsplatzes der sowjetischen Armee durch die Bundeswehr.

Das Gebiet 100 km nordwestlich von Berlin hat eine Größe von 144 km² (ca. 1/6 von Berlin) und liegt in der Kyritz-Ruppiner Heide in Nordbrandenburg. Durch die Nutzung als Bombenabwurfplatz wäre auch die Region im Süden Mecklenburgs betroffen, da hier die Einflugschneisen geplant waren. Durch

Lärm- und Schadstoff-Emissionen wurde der Tourismus, der sich in der Region erfolgreich entwickelt hat, bedroht.

FREIEHEIDE wurde zum Symbol für kreativen, friedlichen Protest, zum Ort einer der größten Ostermarschaktionen in Deutschland.

Der Protest erzwang 2004 ein Umdenken in der brandenburgischen Landesregierung, die Landtagsabgeordneten des brandenburgischen Parlamentes stimmten ebenso mehrheitlich für eine künftig friedliche Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide. Am 9.07.2009 hatte der damalige Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung den Verzicht auf die Nutzung als Luft-/Bodenschießplatz erklärt. Somit kann nun die Region rund um den Platz die künftige Entwicklung planen und gestalten. Das Gelände ist weiterhin Eigentum der Bundesrepublik Deutschland und stark mit Altlasten belastet.

(<http://www.freieheide.de/>)

Die Geschwindigkeit, mit der die Zahl jener, die für die »Freie Heide« eintraten, wuchs, unterstreicht den Stellenwert des Problems für die Identität der lokalen und regionalen Akteure, für die Regionalentwicklung und die Landespolitik: Bürgerinitiative, überregionales Netzwerk, die Landtage und Landesregierungen von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, Unternehmerinitiative.

Dabei konnten Wahlkämpfe von der lokalen bis zur EU-Ebene von den Aktiven erfolgreich genutzt werden.

Die strategische Frage ist heute, ob es sowohl gelingt, die »Freie Heide« als Akteursbündnis und Raum für soziale und ökologische Regionalentwicklung nutzbar zu machen als auch die Akteure für Demilitarisierung und Friedenspolitik nachhaltig zu stärken. Dabei steht nicht zuletzt die Herausforderung, Altlasten zu beseitigen. Dies birgt in sich die Chance, sowohl Bewegungen zu regionalen Fragen als auch von Neuem für Demilitarisierung zu befördern. Ganz gleich, welches Problem nunmehr betrachtet und gelöst werden soll, immer ist es relevant, ob entwickelte soziale Kontakte und Beziehungen weiter genutzt und ausgebaut werden können; ob Menschen Lernprozesse und Aktivität fortsetzen; ob dadurch gesellschaftliche Machtpositionen wider die herrschenden Akteure mit ihren Interessen gestärkt werden. Damit geht es um die Auseinandersetzung mit deutscher sowie EU-Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Diese haben zum einen mit Wechselbeziehungen zur NATO zu tun, zum anderen mit fortgesetzten Entwicklungen in den bestehenden Produktions- und Konsumtionsstrukturen, mit den herrschenden Lebensweisen.

Sowohl bei der beispielsweise anstehenden Entgiftung der Freien Heide, beim Abbau von Kohle im Land Brandenburg als auch beim Umgang mit anderen militärischen Objekten und der damit verbundenen Flächenversiegelung erweist sich die Biodiversitätsproblematik als ein relevantes Bindeglied zwischen dem Lokalen und Regionalen einerseits und dem Globalen andererseits. Der daneben beste-

hende Bezug zur Klimaproblematik ist leicht erklärbar. Und immer gibt es auch belegbare Bezüge zur »Sicherheitsproblematik«: »Ähnlich wie der Klimawandel kann der Verlust an biologischer Vielfalt bereits bestehende Sicherheitsrisiken verschärfen und im Extremfall sogar selbst Auslöser von Landnutzungs- und Ressourcenkonflikten werden.« (Müller-Kraenner 2010: 69)

Sozial und ökologisch zerstörerische Akteure haben immer ihren Sitz in Regionen. Daher ist es politisch relevant, dass und ob dort die regionalen Gegenkräfte an Hand eines konkreten Projekts die Knotenpunkte von Problemen so zum Tragen bringen können, dass das Militärische in seiner Verquickung mit anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens deutlich wird und seine Isolierung bzw. Eliminierung mit Aussicht auf Erfolg gefordert werden kann. Dafür (und für die Verständigung darüber) sind wiederum offene Foren gut geeignet. Sie bieten kommunikative Räume für erforderliche Diskussionen zu demokratischen, sozialen und ökologischen Standards.

Außenpolitik vor Ort

»Mit meinem Schwerpunkt Außenpolitik hatte auch die Arbeit in meinem Wahlkreis bisweilen zu tun. In Hamburg verschränken sich globale und lokale politische Fragen miteinander wie an wenigen anderen Orten in Deutschland. Hier leben mehr als 400.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Hamburg ist Drehscheibe des internationalen Handels und Standort von Rüstungsbetrieben.

...

An dieser Stelle möchte ich noch auf eine Initiative hinweisen, die mir ... besonders am Herzen liegt: Das parteiübergreifende Bündnis »Eine Schule für alle« zielt auf die Einführung der zehnstufigen Gemeinschaftsschule für alle Kinder.« (Norman Paech, 2010; <http://www.norman-paech.de/hamburg.html>)

Das Zitat von Norman Paech illustriert, dass unter den Bedingungen der Globalisierung vielfach konkurrierende Standorte von konkurrierenden Global Playern zugleich Brennpunkte sozialer Widersprüche, sozialer Ausgrenzung und in Militarisierungsprozesse verwoben sind. Ressourcen werden aufgrund dieser Strategien sozial und ökologisch zerstörerisch eingesetzt und in die Zirkulation gebracht während sie dem sozialen Bereich entzogen bleiben. Und weiter: unter den Bedingungen einerseits entfremdeter Arbeit und sozialpolitischer Fixierung auf Teilhabe an Erwerbsarbeit ist es zweifellos schwierig, in Rüstungsbetrieben bzw. im MIK Beschäftigte davon zu überzeugen, dass ihre Arbeitsplätze zerstörerisch sind, um- und vielfach abgebaut werden müssen. Die Probleme der Militarisierung wachsen, zugleich wachsen aber auch die soziale Prekarisierung und die Repressionen gegen Erwerbslose. Da es jedoch keine vernünftige Alternative zum

Abbau von Rüstung gibt, besteht eine besondere Herausforderung darin, unter den Beschäftigten dieser Industrien für die Bereitschaft zu werben, die Ergebnisse und Wirkungen ihrer Arbeit zu diskutieren. Hilary Wainwright und Andy Bownan haben darauf verwiesen, dass der »wirkliche Green New Deal« damit beginnt, dass Beschäftigte in Rüstungsbetrieben darüber nachdenken, wie sie die Produktion auf zivile Erzeugnisse umstellen können (Bownan, Wainwright 2009). Das Interesse von Arbeitskräften an sinnvoller Arbeit kann leichter geweckt und wirksam werden, wenn es für sie würdige soziale Garantien und erkennbare reale Chancen gibt. Der Kampf dafür und der Kampf für Demilitarisierung müssen gleichzeitig geführt werden und das so, dass sie einander bestärken bzw. gemeinsam erfolgen können – Interessenwidersprüche sehend, berücksichtigend und nach Möglichkeit sie ausnutzend.

Grenzen der Bündnispolitik: Gewerkschaften für Aufrüstung

»Die IG Metall warnte auf einer Pressekonferenz in München vor einem Sterben der militärischen Luftfahrtindustrie in Deutschland und forderte die Realisierung von Programmen wie Talarion und Tranche 3b des Eurofighters.

...Laut IG Metall geht es bei der Entscheidung über das Talarion-Programm auch darum, ob Deutschland im Zukunftsmarkt der unbenannten Flugzeuge künftig eine eigenständige Rolle spielen oder auf Modelle aus dem Ausland angewiesen ist.

Kommt die Tranche 3b des Eurofighter nicht, hätte dies laut IG Metall erhebliche Auswirkungen auf die Exportchancen. Notwendige Weiterentwicklungen werden erst in der Tranche 3b zum Einsatz kommen.

›Wir werden als IG Metall diesem Streichkonzert nicht tatenlos zusehen und deshalb dagegen mobilisieren und zu Aktionen aufrufen‹, sagte der Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Ingolstadt, Bernhard Stiedl.«

(<http://www.flugrevue.de/de/militaer/fluggeraet-hersteller/>

[ig-metall-zukunft-der-militaerischen-luftfahrtindustrie-gefaehrdet.32454.htm](http://www.flugrevue.de/de/militaer/fluggeraet-hersteller/ig-metall-zukunft-der-militaerischen-luftfahrtindustrie-gefaehrdet.32454.htm))

Damit wird das »Trio« Standardsetting, Einflussnahme auf öffentliche Finanzen, soziale und ökologische Regionalentwicklung besonders deutlich und dringlich, denn: »Wir müssen die Abhängigkeiten unserer Wirtschaften von Ressourcenkonsum verringern, eine atomwaffenfreie Welt, gerechte Verteilung in und zwischen den Völkern, Partizipationsrechte und zukunftsfähigen Konsum nicht als Utopien belächeln, sondern zu verbindlichen Leitzielen der Politik machen.« (Spangenberg 2009: 225)

Das muss in der Kommune und Region beginnen bzw. derartige politische Forderungen müssen sich auf lokale und regionale Akteursbündnisse stützen können.

4.2. Kurzes Resümee

Unser »Diskussionsangebot« ist nicht am »grünen Tisch« entstanden, wenngleich es ohne wissenschaftliche Arbeit nicht entstanden wäre. Wir betreiben unsere wissenschaftliche Arbeit zwar nicht unter außerwissenschaftlichen Gesichtspunkten, sind uns aber auch ihrer Bedeutung als Beitrag zur Aufklärung über die Bedingungen und Ziele unseres gesellschaftspolitischen Engagements bewusst. Wir übersetzen unsere Einsichten und Erfahrungen daher hier in ein deliberatives (offenes) Angebot zur strategischen Orientierung für das eigene gesellschaftspolitische Engagement und zugleich für das gemeinsame Engagement mit vielen anderen. Schließlich sehen wir nur in den wirklich stattfindenden Aktivitäten von Menschen, die sich gegen Fremdbestimmung, Gewalt und Unterdrückung, gegen soziale und ökologische Zerstörung wehren, reale Ansatzpunkte für wünschenswerte und notwendige gesellschaftliche Veränderungen.

Immer fragen wir bzw. haben wir deliberativ und nicht nur analytisch gefragt: Wie können diese Aktivitäten nachhaltig werden? »Nachhaltig« sowohl in dem Sinne, dass die Menschen gesellschaftspolitisch aktiv bleiben, dass sie lernen als auch in dem Sinne, dass ihr Handeln sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung fördert und forciert. Schließlich haben auch wir die Erfahrung gemacht, dass emanzipative und vernünftige Forderungen oftmals von den Herrschenden erst bekämpft und dann genutzt wurden, um Konkurrenzzwänge zu erhöhen. Wenn z. B. Menschen gegen die Gängelei durch Verwaltungen kämpfen und im Ergebnis dessen für ihre sozialen Belange eigenverantwortlich werden, ohne dass allen die Voraussetzungen für eigenverantwortlich-sein-können gewährt werden, sinken soziale Standards. Wenn Menschen um partizipative Prozesse, z. B. partizipative Haushalte ringen, aber nicht um eine andere Steuer-, Haushalts-, Gesellschaftspolitik, qualifizieren partizipative Prozesse die Verwaltung der Konkurrenzgesellschaft. Wenn Menschen ihre Region lebenswerter machen wollen, aber »lebenswerter« nicht zugleich als solidarischer nach innen und nach außen fassen, wachsen in unserer globalisierten Gesellschaft soziale Ausgrenzung, Repressionen gegen ihre Opfer und (Standort)Konkurrenz. Nur in der Gleichzeitigkeit und daher in der solidarischen Verbindung von Kämpfen gegen die Konkurrenzzwänge und ihre Verursacher, für höhere demokratische, soziale und ökologische Standards als Schritte zu eigenen Leitbildern, sehen wir Erfolg. Daher ist unser Prinzip, zu fragen: Was wollen die Herrschenden von mir, die bzw. der eigene Wünsche, Ziele, Werte haben? Die sollen sich geschnitten haben, denn ich bestimme meine Identität selber. Ich spiele ihr Spiel nicht mit und suche unentwegt nach Möglichkeiten, ihnen ein Schnippchen zu schlagen, weil ich selbstbestimmt in Würde, solidarisch mit den anderen – erst recht mit den Schwächeren und Schwächsten – leben will und das beweise.

Wir setzen also – mit Bezug auf Peter Weiss – auf die »Ästhetik des Widerstands« (Weiss 1981). Wir setzen darauf, dass über vielfältige gesellschaftspolitische Aktivitäten das Leitbild vom selbstbestimmt, solidarisch und ökologisch

handelnden Menschen, von einer Gesellschaft selbstbestimmt, solidarisch und ökologisch Handelnder in der globalisierten Welt gesellschaftlich zunehmend relevant und auch politisch mehrheitsfähig werden kann. Das ist für uns das Leitbild, ausgehend von dem jede Frau und jeder Mann (und auch diejenigen, die weder Mann noch Frau sind oder sein wollen), ihren und den gesellschaftlichen Alltag bewerten, gestalten und umgestalten können bzw. »können sollen«. Wir wollen Menschen ermutigen, soziale und globale Spaltungen, die Unterdrückung von Menschen und die Zerstörung menschlicher Lebensbedingungen als Beeinträchtigungen ihrer Lebensqualität zu sehen und dagegen gezielt zu opponieren. Wir sehen menschliche Lebensbedingungen immer zugleich als von Verhältnissen zwischen Menschen und ihren Stoffwechselprozessen mit der Natur bestimmt, weshalb wir nicht Soziales über Ökologisches stellen oder umgekehrt. Allerdings gibt es für uns eine absolute Priorität: Das Überleben von Menschen und daher der Schutz, die Verbesserung der Lebensbedingungen der sozial/global Schwächsten – ihre Versorgung mit dem Lebensnotwendigen, die Stärkung ihrer Position gegenüber den anderen in der Gesellschaft und zugleich weltweit.

Bei der Verteidigung und Verbesserung natürlicher Lebensbedingungen geht es immer auch um gesellschaftlichen Wandel, um Veränderung von Hegemonie und Machtverhältnissen in der globalisierten Gesellschaft. Veränderung von Machtverhältnissen bedeutet Veränderung der Konstellationen zwischen den Menschen. Diese verfügen über unterschiedliche Positionen und Potenziale für die Gestaltung ihres Lebens, ihrer Verhältnisse zu anderen und auch der Stoffwechselprozesse mit der Natur. Mit diesen Konstellationen werden die Positionen und Potenziale der Akteure verschoben bzw. gewandelt und umgekehrt. Um dies zu erreichen, suchen Menschen nach Wegen, um sowohl insbesondere staatliche Organe und EU-Institutionen zu beeinflussen, neu zu besetzen – nicht zuletzt über Wahlen –, zu reformieren, abzuwickeln und neue Institutionen zu schaffen. Die konsequenten Kräfte zur Veränderung in Richtung Nachhaltigkeit ringen um partizipative Prozesse, um Teilhabe der Vielen (bzw. »der Masse«) am Öffentlichen und führen damit unvermeidlich auch Kämpfe gegen andere Akteure. Um dafür bzw. dabei eigene Kampfpositionen zu stärken, sind die Anhänger/innen des sozialökologischen Umbaus darum bemüht, vor Ort und in der Region Bündnisse zu schaffen und zur Wirkung bringen. Derartige Bündnisse stützen ihre Macht auf ihre Mitglieder, auf konkrete Ressourcen und Prozesse, über die sie vor Ort und in der Region (mit)bestimmen können. Es geht also um lokal und regional gestützte Kämpfe, die sowohl um Einfluss auf »den Staat« und auf »die EU« geführt werden als auch und vor allem um Rechte, um demokratische, soziale und ökologische Standards. Derartige Kämpfe sind zugleich Kämpfe gegen die Akteure sozialer und ökologischer Zerstörung, gegen die Herrschenden bzw. die Kapitaloligarchien, die sich insbesondere auf ihr kapitalistisches Eigentum bzw. ihren gesicherten Zugriff auf Ressourcen in der Energiewirtschaft, in der Transportwirtschaft, in der Landwirtschaft, in der Finanzsphäre, im High-Tech-Bereich und im MIK stüt-

zen. In bzw. mit diesen Kämpfen werden auch auf der staatlichen, auf der EU- und globalen Ebene neue politische Bündnisse geschaffen bzw. ausgehend von der lokalen und regionalen Ebene fortgesetzt. Dafür bedarf es nicht »nur« lern- und kooperationsfähiger Demokratinnen und Demokraten, sondern auch lern- und kooperationsfähiger demokratischer Zusammenhänge, Netzwerke und Organisationen, die ihrerseits auf kommunikative, solidarische und selbstbestimmt handelnde Mitglieder orientieren.

Die Partei DIE LINKE kann sich unserer Unterstützung sicher sein, wenn sie lernen und kooperieren will, um wirksamer sozialistische Politik zu betreiben und wenn sie deshalb eine emanzipative solidarische Kultur entwickelt, die ihre Mitglieder stimuliert, zu lernen, zu kommunizieren, zu kooperieren, in unserer Gesellschaft und damit zugleich in der EU und global solidarisch zu handeln. Und auch, wenn sie in einem Crossover-Prozess die nötigen parteipolitischen Bündnispartner – innerhalb Deutschlands und international zu gewinnen versucht.

Parteipolitik alleine wird für die Durchsetzung der dringlich nötigen Veränderungen nicht hinreichen – nicht einmal für den Einstieg in erste Schritte.

Für die kollektive Auseinandersetzung mit diesen komplexen Zusammenhängen, für das Zusammenbringen aller jener, die solidarisch, demokratisch und gerecht Probleme lösen wollen und daher den Regeln der Parteienprivilegierung, des Parlamentarismus und der gesellschaftlichen Verwaltung nicht (einfach) entsprechen können und wollen, bieten Sozialforen bzw. Sozialforumsprozesse auf und zwischen den verschiedenen Ebenen heute bestmögliche Bedingungen.

Nachwort: Sozialökologischer Umbau/Sozialökologische Transformation – ein (europäisches) Paradigma

Unsere Broschüre brauchte viel Zeit »zum Reifen«. Die Idee war bereits vor mehreren Jahren formuliert. Dass die Arbeit so langsam voran ging, hatte insbesondere damit zu tun, dass die Verfasser/innen neben »Arbeit zwecks Erwerb« in der politischen Bildung und in politischen Auseinandersetzungen insgesamt stark engagiert waren bzw. sind: Etwa zeitgleich mit dem Ausbruch der Finanzkrise begann die intensive politische Vorbereitung auf den Klimagipfel von Kopenhagen. Sie mündete in Debatten zu verschiedenen Green-New-Deal-Projekten, zu »Wachstum«, zu »Energiesicherheit«, zur Fortsetzung der Lissabonstrategie »EU2020«, zur Transformation der EU zur kohlenstoffarmen Gesellschaft bzw. Wirtschaft, zur Asyl-, Migrations- und Integrationsproblematik ... Unsere Beteiligung an den Diskussionen war immer zugleich auch Mitwirkung an kollektiver Suche nach gesellschaftspolitischen Alternativen, an der Erarbeitung von Konzepten, Vorschlägen, Strategien, an politischen Aktionen. Dafür nur einige Stichworte:

»Klimaforum Kopenhagen 2009«, »Versammlung der Völker zum Klimawandel« in Cochabamba 2010, Europäische und Weltsozialforen, Anti-AKW-Aktionen, Aktionen pro Ernährungssicherheit und Verwirklichung der Millennium Development Ziele, Kampagnen gegen Riesenstaudämme und »Contra Biokraftstoffe statt Lebensmittelanbau«, Demonstrationen gegen Menschenrechtsverletzungen ...

In der Schlussphase unseres Manuskriptes waren wir zusätzlich mit politischen Reaktionen auf die tragischen japanischen Ereignisse Tsunami/Fukushima »und danach«, mit dem Libyen-Krieg und der Ermordung des Terroristen Bin Laden, mit an politischer Relevanz zunehmenden Diskussionen zum »Grünen Wachstum«, zu »Sicherheit«, mit sich zuspitzender »Eurokrise« befasst.

Parallel zur Fertigstellung unseres Buches legte das Netzwerk der Green Growth Leader (GGL), dem auch Anthony Giddens und Erik Rasmussen angehören, im Frühjahr 2011 die Vorabversion einer Denkschrift »Shaping the Green Growth Economy« vor. Darin sind sechs verschiedene Definitionen von »Grünem Wachstum« zusammengestellt. Es wird erklärt, dass »grüne Strategien Wachstum bewirken können«. Die Green Growth Leader erklären »Grünes Wachstum« als ein Resultat, »das einem Transformationssystem erwächst« (Rasmussen 2011) und so ein Wachstum mit sich gleichzeitig transformierenden Energiesystemen sein soll: Die Transformation unserer heutigen emissionsintensiven, wenig effektiven Energiesysteme verlange Investitionen und gezielten Umbau. Sie würde Wachstum bedeuten und die Wirtschaft befähigen, ihre Transformationspotenziale zu entdecken, ihre Möglichkeiten für Wertschöpfung und Wachstum zu steigern. Grünes Wachstum muss daher klären, wie das Grünen des Energie-Sektors zum Wachstumsmotor für die Wirtschaft insgesamt werden kann. (GGL 2011: 5). Damit wollen die Green Growth Leader insbesondere den »Fahrplan« der Europäischen Kommission zur kohlenstoffarmen Wirtschaft (KOM(2011) 112) präzisieren. Sie wollen gemeinsam mit der Kommission durch Investitionen und Innovationen die klimaschädlichen Emissionen der EU bis 2050 um 80-95 Prozent gegenüber 1990 reduzieren, 175 Millionen Euro mobilisieren, 1,5 Millionen Arbeitsplätze schaffen und insbesondere die Exportstruktur der Europäischen Union so verbessern, dass diese an globaler Konkurrenzfähigkeit gewinnt. Die Green Growth Leader sagen, dass die Transformation unserer heutigen Energiesysteme von den Märkten, Technologien und Regulationsstrukturen parallele und komplementäre Veränderungen verlangt, die den Wirtschaften diktieren, wie Energie produziert, verteilt und konsumiert wird. (GGL 2011: 5). Sie setzen auf neue erneuerbare Energiequellen, smarte Energienetze und wesentlich effektivere Instrumente sowohl zur Verteilung von Energie als auch zum Management und zur Optimierung des Energieverbrauches (Rasmussen 2011).

Das sei vergleichbar mit der Produktivkraftumwälzung durch die Eisenbahn oder das Internet. Giddens betont, dass es sich dabei um eine insbesondere soziale Angelegenheit handle, denn es gelte, die »Inhalte in den Mainstream zu bringen« (Giddens 2011), weshalb nicht nach »links-oder-rechts« gefragt werden solle

(Giddens 2009). Folglich verzichteten er und die übrigen Green Growth Leader offenbar auf den Anspruch, »Grünes Wachstum« vor allem als Armutsbekämpfung zu befördern. Das aber war bereits in Rio vereinbart worden (Lipietz 2000: 22-23) und wurde dann zum Anliegen der UNCTAD als sie auf Grünes Wachstum in den globalen Armutsregionen drängte und vor Krisen-Sparprogrammen warnte, welche die Interessen der global Schwächsten verletzen.

Giddens' enger Blick auf menschheitliche Existenzprobleme, seine Abgrenzung von den Linken im Ringen um Mehrheiten für »verantwortungsvolle Klimapolitik«, seine Hinweise an die Europäische Kommission für die Umsetzung ihrer Roadmap zur kohlenstoffarmen Gesellschaft sind konsistent, soll es darum gehen, in den alten EU-Ländern einen nicht näher definierten »annehmbaren Lebensstil zu erhalten« (Giddens 2010: 7).

Die Roadmap der Europäischen Kommission zielt auf »saubere Energie« und meint damit erneuerbare Energien, die nicht sozial und ökologisch nachhaltig sein müssen: Fusionsenergie, Atomenergie und CCS-Technologien, Monokultur-Plantagen für nachwachsende Rohstoffe sind und bleiben aktiv verfolgte Optionen der EU.

Das ist zynisch angesichts des land grabbing, der Vertreibung von Menschen von ihrem Boden, um trotz Hunger und Unterernährung zahlreicher Menschen Energiepflanzen anzubauen; angesichts des CCS-Unfalls von Kanada; der fehlenden Mittel für die Nachhaltigkeitsforschung und der enormen Mittel für ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor – Forschungsprojekt zur Entwicklung eines neuen Kernfusionsreaktors), der ungelösten Atommüll-Probleme, des Dramas von Fukushima.

Dies erschüttert den Philosophen Gethmann gar wenig: er erklärt das Problem störanfälliger Atomenergieanlagen in Deutschland nicht mit den Gefahren von Atomenergie-Technologien, sondern damit, dass unsere Gesellschaft darauf verzichtet habe, neue »sichere« zu bauen (Gethmann 2011).

»Ich nicht Herr in seinem eigenen Hause ist«

»Diese Naturkatastrophe und die von ihr ausgelöste Katastrophe in den dortigen Atomkraftwerken haben uns einmal mehr die Begrenztheit menschlicher Möglichkeiten vor Augen geführt, was die Kontrollierbarkeit der Natur und der von uns Menschen geschaffenen Technik betrifft. Um den Satz von Sigmund Freud, dass das »Ich nicht Herr in seinem eigenen Hause ist«, aufzunehmen: Die Annahme, dass die von Menschen errichteten Atomkraftwerke bis auf ein *letztlich vernachlässigbares Restrisiko* beherrschbar seien, ist eine Illusion, mehr noch: ein Wahn! Wir sträuben uns dagegen Grenzen unserer Ansprüche an das wirtschaftliche Wachstum, das als magisches, allmächtiges Wundermittel phantasiert wird, anzuerkennen. Dieses Abwehrverhalten steht im Dienste unseres Allmachtsanspruches, mit dem wir glauben, die natürliche Umwelt beherrschen und kontrollieren zu können ...

Die Unmenschlichkeit atomarer Technologie ist verbunden mit einer inneren Disposition, der Haltung eines ›immer mehr und immer schneller‹. Es ist neben den genannten destruktiven Kräften diese Gier nach unbegrenztem Wachstum und unbegrenzter Macht, die zu einer Situation führt, die unbeherrschbar ist und bleiben wird ...

Bereits bei der Urangewinnung für die Atomkraftwerke erleiden viele Menschen bleibende Schäden. Die Frage der Endlagerung des Jahrtausende lang strahlenden Atommülls ist weltweit nicht gelöst, schon daraus ergibt sich die unabdingbare Forderung, die Nutzung der Atomenergie baldmöglichst zu stoppen.«

(Deutsche Psychoanalytische Vereinigung 2011)

Walter Benjamin: Technik ist nicht Beherrschung der Natur

»Weil die ... Profitgier der herrschenden Klasse an ihr (»der Technik« – Vf.) ihren Willen zu büßen gedachte, hat die Technik die Menschheit verraten und das Brautlager in ein Blutmeer verwandelt. Naturbeherrschung, so lehren die Imperialisten, ist Sinn aller Technik. Wer möchte aber einem Prügelmeister trauen, die Beherrschung der Kinder durch die Erwachsenen für den Sinn der Erziehung erklären würde? Ist nicht Erziehung vor allem die unerlässliche Ordnung des Verhältnisses zwischen den Generationen und also, wenn man von Beherrschung reden will, Beherrschung der Generationsverhältnisse und nicht der Kinder? Und so auch Technik nicht Naturbeherrschung: Beherrschung vom Verhältnis von Natur und Menschheit. Menschen als Spezies stehen zwar seit Jahrtausenden am Ende ihrer Entwicklung; Menschheit als Spezies aber steht an deren Anfang. ...

In den Vernichtungsnächten des letzten Krieges erschütterte den Gliederbau der Menschheit ein Gefühl, das dem Glück der Epileptiker gleichsah. Und die Revolten, die ihm folgten, waren der erste Versuch, den neuen Leib in ihre Gewalt zu bringen.

Die Macht der Proletariats ist der Gradmesser seiner (des »Leibes der Menschheit« – Vf.) Gesundung. Ergreift ihn dessen Disziplin nicht bis ins Mark, so wird kein pazifistisches Raisonement ihn retten. Den Taumel der Vernichtung überwindet Lebendiges nur im Rausche der Zeugung.«

(Benjamin 1955: 124-126)

Die Produktion und der Gebrauch einer Technik, die der Profitsteigerung bzw. der Profitmaximierung und damit der Herrschaftsmachtmehrung sowie -sicherung dient, müssen zwangsläufig mit Unterwerfung und Unterdrückung, mit ungerechter Befriedung, Korruption, Opportunismus und Kontrolle verbunden sein: Technik zur Aneignung von Naturressourcen, zur Forschung, Entwicklung, Kommu-

nikation, Organisation, Produktion, Distribution, Zirkulation und Konsumtion, zur Reparatur und Entsorgung, zur Bildung, Gesundheit, Pflege und Erholung, zur Verwaltung, Beeinflussung und Manipulation, zur Überwachung, Disziplinierung, Isolation und Bestrafung, zur militärischen »Verteidigung«, Kriegsführung, sowie zum gezielten Mord in Pakistan – »Die USA haben dort allein gekämpft, weshalb sie den Lorbeer für das Aufspüren und Ausschalten Bin Ladens nicht teilen müssen: Glückwunsch, Amerika! Dein Weltmachtgen ist intakt. Mag der Dollar schwach und die amerikanische Haushaltslage angespannt sein, das Militär ist auf Zack. Deutschland produziert die besten Autos, China die billigsten Weihnachtsmänner, Amerika aber ist der Exportweltmeister in Sachen Sicherheit. Dieses Produkt ist zwar verdammt teuer, es ist nicht immer schön anzusehen, aber es funktioniert so zuverlässig wie Ebbe und Flut.« (Steingart 2011) Damit ist »Sicherheit« ganz offen als die Sicherung von Herrschaftsverhältnissen, von sozialer und ökologischer Zerstörung begriffen. Dafür wird u. a. besondere Technik gebraucht.

Im April 2011 sind 14 NATO-Staaten in den Krieg gegen Libyen eingetreten, sechs in den unmittelbaren Luftkrieg. Dieser Krieg ist kein solidarischer Akt mit jenen, die unter dem System Gaddafi litten bzw. leiden. Deren Leiden macht mit all seiner Schrecklichkeit erneut klar, dass es um die Auseinandersetzung mit jeglichen knechtenden Hierarchien gehen muss. Damit werden keineswegs die Verantwortung der Kapitalstrukturen, der Kapitaloligarchien, der global Herrschenden für menschliches Leid relativiert, sondern die Herausforderungen jener reflektiert, die konsequent sozialistische Politik betreiben wollen.

Die tragischen Opfer Gaddafis und die Interessen von arabischen Partnern der global Herrschenden dienen diesen als Vorwand für ihren (auch) militärischen Kampf um imperiale Neuordnung. Der Name »Operation Odyssey Dawn« ist Programm. Es zielt auf Einfluss in Afrika, auf Machtansprüche gegenüber Russland, China, Zentralasien und auf Öl, auf andere Naturressourcen, Währungsreserven, Globalpolitik und Militarisierung.

Libyen ist lukrativ – insbesondere für US-amerikanische und europäische Konzerne, vor allem in der Energiewirtschaft und im Militärisch-Industriellen Komplex. Aber auch die Finanzsphäre ist mehrfach hochgradig »interessant«: Da sind das Arabische Bankunternehmen ABC, die Libysche Arabisch-Afrikanische Investitionsbank, die Bankeinlagen von Reichen mit libyschem Pass und das Vermögen des libyschen Staates in aller Welt, im Afrikanischen Währungsfonds, in der Afrikanischen Zentralbank; da sind der libysche Einfluss in der Weltbank und im IWF, das libysche Engagement zur Beendigung des CFA France, was französischen Einfluss in 14 ehemaligen Kolonien schmälert, und vor allem die libysche Kampfansage an das Petro-System, an Verkäufe von Öl gegen US-Dollar.

Auch hatte libysches Kapital den ersten afrikanischen Nachrichtensatelliten ermöglicht und gezeigt, dass man die diesbezüglichen langjährigen leeren Versprechungen der USA und EU, von Weltbank und IWF durchaus adäquat zu beantworten versteht ...

Der »Fall Libyen« macht die Frage nach den Handlungsmöglichkeiten wider US-amerikanische Kapitaloligarchien und für sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung noch dringlicher.

Es geht nicht um Antiamerikanismus – im Gegenteil, denn es geht um die Lebensbedingungen der mehrheitlichen USA-Bevölkerung. Es geht um die Entflechtung und Bekämpfung von einander überlagernden Prozessen, die dafür sorgen, dass die US-amerikanischen Kapitaloligarchien immer wieder neue Schübe von Militarisierung und Überwachung, Finanzialisierung, Liberalisierung, Kommerzialisierung und Privatisierung in Gang setzen können. Nicht dass »unsere« – deutschen und europäischen – Kapitaloligarchien und sonstigen Herrschenden besser wären. Nein, das sind sie nicht, aber »unsere« sind geografisch näher und lassen sich besser bekämpfen, wenn sie nicht noch von geografisch entfernteren weiter angetrieben werden und global noch verhängnisvoller agieren können.

Es geht uns um europäische Integration als ein Raum der gesellschaftspolitischen Alternative – als ein Weg zu mehr Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger in ihren Regionen; und um Solidarität unter ihnen, mit den global Schwächsten, mit der Weltbevölkerungsmehrheit und den Bürgerinnen und Bürgern der USA. Dieser Weg ist die grundlegende schrittweise Umgestaltung von Herrschafts- und Machtverhältnissen, Um- und Abbau von Produktions- und Konsumtionsstrukturen, der Produktions- und Konsumtionsweisen und damit Überwindung des zerstörerischen Quartetts bzw. der sechs zerstörerischen Komponenten. Dabei wird das Wechselverhältnis von Dezentralisierung und Zentralisierung von Entscheidungen, Funktionen und Ressourcen so verändert, dass Zentralisierung demokratisch gestaltet wird, um soziale Ungleichheiten abzubauen, sparsamen Umgang mit Ressourcen zu fördern und Verschmutzung bzw. die Belastungen der Ökosysteme zu mindern bzw. zu begrenzen.

Das muss, wenn wir nicht auf ein besseres Irgendwann warten wollen, in der heutigen EU beginnen, die auf Grund des EU-Rechts, der wirtschaftlichen und der politischen Tatsachen unseren Alltag wesentlich prägt.

Jürgen Habermas (Habermas 2011) und Jacques Derrida (Derrida, Habermas: 2003) haben insofern angesichts der europäischen Verfassungsdebatte durchaus zu Recht daran erinnert, dass das politische Projekt der europäischen Integration historisch zunächst auf die Pazifizierung eines von den Kriegen des 20. Jahrhunderts zerrissenen Kontinentes gezielt hat. Dass an diesem Projekt brutale Kolonialmächte beteiligt waren, übersehen wir dennoch nicht.

Habermas und Derrida haben zugleich auch an die Aufgabe der »Projektväter« erinnert, über das faktische Zusammenwachsen von – in deren Sinne – demokratischer Politik und nationalstaatlichen Verfassungen hinauszukommen sowie daran, dass die europäische Integration immer auch als ein Suchprozess nach einer bedingt demokratischen Institutionalisierung transnationaler Politik angelegt war. Allerdings haben beide nicht nur von vornherein deren Widersprüchlichkeit und

Begrenztheit unzureichend wahrgenommen, sondern auch das, was die »neoliberale Deformation der europäischen Integration« (Huffschmid 2009) bewirkt hat – wodurch die EU faktisch zu einem »Globalisierungsverstärker« (siehe u. a. S. 93 ff., 232) geworden ist, anstatt – eben ambivalente – Chancen einer politischen Gestaltung ökonomischer Kräfteverhältnisse zu eröffnen. Beide haben vor allem übersehen, wie auch die Nationalstaaten und ihre Regierungen immer wieder ihre herrschaftliche Verselbständigung gegenüber demokratischen Prozessen in den eigenen Ländern verstärkt und betrieben haben, indem sie »europäische Sachzwänge« schufen. Diese »Sachzwänge« haben zentrale – vor allem ökonomische – Fragen der politischen Gestaltung durch die Mitgliedstaaten entzogen, ohne entsprechend weitreichende demokratische Einwirkungsformen auf der EU-Ebene zu entwickeln. Aufgrund dieses analytischen Mangels sind auch Habermas' neuere Ansätze zu einer kritischen Intervention gegen das herrschende Modell der EU-Politik (jüngst Habermas 2011) kritikwürdig: Sie sind zwar insofern weiterführend, als sie die Problematik einer gewissen demokratischen Verrechtlichung transnationaler Politik rekonstruieren und auf die Möglichkeiten hinweisen, die in dieser Hinsicht auf der europäischen Ebene bestehen (Habermas 2011: 38 f.). Aber aufgrund Habermas' Tendenz zu einer liberaldemokratischen »Idyllisierung« sowohl der nationalstaatlichen als auch der europäischen Zusammenhänge bleiben sie angesichts der realen EU-Prozesse nicht interventionsfähig – und können daher auch (insbesondere innerhalb der alternativen gesellschaftskritischen Netzwerke, wie sie sich in den letzten 30 Jahren innerhalb der EU durchaus entwickelt haben) nicht in demokratischen Deliberationen vermittelt werden.

Joschka Fischer hat schon Recht, wenn er sagt: »Der europäische Integrationsgedanke lebte auch immer von der Emotionalisierung ... Vernunft ist wichtig, aber sie muss auch emotionsgestützt agieren können. Mit bloßem Pragmatismus allein wird Europa nicht weiterkommen ...« (Fischer 2011: 61).

Allerdings wäre zu fragen, welche »Emotion«, »Vernunft« und welcher »Pragmatismus« produktiv sein können und was für die Arbeit an der sozialökologischen Transformation daraus folgt.

Dass wir unsere Ideen zum sozialökologischen Umbau bzw. zur sozialökologischen Transformation nicht ohne Emotion formuliert haben, ist sicher dem Text anzumerken.

Emotion der Linken ist z. B. auch dann angesagt, Yvo de Boer begrüßt, dass Pensionsfonds Investitionen in Offshore-Windenergie tätigen. Seine Freude wird nur dadurch getrübt, dass die Fonds in andere Wirtschaftsbereiche rentabler investieren können. Der öffentliche Sektor müsse daher mit den nationalen und internationalen Finanzinstitutionen die Investitionsbedingungen für Rentenfonds diskutieren (GGL 27.5.2011).

Privatisierung der Rentensysteme, damit diese – gestützt auf Finanzmärkte – streitbare Energieprojekte finanzieren, kann kein nachhaltiger Weg sein. Ein derartiger Pragmatismus droht, Rentensysteme, den Übergang zur vorrangigen

Nutzung erneuerbarer Energien und Finanzmärkte erneut bzw. weiter zu destabilisieren, Krisen zu forcieren.

Doch de Boer sieht in der Geschäftskonstruktion einen Ausdruck von Vernunft und Solidarität.

Emotion der Linken ist auch angesagt, wenn Dirk Meyer, Professor für Volkswirtschaft an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, wenige Tage vor der Kanzlerin-Rede von Meschede am 17.5.2011, die mit populistisch-nationalistischen Angriffen auf die griechische Bevölkerung Schlagzeilen machte⁸⁷, äußert: »Wenn jetzt griechische Banken, Versicherungskassen und Pensionskassen erheblich von einem Staatsbankrott in Mitleidenschaft gezogen werden, so liegt das in der Natur der Sache. Eine Hilfe durch die EZB für systemrelevante Banken könnte notwendig werden, dann aber nur aus Eigeninteresse der finanzierenden Staaten. ... Wenn wir jetzt die griechischen Pensionsfonds retten würden, würden Rentner profitieren, deren Bezüge von Anfang an gar nicht seriös zu finanzieren waren. Zugleich würde man hier die Zukunftschancen junger Menschen beschränken ... Um es klar zu sagen: Es geht ... um die Kinder der Hartz-IV-Familien, deren Chancen der deutsche Staat dann nicht mehr verbessern kann...« (Meyer 2011). »Die Wirtschaft« vertrage nur so viel Solidarität, wie ihr selbst zugutekomme. Am Tag nach der Meschede Rede erklärte dann Bundesfinanzminister Schäuble: »Ja, die Ereignisse haben gezeigt, dass die gemeinsame Währung nicht ohne Solidarität zwischen den Mitgliedsländern überleben kann. Aber diese Solidarität kann nur verhindern, dass die Krise eines Landes zur Krise der Eurozone wird. Ein Mitgliedsland muss bereit sein, mit den Ursachen seiner Probleme selbst fertig zu werden.« (Schäuble 2011)

Die sich mehrfach verschärfende Eurokrise« folgte aus der 2007 begonnenen globalen Finanzkrise, die schnell zur Weltwirtschaftskrise wurde. Sie hatte zu einem Zeitpunkt eingesetzt, da Ernährungs-, Klima- und Umweltkrisen, Bevölkerungsreproduktionskrisen (einerseits expandierende Bevölkerungszahlen, andererseits Seuchen wie Aids usw.), Energie- und Ressourcenkrisen bzw. Ressourcenverknappung bereits für die menschheitliche Existenz bedrohlich waren. Sie schreiten fort bei sich in Wirtschafts- und Finanzkrisen vollziehender Vernichtung von Kapital und gesellschaftlichem Reichtum.

Das sehen auch viele Eliten und große Teile der Bevölkerung. Die staatlichen Maßnahmen, um Banken und Unternehmen zu stützen, soziale Krisenfolgen abzumildern, sollten nach Meinung sowohl zahlreicher Angehöriger der Eliten als auch und noch viel mehr von ganz »normalen« Menschen genutzt werden, um Ernährungs-, Klima-, Umwelt- und Ressourcenkrisen zu mildern und schrittweise gerecht lösen zu können. Das erklärt die Attraktivität vieler Green-New-Deal-Vorschläge. Diese sind – wie gezeigt – widersprüchlich und auch das Handeln der

87 Vizekanzler Philipp Rösler hat inzwischen den wahltaktisch durchsichtigen Versuch gemacht, die Wogen dieses Rechtspopulismus zur Rettung des bei den Landtagswahlen untergehenden Schiffchens seiner Partei zu nutzen.

Regierenden bleibt widersprüchlich: In Deutschland und in der Europäischen Union wurden Strategien aufgelegt, damit interne (Haushaltsdefizite, hohe öffentliche Verschuldung) und externe (negative volkswirtschaftliche Leistungsbilanz) Schuldner aus ihren Schulden »herauswachsen« und dabei öffentliche Ausgaben sparen.

Damit sind die Lösungsbedingungen für soziale, ökologische und globale Probleme nur noch komplizierter geworden – erst recht, wenn das Vorhaben des »Herauswachsendens« nicht klappt wie in Griechenland, Irland, Portugal und Spanien.

Bei der Suche nach Wegen, wie es dennoch gelingen kann, wirksam um einen problemlösungsorientierten Politikwechsel zu kämpfen, haben wir uns zu anderen und gemeinsam mit anderen bewegt und dabei im gemeinsamen Beratungsprozess gelernt. Unsere Broschüre ist als gemeinsame Reflexion von alternativen Praxen, von tatsächlich stattgefundenen/stattfindenden Debatten, Versuchen, Projekten entstanden.

In diesen wurde und wird von unterschiedlichen politischen Akteuren, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern immer wieder auf Karl Polanyis »The Great Transformation« verwiesen. Das geschieht auch und insbesondere mit dem Blick auf »Rio de Janeiro 2012«. So erschien Anfang Juli das Gutachten der Vereinten Nationen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage 2011. Sein Titel lautet: »Die große grüne technologische Transformation« (United Nations 2011). Es orientiert auf Technologien zur Bekämpfung von Armut, Klimawandel und Schwund der Biodiversität. Saubere Energietechnologien, Technologien für die nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, klimafreundliche Infrastrukturen und die Verminderung von biologisch nicht abbaubaren Abfällen werden als Notwendigkeiten genannt, weshalb die Herausforderungen heißen: »Grüne Energietransformation«, »Wirkliche grüne Revolution in der Landwirtschaft«, »Innovation zur Katastrophenreduzierung« und »Politikwechsel auf allen Ebenen« (United Nations 2011: 5-20). Das Gutachten ist wiederum ambivalent, aber die hier genannten Prioritäten, Schwerpunkte und Herausforderungen können wir uns zu eigen machen. Ihr realer politischer Aneignungsprozess geht unvermeidlich zusammen mit dem Einstieg in den sozialökologischen Umbau – in die Veränderung gesellschaftspolitischer Machtverhältnisse zugunsten der global Ärmsten und Armen, des Erhalts der natürlichen Lebensbedingungen. Leider folgt die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung zu »Rio+20« diesem Herangehen nicht, sondern der »Strategie EU2020«, die vorrangig auf globale Konkurrenzfähigkeit zielt. Dieser sind »drei miteinander verbundene Dimensionen« untergeordnet, »um eine Ökologisierung der Wirtschaft zu erreichen: »(1) Investitionen in die nachhaltige Bewirtschaftung von Schlüsselressourcen und Naturkapital (>was<) (2) Schaffung der richtigen Markt- und Regulierungsbedingungen (>wie<) (3) Bessere Governance und engere Einbindung des Privatsektors (>wer<).« (KOM(2011) 363: 5-6)

Wenn sich die Europäische Kommission, der Wissenschaftliche Beirat für globale Umweltfragen, Anthony Giddens oder Meinhard Miegel auf Karl Polanyi

stützen, geht es ihnen darum, zu erklären, dass die »Transformation zur kohlenstoffarmen Wirtschaft« und/bzw. zur »kohlenstoffarmen Gesellschaft«, diese grundlegend wandeln und in die Biosphäre einbetten – sie ökologisch modernisieren – würden.

Dabei soll die Bewegung von Arbeit(skräften), Boden und Währungen nicht von ihrer Marktbestimmung – der Bestimmung durch die an und hinter den Märkten Mächtigsten – befreit werden. Die Macht- und Eigentumsverhältnisse in Bezug auf die gesellschaftlichen Produktionsmittel sollen nicht verändert werden. Dies aber wäre die Bedingung dafür, dass im Sinne von Polanyi die Märkte (wieder) in die Gesellschaft eingebettet würden, damit die Gesellschaft Freiheit und Frieden hervorbringen und erneuern kann.

Und auch dies wäre »nur« ein erster Schritt.

Schon unsere Formulierung von der »Einbettung« der Menschheit und ihres Wirtschaftens in die Biosphäre »verrät«, dass auch wir uns auf Karl Polanyis Werk beziehen, in dem sich Zukunfts-Aussagen finden wie: »Die persönliche Freiheit muss um jeden Preis bewahrt werden, auch um den Preis der Effizienz in der Produktion, der Wirtschaftlichkeit in der Konsumtion oder der Zweckmäßigkeit in der Verwaltung.« (Polanyi 1978: 339) »...Friede und Freiheit ... müssen die erklärten Ziele der Gesellschaft werden, der wir zustreben.« (Polanyi 1978: 337)

Wir lesen sie nicht ohne Emotion und sehen Karl Polanyi als geistigen Partner: Er wollte eine Gesellschaft ohne kapitalistische Produktionsweise.

Und so fragten wir mit Karl Polanyi, was getan werden kann und muss, damit die Menschheit so nachhaltig in die gesundende Biosphäre eingebettet wird, dass all ihre Mitglieder individuell frei, einander sozial gleich und solidarisch werden?

Die mit sozialökologischem Umbau beginnende sozialökologische Transformation steht für die Befreiung der Menschen durch die Menschen, für die grundlegende Umgestaltung ihrer Verhältnisse untereinander und zur Natur und damit ihrer Wechselverhältnisse im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, insbesondere in der Wirtschafts- und Produktionssphäre. Im Verlauf der sozialökologischen Transformation würden in den Gesellschaften und weltweit Zustände überwunden, die bedeuten, dass sich die einen auf Kosten des Lebens, der Arbeit, der Freiheit und Selbstverwirklichung, der natürlichen Lebensbedingungen der anderen reproduzieren. »Die Einen und die Anderen« haben immer auch ein individuelles Wohlbefinden, eine individuelle Gesundheit, innere Stoffwechselprozesse und individuelle Stoffwechselprozesse mit der Natur. Sie leben immer auch und insbesondere in Geschlechterverhältnissen, in Familien bzw. sehr unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen.

Beim sozialökologischen Umbau geht es um fortwährende – individuell und kollektiv reflektierende – Suchprozesse, in denen Menschen in Interessenwidersprüchen und widersprüchlichen Prozessen Handlungsmöglichkeiten aufspüren, erschließen und nutzen, um im Ringen um solidarische, gerechte und nachhaltige Lösungen für soziale, ökologische und globale Probleme Kooperationen umzu-

bauen und neue solidarische Kooperationen zu organisieren. Dabei überwinden sie die gesellschaftspolitisch gesetzte horizontale und vertikale Scheidung zwischen den Wissenschaften, zwischen Politik- und Verwaltungsressorts, zwischen konkreten Arbeitsfunktionen in Unternehmen und Einrichtungen, zwischen Produzenten und Konsumenten, zwischen Unqualifizierten, Lernenden, Lehrenden und Forschenden, zwischen den Linken in unterschiedlicher sozialer Lage, unterschiedlichen sozialen und politischen Zusammenhängen, mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten, Verantwortlichkeiten...

Sozialökologischer Umbau beginnt als eine Kulturfrage: Die Entwicklung der »Problemlösungsk Kooperationen« kann nur von konkreten Akteuren in konkreten Regionen ausgehen bzw. regional verankert und gestützt erfolgen. Sie kann nur mit bzw. als erkämpfte Demokratisierung voranschreiten. Die neue Form von Vergesellschaftung – zunächst vor allem als politische Gegenbewegung von unten initiiert – erfordert eine solidarische Arbeitsorganisation, spezifische Technik und Instrumentarien, neue Kommunikationsweisen und permanentes Lernen. Die neue Vergesellschaftungsform ist Bezugspunkt und Inhalt des notwendigen Umbaus der Produktions- und Konsumtionsstrukturen, der Entgiftung und – soweit möglich – der beschädigten Ökosysteme, der Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Regulierungsweise der Wirtschaft, der realen Veränderung von Lebensweisen. Die Durchsetzung eines neuen Regulationsmechanismus setzt ein breites Bündnis von politischen Akteuren voraus, das einschneidende Maßnahmen fordert, entwickelt, unterstützt, gemeinsam durchsetzt. Die in der weiteren Perspektive zu realisierende neue Vergesellschaftungsform kann dann nur in gesellschaftlicher Transformation verallgemeinert werden und muss deren integraler Bestandteil werden.

Sozialökologischer Umbau beginnt mit dem Rück-, Um- und Abbau des zerstörerischen Quartetts, wobei der High-Tech-Bereich und die Finanzsphäre helfen sollen und daher ebenfalls rück-, ab- und umgebaut werden müssen: Die sehr vielfältigen und komplexen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge in der Energiewirtschaft, zwischen der Energiewirtschaft und der übrigen Wirtschaft, vor allem aber zwischen der Energiewirtschaft und der Gesellschaft insgesamt wären bzw. sind umzuwälzen – es geht um Energie für eine sich wandelnde Gesellschaft mit einer sich wandelnden Wirtschaftssphäre. Damit geht es um andere Entscheidungsprozesse und andere Energieträger; um eine andere Energieproduktion und -anwendung; um andere Arbeitsmittel und Arbeitsinhalte; um andere Gebrauchswerte, die vielfach auch zu anderem Zweck produziert werden. Das »Herzstück« der alternativen Energiewende sind die drastische Einsparung des Energieverbrauchs, die Steigerung der Energieeffektivität (Faktor 8-10), der Übergang zur vorrangig dezentralen – sozial und ökologisch nachhaltigen – Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien. Das heißt die lokalen und regionalen Energieträger sollen maximal und mit den minimalsten negativen Auswirkungen auf die Menschen und ihre natürlichen Lebensbedingungen erschlossen

und genutzt werden. Anderen soll solidarische Hilfe erwiesen werden, dies ebenfalls zu tun. Ausgehend von diesem Prinzip soll die überregionale, europäische und internationale Zusammenarbeit organisiert werden.

Dabei würden Entscheidungen, Ressourceneinsatz und Ressourcennutzung stärker dezentralisiert und zugleich so umorganisiert (d. h. teilweise auch konzentriert), dass insgesamt Transportkilometer und -umsätze vermieden und drastisch reduziert werden, dass in den globalen Industrieregionen eine allgemeine Entschleunigung der Produktion, Zirkulation, der Konsumtion und insgesamt des gesellschaftlichen Alltags erfolgt und damit Lärm, Flächenverbrauch und Verschmutzung der Natur reduziert werden. Das bedeutet Rückbau von Transportwegen und Zersiedelung, Einschränkung von Verkehr in den Wohngegenden, von Transporten zur Warenproduktion und Warenkonsumtion, Umbau von Produktionsprozessen, der Transportwirtschaft, der Transportmittel und Kraftstoffe produzierenden Industrie, der Umgestaltung von Städten und ländlichen Räumen sowie ihrer Wechselbeziehungen. Die Menschen würden sich mehr bewegen und in verschiedenen Kontexten räumlich mehr zusammenleben.

So wären Entwicklungen einzuleiten, die lokale und regionale Lebensmittelproduktion aufwerten, zu Schwerpunkten lokaler und regionaler Entwicklung machen. In unseren Gesellschaften würde der Konsum von tierischen Produkten, insbesondere von Fleisch und Hochseefischen reduziert. Drastisch reduziert würde die Energie- und Transportintensität von Lebensmitteln. Zur Reduzierung der Energieintensität käme ein Ab- und Umbau bei der Herstellung von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln. Die Landwirtschaft würde ihren Anteil an der Schaffung von Hilfsmitteln für die eigene Produktion erhöhen – Stichwort: Naturdünger. Ebenso würde ihr Anteil an der Produktion von Grundstoffen wie Baumaterialien steigen. Wieder- bzw. Neuaufforstung würde insbesondere beim Rückbau von Zersiedelung fortschreiten. Dafür wären neue Technik und Technologien zu entwickeln und zu produzieren, wofür technische, ökonomische und soziale Vorleistungen zu schaffen wären (Scheer 2010: 233 ff.).

Das kurz Skizzierte bedeutet Abbau und Umbau im Landmaschinenbau und in der Chemie, in der Transportwirtschaft und in der Lebensmittelindustrie und ihnen vorgelagerten produktionsmittelherstellenden Bereichen (Scheer 2010: 236 f.)

Entwicklungspolitik und verantwortungsvolle Partnerschaftspolitik mit ärmeren und armen Ländern muss vorrangig bzw. primär auf die Stärkung der lokalen Lebensmittelproduzentin orientieren. Sie soll davon befreit werden, sich bedroht sehen zu müssen – als eine zurückgebliebene Form der gesellschaftlichen Arbeit, die vom »Fortschritt« zur Disposition gestellt wird. Sie ist dagegen als spezifisch sozialökologisch angemessene und intelligente Gestalt anzuerkennen und sensibel zu fördern.

So müssen die Interessen der lokalen Lebensmittelproduzentin im globalen Süden zu einem elementaren Ausgangspunkt von Akteuren verantwortungsvoller Sicherheitspolitik werden bzw. sein. Schließlich gehen diese Akteure von mensch-

heitlichen Existenzproblemen aus, setzen sich mit den Interessen anderer und daher mit sozialen Spaltungen, mit Armut und sozialer Ungleichheit auseinander, mit Gewalt gegen Menschen und ihre natürlichen Lebensbedingungen.

Der Rückbau und die Demontage des Sicherheitsbereiches/des Militärisch-Industriellen Komplex beginnt mit dem erkämpften gesellschaftspolitischen Verzicht auf Ausbau und Aufrechterhaltung von militärischer Angriffsfähigkeit, weil »wir so nicht weitermachen« können und wollen, weil »wir« frei und solidarisch sein wollen.

Es geht uns um den Wandel von Produktions- und Lebensweisen, um lebenswerte menschheitliche Zukunft zu ermöglichen – aber nicht auf der hohen Abstraktionsebene der meisten Green-New-Deal-Projekte bzw. der ökologischen Modernisierung, die soziale Hierarchien übersehen oder hinnehmen: Beim sozialökologischen Umbau als Beginn sozialökologischer Transformation soll fortschreitendes Zusammendenken und Zusammenbringen von Jenen sozial und kulturell so vielfältig Anderen stattfinden, die unter den herrschenden Zuständen leiden und nur frei werden können, wenn sie die gesellschaftlichen soziale Ungleichheit und Geschlechtshierarchien produzierenden und reproduzierenden Strukturen überwinden.

Weil sozialökologischer Umbau als Idee und Politikorientierung ohne Kompromisse die menschheitliche Existenzfrage in den Mittelpunkt stellt und von dieser aus Entwicklungs- und Veränderungserfordernisse diskutiert, kann er Realpolitik wie positive Utopie, Widerstand wie Gestaltung, unversöhnlichen Kampf und Kompromiss verbinden. Weil er in sozialer Gerechtigkeit und in demokratischer Gestaltung als gesellschaftlicher Aneignung die Triebkräfte seines Realisierungsprozesses hat, ist er ein offenes emanzipativ-solidarisches Bündnisprojekt.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat mit ihrem Zukunftsbericht »Leben statt gelebt zu werden« die Leitbilder vom selbstbestimmt und solidarischen handelnden Menschen und von einer Gesellschaft selbstbestimmt und solidarisch handelnder Menschen entwickelt. Wir haben die Leitbilder erweitert, denn wir setzen auf die selbstbestimmt, solidarisch und (daher) ökologisch verantwortungsvoll handelnde Frau, auf den selbstbestimmt, solidarisch und (daher) ökologisch verantwortungsvoll handelnden Mann. Wir haben aufgezeigt, wo und wie heute Engagement pro sozialökologischen Umbau bzw. sozialökologische Transformation wirksam werden kann: als Ringen um demokratische, soziale und ökologische Standards und ihre Sicherung über die Demokratisierung der Gesellschaft, insbesondere des Öffentlichen und so der öffentlichen Finanzen; als Eintreten für problemlösungsorientierte Lokal- und Regionalentwicklung; als konkreter lokal und regional gestützter Kampf gegen die Herrschenden/die Kapitaloligarchien – gegen die Führenden in der Energie-, Transport- und Landwirtschaft, im MIK, im High Tech- und Finanzbereich.

Damit haben wir die Idee vom »Sozialismus als Tagesaufgabe« präzisiert, sie mit der Idee des sozialökologischen Umbaus verbunden: Sozialökologischer Um-

bau bzw. sozialökologische Transformation ist hier und heute als ein sozialistischer Beitrag im Kampf um Nachhaltigkeit zu artikulieren – »Lasst uns über Alternativen reden – solidarisch und gerecht«.

»Das ergebene Ertragen der gesellschaftlichen Wirklichkeit gibt dem Menschen den unbezwinglichen Mut und die Kraft, alle Ungerechtigkeit und Unfreiheit, die sich beseitigen lassen, zu beseitigen.« (Polanyi 1978: 344)

Quellenangaben

- Abschlussbericht (2011): Abschlussbericht der Ethikkommission »Deutschlands Energiewende – Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft«, vorgelegt von der Ethikkommission Sichere Energieversorgung, Berlin.
- Adler, Frank, Schachtschneider, Ulrich (2010): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise, München.
- AG Wirtschaftspolitik (2007): Demokratische und solidarische Energiewende – Herzstück des sozialökologischen Umbaus, Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik der LINKEN, Berlin.
- Alexander, David (2011): UPDATE 1-Pentagon to treat cyberspace as 'operational domain', Reuters, 14.7.2011, Washington.
- als/AFP (2006): CDU will Bundeswehr aus Entwicklungshilfe-Etat bezahlen, spiegelonline 8.9.2006 (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,435912,00.html>).
- Altwater, Elmar (2011): An den Grenzen des Global Compact. Unternehmen im Konflikt um globale Ressourcen, in: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung 3-4.
- Altwater, Elmar (1991): Die Zukunft des Marktes, Münster.
- Anchorage Erklärung (2009): in Heidi Feldt, Stärkung indigener Organisationen in Lateinamerika, Indigene Völker und Klimapolitik, Überblick über die aktuelle Situation und indigene Positionen, im Kontext der Verhandlungen zur Klimarahmenkonvention (http://www.pro-regenwald.de/news/2009/05/08/Indigene_V_lker_lehn).
- Archondo, Rafael (2011): Statement des Ständigen Vertreters des Plurinationalen Staates Bolivien bei den Vereinten Nationen in der Debatte des Sicherheitsrates zum Erhalt des internationalen Friedens und der Sicherheit: Der Einfluss des Klimawandels, 20.7.2011 (<http://pwccc.wordpress.com/2011/07/20/statement-by-bolivia-during-the-security-council-debate-the-impact-of-climate-change/>).
- Axer-Dämmer, Gerda (2011): Wenn Staatsbürger in Uniform müssen: Bleibt das zivile Leitbild der Bundeswehr auf der Strecke, in: Internationale Politik und Gesellschaft 1/2011, Berlin.
- Aydin, Alev Dilek, Ayturk, Yusuf, Canikli, Seda, Kozanoglu, Ozlem, Ozan, Kurtulan (2011): Financialisation and Turkish Economy, Beitrag zur IIPPE-Konferenz in Istanbul.
- Ayres, Robert U. (1999): Turning Point. The End of the Growth Paradigm, London.
- Bayerisches Landesamt für Umwelt (2009): Umweltwissen. Der ökologische Fussabdruck, München (http://www.lfu.bayern.de/umweltwissen/doc/uw_86_oekologischer_fussabdruck.pdf).
- BDI (2009): Berliner Appell der BDI-Klimainitiative für ein effektives und faires Klimaschutzabkommen, 17. November 2009, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., Berlin.
- Beckmann, Hanna, Gunkel, Christoph, Jung, Alexander u. a. (2008): Ökriese 2.0, in Spiegelonline vom 14.7.2008 (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-58138728.html>).
- Benjamin, Walter (1955): Einbahnstraße, Frankfurt am Main.
- Berger, Roland, Karte, Joachim (2005): Innovation und Wachstum im Gesundheitswesen, Roland Berger Strategy Consultant.
- Besse, Tim, Prange Florian (2010): Biodiversität und umweltschädliche Subventionen in der EU (http://www.foes.de/pdf/2010-04%20Biodiversitaet_EUinfo.pdf).
- Bhagwat, Vishu (2010): The Weaponization of Space: Corporate Driven Military Unleashes Pre-emptive Wars, (<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=21432>).
- BICC (2011): Jahresbericht 2010/2011, Bonn International Center for Conversion, Bonn.
- BICC (14.5.2009): Presseerklärung zum Jahresbericht 2008/2009, (<http://www.bicc.de/press/press-2009/presseerklaerung-jahresbericht-2008-2009.html>).
- Bieling, Hans-Jürgen (2009): »Private before State«? On the Development of Political Ideal Models of the Role of the State, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 3/2009, Berlin.
- Bimboes, Detlef (2010a): Wachsen und Weichen – Produktion, Lebensweise und Konsum umwälzen. Gegenwart meistern, Zukunft anpacken (<http://www.linksreformismus.de/lang/Bimboes.pdf>).
- Bimboes, Detlef (2010b): Grußwort an die Teilnehmer der Demonstration in Kuhz gegen die Schweinemastanlage Haßleben am 12. Juni 2010 (<http://www.kontraindustrieschwein.de/pdf/bimboes.pdf>).
- Bingham, John (2009): Al Gore draws on Winston Churchill in global warming alert (<http://www.telegraph.co.uk/earth/environment/globalwarming/5776489/Al-Gore-draws-on-Winston-Churchill-in-global-warming-alert.html>).
- Blackburn, Robin (2006): Finance and the Fourth Dimension, in: New Left Review 39, Mai/Juni 2006, London.
- BMU, UBA (2010): Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.), Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Berlin/Dessau.
- BMU, UBA (2009a): Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Umweltbundesamt (Hg.), Umweltwirtschaftsbericht 2009, Kurzfassung, Berlin/Dessau.
- BMU, UBA (2009b): Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Umweltbundesamt (Hg.), Umweltbewusstsein und Umwelverhalten der sozialen Milieus in Deutschland, Berlin/Dessau.

- Boaddock, Karl-Dieter (2010): Für Stuttgart 21 gibt es Alternativen. Stuttgart.
- Boeing, Niels (2011): Energieeffizienz ist keine effiziente Strategie (<http://www.heise.de/tr/blog/artikel/Energieeffizienz-ist-keine-effiziente-Strategie-1195144.html>).
- Boss, Alfred, Rosenschon, Astrid (2002): Subventionen in Deutschland. Quantifizierung und finanzpolitische Bewertung, Kieler Diskussionsbeiträge 392/393, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Bownan, Andy, Wainwright, Hilary (2009): A real green Deal (<http://www.redpepper.org.uk/a-real-green-deal/>).
- Braithwaite, John, Drahos, Peter (2000): Global Business Regulation, Cambridge.
- Brangsch, Lutz, Lux, Vanessa (2011): Radikale Veränderungen. Lutz Brangsch zum Stiftungsprojekt für eine solidarische Gesellschaft, in: Rosalux 2/2011, Berlin.
- Brangsch, Lutz, Brangsch, Petra (2005) (Hg.), Haushalt, Haushaltspolitik und Demokratie, Manuskripte 54, rls, Berlin.
- Braun, Annelies (1999): »fiktive Waren«, in: HKWM, Band 4, Hamburg.
- Braungarts, Michael, McDonough, William (2008) (Hg.), Die nächste industrielle Revolution: Die Cradle-to-Cradle-Community. Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 2008.
- Brie, Michael, Chrapa, Michael, Klein, Dieter (2002): Sozialismus als Tagesaufgabe, Manuskripte 36, rls, Berlin.
- Brundtland, Gro H. (1987) (ed.): Our Common Future. Report of the World Commission on Environment and Development. United Nation New York.
- Brunnengräber, Achim, Dietz, Kristina, Wolf, Simon (2008): Klima-Kapitalismus der EU, Klimaschutz als Wettbewerbspolitik, in Widerspruch 54 (2008).
- Bsirske, Frank (2006): Vorwort, in: Soziale Verantwortung in transnationalen Unternehmen? Neue Wege zur Internationalisierung gewerkschaftlichen Handelns, ver.di, Berlin.
- BUND (2011): Mehr Bürger- und Klagerechte gegen Großprojekte. EuGH-Entscheidung zum Kraftwerk Lünen, Presseerklärung vom 12.5.2011 (http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/klima_und_energie/20110512_klima_energie_hintergrund_eugh_luenen.pdf).
- Bundesministerium (2010): Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Energie in Deutschland. Trends und Hintergründe zur Energieversorgung, Aktualisierte Ausgabe August 2010, Berlin.
- Bundesregierung (2011): Der Weg zur Energie der Zukunft – sicher, bezahlbar, umweltfreundlich (http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2011/06/2011-06-06-energiekonzept-eckpunkte.property=publicationFile.pdf).
- Bundesregierung (2009): Antwort auf kleine Anfrage DIE LINKE 16/13256, (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/132/1613256.pdf>).
- Bunker, Stephen G., Ciccantel, Paul S. (1998): Raw Materials Access Strategies of Rising Hegemons, in: W. L. Goldfrank, D. Goodman, A. Szasz (Eds.), Ecology in the World System, Greenwood Press, Westport.
- Burghardt, Tom (2011): Security Grifters Partner-Up on Sinister Cyber-Surveillance Project (<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=25503>).
- Buttler, Friedrich (2009): Globalization of the Community of Solidarity – the Feasibility of Global Social Security in Poor and Emerging Countries, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 4/2009, Berlin.
- Calliess, Christian, Enderlein, Henrik, Fischer, Joschka, Habermas, Jürgen (2011): Europa und die neue Deutsche Frage, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2011, Berlin.
- Canzler, Weerth, Knie, Andreas (2009): Grüne Wege aus der Autokrise. Vom Autobauer zum Mobilitätsdienstleister, Ein Strategiepapier, Heinrich Böll Stiftung, Berlin.
- Ceceña, Ana Esther (2009): SOA Violence and Drug War. Militarization in Mexico, in: Presente!, Summer 2009 (www.soaw.org).
- Chapin, Stuart F., Lambin, Eric F., Lenton, Tim u. a. (2009): A save operating space for humanity, in: Nature 461 (7263), London, Melbourne.
- Chavez-Zander, Ursula, Krawinkel, Michael (2010): Konsumverhalten ist klimawirksam – Was tragen wir durch unsere Essgewohnheiten zum Klimawandel bei, in: böll 2/2010, Berlin.
- Chossudovsky, Michel, The Global Economic Crisis: An Overview; War and the Economic Crisis (2010): in: Chossudovsky, Michel, Marshall, Andrew Gavin, The Global Economic Crisis. The Great Depression of the XXI century, Montréal, Québec.
- Club of Rome (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart.
- Cochabamba (2010): Weltkonferenz über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde, Abkommen der Völker, 22 April 2010 in Cochabamba, Bolivia, in: Sand im Getriebe, Attac, Sonderheft Juli 2010 (http://www.attac.de/uploads/media/sig_sn_Internationale_Erklarungen.pdf).
- Cornish, Stephan, Glad, Marit (2008): Civic-military relations: No room for humanitarianism in comprehensive approaches, in: Security Policy Library 5/2008, Flekkejord.
- Dakar Appeal (2011): Dakar Appeal against Land Grabbing (<http://dakarappeal.org>).
- Daly, Herman (2001): Unwirtschaftliches Wachstum und Globalisierung in einer vollen Welt, in: Natur & Kultur 2/2, Bad Mitterndorf.
- Davis Mike, Sanders Barry (2009): The Green Zone: The Environmental Costs of Militarism, AK Press.

- Dellheim, Judith (2010): Statt »pro oder contra Wachstum« den sozialökologischen Umbau einleiten!, Reihe Standpunkte 27/2010, RLS, Berlin.
- Dellheim, Judith (2008): Sieben Diskussionsthesen zu Energiepolitik und sozialökologischen Umbau, in: Dellheim, Judith, Krause, Günter (2008): (Hg.), Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation, rls, Manuskripte 77, Berlin.
- Dellheim, Judith (2007): 12 Diskussionsthesen, in: Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik der LINKEN, Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Demokratische und solidarische Energiewende – Herzstück des sozial-ökologischen Umbaus, Berlin.
- Dellheim, Judith, Krause, Günter (2008): (Hg.), Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation, rls, Manuskripte 77, Berlin.
- Dellheim, Judith, Krause, Günter, Paust-Lassen, Pia, Spangenberg, Joachim, Wolf, Frieder Otto (2008), in: Dellheim, Judith, Krause, Günter (2008): (Hg.), Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation, rls, Manuskripte 77, Berlin.
- Dellheim, Judith, Wolf, Frieder Otto (2009): Die Green New Deals – Positionen von links, Reihe Standpunkte 11/2009, RLS, Berlin.
- Demokratischer Aufbruch (1989): Leipziger Programm vom 17.12.1989, (<http://www.ddr89.de/ddr89/da/DA33.html>).
- Derrida, Jacques, Habermas, Jürgen (2003), Die Wiedergeburt Europas. In: <http://geogate.geographie.unimarburg.de/parser/parser.php?file=/deuframat/deutsch/1/habermas/start.htm>).
- Deutsche Bank (2011): Geschäftsbericht 2010 (http://geschaeftsbericht.deutsche-bank.de/2010/gb/servicesseiten/downloads/files/dbfy2010_gesamt.pdf).
- Deutsche Bank (2010): Geschäftsbericht 2009, (http://geschaeftsbericht.deutsche-bank.de/2009/gb/servicesseiten/downloads/files/dbfy2009_gesamt.pdf).
- Deutsche Psychoanalytische Vereinigung (2011): Stellungnahme zur atomare Katastrophe in Japan, 29.3. (<http://www.sfi-frankfurt.de/fileadmin/redakteure/2011-DPV-Japan/2011-DPV-Japan.pdf>).
- DGB (2010): Geld ist genug da, in: Klartext 4/2010, Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin.
- DIE GRÜNEN (2009): Europawahlprogramm (http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Europawahlprogramm/Europawahlprogramm.pdf).
- DIE GRÜNEN (2009a): Ökologische Modernisierung – Klimaschutz schafft Arbeit Fraktionsbeschluss vom 12. Januar 2009, Berlin.
- DIE GRÜNEN (2009b): Grüne Industriepolitik: Zukunftsfähig durch ökologische Modernisierung, Fraktionsbeschluss 22. April 2009, Berlin.
- DIE GRÜNEN (2009c): Der neue grüne Gesellschaftsvertrag. Klima, Arbeit, Gerechtigkeit, Freiheit, Bundestagswahlprogramm, Berlin.
- DIE GRÜNEN (1990): Das Programm zur 1. Gesamtdeutschen Wahl (http://www.boell.de/downloads/stiftung/1990_Wahlprogramm.pdf)
- DIE GRÜNEN (1987): Wahlaufufruf (http://www.boell.de/downloads/stiftung/1987_Wahlaufufruf.pdf).
- DIE GRÜNEN (1986): Umbau der Industriegesellschaft. Schritte zu Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung (http://www.boell.de/downloads/stiftung/1986_Umbauprogramm%281%29.pdf).
- Diskussionsforum (2011): Dokumentation des Diskussionsforums: Geschäftsinteressen vor Mensch und Umwelt? Das Freihandelsabkommen EU-Kolumbien/Peru in der Diskussion, 24.03.2011, Berlin (http://www2.weed-online.org/uploads/diskussionsforum_dokumentation.doc).
- Dohms, Heinz-Roger (2011): <http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/rohstoffe/termingeschaefte-bauer-an-der-boerse/60012152.html>.
- Doll, Frank, Gerth, Martin (2011): Wie Anleger von steigenden Agrarpreisen profitieren (<http://www.wiwo.de/finanzen/wie-anleger-von-steinigenden-agrarpreisen-profitieren-455235/4/>).
- Ebenau, Matthias, Schmalz, Stefan (2011): Auf dem Sprung – Brasilien, Indien und China. Zur gesellschaftlichen Transformation in der Krise, Reihe einundzwanzig der rls, Bd. 4, Berlin.
- EC (2011, IP/11/42): Galileo und EGNOS: Kommission legt Halbzeitüberprüfung der europäischen Satelliten-Navigations-Programme vor, 18.1.2011, Brüssel.
- EC (2011, IP/11/236): Kommission leitet Konsultation über »Europa-2020-Projektanleihen« zur Infrastrukturfinanzierung ein, 28.2.2011, Brüssel.
- Ecological Footprint Atlas (2010): The Ecological Footprint Atlas, Global Footprint Network (<http://www.footprintnetwork.org>), Oakland.
- Economist: siehe The Economist.
- Engdahl, William F. (2011): Getting used to Life without Food. Wall Street, BP, bio-ethanol and the death of millions (<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=25483>).
- Engelhardt, Tom (2011): The real US National Security Budget (<http://original.antiwar.com/engelhardt/2011/03/01/the-real-us-national-security-budget/>).
- EPE (2009): The European Resource Efficiency Alliance contribution to the commission consultation on the future

- »EU2020«, Brussels (http://www.epe.be/files/Europe2020_final.pdf).
- Epstein, Gerald (2002): Financialisation. Rentier Interests, and Central Bank Policy. Department of Economics and Political Research Institute (PERI), Amherst.
- EurActiv (2010): 15.6., 16.8., 18.8. (<http://www.euractiv.com/de>).
- EurActiv (2011): 13.5., 23.5. (<http://www.euractiv.com/de>).
- Eurobarometer 322 (2009): Europeans' attitudes towards climate change, Special Eurobarometer, Europäische Kommission, Brüssel.
- Eurobarometer 313 (2009): Europeans' attitudes towards climate change, Special Eurobarometer, Europäische Kommission, Brüssel.
- Eurobarometer 300 (2008): Europeans' attitudes towards climate change, Special Eurobarometer, Europäische Kommission, Brüssel.
- Europäisches Parlament (2011): Entschließungsantrag zur Festlegung eines gemeinsamen Standpunkts der Union vor der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (Rio+20), B7-0522/2011, Brüssel.
- European Commission (2009): Public Finances in EMU 2009, Brussels.
- Falk, Rainer (2011): Wie Finanzinvestoren Rohstoffpreise beeinflussen: Die Wucht der Finanzialisierung, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Juni 2011 (www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org).
- FAO (2011): FAO/OECD-Agrarausblick 2011; Zusammenfassung in Deutsch, Paris.
- Figge, Frank, Hahn, Tobias, Ilge, Lydia (2010): Unsere Bilanz soll grüner werden. Wie Unternehmen Nachhaltigkeit vortäuschen, in: Le Monde diplomatique 2/2010, Berlin.
- Fischer, Joschka (2011): Europa und die neue Deutsche Frage, in: Christian Calliess, Henrik Enderlein, Joschka Fischer und Jürgen Habermas, Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2011.
- Flassbeck, Heiner (2010): Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts, München.
- Flipo, Fabrice, Schneider, Francois (2008): Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity. Proceedings of the First International Degrowth Conference, Paris, 18-19 April 2008.
- Flunders, Sara (2009): Pentagon's Role in Global Catastrophe: Add Climate Havoc to War Crimes (<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=16609>).
- FÖS (2010): Der Beitrag einer modernen Umweltpolitik zur Haushaltskonsolidierung, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, FÖS-Kurzkonzept (http://www.foes.de/pdf/Kurzkonzept_Subventionsabbau.pdf).
- Foster, John Bellamy (2008): The Financialization of Capital and the Crisis, in: Monthly Review 59, April 2008.
- Friedensgutachten (2011): Tobias Debell, Christiane Fröhlich, Corinna Hausdewell u. a. (Hg.), Friedensgutachten 2011, Hamburg (<http://www.friedensgutachten.de>).
- Fritz, Thomas (2010): Das große Bauernlegen – Agrarinvestitionen und der Run auf's Land, FDCL, Berlin.
- Fritz, Thomas (2009): Peak Soil. Die globale Jagd nach Land. FDCL, Berlin.
- Fröhlich Christiane, Guesnet, Lena, Müller, Marie (2011): Versorgungssicherheit um jeden Preis? Europas Rohstoffhunger zwischen Angst vor Knappheit und Notwendigkeit zur Kooperation, in: Friedensgutachten 2011, Zusammenfassungen der Einzelbeiträge, Hamburg.
- Fücks, Ralf (2010): Trotz Kopenhagen – Die grüne Zukunft hat schon begonnen, in: böll 1/2010, Berlin.
- Fücks, Ralf (2009): Green New Deal, in: böll 1/2009 Berlin.
- Gabriel, Sigmar (2009): Klimapolitik: Die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts, in: Reiner Braun, Fritz Brickwedde, Thomas Held u.a. Kriege um Ressourcen. Herausforderungen für das 21. Jahrhundert, München.
- Gabriel, Sigmar (2008): Links neu denken. Politik für die Mehrheit. München, Zürich.
- Gassler, Helmut, Polt, Wolfgang, Rammer, Christian (2006): Schwerpunktsetzungen in der Forschungs- und Technologiepolitik – eine Analyse der Paradigmenwechsel seit 1945, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP) 1/2006, Wien.
- Geden, Oliver (2009): Die Renaissance des Rechtspopulismus in Westeuropa, in: Internationale Politik und Gesellschaft 2/2009, Berlin.
- Gesamtstrategie 2008: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World, Renewing Transatlantic Partnership (http://csis.org/files/media/isis/events/080110_grand_strategy.pdf)
- GGL (2011): Green Growth Leaders, Shaping the Economy, Report, (http://greengrowthleaders.org/wp-content/uploads/2011/04/Shaping-the-Green-Growth-Economy_report.pdf).
- GGL (27.5.2011): (<http://greengrowthleaders.org/uncategorized/yvo-de-boer-private-capital-must-take-on-the-green-growth-challenge/>).
- Gethmann, Carl-Friedrich (2011): Jeder braucht Zugang zur Steckdose, (<http://www.tagesspiegel.de/meinung/jeder-braucht-zugang-zur-steckdose/4174850.html>).
- Giddens, Anthony (2011): The Mistakes about Green Growth, (<http://greengrowthleaders.org/featured/giddens-the-mistakes-about-green-growth/>).
- Giddens, Anthony (2010): »Wir brauchen eine Radikalität der Mitte«, Anthony Giddens und Ralf Fücks im Gespräch über eine Politik des Klimawandels, in: böll 1/2010, Berlin.
- Giddens, Anthony (2009): This climate crunch heralds the end of the end of history (<http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2009/mar/11/climate-change-carbon-emissions>).

- Giroux, Henry (2011): The Politics of Militarization in Higher Education, 29.6.2011, (<http://www.counterpunch.org/>).
- Gowan, Peter, 2005, Economics and Politics within the Capitalist Core and the Debate on the New Imperialism (http://www.ie.ufrj.br/eventos/seminarios/pesquisa/economics_and_politics_within_the_capitalist_core_and_the_debate_on_the_new_imperialism.pdf).
- Greenpeace (2011a): Investitionen der vier großen Energiekonzerne in Erneuerbare Energien. Stand 2009, Planungen und Ziele 2020 – Kapazitäten, Stromerzeugung und Investitionen von E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW, Hamburg.
- Greenpeace (2011b): Was Strom wirklich kostet. Vergleich der staatlichen Förderungen und gesamtgesellschaftlichen Kosten von Atom, Kohle und erneuerbaren Energien, Hamburg.
- Greenpeace (17.4.2011): Presseerklärung ([http://www.greenpeace-energy.de/de/service/news/aktuelle-meldungen/newsdetails/article/wind-und-wasser-schon-heute-billiger-als-kohle-und-atom.html?tx_ttnews\[backPid\]=97&cHash=430ace4ed9](http://www.greenpeace-energy.de/de/service/news/aktuelle-meldungen/newsdetails/article/wind-und-wasser-schon-heute-billiger-als-kohle-und-atom.html?tx_ttnews[backPid]=97&cHash=430ace4ed9)).
- Greenpeace (2010): Staatliche Förderungen der Atomenergie. 2. Auflage, Studie vom Forum ökologisch-Soziale Marktwirtschaft im Auftrag von Greenpeace, Hamburg.
- Greenpeace (2008): Studie Subventionen. Umweltschädliche Subventionen und Steuervergünstigungen des Bundes, Hamburg.
- GSI (2009, 2010, 2011): Global Subsidies Initiative (<http://www.globalsubsidies.org/general/about-gsi>, <http://www.globalsubsidies.org/subsidy-watch>).
- Gysi, Gregor (2000): Gerechtigkeit ist modern. Eine notwendige Antwort auf Gerhard Schröder und Tony Blair (<http://www.laboumet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/gysi.html>).
- Grünbuch (2010): Europäische Kommission, 10.11.2010, Grünbuch: EU-Entwicklungspolitik zur Förderung eines breitenwirksamen Wachstums und einer nachhaltigen Entwicklung. Für eine EU-Entwicklungspolitik mit größerer Wirkung, Brüssel.
- Haberl, Helmut (2004): (Hg.) Land Use and Sustainability Indicators. Special issue of Land Use Policy, 21 (3), Vienna.
- Habermas, Jürgen (2011): Wie demokratisch ist die EU? Die Krise der Europäischen Union im Licht einer Konstitutionalisierung des Völkerrechts, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2011, Berlin.
- Hänsel, Heike (2011): Westsahara-Konflikt muss endlich gelöst werden – EU-Fischereiabkommen mit Marokko ist völkerrechtswidrig (<http://heikehaensel.wordpress.com/2011/07/01/westsahara-konflikt-muss-endlich-gelost-werden-eu-fischereiabkommen-mit-marokko-ist-volkerrechtswidrig/>).
- Hanley, Charles, J. (2009): Lord Nicholas Stern Paints Dire Climate Change Scenario: Mass Migrations, Extended World War (http://www.huffingtonpost.com/2009/02/21/lord-nicholas-stern-paint_n_168865.html).
- Heimann, Horst (2009): Die SPD denkt, also ist sie (noch)?, in: Perspektiven des Demokratischen Sozialismus 2/2009, Berlin.
- Heitmeyer, Wilhelm (2011): (Hg.) Deutsche Zustände – Folge 9, Frankfurt am Main.
- Heitmeyer, Wilhelm (2010): (Hg.) Pressehandout (http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Pressehandout_GMF_2010.pdf), Bielefeld.
- Hirsch, Robert, L. u. a. (2005): Peaking of World Oil Production: Impacts, Mitigation, and Risk Management (http://www.netl.doe.gov/publications/others/pdf/Oil_Peaking_NETL.pdf).
- Hobsbawm, Eric (2008): Werkstatt der Welt. Über das amerikanische Imperium, in: Le Monde diplomatique 11/2008, Berlin.
- Höhn, Bärbel (2010): Die Falschen werden subventioniert – Die europäische Landwirtschaftsreform von 2003, ihre Erfolge und Schwächen und die Ansätze für ihre Weiterentwicklung, in: böll 2/2010, Berlin.
- Hoff, Eivind (2010): Pro CCS – »Bei den Kohlkraftwerken ist ein radikaler Umbruch durch CO₂-Abscheidung und -Speicherung nötig und möglich«, in: böll 1/2010, Berlin.
- Huber, Joseph (2000): Industrielle Ökologie: Konsistenz, Effizienz und Suffizienz in zyklusanalytischer Betrachtung. Beitrag auf der VDW-Jahrestagung »Global Change«, 28.-29.10.2000, Berlin (<http://www.sociologie.uni-halle.de/huber/docs/industrial.pdf>).
- Huffschmid, Jörg (2009): Fehlverhalten, Regulierungsmängel oder Systemdynamik? Zu den Hintergründen und Ursachen der Finanzkrise, in: Jörg Huffschmid, Kapitalismuskritik heute, Zeitdiagnosen: Vom Staatsmonopolistischen zum Finanzmarktgetriebenen Kapitalismus Herausgegeben von Rudolf Hickel und Axel Troost (2010), Hamburg.
- IEA, OECD (2009): Sectoral Approaches and the Carbon Market, Paris.
- Institut Solidarische Moderne (2011): Sozialökologischer Gesellschaftsumbau auf dem Weg in eine Solidarische Moderne. In Erinnerung an Herrmann Scheer, 5.10.2011, Berlin.
- International Ecosocialist Declaration (2009): <http://climateandcapitalism.com/?p=597>.
- IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change, Climate Change Impacts, Adaptation and Vulnerability (2007): Summary for Policy Makers. Working Group II Contribution to the IPCC Fourth Assessment Report, IPCC, Geneva.

- Johannsen, Margret (2011): Vorstellung des Friedensgutachtens am 24. Mai 2011 in Berlin (<http://www.friedensgutachten.de/index.php/Presseerklärung-2011.html>).
- Kapeller, Jakob, Ötsch, Walter Otto (2009): Neokonservativer Marktradikalismus. Das Fallbeispiel Irak, in: Internationale Politik und Gesellschaft 2/2009, Berlin.
- Kappler, Ralph Thomas (2010): Kampf um Deutungshoheit (<http://www.sonnenseite.com/index.php?pageID=95&article:oid=a14983>) Brüssel.
- Kern, Bruno (2009): »Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar«. Energiewende zwischen infantilen Phantasien und Ernüchterung, (<http://www.streifzuege.org/2009/die-Wahrheit-ist-dem-Menschen-zumutbar>).
- Keynes, Maynard John (2002): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Neunte Auflage, Berlin.
- Klein, Dieter (2008): Krisenkapitalismus – Ein neoliberaler Mythos wankt. Neues Deutschland 22.11.2008, Berlin.
- Klein, Dieter (2007): Grundprozesse des gegenwärtigen Kapitalismus und ihre Wirkungen auf die Umwelt, in: Klaus Meier, Evelin Wittich (Hg.), Theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung – Beiträge und Diskussionen, Berlin.
- Klein, Dieter (2003): (Hg.) Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, rls, Manuskripte 38, Berlin.
- Klimabewegungsnetzwerk (2010): Arbeitspapier, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin.
- Koch, Hannes (2010): Schwarmintelligenz der Kleinen oder Kartell der Großen?, in: böll 1/2010, Berlin.
- Köhler, Horst (2009): Grußwort von Bundespräsident Horst Köhler bei der Verleihung des Deutschen Umweltpreises am 25. Oktober 2009 in Augsburg: »Für eine Kultur der Nachhaltigkeit« (http://www.bundesregierung.de/nn_916176/Content/DE/Bulletin/2009/10/106-1-bpr-umweltpreis.html).
- Köhler, Horst (2008): Grußwort von Bundespräsident Horst Köhler bei der Verleihung des Deutschen Umweltpreises am 26. Oktober 2008 in Rostock: »Weg vom Öl: eine neue Balance für das, was die Erde aushält« (<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2008/10/115-1-bpr-umweltpreis.html>).
- Köhler, Horst (2007): Grußwort von Bundespräsident Horst Köhler bei der Verleihung des Deutschen Umweltpreises am 28. Oktober 2007 in Aachen: »Unseren Lebensstil überdenken« (http://www.bundesregierung.de/nn_1514/Content/DE/Bulletin/2007/10/116-2-bpr.html).
- König, Johann-Günther (2011): »Mehr als ein Auto«. Die Diktatur, des Automobils, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/2011, Berlin.
- KOM(2011, 363): Mitteilung der Kommission, 20.6.2011, Rio+20: Hin zu einer umweltverträglichen Wirtschaft und besserer Governance, Brüssel.
- KOM(2011, 144): Mitteilung der Europäischen Kommission, 28.3.2011, SEK 359, 358, 391, Weissbuch. Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrswesen, Brüssel.
- KOM(2011, 112): Mitteilung der Europäischen Kommission, 8.3.2011, Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050, Brüssel.
- KOM(2011, 25): Mitteilung der Europäischen Kommission, 2.2.2011, Grundstoffmärkte und Rohstoffe: Herausforderungen und Lösungsansätze, Brüssel.
- KOM(2011, 21): Mitteilung der Europäischen Kommission, 26.1.2011, Ressourcenschonendes Europa – Eine Leitinitiative innerhalb der Strategie Europa EU 2020, Brüssel.
- KOM(2010, 308): Mitteilung der Europäischen Kommission, SEK 716, 717, Aktionsplan für Anwendungen des globalen Satellitennavigationssystem (GNSS), Brüssel.
- KOM(2010, 614): Mitteilung der Europäischen Kommission, SEK 1272, 1276, Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung – Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit, Brüssel.
- Kowalik, Tadeusz (2010): Systemowe źródła obecnego kryzysu światowego, in: In Search of a Common Agreement. Concerning the Social and Economic Crisis, OPZZ, CCOO, Warsaw.
- Kreisler, Harry (2004): Militarism and the American Empire: Conversation with Chalmers Johnson, President of the Japan Policy Institute, 29.1.2004 (<http://globetrotter.berkeley.edu/people4/CJohnson/cjohnson-con3.html>).
- Kuckartz, Udo (2010a): Klimabewusstsein in Europa: Liegt Deutschland vorne?, in: Günter Altner, Heike Leitschuh, Gerd Michelsen, Udo E. Simonis und Ernst U. von Weizsäcker (Hg.), Jahrbuch der Ökologie 2011, Stuttgart.
- Kuckartz, Udo (2010b): Nicht hier, nicht jetzt, nicht ich – Über die symbolische Bearbeitung eines ersten Problems, in: Harald Welzer (Hg.), Hans-Georg Soeffner (Hg.), Dana Giesecke (Hg.), KlimaKulturen. Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel, Frankfurt am Main.
- Kuckartz, Udo (2009): Klimabewusstsein: 30 europäischen Länder im Vergleich. Die Ergebnisse der Eurobarometer-Studien der Europäischen Kommission in Stichworten, Marburg.
- Lafontaine, Oskar (1985): Der andere Fortschritt, in: Der Spiegel 5/1985.
- Laschitzka, Annelies (1996): Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg, eine Biographie, Berlin.
- Leggewie, Claus, Welzer, Harald (2009): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten, Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie, Frankfurt am Main.

- Leibiger, Jürgen (2010): Reclaim the Budget. Staatsfinanzen reformieren. Einführung in eine alternative Finanzpolitik, Köln.
- Lenin, Wladimir, Iljitsch (1973): Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik (Sismondi und unsere einheimischen Simondisten), in: Werke, Band 2, Berlin.
- Lenton, Roberto, Lewis, Kristen, Wright, Albert M. (2008): Water, Sanitation. and the Millennium Development goals. (http://jia.sipa.columbia.edu/files/jia/247-258_lenton.pdf).
- Linksfraktion (2010): Antrag der Fraktion DIE LINKE. Im Deutschen Bundestag, 17/3044. Berlin.
- Lipietz, Alain (2000): Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie. Mit einem Nachwort von F.O. Wolf, Münster.
- Lohmann, Larry (2009): Kohlenstoffmärkte und Finanzmärkte: Variationen über Polanyi, in: Das Argument, 283, Karlsruhe.
- Lordon, Frédéric (2010): Ein Würfelbecher namens Börse, in: Le Monde diplomatique 2/2010, Berlin.
- Luxemburg, Rosa (1975): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Gesammelte Werke, Band 5, Berlin.
- Manifest (2008): Internationale Kommission zur Zukunft der Lebensmittel und der Landwirtschaft, Manifest zum Klimawandel und zur Zukunft der Ernährungssicherheit, Florenz.
- Marx, Karl (1979a): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals, Werke, Band 23, Berlin.
- Marx, Karl (1979b): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, Buch III: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion, Herausgegeben von Friedrich Engels, Werke, Band 25, Berlin.
- Marx, Karl (1978): [Thesen über Feuerbach], in: Werke, Band 3, Berlin.
- Marx, Karl (1978): Karl Marx, Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten, in: Werke, Band 3, Berlin.
- Marx, Sinah (2010): Die Macht am Nordpol. Warum ein Krieg wahrscheinlich ist, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 1/2010, Berlin.
- Meadows, Donella H., Meadows, Dennis L., Randers, Jorgen (2004): Limits to Growth. The 30-Year Update, Chelsea Green Publishing, White River Junction, Vermont.
- Meyer, Dirk (2011): Europas Schuldenkrise: »Banken nötigen die Politik«, Dirk Meyer im Interview, EurActiv, 13.5.2011.
- Millennium Ecosystem Assessment, Ecosystems and Human Well-being: Biodiversity Synthesis (2005): World Resources Institute, Washington.
- Misereor (2011): Wirkungen der Europäischen Agrarpolitik auf die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern mit Schwerpunkt Afrika, vorläufige Fassung, erarbeitet von Tobias Reichert (<http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Vorabversion%20Bericht%20GAP%20und%20Entwicklungslaender.pdf>).
- Müller-Graff, Peter Christian (2008): Die Kompetenzen in der Europäischen Union, in: Werner Weidenfeld (Hg.), Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Müller-Kraenner (2010): Die Vielfalt bewahren. Mehr internationale Aufmerksamkeit für den Schutz der Biodiversität, in: Internationale Politik, Mai/Juni 2010, Berlin.
- NATO (2010): Strategic Concept for the Defence and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Organisation (<http://www.nato.int/lisbon2010/strategic-concept-2010-eng.pdf>)
- NATO (2008): ISAF's Strategic Vision (http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_8444.htm).
- NEF (2008): A Green New Deal (http://www.debtontation.org/wp-content/uploads/2011/04/A_Green_New_Deal_1.pdf).
- O'Reilly, Dave (2008): Energy will be one of the defining issues of this century, in: The Economist 15.11.2008, London.
- Ott, Konrad (2009): Interview am 9.7.2009, (<http://www.boell.de/wirtschaftsoziales/wirtschaft-soziales-7140.html>), Berlin.
- Oxfam, Weed (2010): Die neue Jagd nach Ressourcen: Wie die EU-Handels- und Rohstoffpolitik Entwicklung bedroht, Berlin.
- Parlemeter (2011): European Parliament Eurobarometer (Standard EB 74.3 on Energy), 31.1. 2011, Brüssel.
- Paust-Lassen, Pia, Wolf, Frieder Otto (2008): Foreword of the Project Coordinators: The Project context, in: Joachim H. Spangenberg (ed.), Sustainable Development – Past Conflicts and Future Challenges. Taking Stock of the Sustainable Discourse, Münster.
- Paust-Lassen, Pia, Wolf, Frieder Otto (2002) Ökosozialismus und Ökokapitalismus. Zu Saral Sarkars Kritik der Systemalternativen, in: Widerspruch 42 (2002), Zürich.
- Petschick, Andreas (2005): Außergewöhnliche Wege gehen, Interview, in: Der Mittelstand 5/26-27 (http://arbeitsgeberzusammenschlusse.de/wp-content/uploads/2009/11/5_2009_Petschick.pdf).
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt am Main.

- Programm der Linkspartei.PDS (2003): <http://archiv2007.sozialisten.de/partei/dokumente/programm/index.htm>.
- Rasmussen, Erik (2011): Green Growth: Buzz Word or a New Sustainable Economy?, (http://www.huffingtonpost.com/erik-rasmussen/green-growth-sustainable-economy_b_849496.html).
- Rice, Julie Steinkopf (2010): Free Trade, Fair Trade and Gender Inequality in Less Developed Countries, in: Sustainable Development 18 (1), Toronto, Ontario.
- Richta, Radovan (1966): *Civilizace na rozcestí*, Prag.
- Rockström, Johan (2009): Planetary Boundaries, Exploring the Safe Operating Space for Humanity, Stockholm.
- Röttgen, Norbert (2008): Gasteitrag, Forum auf Augenhöhe, in: Frankfurter Rundschau, 14. November 2008, Frankfurt am Main.
- Rohde, Reinhard (2010): *Celler Trialog* (2008). Analyse einer Tagung des militärischen Komplexes, im Auftrag der Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen, Hannover.
- Rost, Norbert (2009, 2010, 2011): <http://www.regionalentwicklung.de/>, Dresden.
- Rozoff, Rick (2011): Militarization Of Energy Policy: U.S. Africa Command And the Gulf Of Guinea, Global research website 9.1.2011, <http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=22699>.
- Runder Tisch (1990): Erklärung vom 29.1.1990, Berlin (<http://www.ddr89.de/ddr89/chronik/0190/290190.html>).
- Santos, Boaventura de Sousa (2007): Das Weltsozialforum: Eine Gegeninstitution der internationalen sozialen Bewegungen, in: Kritische Interventionen 9, Globaler Widerstand gegen den Kapitalismus – Auf dem Weg zu einer neuen Internationale?, Loccum.
- Schäuble, Wolfgang (2011): Rede des Bundesfinanzministers Dr. Wolfgang Schäuble anlässlich des »Economic Forums« 2011 in Brüssel (http://www.bundesfinanzministerium.de/nm_88146/DE/Presse/Reden-und-Interviews/20110518-Brussel.html).
- Scheer, Hermann (2010): Der energetische Imperativ, 100% jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist, München.
- Scheer, Hermann (2005): *Energieautonomie. Eine neue Politik für erneuerbare Energien*, München.
- Scheer, Hermann (1999): *Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne*, München.
- Schindler, Jörg, Zittel, Werner (2006): Peak Oil: Der Strukturbruch konventioneller Energieerzeugung, in: *Natur & Kultur* 1/2006, Bad Mitterndorf.
- Schulze, Detlef Georgia (2008): *Recht, Gesetz und Revolution* (http://www.trend.infopartisan.net/trd1108/D_G_Schulze_Vortrag.pdf).
- Shiva, Vandana (keine Jahresangabe): *Soja frisst den Amazonas auf* (http://www.publiceyeonscience.ch/images/soja_frisst_den_amazonas_auf.pdf).
- SIPRI (2011a): *SIPRI Yearbook 2011. Armaments, Disarmament and International Security. Summary*. Stockholm International Peace Research Institute, Stockholm.
- SIPRI (2011b): *Background Paper on SIPRI Military expenditure data, 2010* (<http://www.sipri.org/research/armaments/milex/factsheet2010>).
- Söderbaum, Peter (2009): Issues of paradigma, ideology and democracy in sustainability assessment, in: *Ecological Economics* 60 (3).
- Söderbaum, Peter (2008): *Understanding Sustainability Economic.Towards Pluralism in Economics*, London.
- Spangenberg, Joachim. H. (2011a): *Das Janusgesicht der Postwachstumsökonomie*, in: *eed, Brot für die Welt* (Hg.), *Darf's ein bisschen mehr sein? Von der Wachstumsgesellschaft und der Frage nach ihrer Überwindung*, Bonn, Stuttgart.
- Spangenberg, Joachim. H. (2011b): *Willkommen im Anthropozän*, in: *Weltsichten* 6/2011, Frankfurt am Main.
- Spangenberg, Joachim. H. (2010): *The World at Crossroads. History lessons for future development perspectives*. Futures 42.
- Spangenberg, Joachim (2009): *Gerechtigkeit im Treibhaus*, in: Reiner Braun, Fritz Brickwedde, Thomas Held u.a., *Kriege um Ressourcen. Herausforderungen für das 21. Jahrhundert*, München.
- Spangenberg, Joachim H. (2008a): *Ökologische Industriepolitik und sozial-ökologische Reformpolitik. Eine vergleichende Analyse im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung*, Projekt Nr. 2007-24-3, HBS, Düsseldorf.
- Spangenberg, Joachim H. (2008b): *Sozialökologische Reformstrategie und nachhaltige Erwerbsarbeit*, IG Metall, Frankfurt am Main.
- Spangenberg, Joachim H. (2008c): *Editorial. Sustainability Strategies: History, Concepts, Relevance*, in: Joachim H. Spangenberg (ed.), *Sustainable Development – Past Conflicts and Future Challenges. Taking Stock of the Sustainable Discourse*, Münster.
- Spangenberg, Joachim H. (2008d): *Sustainability beyond environmentalism: The missing dimensions*, in: Joachim H. Spangenberg (ed.), *Sustainable Development – Past Conflicts and Future Challenges. Taking Stock of the Sustainable Discourse*, Münster.
- Spangenberg, Joachim H. (2007): *Das Überlebensspiel – Ökologische und soziale Folgen von Wirtschaftswachstum und Effizienzstrategien für Schwellen- und Entwicklungsländer*, in: S. Rudolph (Hg.), *Wachstum, Wachstum über alles? Marburg*.

- Spangenberg, Joachim H. (2005): Die ökonomische Nachhaltigkeit der Wirtschaft. Theorien, Kriterien und Indikatoren, Berlin.
- Spangenberg, Joachim H. (2004): Nach dem Ende des Neoliberalismus – die neue Rolle des Staates nach innen und nach außen. Perspektiven des Demokratischen Sozialismus 1/2004, Berlin.
- Spangenberg, Joachim H. (2003): Vision 2020. Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit – Strategien für ein zukunftsfähiges Deutschland, München.
- Spangenberg, Joachim H. (1999): Zukunftsfähigkeit – eine Herausforderung für die Forschungspolitik, in Perspektiven des Demokratischen Sozialismus 1/1999, Berlin.
- Spangenberg, Joachim H, Settele, Josef (2009): Neither climate protection nor energy security: Bio-fuels for Bio-fuels? In: Journal of International Relations 20 (6).
- Steinbrück, Peer (2009): Gespräch mit Carsten Germis und Georg Meck in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 12.4.2009, Frankfurt am Main.
- Steiner, Achim (2010): Remarks to Panafrican Media Conference on 19.3.2010 (<http://www.unep.org/Documents.Multilingual/Default.asp?DocumentID=616&ArticleID=6501&l=en>).
- Steiner, Dominik (2011): Cross Border Leasing. Besäße die UBS einen Funken Anstand?..., in WOZ vom 21.04.2011 (<http://www.woz.ch/artikel/inhalt/2011/nr16/Wirtschaft/20622.html>).
- Steingart, Gabor (2011): Barack Obama – der einsame Sieger, in Handelsblatt, 3.5.2011.
- Steinmeier, Frank-Walter (2009): Die Arbeit von Morgen. Politik für das nächste Jahrzehnt, Berlin.
- Sukhdev, Pavan (2008): TEEB – The Economics of Ecosystems and Biodiversity, Interim Report, Bonn.
- The Economist (2009a): Junking the bonds, in: The Economist, 8. August 2009, London.
- The Economist (2009b): Up and away, in: The Economist, 25. Juli 2009, London.
- The Economist (2009c): Economic Focus: Jackson's Holes, in: The Economist, 29. August 2009, London.
- The Economist (2009d): German imbalances, in: The Economist, 25. Juli 2009, London.
- The Economist (2008a): The only way is down. The high priest of »peak oil« thinks the world oil output can now only decline, in: The Economist, 12. Juli, London.
- The Economist (2008b): Credit rating agencies: negative outlook. The Economist 15. November 2008, London.
- The Economist (2006): The chancellor who would be prime minister. A do-nothing budget is a missed opportunity to nudge the economy back on track. The Economist, 23. März 2006, London.
- Toporowski, Jan (2008): The Economics and Culture of Financialisation, Department of Economics, Working Paper 158, School of Oriental and African Studies, London.
- Trittin, Jürgen (2009): Rede am 30.6.2009 vor der DGAP (http://www.dgap.org/wp-content/uploads/2010/11/2009_DGAP_JB.pdf).
- Ullrich, Otto (keine Jahresangabe): Grundlinien eines umweltverträglichen Verkehrs in Städten (http://www.otto-ullrich.de/Texte_files/Grundlinien%20eines%20umweltvertraeglichen%20%20Verkehrs%20in%20Staedten.pdf).
- UNCTAD (2009): Trade and Development Report 2009, New York and Geneva (http://www.unctad.org/en/docs/trd2009_en.pdf).
- UNEP (2009): Global Green New Deal, Policy Brief, March 2009 (http://www.minambiente.it/export/sites/default/archivio/allegati/rio_20/unep_global_green_new_deal_eng.pdf).
- UNHCR (2010): Global Trends 2009: Refugees, Asylum-Seekers, Returnees, Displaced and Stateless Persons, United Nations High Commissioner for Refugees, Geneva.
- UNHCR (2009): Global Trends 2008: Refugees, Asylum-Seekers, Returnees, Displaced and Stateless Persons, United Nations High Commissioner for Refugees, Geneva.
- United Nations (2011): World Economic and Social Survey 2011. The Great Green Technological Transformation, New York.
- Ummüßig, Barbara (2011): Die weltweite Jagd nach Ressourcen – zum Verhältnis von grüner Wirtschaft und globaler Rohstoffpolitik, in: böll 1/2011, Berlin.
- Valero, Alicia (2009): Physical Geomics: Combining the exergy and Hubbert Peal analysis for predicting mineral resources depletion. Paper presented at the 15th Annual International Sustainable Development Research Conference 5.-8. Juli 2009, Utrecht.
- ver.di (2009): Pressemitteilung vom 17. August 2009, auf Basis einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung DIW, Berlin.
- WBGU (2011): Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für globale Umweltfragen, Hauptgutachten. Welt im Wandel, Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin.
- WBGU (2011a): Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für globale Umweltfragen, Hauptgutachten. Welt im Wandel, Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Zusammenfassung für Entscheidungsträger, Berlin.
- WBGU (2008): Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für globale Umweltfragen, Hauptgutachten. Welt im Wandel, Zukunftsfähige Bioenergie und nachhaltige Landnutzung, Berlin.
- Weiss, Peter (1981): Die Ästhetik des Widerstands, Frankfurt am Main.
- Weltagrarbericht (2009): International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Develop-

- ment (IAASTD), Weltagrarbericht, Synthesebericht, Herausgegeben von Stephan Albrecht und Albert Engel, Hamburg.
- Welzer, Harald (2010): Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, Frankfurt am Main.
- Whiteside, Kerry (1996): Regulation, Ecology, Ethics. The Red-Green Politics of Alain Lipietz, in: Capitalism, Nature, Socialism, Vol. 27, Santa Cruz, California.
- Wiesenthal, Helmut (2010): Nach Kopenhagen der Weltuntergang? Versuch, einen Pfad durchs Dickicht des Klimastreits zu bahnen (http://www.boell.de/downloads/stiftung/HelmutWiesenthal_Klimapolitik_nach_Kopenhagen.pdf).
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie (1996): Zukunftsfähiges Deutschland – ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, herausgegeben von Brot für die Welt, BUND, eed und misior, Basel, Berlin.
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt herausgegeben von Brot für die Welt, BUND, eed und misior, Basel, Berlin.
- Zentrum für Transformation (2010): Streitkräfte, Fähigkeiten und Technologien im 21. Jahrhundert – Umweltdimensionen von Sicherheit –. Teilstudie 1: Peak oil. Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen, Zentrum für Transformation der Bundeswehr, Strausberg.
- Zinn, Karl Georg (2010): Renaissance des Keynesianismus – Keynesianische Wirtschaftspolitik gegen die Krise unter heutigen Bedingungen, Vortrag am Dienstag, 5. Jänner 2010, in Bad Leonfelden/Neujahrseminar des Arbeitskreis Dr. Benedikt Kautsky (<http://www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/m1710.pdf>).
- Zinn, Karl Georg (2009): Wirtschaft ohne Wachstum? Die Doppelkrise und das ökologische Problem, in: Hermanns Pfeiffer (Hg.), Land in Sicht? Die Krise, die Aussichten und die Linke, Köln.

Autorinnen und Autoren

Brangsch, Lutz

Dr., Wirtschaftswissenschaftler, Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Mitglied der Redaktionen von *rosalux* und »transform!«.

Dellheim, Judith

Dr., Wirtschaftswissenschaftlerin, Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Spangenberg, Joachim H.

Dr. (Volkswirtschaft), Dipl. Biologe, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung
UFZ und Sustainable Europe Research Institute SERI Germany e.V., Mitglied
in der IUCN Kommission für Ökosystem Management und des IPCC.

Frieder Otto Wolf

Prof. Dr., Philosoph, Honorar-Professor an der Freien Universität Berlin,
Präsident der Humanistischen Akademie Deutschland.

Sozialökologischer Umbau – nichts ist heute dringlicher, weil es anders keine nachhaltige Entwicklung für alle und damit keine lebenswerte Zukunft geben kann und weil erst mit einem sozialökologischen Umbau erste Schritte gegangen werden können, die es (wieder) ermöglichen, die die Lebensbedingungen und Lebenschancen zerstörende kapitalistische Produktionsweise zu überwinden. Diese These macht das vorrangige Anliegen unseres Buches deutlich: einen Beitrag zur Nachhaltigkeitsdebatte »von unten« zu leisten und diesen zugleich sozialistisch zu akzentuieren.

dietz berlin

ISBN 978-3-320-02287-7

9 783320 022877
€ 14,90 | D